

Vorwort zum Sozialpsychiatrischen Plan 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte das Vorwort des Sozialpsychiatrischen Plans dieses Mal dazu nutzen, einige Bemerkungen zu machen zu aktuellen Gegebenheiten mit Auswirkungen auf unser regionales sozialpsychiatrisches Netz.

Wie Sie wissen, hat das Klinikum Region Hannover am 16.01.2007 vom Land Niedersachsen nach Abschluss eines strukturierten Bieterverfahrens den Zuschlag für den Kauf des Landeskrankenhauses Wunstorf bekommen. Auch wenn der Kauf noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskartellamtes steht, so bin ich doch sehr zufrieden mit dem bisherigen Verlauf. Die anstehende Übernahme der Trägerschaft des Landeskrankenhauses durch das Klinikum Region Hannover ist für mich mit dem Anspruch verbunden, die Gemeindenähe klinisch-psychiatrischer Einrichtungen noch weiter auszubauen, z. B. durch die mögliche Eröffnung einer Tagesklinik und einer Außenstelle der Institutsambulanz im westlichen Stadtgebiet von Hannover. Das Engagement des Klinikums Region Hannover geht nicht zuletzt auf die Initiative des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie zurück, der sich für diesen Schritt ausgesprochen und die damit verbundenen konzeptionellen Vorteile in mehreren Stellungnahmen, unter anderem an das Land Niedersachsen, dargelegt hatte.

Herrn Dr. Bastiaan möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich dafür danken, dass er den Vorsitz des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie vom Oktober 1994 bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen im Dezember 2006 mit großer Einsatzbereitschaft, umfassender Sachkenntnis und viel Einfühlungsvermögen ausgefüllt hat. Die persönliche Zusammenarbeit mit ihm im Arbeitskreis, im Regionalen Fachbeirat oder an anderen Schnittstellen des psychiatrischen Hilfesystems habe ich immer als sehr angenehm und konstruktiv erlebt.

Dem neu gewählten Vorsitzenden des Arbeitskreises, Herrn Blanke, wünsche ich alles Gute und viel Erfolg bei der Einarbeitung in diese zentrale Aufgabe.

Mit freundlichem Gruß



(Erwin Jordan)
Dezernent für Soziale Infrastruktur

Zusammensetzung
der Fachgruppe "Dokumentation/Sozialpsychiatrischer Plan"
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover

Herr Dr. Elgeti
Sozialpsychiatrische Poliklinik der Medizinischen Hochschule Hannover
Podbielskistr. 158, 30177 Hannover
- Sprecher der Fachgruppe –

Frau Koch
Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH,
Wolfstr. 36, 30519 Hannover
-stellvertretende Sprecherin -

Herr Dr. Sueße
Sozialpsychiatrischer Dienst des Fachbereiches Gesundheit der Region Hannover
Weinstr. 2, 30171 Hannover

Herr Eller
Region Hannover Sozialpsychiatrische Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche –
Arnswaldtstr. 19, 30159 Hannover

Herr Pohl
Region Hannover Sozialpsychiatrische Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche –
Arnswaldtstr. 19, 30159 Hannover

Herr Schlieckau
Geschäftsstelle des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover
Weinstr. 2, 30171 Hannover

Gliederung des Sozialpsychiatrischen Planes 2007

	Seite/n
Abschnitt 1: Einleitung, Bewertung und Ausblick	
1.1 Stellungnahme des Sozialpsychiatrischen Dienstes	1 – 3
1.2 Stellungnahme der Psychiatrie-Erfahrenen	3 – 7
1.3 Stellungnahme der Angehörigenvertretung	7 – 8
Abschnitt 2: Schwerpunktthema 2007 Die „vergessenen“ psychisch Kranken in der Region Hannover – Problembeschreibung und Lösungsweg	
2.1 Einführung in die Problematik	9 – 11
2.2 Psychisch Kranke ohne Wohnung , in Obdachlosenheime und auf der Strasse	12 – 14
2.3 Psychisch Kranke ohne Aufenthaltsberechtigung in Asylbewerberheimen	14 – 18
2.4 Psychisch Kranke in Justizvollzugsanstalten	
2.4.1 JVA Sehnde	19 – 21
2.4.2 JVA Hannover	21 – 23
Abschnitt 3: Regionale Psychiatrieberichterstattung	
3.1 Auswertung der statistischen Jahresberichte der Einrichtungen und Dienste im SPV der Region Hannover	24 – 37
3.2 Auswertung der ärztlichen Zeugnisse zu vorläufigen Einweisungen nach § 18 NPsychKG	37 – 41
Abschnitt 4: Tätigkeitsberichte der Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes Berichte der 11 Fachgruppen	
4.1.1 Fachgruppe „Arbeit und Rehabilitation“	42 – 43
4.1.2 Fachgruppe „Dokumentation /Sozialpsychiatrischer Plan“	43 – 44
4.1.3 Fachgruppe „Forensische Psychiatrie“	44 – 46
4.1.4 Fachgruppe „Gerontopsychiatrie“	46 – 47
4.1.5 Fachgruppe „Illegale Suchtmittel“	47 – 48
4.1.6 Fachgruppe „Kinder und Jugendliche“	49 – 50
4.1.7 Fachgruppe „Legale Suchtmittel“	50 – 51
4.1.8 Fachgruppe „Migration und Psychiatrie“	51
4.1.9 Fachgruppe „Psychiatrie und Obdachlosigkeit“	52 – 53
4.1.10 Fachgruppe „Soziale Wiedereingliederung“	53 – 55
4.1.11 Fachgruppe „Krisen und Notfalldienst“	55 – 56
4.2 Sektor-Arbeitsgemeinschaften	56 – 65
4.3 Bericht des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie (AKG)	65 – 66
4.4 Bericht des Regionalen Fachbeirat (RFB)	66 – 68
Abschnitt 5: Sonderteil: Hilfen für psychisch kranke Kinder und Jugendliche	69 – 80
Abschnitt 6:	
Konzeption und Organigramm der Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes	81 – 85
Codierungsliste und Datenblätter A, B und C	86 – 92
Anlagen	
Übersichtskarten der Versorgungssektoren Liste der Einrichtungen/Angebotsformen im Sozialpsychiatrischer Verbund der Region Hannover	

Abschnitt 1: Einleitung, Bewertung und Ausblick

1.1 Stellungnahme des Sozialpsychiatrischen Dienstes

von Dr. Thorsten Sueße (Team Gemeindepsychiatrie der Region Hannover)

Die sog. „vergessenen psychisch Kranken“ sind das Schwerpunktthema des Sozialpsychiatrischen Plans 2007. Mit „vergessen“ meinen wir diejenigen psychisch Kranken, die häufig in Außenbezirken unserer sozialpsychiatrischen Wahrnehmung leben und meistens erst in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, wenn sich die schon länger bestehende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen dramatisch zuspitzt. Die Artikel dieses Schwerpunktthemas beschäftigen sich mit psychisch Kranken „auf der Straße“, in Heimen für Wohnungslose oder Asylbewerber oder in Justizvollzugsanstalten. Im Vorfeld der Veröffentlichung des Sozialpsychiatrischen Plans ist es bereits zu Bewegungen auf der Helferseite gekommen: Der Sozialpsychiatrische Verbund hat die Gründung einer neuen Fachgruppe für Migration und Psychiatrie beschlossen, die bereits ihre Arbeit aufgenommen hat. Ein Thema dort, wie auch im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie oder im Sozialpsychiatrischen Dienst, ist die angestrebte Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in den Asylbewerberheimen. Die Psychiaterin der JVA Sehnde und der Psychiater der JVA Hannover erwägen, eine Mitgliedschaft im Sozialpsychiatrischen Verbund zu beantragen. Eine Verknüpfung der JVA-Psychiatrie mit dem sozialpsychiatrischen Versorgungsnetz könnte hilfreiche Auswirkungen haben für zu entlassene psychisch Kranke, die wieder in die Gemeinde integriert werden wollen/sollen.

Herr Harig hat in seiner Stellungnahme aus der Sicht der Psychiatrie-Erfahrenen die schwierige soziale Lage, in der sich psychisch Kranke momentan befinden, treffend beschrieben. Seiner Forderung, bei der Gewährung von Hilfen für psychisch Kranke die Sichtweise der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken, schließe ich mich an. Das Selbstbestimmungsrecht eines jeden, sich bei einer psychischen Störung nicht oder anders als vorgeschlagen behandeln zu lassen (Suizidgefahr und Fremdgefährdung natürlich ausgenommen), ist aus meiner Sicht ein grundlegender Baustein einer personenzentrierten Sozialpsychiatrie, die darüber hinaus auch an Rückmeldungen ihrer KlientInnen interessiert sein sollte.

Frau Seelhorst weist in ihrer Stellungnahme aus der Sicht der Angehörigen psychisch Kranker zurecht darauf hin, dass häufig Informationen über psychosoziale/sozialpsychiatrische Hilfsangebote den Adressaten nicht bekannt sind. Das unterstreicht die enorme Wichtigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit, an der wir alle mitwirken können (möglicherweise bietet sich dafür unter anderem die geplante „Psychiatrie-Woche“ in diesem Jahr an, siehe unten).

Das Schwerpunktthema des letzten Sozialpsychiatrischen Plans war die Auswirkung der Bevölkerungsentwicklung auf die Gerontopsychiatrie. Initiativ angeregt von einer Arbeitsgruppe (Dezernat für Soziale Infrastruktur, Pflege-Info, Team Gemeindepsychiatrie, Caritas Forum Demenz) unterstützt auch die Region Hannover – entsprechend der Bundes- und Landesgesetzgebung – die Verbesserung der ambulanten gerontopsychiatrischen Versorgung, um dadurch stationären Aufnahmen entgegenzuwirken. Aus diesem Grund wurde am 04.07.2006 in der Regionsversammlung beschlossen, als Modell bestimmten ambulanten Pflegediensten in den sozialpsychiat-

rischen Sektoren Laatzen und Burgdorf eine einmalige Anschubfinanzierung von jeweils 5000,- € für die Qualifizierung ihrer MitarbeiterInnen zu gewähren. Dafür verpflichten sich die Pflegedienste, ihre MitarbeiterInnen derart zu qualifizieren, dass sie die Voraussetzungen erfüllen zur Erbringung von Leistungen der häuslichen gerontopsychiatrischen Pflege gemäß der Verordnung des gemeinsamen Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen nach § 91 SGB V. Darüber hinaus verpflichten sich die Pflegedienste, nach Zulassung durch die entsprechenden Krankenkassen die Leistungen der ambulanten gerontopsychiatrischen Pflege für mindestens fünf Jahre zu erbringen sowie an einem regionalen Qualitätszirkel und einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der betreffenden Pflegedienste teilzunehmen. Als Kooperationspartner konnten vier ambulante Pflegedienste und die Fachärzte der zuständigen Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen gewonnen werden, aber leider bisher nur eine niedergelassene Nervenärztin und kein Hausarzt. Unterstützt durch eine Übergangsregelung der Krankenkassen sollen die oben vereinbarten pflegerischen Leistungen ab 2007 abrufbar sein.

Ebenfalls 2006 wurde die Umsetzung der im Sozialpsychiatrischen Plan 2005 angelegten Zielvereinbarung zur Verbesserung der Betreuungskontinuität von Männern mit funktioneller Psychose unter 25 Jahren verabschiedet. Auf der Basis der Informationsweitergabe der Mitglieder des Sozialpsychiatrischen Verbundes gemäß NPsychKG an den Sozialpsychiatrischen Dienst wird die hier bisher schon geleistete nachgehende und aufsuchende Hilfe im Sinne der Fallkoordination systematisiert. Gerade bei den jungen Erwachsenen mit funktioneller Psychose erscheint die Einbeziehung der Familie in den Behandlungskontext in vielen Fällen sinnvoll, dabei soll verstärkt auf die Erfahrungen der Sozialpsychiatrischen Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Angehörige zurückgegriffen werden. Mögliche Erfolge dieses Vorgehens müssten sich längerfristig in der Auswertung des Datenblattes C wiederfinden lassen.

Der Sinn der Sektorisierung besteht aus meiner Sicht unter anderem in der Ermöglichung einer effektiven (persönlichen) Zusammenarbeit der regionalen Anbieter mit dem Ziel der sinnvollen Vernetzung gemeindenaher sozialpsychiatrischer Hilfsangebote. Daraus resultiert schon seit langem die ungeschriebene Regel für die psychiatrischen Kliniken, ihre Behandlungsräume nur innerhalb des ihnen (durch das Sektorverzeichnis des Sozialpsychiatrischen Verbundes) zugeordneten Sektors auszubauen. Diese Regel wurde 2006 vom Klinikum Wahrendorff nicht mehr eingehalten, indem es in der Gartenstraße in Hannover (im Sektorzuständigkeitsbereich der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Langenhagen) Tageskliniken für gerontopsychiatrische und Abhängigkeitserkrankungen eröffnete, ohne Diskussion oder Absprache mit der Langenhagener Klinik oder dem Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie. Ich hoffe, dass das Vorgehen des Klinikums Wahrendorff nicht der Einstieg in einen voranschreitenden (möglicherweise von unternehmerischen Interessen geleiteten) Ausstieg aus dem mit der Sektorisierung verbundenen System regionaler Verantwortlichkeiten ist.

Als einen beruhigenden Hinweis auf grundsätzliche Verschlechterungen in der ambulanten vertragsärztlich-psychiatrischen Versorgung sehe ich den Artikel im Deutschen Ärzteblatt vom 22.01.2007 von Arne Hillienhof: „Wir werden häufiger in die Klinik einweisen müssen“. Darin berichtet Hillienhof, dass niedergelassene Psychiater und Nervenärzte rund 40 Prozent ihrer Leistungen ohne Honorierung erbringen. Als

Reaktion darauf haben die nervenärztlichen Berufsverbände BDNV und BDN die Einführung einer „Preisadaptierten Qualitätssteuerung“ („PaQS“) vorgeschlagen, in der die ambulanten nervenärztlichen Leistungen der eingeschränkten Vergütung angepasst werden sollen. „PaQS“ sieht vor, bei einer Quartalsvergütung pro Patient von unter 65,76 Euro diejenigen Patienten, die mehr als vier diagnostische oder therapeutische Arztkontakte im Quartal benötigen, ins Krankenhaus einzuweisen. Bei einer Quartalsvergütung von unter 33,76 Euro empfiehlt das System die Krankenhauseinweisung schon bei Patienten, die mehr als zwei Arztkontakte im Quartal benötigen. Damit würden die notwendigen fachärztlichen Maßnahmen in die Klinik zurückverlagert. Selbst wenn „PaQS“ in der oben beschriebenen Form in der Region Hannover nicht zur Anwendung kommt, so weist der Artikel doch darauf hin, dass die derzeit auch von den niedergelassenen Nervenärzten der Region Hannover als unzureichend kritisierte Vergütung ihrer Leistungen natürlich zunehmend negative Auswirkungen auf die PatientInnen haben wird.

Aus den schon von mir in der Einleitung des letzten Sozialpsychiatrischen Plans aufgeführten Gründen würde ich es sehr begrüßen, wenn der Zuschlag für den Kauf des Landeskrankenhauses Wunstorf auch nach Abschluss des kartellrechtlichen Verfahrens beim Klinikum Region Hannover bleiben würde. Zum aktuellen Stand hat Herr Jordan bereits in seinem Vorwort Stellung genommen.

2007 bedeutet auch 10 Jahre neues NPsychKG und damit 10 Jahre Sozialpsychiatrischer Verbund. Aus diesem Anlass plant der Verbund für den 2. bis 6. Juli eine „Psychiatrie-Woche“ in der Region Hannover, in der im Rahmen verschiedener Veranstaltungen über bisher Erreichtes resümiert und die Öffentlichkeit über die Arbeitsweise des sozialpsychiatrischen Hilfesystems und der Gremien des Verbundes informiert werden soll.

Hinweisen möchte ich auf die neu gestaltete Adressen- und Angebotsliste der am Verbund teilnehmenden Einrichtungsträger.

Auf der beigefügten Übersichtskarte zur Einteilung der Versorgungssektoren des Teams Gemeindepsychiatrie ist der kleine Fehler in der grafischen Darstellung vom Vorjahr korrigiert worden.

1.2 Stellungnahme der Psychiatrie-Erfahrenen

von Christian Harig (Verein Psychiatrie Erfahrener Hannover e.V.)

Vergessene Minderheiten – verdrängte Fragen – Neue Anforderungen

Vieles, was wir früher bereits angesprochen haben, bleibt weiter aktuell. Einiges soll 2007 angesichts des vorliegenden Sozialpsychiatrischen Plans ergänzt und neu zum Thema gemacht werden. In den letzten Jahren hat sich die Lage von Psychiatrie-erfahrenen eher verschlechtert, erwähnt seien das Betreuungsrecht, die „Gesundheitsreform“, Arbeitslosigkeit und die Verschlechterungen durch Hartz 4. Unsere Forderungen bleiben, abgesehen von der Erfüllten nach der Ombudsstelle, aktuell. Als Selbsthilfeverein von Menschen mit psychiatrischen Krisen, wollen wir uns und Anderen helfen, diese zu vermeiden bzw. Begleitung bieten. Wir verlassen uns nicht nur

auf Professionelle, sondern werden allein, wie in der Gruppe, aktiv. Neben unseren im Folgenden kurz skizzierten Angeboten unterstützen wir nur solche, die unsere Fähigkeiten und eigenständiges Handeln in den Mittelpunkt stellen.

Unser Verein ist gemeinnützig mit zumeist ganz normalen Strukturen und Problemen. Ordentliches Mitglied können psychiatrienerfahrene Menschen werden, Fördermitglied jeder andere. Wir unterhalten eine Teestube, die täglich geöffnet ist, mit Möglichkeiten zum Essen und bieten Gruppen wie offene Angebote zur Gesundheit, zur Selbsthilfe und zu für interessant befundenen Fragen, derzeit zum Thema „Gesundheitsförderung und Christliche Ethik“ (mit der Evangelischen Erwachsenenbildung), ein Psychoseseminar mit der Gruppe Soziale Selbsthilfe und Wanderungen, Reisen, Besichtigungen usw., und weitere Aktionen an. Wir machen unsere Anliegen öffentlich, auch über unseren monatlichen „Report“. Wir integrieren uns in die Gesellschaft etwa über die Mitarbeit bei Kibis (Selbsthilfetag), im Stadtteil (Stadtteilstadtteilfest, Mitgliedschaft im Kulturtreff Hainholz und Mitarbeit im Gartenhaus Nordstadt). Wir nehmen an aktuellen psychiatriepolitischen Veranstaltungen und Diskussionen der Parteien teil und arbeiten mit der Evangelischen Fachhochschule und Fortbildungsveranstaltungen der psychiatrischen Sektorkliniken zusammen.

Auch Menschen, die nicht zu den Besuchern der Kontaktstelle gehören, werden telefonisch, wie im Verein, beraten. Dies wird rege von Angehörigen wie Psychiatrie-Erfahrenen angenommen. Daneben sind wir psychiatriepolitisch aktiv: im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie, dem Regionalen Fachbeirat, einzelnen Fachgruppen und Sektorarbeitsgemeinschaften, der Beschwerdestelle, der Besuchskommission, dem Landesfachbeirat Psychiatrie und als Gast im Nds. Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung.

Alle Aktivitäten werden, unterstützt durch einen hauptberuflich tätigen, selber psychiatrie-erfahrenen Diplom-Sozialwirt, ehrenamtlich erbracht. Insgesamt arbeiten etwa 20 Menschen regelmäßig mit. Täglich zeigt sich, psychiatrie-erfahrene Menschen leisten mehr als ihnen gemeinhin zugetraut wird, wenn man sie nur lässt und angemessene Bedingungen schafft.

Nach dem Beschriebenen messen wir den Wert sozialpsychiatrischer Hilfen eher daran, inwieweit sie in den zuletzt auch gesetzlichen Möglichkeiten wie Einschränkungen Selbsthilfepotentiale des Einzelnen und sein eigenständiges Leben eher fördern. Förderung individueller Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Ressourcen bedürfen Hilfen wie:

Eine den Bedarf deckende Grundsicherung für Erwerbslose.

Freizeit- und Tagesgestaltung, auch von Psychiatrie-Erfahrenen selbständig betrieben.

Aufsuchende Hilfen, einschließlich eines psychiatrischen Krisendienstes rund um die Uhr, auch in der eigenen Wohnung, die auf krankheitsgemäß wechselnde Bedürfnisse nach ärztlicher Hilfe, Pflege und Alltagsbewältigung eingehen. Auch eine regelmäßige aufsuchende Begleitung des Einzelnen während psychotischer Phasen kann Zwangseinweisungen vermindern helfen und sein soziales Umfeld entlasten.

Einen psychiatrischen Krisendienst rund um die Uhr.

Ein Arztgespräch, das über die Verabreichung der Medikamente hinausgeht und die individuell unterschiedlichen Verarbeitungsformen von Konflikten und entsprechen-

den Gesprächsbedarfe angemessen berücksichtigt. In diesem Zusammenhang wäre im Arbeitskreis zu überlegen, inwieweit der von Herrn Dr. Elgeti angesprochene höhere Risikoscore von Männern auch auf derartige geschlechtsspezifischen Unterschiede zurückzuführen ist, die aber in der Behandlung keine Entsprechung finden. Arbeit, auch Zuverdienst, jenseits von Unter- oder Überforderung sowohl hinsichtlich Arbeitsdauer, Arbeitsinhalte, Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit usw.. Erweiterung der Akutstationen um solche, die sich an „Soteria“ orientieren oder sich als Krisenwohnungen oder als Weglaufhäuser verstehen. Hilfen zur Eingliederung in die „normale“ Gesellschaft über unterschiedliche Formen sozialer Rehabilitation auch unmittelbar im „normalen“ Bereich über das Persönliche Budget, nicht psychiatrische Hilfen, Soziotherapie usw.. Viele psychiatrieerfahrene Menschen leben am Rande der Armut und sind von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie sind ohne Beschäftigung oder arbeiten ohne angemessene Bezahlung, Tätigkeit und Interessenvertretung. Hier muss sich etwas ändern, sollen sie und „normale“ BürgerInnen zueinander finden können. Grundsätzlich begrüßen wir den Ausbau ambulanter Versorgung, gleichzeitig aber kritisieren wir den Mangel an kompetenzorientierter, personenbezogener Hilfe. Im Verbund mit einer auf Psychiatrie beschränkten Sicht drängt dies nur zu oft psychisch Gesunde ins psychiatrische Abseits, anstatt in die Gesellschaft.

Förderung der Selbsthilfefähigkeit umfasst neben der Orientierung an den persönlichen Ressourcen, insbesondere der Stärkung der Eigenverantwortung, auch die Bereitschaft psychiatrisch Tätiger, ihr Handeln von den NutzerInnen kontrollieren zu lassen. Dadurch werden nicht nur frühzeitig Mängel und die Notwendigkeit von Änderungen aufgezeigt, sondern auch gesundheitsfördernde, rechtsstaatliche und demokratische Orientierungen gefördert. Es sollen wichtige Grundlagen zur Bewältigung des Alltags bereitgestellt werden, nicht aber die Abnahme von Denken und Handeln und der Eigeninitiative und der Integration in die Gesellschaft gefördert werden.

Gerade ein Bereich, der so sehr von Zwang, Gewalt und Bevormundung geprägt ist wie der Psychiatrische, trägt die besondere Verantwortung, dem betroffenen Menschen deutlich zu machen, dass er erwünscht ist und sein Handeln jederzeit rechtsstaatlich einwandfrei ist. Es gilt auch über unterschiedliche, noch zu überarbeitende Behandlungsvereinbarungen, die noch stärker zu nutzende und auszubauende Ombudsstelle oder Organe der Interessenvertretung in Heimen und Werkstätten, die Position Psychiatrie-Erfahrener zu stärken und in der Gesellschaft verstärkt, wie auch als regional tätige Lobby psychisch kranker Menschen, etwa in den Bereichen Zuverdienst und Arbeit, aufzutreten..

Seit 2005 besteht eine Ombudsstelle, die Beschwerden nachgeht und bündelt. Im Bericht über das erste Jahr wird sich zeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Bereits jetzt lässt sich festhalten, auch aus zahlreichen Erfahrungen betroffener Menschen, noch immer wird zu oft Zwang angewendet. Es wird eine vordringliche Aufgabe sein, Wege der Deeskalation, der Dokumentation, der Nachbesprechung mit dem Betroffenen und sonstiger Möglichkeiten, zu einer an Gewalt ärmeren, stärker rechtsstaatlich orientierten Psychiatrie zu finden.

Die Schaffung von Patientenanwälten könnte hier nach Vorne führen, Beschwerdestellen und Besuchskommissionen dürften mit der Wahrnehmung der hier anfallen-

den Aufgaben überfordert sein. Menschen, die sich nicht behandeln lassen wollen, haben grundsätzlich das Recht dazu. Es ist nach Wegen zu suchen, wie diese, auch im Rahmen rechtsstaatlich einwandfreier Lösungen, stärker als bisher erreicht werden können, und von Regionen gelernt werden kann, die hier schon weiter sind. Auch sollen Hilfen so angeboten werden, dass es dem Betroffenen eher möglich wird, sie anzunehmen, indem sie ihren Ausgangspunkt in seinen konkreten Lebensverhältnissen, seiner individuellen Biographie und seinem sozialen Umfeld nehmen. Begriffe wie Krankheitseinsicht sowie Selbst- und Fremdgefährdung, die im vorliegenden Plan auftauchen, sollten auf eine rechtliche Ebene gehoben und in einer neu einzurichtenden Gruppe des Sozialpsychiatrischen Verbundes diskutiert werden.

Die Hilfen, die die Gesellschaft bietet und im Gemeinwesen bereithält, sind einzubeziehen und neue Formen der Unterstützung psychisch Gesunder zu entwickeln. Die zuvorderst von psychischen Krisen Betroffenen sind Psychiatrie-Erfahrene und das soziale Umfeld, insbesondere Angehörige. Sie geben die Orientierung vor. Ihre Qualifizierung ist unter Einbezug ihrer Ressourcen zu fördern. Professionell, aber auch als LaienhelferInnen wirkende Menschen, könnten gewonnen werden. Wechselseitiges Lernen könnten neue Wege der Krisenbegleitung zeigen und Zwangseinweisungen und – behandlungen vermindern. Etliche Menschen üben mehrere Rollen aus, sie sind zugleich Erfahrene, Angehörige und Professionelle. Gerade diese sich überschneidenden Blickwinkel könnten besonders fruchtbar sein, würde man sie im Gesundungsprozess psychiatrie-erfahrener Menschen nutzen und durch Formen der Supervision und interdisziplinären, wissenschaftliche Begleitung ergänzen.

Psychiatrieerfahrene Menschen wie auch die im Sozialpsychiatrischen Plan erörterten „vergessenen Minderheiten“ müssten, zusätzlich zu dem Gesagten: Folgendes erwarten können:

Psychiatrische Hilfen setzen dort ein, wo sie sich aufgrund ihrer Erkrankung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließen oder aus diesem wegen geringer Akzeptanz verdrängt werden.

Sie können sich darauf verlassen, dass interdisziplinäres Arbeiten professionell Tätiger vielfältige Selbstverständnisse und Handlungsstrategien ermöglicht.

Art, Umfang und Ort der Hilfen können sich bei besserer Kenntnis oder bei geänderten Bedingungen ändern. Flexibilität ist gefordert.

Auf Grundlage des zuvor Beschriebenen erhalten Alle, unter Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Unterstützungsmöglichkeiten, die notwendigen psychiatrischen Hilfen.

Sie behalten trotz Art und Umfang ihres Hilfebedarfs, ihre Herkunfts- bzw. Wunschregion und erhalten so ihre gewünschte Lebenswelt und ihr soziales Netz.

Die Hilfen sind grundsätzlich Ergebnis transparenter Verhandlungen. Sie orientieren und beschränken sich in der Regel auf die abgesprochenen Ziele.

Professionell Tätige messen die Güte der Hilfewirklichkeit nach unserer Bewertung, die sie bei uns erfragt haben. Sie nutzen unsere Beurteilung zur Verbesserung ihrer Arbeit.

Sie können sich darauf verlassen, dass professionell Tätige sich gegenüber ihnen verantwortlich zeigen und deutlich machen, wenn andere zuständig sind.

Sie möchten grundsätzlich Kontakt zu ihrem sozialen Umfeld halten, haben aber in Krisen nicht immer die Kraft, mit diesem zu reden oder zu handeln. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass unabhängig voneinander Hilfen angeboten werden. Die Wirkung der Hilfe misst sich am langfristigen Gewinn für sie und ihrem sozialen Umfeld, insbesondere am Umfang der Selbständigkeit und Wiedergewinnung, wie Ausweitung persönlicher Ressourcen vor dem Hintergrund der Ausgangssituation.

1.3 Die vergessenen psychisch Kranken in der Region Hannover als Schwerpunktthema für den Sozialpsychiatrischen Plan 2007

von Rose-Marie Seelhorst Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen (AANB) e. V.

Es ist eine Binsenweisheit, dass wir Menschen Gemeinschaftswesen sind. In den unterschiedlichen Lebensstadien brauchen wir mehr oder weniger viel Schutz und Unterstützung durch andere. Besonders deutlich wird das in Zeiten schwerer Krankheit.

Die Mehrzahl von uns geht beim Auftreten entsprechender Symptome zum Arzt und lässt sich untersuchen und behandeln. Das Ergebnis der Untersuchung besprechen wir wahrscheinlich mit vertrauten Menschen. Über die meisten Krankheiten wird offen und sehr ausführlich gesprochen. Das bringt Entlastung.

Ganz anders verhält es sich bei psychischen Krankheiten.

Weder der erkrankte Mensch selbst noch seine nächsten Angehörigen wollen wahrhaben, dass die beobachteten Verhaltensprobleme des Betroffenen auf eine schwere Krankheit zurückzuführen sind und dringend behandelt werden müssen.

Psychisch krank zu sein, beschreibt in unserer Gesellschaft eine besondere Form der Einsamkeit und der Hilflosigkeit. Die psychisch kranken Menschen sind die vergessenen Kranken in unserer Gesellschaft. Da können wir sicher darüber diskutieren, wer von diesen Kranken besonders weit am Rand des öffentlichen Interesses steht. Die Kinder, die Alten, die Mehrfachbelasteten, die Menschen im und nach dem Maßregelvollzug.

Die Mehrzahl der betroffenen Menschen versuchen einer Auseinandersetzung mit den Krankheitssymptomen aus dem Weg zu gehen. Wenn hier im Sozialpsychiatrischen Plan von den „vergessenen“ Kranken gesprochen wird, muss bedacht werden, dass viele Betroffene froh sind, wenn ihre Auffälligkeiten nicht als Krankheit wahrgenommen werden, sie – wenn wir so wollen – vergessen werden.

Um psychisch kranken Menschen und ihren Angehörigen beistehen zu können, bedarf es anderer Voraussetzungen als bei körperlich erkrankten Menschen. Am Anfang steht die persönliche Zuwendung, das Gespräch. Deshalb unterhalten wir Angehörigen psychisch Kranker seit bald 20 Jahren unsere Telefonsprechstunde (montags bis freitags unter 0511 / 62 26 76 zwischen 10.00 und 13.00 Uhr). Da erleben wir, wie groß der Bedarf an Information und Zuwendung ist.

Folgende Mängel und Lücken sind uns besonders aufgefallen:

Viele Anrufer wissen nichts von der Existenz der Sozialpsychiatrischen Dienste. Wir erläutern deren Möglichkeiten zu helfen und informieren über Adresse und Telefon-

nummer, unter der der jeweilige Dienst zu erreichen ist. Beides – Adresse und Telefon-Nummer – müsste auch für Psychiatrie-Unerfahrene leicht im Telefonbuch zu finden sein.

Ärzte und Mitarbeiter in psychiatrischen Praxen und Kliniken weisen leider nicht genügend auf die Existenz der Selbsthilfevereinigungen hin. Deshalb finden viele Kranke und Angehörige erst nach längerem Suchen den Weg zu uns
Der Bedarf an Information ist sehr groß. Das spüren wir an der wachsenden Nachfrage nach Informationsbroschüren. Warum liegt davon nicht genügend anschauliches Material in allen Wartezimmern aus?

Aber die Lektüre über psychische Krankheiten und Behandlungsmöglichkeiten kann das Gespräch und die persönliche Zuwendung durch die behandelnden Ärzte nicht ersetzen. Ohne genügend Informationen und persönlichen Beistand, z. B. durch Selbsterfahrene wird es in vielen Fällen weiterhin zu dem berüchtigten Drehtüreffekt kommen.

Leider gibt es auch Bruchstellen zwischen den Helfern. Häufig erfahren wir von Angehörigen, die über mangelnde Kooperation mit vom Gericht eingesetzten Betreuern klagen. Betreuer haben einen vom Vormundschaftsgericht festgelegten Aufgabenkreis. Für die Erfüllung dieser Aufgaben werden sie bezahlt. Die übrigen Hilfen leisten häufig Angehörige. Ohne gegenseitige Akzeptanz und Verständigung kann das nicht gut gehen.

Große Sorge macht uns die Situation von Kindern psychisch Kranker. Oft suchen Angehörige nur aus Sorge um Kinder in Haushalten mit psychisch kranken Elternteilen Kontakt zu unserer Arbeitsgemeinschaft. Diese Familien brauchen auf Dauer intensive aufsuchende Hilfe. Dass diese Hilfe nur durch besonders geeignete Helfer geleistet werden kann, versteht sich von selbst. Wir können keine direkte Familienhilfe leisten, unterstützen aber in zahlreichen Fällen betroffene Angehörige.

Nicht viel einfacher ist die Situation in Familien mit einem psychisch kranken alten Menschen. In der Stadt Hannover gibt es hier gute Ansätze zur Hilfe, die leider nur Insidern bekannt sind.

Der hier zur Verfügung gestellte Platz erlaubt es nicht, in diesem Bericht auf die vielen Lücken und Mängel im psychiatrischen Hilfesystem einzugehen. Aber dem Leser müsste auffallen, dass es eine durchgängige Klage gibt: Das Fehlen an jedermann leicht zugänglichen Informationen.

Das gilt auch für den Psychosozialen Psychiatrischen Krisendienst für die Wochenendenden und Feiertage, dessen Adresse und Telefonnummer an viel auffälligerer Stelle in den Tageszeitungen stehen müsste. Bisher haben sich die Verantwortlichen umsonst um mehr Interesse bei der Presse bemüht.

Abschnitt 2: Schwerpunktthema 2007: Die „vergessenen“ psychisch Kranken in der Region Hannover – Problembeschreibung und Lösungswege

2.1 Einführung mit einer Zusammenfassung der folgenden Beiträge von Vera Koch

In der Fachgruppe Dokumentation / Sozialpsychiatrischer Plan des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie (AKG) wurden Anfang des Jahres 2006 die möglichen Schwerpunktthemen für den Sozialpsychiatrischen Plan 2007 entwickelt. Sie wurden dann im AKG vorgestellt, um die Wünsche des Gremiums mit aufzunehmen und das Benehmen mit den Mitgliedern herzustellen. Eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer entschied sich für das hier vorgestellte Thema, dass unter drei verschiedenen Fragestellungen behandelt wird.

Psychisch Kranke ohne Wohnung in Obdachlosenheimen und „auf der Straße“

Die Fachgruppe „Obdachlosigkeit und Sucht“ hat bereits häufiger im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie auf die besondere Problematik der Betroffenen hingewiesen. Aktuelle Problemfelder sind die neuen Regelungen im Rahmen von Hartz IV und die Wohnraumbeschaffung. Die Bereitwilligkeit und die Befähigung der Klientinnen und Klienten zur Zusammenarbeit kann durch eine verbreitete Suchtproblematik und den unterschiedlichen Grad der Krankheitseinsicht erschwert sein. In enger Zusammenarbeit mit Diensten außerhalb des Sozialpsychiatrischen Verbundes, zum Beispiel mit Vermietern und der Sozialen Wohnraumhilfe, soll versucht werden, die jeweils richtigen Hilfen für die Betroffenen zu finden.

Der Beitrag von Herrn Mehnert zu den psychisch kranken Obdachlosen beleuchtet noch einmal die Situation und beinhaltet eine Wunschliste für die Zukunft. Die Fachgruppe „Psychiatrie und Obdachlosigkeit“ arbeitet kontinuierlich seit zehn Jahren zusammen. Auch heute lässt sich die Zahl der Obdachlosen mit psychischen Problemen nur schätzen, angenommen wird ein Anteil von 7 – 10 %. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben u. a. Bedarfserhebungen und Fortbildungen durchgeführt, sowie ein Kooperationsnetz aufgebaut. Sie haben viel angestrebt, was bisher nur teilweise erreicht werden konnte, zum Beispiel den Abbau von Vorurteilen, die Einbindung der Betroffenen oder die Benennung von Qualitätsstandards. In der Fachgruppe fragt man vorrangig danach, wie dem einzelnen Betroffenen geholfen werden kann. Mit sehr viel Engagement wurde zum Beispiel Straßenarbeit gemacht, um das Misstrauen der Wohnungslosen abzubauen und so in die Beziehungsarbeit gehen zu können.

Das betreute Wohnen hat sich durch das Engagement der Fachgruppe gut entwickelt, und mit dem Arztmobil konnte die gesundheitliche Versorgung der Wohnungslosen verbessert werden. Die Fachgruppe hat in den letzten zehn Jahren eine Basis geschaffen, für die Zukunft muss aber noch viel getan werden. Zu den Wünschen der Fachgruppe gehören u. a.: Eine ausreichende ärztliche Versorgung, die Bereitschaft

der Regeleinrichtungen, die vielfältig und stark beeinträchtigten Klienten vorurteilsfrei aufzunehmen, darüber hinaus alternative Wohnmodelle und Tagesstrukturhilfen.

Psychisch Kranke ohne Aufenthaltsberechtigung in Asylbewerberheimen

In der Mai Sitzung des AKG wurde zu diesem Thema erstmals ausführlich berichtet. In Hannover gibt es zurzeit vier Wohnheime für Aussiedler und Flüchtlinge, in denen 300 Personen leben können. In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass es immer schwieriger geworden ist, psychisch kranken Flüchtlingen und Aussiedlern gerecht zu werden. Eine erhebliche Unzufriedenheit bei Bewohnern und Betreuern wurde zum Ausdruck gebracht. Über die Anzahl von psychisch erkrankten Flüchtlingen und Aussiedlern in der Region außerhalb der Stadt Hannover lagen dem AKG keine Zahlen vor. Es gibt dort eher eine dezentrale Unterbringung von Migranten in Wohnungen. Mögliche Lösungsansätze wurden diskutiert. Die Ideen werden von den Vertreterinnen der Wohnheime in ihren Gremien vorgestellt werden. Eine Fachgruppe „Migration und Psychiatrie“ ist inzwischen eingesetzt worden, damit die künftige psychiatrische Betreuung der Bewohner klarer geregelt werden kann und die verschiedenen Strukturen des Sozialpsychiatrischen Verbundes auch für diese Personengruppe genutzt werden können.

Ein Situationsbericht zur Unterbringung von psychisch kranken Menschen ohne Aufenthaltsstatus wurde von den Leitungen der Wohnheime geschrieben. Frau Ernst und Frau v. d. Brelie beschreiben in Absprache mit Frau Wegener und Frau Kemper die Situation in den Wohnheimen und geben Hinweise, wie man diesem Personenkreis in der Zukunft gerechter werden kann. In den Wohnheimen ist der Anteil der Menschen mit psychischen Störungen vor allem in den letzten vier Jahren stark gestiegen. Die Erkrankungen sind oft schon vor der Ankunft in Deutschland entstanden, werden aber durch die lang andauernde Unterbringung ohne statusrechtliche Perspektiven noch verstärkt. Es kommt im Zuge der Erkrankungen zu unzumutbaren Beeinträchtigungen, Belastungen und Gefährdungen sowohl der Mitbewohner als auch der Mitarbeiter. Verschiedene Beispiele zur Verdeutlichung wurden von den Autorinnen aufgezeigt.

Ein großes Problem für die Arbeit in den Wohnheimen ist es, dass es in Krisensituationen der betroffenen Menschen nur selten zu einer Klinikeinweisung kommt. So wird die Situation mit verbalen Drohungen und Sachbeschädigungen sehr schwierig für Mitbewohner und Mitarbeiter. Der Personalschlüssel für ein Flüchtlingswohnheim liegt bei 1:75. Damit kann eine angemessene Betreuung für Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht stattfinden. Die Leitungen der Wohnheime wünschen sich für die Zukunft einen Diplompsychologen bzw. eine Diplompsychologin, der bzw. die übergreifend für die Häuser zuständig sein kann.

Eine spezielle Wohneinheit für 8 – 10 Personen mit entsprechendem Fachpersonal könnte für besonders schwer Kranke ohne Krankheitseinsicht eine angemessene Behandlung und Betreuung bieten. Eine dezentrale eigene Wohnung mit aufsuchender Hilfe für Menschen mit einer hohen Krankheitseinsicht könnte außerhalb von Wohnheimen wesentlich zur Verbesserung beitragen. Wünschenswert wären auch Aufnahmen in Einrichtungen der Regelversorgung. Das setzt aber unter anderem die Einsicht in die Krankheit und die Bereitschaft zur Teilnahme an tagesstrukturierenden

Angeboten voraus. Viele weitere Fragen mit einem hohen Klärungsbedarf sind aufgeführt. Die neue Fachgruppe wird sich damit auseinandersetzen müssen.

Psychisch Kranke in Justizvollzugsanstalten

Diese Personengruppe wurde in den öffentlichen Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover bisher eigentlich nicht zur Kenntnis genommen. In der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hannover und auch in der neuen JVA in Sehnde sind unter den untergebrachten Straftätern auch viele Menschen mit psychischen Störungen. Der Sozialpsychiatrische Dienst wird bei Bedarf in die Behandlung einbezogen. In Einzelfällen gibt es Anfragen aus den beiden JVA an Anbieter psychiatrischer Hilfen aus dem Verbund, weil nach der Entlassung eine weiterführende psychiatrische Betreuung notwendig ist.

Um diesem Personenkreis eine angemessene Hilfe bieten zu können, ist es auch wichtig zu wissen, wie die psychiatrische Versorgung in einer JVA geregelt ist. Gibt es eine ausreichende ärztliche Versorgung? Ist ein Sozialdienst tätig, der mit der Problematik vertraut ist? Wie ist es mit der Schulung des Personals? Wie ist es mit den weiterführenden Hilfen nach der Entlassung? Zwei Situationsberichte beleuchten das Thema. Frau Dr. Simon berichtet aus der JVA in Sehnde und Herr Dr. Wittfoot aus der JVA Hannover.

Die JVA in Sehnde besteht seit zwei Jahren, und Frau Dr. Simon beschreibt kurz in ihrer Einleitung die neue Haftanstalt. Für die Inhaftierten gibt es Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Therapieangebote. Frau Dr. Simon ist im Fachbereich Medizin für die psychiatrische Station mit maximal 16 Inhaftierten zuständig. Die Erkrankungen umfassen das bekannte psychiatrische Spektrum. In der Regel werden die Hafträume nur mit einer Person belegt. Es ist trotz Kosten sparender Arbeitsweisen möglich, alle notwendigen Medikamente auch zu verordnen.

Die besondere Situation der Psychiatrie in einer JVA beinhaltet eine Gratwanderung zwischen parallel laufenden Wegen, dem des therapeutischen Klimas und dem der Vollzugsregeln. Ein großer Vorteil gegenüber der Arbeit außerhalb einer Haftanstalt ist der Zeitfaktor. Die Menschen können langsam auf der Station gesund werden. Alle therapeutischen Möglichkeiten können trotz der besonderen Situation genutzt werden. Sinnvoll wäre zur Ergänzung eine „halbe“ Sozialarbeiterstelle.

In der JVA Hannover ist in der Mitte der 80er Jahre eine allgemeine Krankenstation zur „Clearing Station“ umgeändert worden. So konnte für die auffälligen psychisch Kranken aus allen Justizvollzugsanstalten Niedersachsens eine eingehende Diagnostik sichergestellt werden. Die krankenhausbehandlungsbedürftigen Menschen konnten in psychiatrische Kliniken verlegt werden. Mit der Einstellung des entsprechenden Fachpersonals wurden die Voraussetzungen für eine angemessene psychiatrische Pflege und Behandlung hergestellt, so dass Klinikeinweisungen rückläufig wurden. Eine Arbeitstherapieeinheit und Basisangebote zur Sozio- und Milieuthherapie sowie psychiatrischen Pflege wurden geschaffen. Die Krankenstation verfügt über 20 Haftplätze. Auf der Station werden im Jahr etwa 100 Neuaufnahmen durchgeführt. Nach Möglichkeit erfolgt die Unterbringung psychisch Kranker in Einzelhaftsräumen. Zurzeit besteht eine eingeschränkte personelle Besetzung, die über ärztliche Gespräche und Visiten hinaus kaum Betreuungsangebote zulässt.

Mit jeder Einrichtung einer Krankenstation an den anderen JVA wird die Behandlung der „eigenen“ Inhaftierten mehr im Vordergrund sein. So wird außer der psychiatrischen Station in der JVA Sehnde demnächst in der JVA Lingen eine weitere psychiatrische Krankenstation eingerichtet. In Hannover hat es in den letzten Jahren eine Konzentration der Gefangenen aus der Region gegeben. Eine Vernetzung mit dem Sozialpsychiatrischen Verbund erscheint daher sehr sinnvoll. Ein gegenseitiger Informationsaustausch, gemeinsame Fallbesprechungen und Hilfekonferenzen wären für die Eingliederung der Betroffenen in die Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung. Dies erscheint nicht nur aus sozialpsychiatrischer, sondern auch aus kriminalpräventiver Sicht sinnvoll.

Durch alle drei Abschnitte zieht sich wie ein roter Faden die Fragestellung nach der (Wieder-) Eingliederung der betroffenen Menschen in die Gesellschaft. Alle Personengruppen haben Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer Wohnung und / oder eines Arbeitsplatzes. Für viele dieser Menschen sind die Hilfen, die das soziale Netzwerk bietet, nicht ausreichend oder gar nicht erst erreichbar. Was kann der Sozialpsychiatrische Verbund mit seinen Strukturen anbieten? Was können die verschiedenen zuständigen Behörden ermöglichen? Wie kann es unter den heutigen sozialen Veränderungen gelingen, dass auch die Gesellschaft für diese Problembereiche sensibilisiert und zur Mithilfe angeregt wird?

2. 2 Die vergessenen psychisch kranken Obdachlosen von Frank Mehnert

10 Jahre ist es nun her, dass sich Mitarbeiter aus helfenden Organisationen in Hannover zusammengefunden haben, um eine Fachgruppe für "Psychiatrie und Obdachlosigkeit" zu gründen.

Heute wie damals konnte diese Personengruppe nur geschätzt werden (7% bis 10% der Obdachlosen). Und notwendige Differenzierungen der Bedarfsgruppen z.B. Abhängigkeitskranke, Schizophrene, Psychotiker, Mehrfachdiagnosen etc. müssen ebenfalls erstellt und eingefordert werden. Trotz dieser Ecken und Kanten gelang es diesem Arbeitskreis auf die Probleme seiner Klienten immer wieder aufmerksam zu machen.

Darum blättern wir heute in alten Protokollen und erinnern uns an die Anfänge, an die formulierten Ansprüche. Das Informationsforum mit Bedarfserhebungen, Fortbildungen und Vernetzungen und Kooperationsvereinbarungen besteht, auch wenn es ein Prozess ist, der immer wieder erneuert werden muss. Die Versorgung hingegen, Ressourcenausnutzung, Einbindung der Betroffenen, die Benennung der Qualitätsstandards, der Abbau von Vorurteilen und die Wiedereingliederung der Kranken gelang teilweise und muss in Zukunft wieder heftiger erkämpft werden, weil es Gegenströme gibt , die der kurzfristigen Ökonomie den Vorrang geben.

Wir haben Spuren hinterlassen, schauen aber, da wir selbstkritisch sind und den Positivismus der Werbesprache nicht kopieren wollen, in den Spiegel, um aus Kritik und Gegenkritik eine neue brauchbarere Synthese zu bilden!

Wir fragen danach wie wir den psychisch Kranken helfen konnten und sehen im vorbeilaufenden Film, hinterfragende Mitarbeiter in der Wohnungslosenhilfe, das Ärztemobil, die Krankenwohnung der ZBS, die engagierten Mitarbeiter der SpD`s - beson-

ders der Königstrasse, die mit sehr viel Engagement Streetwork machten, um die oft misstrauischen Wohnungslosen über die wichtige Beziehungsarbeit anzusprechen. Die Bildung von Arbeitskreisen in den Einrichtungen sehe ich und sogar eine interne Suchtberatungsstelle in der Jugendwerksiedlung, die Verbesserung der Arbeit in der Schulenburgstrasse 335 und die über die Vernetzung verbesserte Kooperation der Krankenhäuser, Beratungsstellen und Wohnungslosentreffs - auch wenn sich hier und dort vereinzelt Rückschritte aufgrund neuer Mitarbeiter und reduzierten Mitarbeiterstunden ergaben. Grautöne, die sich wirtschaftlich erklären lassen und die langfristig einen Neuanstrich brauchen.

Genau wie die Ansprüche von damals, die überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden müssen, weil Entwicklungen auch Tiefen kennen, die überbrückt werden können. So konnten wir die Bedürfnisse der Substituierten hinterfragen und dafür sorgen das sich daraus betreutes Wohnen entwickelte und den Bereich der Arbeit als Wiederintegration für diesen Personenkreis förderte.

Das Arztmobil verbesserte die Versorgung der nichtärztlich versorgten Wohnungslosen. Die Sensibilität konnte in Kliniken und Arztpraxen deutlich verbessert werden, auch wenn das System - vereinzelt - immer wieder zu Rückfällen neigt (z.B. erschwerte Aufnahme auf Entgiftungsstationen, statt die Lebenssituation der Betroffenen mit einzubeziehen, vielleicht kein Handy besitzen , um zu einer Fixzeit anzurufen. Aber Prozesse sind Prozesse und damit kann das System langfristig realitätsnäher umgebaut werden.

Die Fort - und Weiterbildungen des Arbeitskreises haben unsere Basisarbeit verbessert und die Fachöffentlichkeit motiviert unsere Themen einfließen zu lassen und Lösungen zu finden, wobei die Qualitätsdiskussion erst am Anfang einer zukünftigen langen Debatte steht.

Also bauen wir weiter, der Keller ist fertig, die Etagen werden folgen und wir müssen dafür sorgen, dass die Armut nicht individualisiert wird, damit die Systemfehler nicht überdeckt werden.

Dafür werden wir eine Wunschliste als Orientierung ausarbeiten für die folgenden unvollständigen Wünsche, die als zukünftiger Kompass dienen sollen:

1. Ausreichende ärztliche Versorgung vom Hausarzt bis zum Zahnarzt. Wertfrei und gegebenenfalls kostenlos
2. Versorgungs- und Übergangseinrichtungen sollen sich verpflichten regelmäßigschwer multiple auffällige Klienten wertungsfrei aufzunehmen (Behandlungsverpflichtung).
3. Schaffung von Möglichkeiten einer sinnvollen Beschäftigung oder Tagesstruktur ohne hochschwellige Zugangsvoraussetzungen mit Qualifizierungsmöglichkeiten.
4. Niedrigschwellige Entgiftungsstationen, die schwerpunktmäßig der körperlichen Stabilisierung dienen und frei sind von abstinenzorientierten Therapiegruppen. Dafür aber psychosoziale Angebote auf freiwilliger Basis anbieten.
5. Kombinationsgruppen örtlicher Anbieter für diesen Personenkreis im Rahmen integrierter Versorgung ohne Budgetierung.

6. Befragung der Betroffenen über ihre eigenen Bedürfnisse und Forderungen mit wissenschaftlicher Auswertung.
7. Errichtung alternativer Wohnmodelle zwischen Heim - und ambulanter Versorgung.
8. Arbeitsprojekte und Qualifizierungsmöglichkeiten.
9. Ein verzahntes verlässliches System, das nicht auf Beziehungen basiert , sondern auf einforderbare Rechte.

2.3 Situationsbericht zur Unterbringung von psychisch kranken Menschen ohne Aufenthaltsstatus

von Ursula Ernst, Leitung WH Haltenhoffstrasse

Ute v. d. Brelie, Leitung WH Vinnhorster Weg

In Absprache mit:

Irene Wegener, Leitung WH Alte Döhrener Strasse

Christiane Kemper, Leitung WH Rumannstrasse

Seit etwa vier Jahren stellen wir eine starke Zunahme von psychischen und psychiatrischen Erkrankungen sowie von starken Verhaltensauffälligkeiten unter den uns zugewiesenen BewohnerInnen fest. Diese Erkrankungen/Auffälligkeiten sind vielfach bereits im Herkunftsland entstanden und werden aufgrund der zum Teil über Jahre andauernden verpflichtenden Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (5 – 15 Jahre und länger) und unter dem Druck der statusrechtlichen Perspektivlosigkeit noch verstärkt, da ein Großteil unserer KlientInnen lediglich geduldet wird. Der Besitz einer Duldung bedeutet die vorläufige Aussetzung der beabsichtigten Abschiebung. Die Betroffenen erhalten außerdem i. d. R. keine Arbeitserlaubnis, beziehen Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (= ca. 75 % der Sozialhilfe: 150,- Euro in Form von Wertgutscheinen, 40,- Euro in bar), dürfen meist das Land Niedersachsen nicht verlassen und erhalten eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung. Die rechtliche Aufenthaltssituation verhindert zudem oftmals eine Unterbringung in einer eigenen Wohnung bzw. die längerfristige Einweisung in entsprechende Kliniken oder in betreute Wohnformen.

Die psychischen Auffälligkeiten/Erkrankungen können wie folgt beschrieben werden:

- Zunahme von Aggressionen gegenüber der Familie, Mitbewohner und Mitarbeitern
- Unangemessene Reaktionen (Hysterie und „Ausrasten“) auf alltägliche Probleme
- Vernachlässigung der Körperhygiene und des Wohnzustands in den Zimmern (Messie)
- Depressive Zustände bis hin zu Verwirrtheit und völliger Apathie
- Suizidgefahr
- Abhängigkeitserkrankungen von Suchtmitteln (Alkohol, Drogen, Medikamente)
- Wahrnehmungsstörungen und Traumatisierungen
- Diagnostizierte Erkrankungen wie Neurosen, Schizophrenie, manische Depressionen, Borderlinestörungen etc.

Im Zuge dieser Erkrankungen/Auffälligkeiten kommt es verstärkt zu unzumutbaren Beeinträchtigungen, Belastungen und Gefährdungen der Mitbewohner und auch der Mitarbeiter (Tötungsabsichten werden geäußert, Drohungen werden ausgesprochen, Mitarbeiter werden tätlich angegriffen). Die Gemeinschaftsanlagen werden unsachgemäß genutzt und schmutzig oder defekt hinterlassen. Die nächtliche Ruhe wird durch gewalttätige und lautstarke Auseinandersetzungen gestört. Die Hausordnung wird vielfach nicht beachtet und mangels geeigneter Konsequenzen nicht eingehalten. Angebotene Gespräche und Hilfsmaßnahmen wie z. B. vereinbarte Arzttermine werden nicht wahrgenommen.

Beispiele von psychisch auffälligen, bzw. psychiatrisch erkrankten Personen im Wohnheim, die z. T. auch aufgrund ihres Krankheitsbildes keine Einsicht in ihre "Krankheit" haben und jegliche medizinische/psychiatrische Behandlung ablehnen:

1. Beispiel:

Diagnose: schwere Angstneurose, einschließlich eines extremen Waschzwangs

Verhalten im Wohnheim:

- regelmäßiges Waschen des Kopfes und der Arme im Waschbecken der Gemeinschaftsküche. Es steht "alles" unter Wasser (Elektro-Herd in der Nähe)
- ständiges Duschen in der Gemeinschaftsdusche; 2 – 3 Std. hintereinander. Sie benutzt zum Duschen Geschirrspülmittel. Es ist zu vermuten, dass sie ihren Mund ebenfalls mit Geschirrspülmittel ausspült (Schaum im Mund)
- ständige Störungen im Büro: Sie fragt ca. 10 – 20 x am Tag, ob Bakterien vorhanden sind
- sie will 2 x die Woche die Bettwäsche tauschen. Wenn dies nicht möglich ist, fängt sie an, zu zittern und zu schreien
- unsachgemäßer Umgang mit der Waschmaschine: Sie füllt die Fächer bis zum Rand mit Waschpulver
- Fremdgefährdung durch unsachgemäße Handhabung der Kochstellen in der Gemeinschaftsküche: Kürzlich vergaß Frau A., dass sie eine Pfanne mit Öl auf dem Herd hatte. Feuer konnte durch einen Feuerlöscheinsatz durch den Pförtner gelöscht werden

Die gesamte Situation stellt eine unzumutbare Beeinträchtigung bzw. Belastung und auch eine Gefährdung der anderen Mitbewohner dar:

- die Dusche ist über Stunden belegt
- nächtliche Ruhestörung durch Klopfen an der Tür und der Frage nach Bakterien
- Gefährdung durch unsachgemäßen Umgang mit den Kochstellen in der Gemeinschaftsküche

Vereinbarte Termine bei den Ärzten nahm sie nicht wahr; sie lehnte jegliche medizinische Behandlung ab.

Nach ca. 3 Monaten gelang es Verwandten, Frau A. freiwillig in medizinische Behandlung zu bringen. Sie wurde dann in die Fachklinik in Langenhagen eingewiesen.

2. Beispiel:

Herrn B. wurde von Seiten des Ordnungsamtes eine freiwillige Rückkehr nach Nigeria verweigert. Daraufhin kündigte er der Leiterin des Wohnheims Haltenhoffstraße an, in Hungerstreik treten zu wollen, bis ihm die Ausreise ermöglicht werde. Ansonsten sehe er "nur noch Blut"; er werde sich und andere "tot machen". Dazu zog er ein langes Messer aus der Tasche, konnte jedoch anschließend vorerst "beruhigt" werden. Die MitarbeiterInnen des Wohnheims fühlten sich zum Teil direkt bedroht und schätzten die Situation als gefährlich ein.

Reaktionen der Polizei bzw. des hinzugezogenen Sozialpsychiatrischen Dienstes:

- 08.04.03: Telefonat mit der Polizei; Frage: "Sitzt er im Moment vor Ihnen und bedroht Sie?" Als ich dies verneinte, sagte der Polizeibeamte: "Dann können wir nichts tun."
- 10.04.03: Telefonische Information an das Gesundheitsamt
- 14.04.03: Gespräch vom Arzt der Beratungsstelle mit Herrn B.: Er war müde; er wollte nichts essen und trinken; hat wenig gesprochen. Der Arzt sieht keine Möglichkeit, ihn einzuweisen. Wenn er bedrohlich werden sollte, sollen wir die Polizei rufen.
- 24.04.03 Nach einem körperlichen Zusammenbruch (aufgrund einer ca. dreiwöchigen Nahrungsverweigerung) wurde Herr B. vom Notdienst des Sozialpsychiatrischen Dienstes zwangsweise in die Fachklinik in Langenhagen eingewiesen.
- 14.05.03 Entlassung aus der Klinik ohne Medikamente

Nach dem Klinikaufenthalt verhielt Herr B. sich zunächst unauffällig. Nach ca. einer Woche begann er, oft laute Musik zu hören und tags und nachts stundenlang aus dem offenen Fenster heraus zu singen. Außerdem wurde er dabei beobachtet, wie er die Tür der Dusche aus den Angeln hob und daneben stellte. Auffällig war auch, dass auf seiner Etage verschiedene Defekte auftraten, wie z. B. mutwilliges Verstopfen der Toilette und eine eingeschlagene Deckenlampe.

Mehrere Gespräche waren erfolglos, Termine bei den Ämtern u. ä. wurden von ihm nicht mehr zuverlässig wahrgenommen, und eine medizinische Betreuung lehnte er kategorisch ab. Im Gespräch wirkte er sehr unruhig, unkonzentriert, er konnte nicht zuhören und wurde schnell laut und aggressiv.

Problembeschreibungen:

Ähnliche Szenarien wiederholen sich mit steigender Tendenz, immer wieder sind Polizei und der sozial-psychiatrische Krisendienst im Einsatz. Unser größtes Problem dabei ist, dass es in den seltensten Fällen zu Einweisungen in die Klinik kommt. Offensichtlich ist das Verhalten der Betroffenen nicht ausreichend „selbst- oder fremdgefährdend“. Letztendlich ist die akute Situation ausschlaggebend, denn ein Suizidversuch, der vor zwei Tagen begangen wurde, während einer noch akuten Phase der Wahnvorstellungen, reicht nicht aus für eine Einweisung.

In der gleichen Weise haben wir Probleme mit Polizeieinsätzen beim Vorkommnissen mit gewalttätigen Bewohnern. Auch hier bekommen wir nur Hilfe und Unterstützung bei direkter und massiver Bedrohung. Verbale Androhungen von Gewalt und

Sachbeschädigungen sind scheinbar kein ausreichender Grund für polizeiliches Eingreifen.

Grundsätzlich ist eine Krankheitseinsicht bei diesem Personenkreis nicht vorhanden, entsprechend gibt es keine medikamentöse Einstellung.

Um eine Aufenthaltserlaubnis aus Krankheitsgründen zu bekommen, ist ein Gutachten erforderlich. Wenn keine Krankheitseinsicht vorhanden ist, ist der Weg zum Gutachten erschwert. Über eine gesetzliche Betreuung und eine Klinikeinweisung kann ein Gutachten erstellt werden. Am Ende dieses langwierigen Prozesses sollte eine adäquate Unterbringung in besonderen Wohnformen stehen. Die Wohnheime für Flüchtlinge und Aussiedler sind keine Auffanglager für psychisch auffällige bzw. erkrankte Menschen. Der **Schlüssel für die Beratung in einem Wohnheim für Flüchtlinge liegt bei 1:75** (Grundsätze über den Betrieb von Aussiedler- und Flüchtlingswohnheimen in der Landeshauptstadt Hannover 2003). Im Gegensatz dazu liegt der **Beratungsschlüssel in einem Wohnheim für psychisch Kranke bei 1:6**.

Unsere Vorstellungen zur Unterbringung besonders zu betreuender Personen im Bereich der geduldeten Flüchtlinge

Es handelt sich in der Regel um Personen, die keinerlei Einsicht in ihre Krankheit bzw. in ihre vorliegenden Störungen haben und die nicht verpflichtend in eine psychotherapeutische bzw. psychiatrische Struktur "gezwungen" werden können.

Jeder Einzelfall ist hinsichtlich der Unterbringung individuell zu bewerten und zu entscheiden.

Wir können uns folgende 4 parallel laufende Modelle der Unterbringung vorstellen. Voraussetzung für die Varianten 1 – 3 ist ein Zuweisungsrecht der Stadt Hannover; Fachbereich Stadterneuerung und Wohnen.

1. Unterbringung in die von der AWO betriebenen Wohnheime für Flüchtlinge und AussiedlerInnen

Einige BewohnerInnen mit seelischen Störungen könnten in den Wohnheimen verbleiben, wenn vor Ort, zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Personal, eine Fachkraft (1 Diplom-Psychologe/in) für beide Wohnheime zuständig ist. Durch diese Fachkraft besteht zeitlich und fachlich die Möglichkeit, adäquat auf die Ursachen und Hintergründe auffälligen Verhaltens einzugehen und in Einzelfällen die betroffenen BewohnerInnen in eine medizinische Behandlung oder Therapie zu begleiten (z. B. Suchtkranke).

2. Schaffung einer speziellen Wohneinheit für 8 – 10 Personen außerhalb der Wohnheime, mit entsprechendem Fachpersonal.

Diese Einrichtung halten wir für dringend erforderlich für Personen mit psychotischen Symptomen (Wahnvorstellungen, paranoides und/oder schizophrenes Verhalten etc.), die keinerlei Einsicht in ihre Befindlichkeit zeigen und jegliche medizinische Behandlung ablehnen. Dieser Personenkreis stellt häufig eine Unzumutbarkeit für die MitbewohnerInnen und für die MitarbeiterInnen in unseren Wohnheimen dar.

Dabei ist zu berücksichtigen, wer mit wem und mit welcher Befindlichkeit bzw. Erkrankung allgemeinverträglich zusammen in einem Haus leben kann.

Das Zuweisungsrecht des Sachgebietes Unterbringung müsste ebenfalls für diese neue Unterbringungsmöglichkeit gelten.

3. Dezentrale eigene Wohnung mit aufsuchender Betreuung

Diese Unterbringungsform setzt u. E. eine hohe Einsicht in die Krankheit und eine hohe Selbststeuerungskompetenz im Alltag seitens der Betroffenen voraus.

Dieses wäre vorstellbar für Personen mit einer eindeutigen Diagnose, die medikamentös eingestellt sind und eventuell unter Betreuung stehen (z. B. bei psychotischen Erkrankungen).

Eine aufsuchende Betreuung ist in diesem Rahmen eine wesentliche Voraussetzung, damit bei der ersten Auffälligkeit, z. B. wenn die notwendigen Medikamente nicht eingenommen werden.

Weitere Voraussetzungen:

- Streichung der Gemeinschaftsunterkunfts-Auflage, bzw. Zustimmung der Ausländerbehörde
- Mietfreiheit, bzw. Kostenübernahme durch den Fachbereich Soziales

4. Aufnahme in bestehende Regeleinrichtungen

Für das Sachgebiet Unterbringung besteht hier keine Möglichkeit der Zuweisung.

In den Wohneinrichtungen für psychisch Kranke in Hannover müssen sich die Betroffenen um eine Aufnahme bewerben. Das setzt eine Einsicht in die Befindlichkeit und die Bereitschaft voraus, mitzuarbeiten, einschließlich der Teilnahme an Freizeitangeboten (z. B. gemeinsames Kochen).

Anmerkung: Die o. g. Voraussetzungen treffen auf unseren Bewohnerkreis in der Regel nicht zu, da in den meisten Fällen keine Einsicht und keine Bereitschaft, an sich therapeutisch zu arbeiten, vorhanden sind.

Wenn die Einsicht und die Bereitschaft vorausgesetzt werden können, sind folgende Punkte zu klären:

- Kostenübernahme durch das Sozialamt trotz fehlendem Aufenthaltsstatus
- Kooperation mit der Ausländerstelle des Ordnungsamts zwecks Schaffung eines Aufenthaltsstatus
- Möglichkeiten der Mitwirkung/Unterstützung des Sachgebiets Unterbringung

Vorschlag: Herr Dr. Guido Gebauer – forensischer psychologischer Sachverständiger – sollte in beratender Funktion mit einbezogen werden.

Folgende Fragen sind zu klären:

- Wie weit reicht das Zuweisungsrecht des Sachgebiets Wohnraumversorgung?
- Wer initiiert die Bildung eines Gremiums zur Erarbeitung einer Konzeption? (Federführung des Sachgebiets Unterbringung?)
- Welche Vertreter nehmen am Gremium teil? (VertreterInnen der sozialpsychiatrischen Dienste, VertreterInnen der Träger/Leitung der Wohnheime, VertreterInnen des Runden Tisches, Dr. Gebauer?)
- Einbeziehung der Ausländerstelle?
- Rechte der Betroffenen? (wenn sie sich z. B. weigern, der Zuweisung in die "kleine Wohneinheit" Folge zu leisten)

2.4 Psychisch Kranke in Justizvollzugsanstalten

2.4.1 Psychiatrie in der Justizvollzugsanstalt Sehnde – Ein Überblick von Julienne Simon, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie

1. Einleitung, Allgemeines über die JVA Sehnde:

Die JVA Sehnde ist eine geschlossene Einrichtung des Landes Niedersachsen für erwachsene straffällig gewordene Männer mit einer Haftdauer von 3 Jahren bis lebenslänglich. Sie besitzt den Status eines Hochsicherheitsgefängnisses.

Frauen sind in der JVA Sehnde nicht inhaftiert.

Die Belegungskapazität der JVA Sehnde umfasst 534 Haftplätze, davon 428 für Inhaftierte in Strafhaft und 106 für Inhaftierte in Untersuchungshaft.

Am 18. Oktober 2006 feierten wir 2-jähriges Bestehen.

Ziel soll es sein, dass jeder Inhaftierte arbeitet.

Die Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote umfassen Holztechnik, Metalltechnik, Oberflächenbeschichtung, Arbeit in den Unternehmerbetrieben (Erfüllung von externen Aufträgen), Arbeiten im Haftraum, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie.

Als Bildungsangebote werden ein Hauptschulkursus, Kursus für die Vorbereitung auf den Hauptschulkursus, allgemeiner Unterricht, Deutschkurs für nicht sprechende Inhaftierte angeboten. Berufsausbildungen können in den Sparten Küche, Metall und Logistik absolviert werden. Besonders zuverlässige und vertrauenswürdige Inhaftierte werden als sogenannte Hausarbeiter eingesetzt (z.B. zur Pflege der Außenanlagen, als Stationsreiniger, Essensausgeber an andere Inhaftierte....).

Soziales Training in der Gruppe, Suchtberatung mit u.a. dem Ziel, Entwöhnungstherapien einzuleiten, regelmäßige Sporttermine, angeleitete Freizeitveranstaltungen, Singen im „Gefangenenchor“ und Teilnahme am Posaunenchor sind weitere Therapieangebote.

Baulich teilt sich die JVA Sehnde auf in 5 Hafthäuser, in denen 9 Vollzugsabteilungen untergebracht sind sowie in den Fachbereich Medizin, der sich wiederum aufteilt in die psychiatrische Station, die zahnmedizinische Behandlungseinheit und den Ambulanztrakt mit Sprech- und Behandlungszimmern.

2. Der Fachbereich Medizin der JVA Sehnde, Allgemeines

Das Team setzt sich zusammen aus einer Fachbereichsleiterin (Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie), einer Ärztin, die die allgemeinmedizinischen Sprechstunden abhält, einer Zahnärztin, einer Abteilungshelferin, die Koordinationsaufgaben übernimmt, weisungsbefugt gegenüber dem Team ist und der Fachbereichsleiterin zuarbeitet. Das übrige Team besteht derzeit aus 12 Mitarbeitern, von denen einer als Zahnarztassistent mit der Zahnärztin zusammen arbeitet.

3. Psychiatrie in der JVA Sehnde

Die psychiatrische Station bietet theoretisch maximal 16 psychisch erkrankten Inhaftierten einen Behandlungsplatz. Die Patienten kommen aus anderen Niedersächsischen Justizvollzugsanstalten oder aus der JVA Sehnde selbst, werden nach Abschluss der Behandlung wieder dorthin zurück verlegt.

Die Erkrankungen umfassen das bekannte psychiatrische Spektrum, drogeninduzierte paranoid-halluzinatorische Syndrome sind vermehrt zu registrieren, was in der Natur der Sache liegt.

Eine Einschränkung in der Auswahl der Antidepressiva, Neuroleptika oder Sedativa besteht nicht. Wie überall soll kostensparend gearbeitet werden – nichtsdestotrotz erhält der Patient ein Atypikum oder ein Antidepressivum der neueren Generation, wenn es indiziert ist.

Aufgrund der Tatsache, dass bisweilen ein Doppelhafttraum nur einzeln belegt werden kann, und die im medizinischen Bereich tätigen Hausarbeiter ihren Hafttraum auf der psychiatrischen Station haben, ist die durchschnittliche Belegung mit 10 zu beziffern, was im Rahmen der begrenzten Räumlichkeiten auch angemessen ist.

In einem Gemeinschaftsraum auf der Station finden regelmäßig die Selbsterfahrungsgruppe, die Einzelvisite sowie Krisengespräche statt.

Für die Teilnahme an der Beschäftigungs- und Arbeitstherapie stehen den Patienten 2 Plätze zur Verfügung, es besteht ein guter Austausch mit den Arbeitstherapeuten. Sport wird einmal wöchentlich angeboten.

Die Patienten haben täglich die Möglichkeit, sich während der 1-stündigen Freistunde an der frischen Luft aufzuhalten, ansonsten beträgt die Aufschlusszeit (Türen der Hafträume auf der Station sind geöffnet) während des Tages durchschnittlich 7 Stunden.

Die psychiatrische Arbeit wird durch die Konsultätigkeit ergänzt: „Auffällige“ Inhaftierte aus Sehnde oder aus anderen JVA'en werden vorgestellt oder suchen selbst aktiv Hilfe.

Ein großer Vorteil trotz aller „untherapeutischer Umstände“ in der Behandlung eines psychiatrisch erkrankten Inhaftierten gegenüber einem Nicht-Inhaftierten „draußen“ ist der Zeitfaktor: Es besteht weder Kosten - noch Zeitdruck, die Patienten können im meist ruhigen Klima der Station langsam gesund werden, mehrmonatige Aufenthalte sind keine Seltenheit. Für bestimmte Inhaftierte, die im Normalvollzug in den Hafthäusern den Schikanen anderer Inhaftierter ausgesetzt wären, bietet die Station zudem einen Schutzraum.

Nachteil - oder besser ausgedrückt - die Besonderheit der Psychiatrie im Knast ist das „eigenartige“ Setting, bestehend aus der psychiatrischen Station mit dem Wunsch nach einem therapeutischen Klima für die Patienten einerseits und den Sicherheitsmaßnahmen, die der Vollzug uns während der Behandlung auf der Station zu Recht abverlangt, andererseits.

Die Sicherheitsmaßnahmen schaffen per se ja eher Misstrauen, beeinflussen die therapeutische Beziehung erstaunlicherweise aber meist nicht.

Es ist überhaupt ein Phänomen, wie sich die meisten verurteilten Menschen mit ihrer Situation im Gefängnis relativ schnell arrangieren und Teil des Ganzen werden, sich in ihr Schicksal ergeben: offenbar eine Anpassungsleistung, um zu überleben.

Oftmals wird das ärztlich-therapeutische Handeln zur Gradwanderung zwischen 2 parallel verlaufenden Wegen: dem des therapeutischen Klimas und dem der Vollzugsregeln.

Zunächst – kommt man als Arzt, der lange in einem Landeskrankenhaus tätig war, in den Vollzug, wirkt das Setting eher befremdlich, im Laufe der Zeit wird es jedoch zur Normalität, auch der Psychiater adaptiert sich an seine Umgebung.

Letztlich läuft auch hier im Knast alles über die gute alte „therapeutische Beziehung.“

Sozialpsychiatrische Aufgaben

Nicht selten werden inhaftierte Patienten direkt von der psychiatrischen Station in die Freiheit entlassen.

Vorbereitend muss oft eine gerichtliche Betreuung angeregt werden, vom Gefängnis aus gemeinsam mit dem Patienten eine geeignete Lebensform gefunden werden, Kennenlernetreffen mit Mitarbeitern von Einrichtungen müssen arrangiert werden, im Rahmen von begleiteten Lockerungen vor einer Entlassung muss es ermöglicht werden, dass der Patient seinen zukünftigen Lebensraum kennen lernt und die Möglichkeit erhält, seine eigene Entscheidung zu treffen.

Die ärztlich-psychiatrische oder hausärztliche Nachsorge muss frühzeitig feststehen, Kontakt mit Einrichtungen für Suchtmittelabhängige gebahnt werden.

Mit Einverständnis des Patienten werden Angehörige in die JVA Sehnde zu einem gemeinsamen Gespräch gebeten, um Sie in das Geschehen mit einzubeziehen.

Da soziale Kontakte nach „draußen“ eher selten sind, sind Angehörigengespräche eher die Ausnahme.

Sämtliche Vorbereitungen für das Leben nach dem Knast werden derzeit von mir geleistet, eine umfangreiche Tätigkeit, die eigentlich die originäre Aufgabe eines Sozialarbeiters wäre.

Würde man mir die Frage stellen, welche Verbesserung in der Personalsituation ich mir bezüglich der psychiatrischen Einheit in der JVA Sehnde am meisten wünschen würde, hieße meine Antwort:

„Eine 20-Stunden-Stelle für einen Sozialarbeiter auf der psychiatrischen Station,“ eigentlich Standart und eine Selbstverständlichkeit auf einer psychiatrischen Fachstation.

Epilog:

Ich habe 2 Jahre gebraucht, hier im Knast richtig anzukommen und mich mit den Gegebenheiten zu arrangieren und die ungewohnten Strukturen zu verstehen. Heute macht mir die Arbeit (meistens) Spaß.

2.4.2 Die Untersuchung und Behandlung psychisch kranker Inhaftierter auf der Krankenstation der JVA Hannover

von Dr. Jens Wittfoot, Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie,
JVA Hannover, Fachbereich Medizin

Überlegungen zur Einrichtung einer psychiatrischen Diagnose- und Behandlungseinheit im Bereich der bis dahin allgemeinmedizinisch ausgerichteten Krankenstation der JVA Hannover sind mindestens seit 1979 angestellt worden. Im Laufe der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist die Krankenstation dementsprechend umgewidmet worden und übernahm den Auftrag, als „Clearing-Station“ aus den zu diesen Zweck aus allen Justizvollzugsanstalten des Landes Niedersachsen zugewiesenen psychisch auffälligen Gefangenen durch eine eingehende Diagnostik die krankenhausbehandlungsbedürftigen herauszufiltern und der notwendigen Krankenhausbehandlung zuzuführen und die nicht krankenhausbehandlungsbedürftigen selbst zu behandeln und anschließend mit sinnvollen Empfehlungen in die jeweils zuständige Anstalt zurück zu verlegen. Mit der Einstellung mehrerer Fachkrankenschwestern (von denen allerdings nur noch eine in der JVA Hannover tätig ist) und der fachspezifischen Weiterbildung einiger Bediensteter sowie der Schaffung einer Arbeitstherapie-Einheit in der JVA Hannover wurden Basisangebote zur sozio- und milieuthérapeutischen Betreuung und psychiatrischen Pflege geschaffen. Die Einweisungen in externe psychiatrische Krankenhäuser gingen im Laufe der Zeit deutlich zurück. Parallel dazu wurde ein Gesamtbedarf an vollzugsinterner professioneller psychiatrischer Krankenbehandlung deutlich, der qualitativ und quantitativ durch die als Clearing-Station konzipierte Einheit nicht gedeckt werden konnte. Dies führte zur Inbetriebnahme einer zweiten psychiatrischen Krankenstation in der JVA Sehnde im Jahre 2005. Die Krankenstation der JVA Hannover ist seitdem nur noch für psychisch auffällige/ranke Gefangene aus den JVAen Hameln (einschließlich Bückeburg), Lingen (einschließlich Osnabrück), Lingen-Damaschke, Meppen, Rosdorf und Vechta sowie natürlich weiterhin für Gefangene aus der JVA Hannover selbst, der größten Haftanstalt des Landes mit etwa 1000 Haftplätzen, zuständig. Die Krankenstation verfügt insgesamt über 20 Haftplätze. Davon sind drei von im Fachbereich Medizin als „Hausarbeit“ tätigen Gefangenen belegt. Zwei Haftplätze sollen durchschnittlich für die allgemeinmedizinische Versorgung bzw. für die Unterbringung behinderter Gefangener zur Verfügung stehen. Somit sind in der Regel maximal 15 psychisch auffällige/ranke Gefangene auf der Station unterzubringen, wobei die Unterbringung zum überwiegenden Teil in Einzelhafträumen erfolgt. Es hat sich herausgestellt, dass vor allem drei Patientengruppen auf der Station zur Aufnahme kommen:

- a) Psychosekranken,
- b) Patienten mit Persönlichkeitsstörungen, die zu selbstschädigendem Verhalten oder sonstigen Verhaltensauffälligkeiten neigen,
- c) Patienten mit länger dauernden oder komplizierten Anpassungsstörungen im Zusammenhang mit Inhaftierung, Anklage oder Verurteilung.

Die Aufenthaltsdauer der Patienten ist ausgesprochen unterschiedlich (wenige Tage bis mehrere Jahre) und hängt von der jeweiligen Behandlungszielsetzung, von der Belastungsfähigkeit für den „Normalvollzug“ und von den Wünschen der Patienten ab. Auf der Station werden jährlich etwa 100 Neuaufnahmen durchgeführt. Bei einer derzeit eingeschränkten personellen Besetzung der Station sind über ärztliche Visiten und Einzelgespräche hinaus kaum Betreuungsangebote zu machen. Die Abschlusszeiten (mit freier Bewegungsmöglichkeit auf der Station) und Freistunden (mit

Aufenthalt im Freien) sind begrenzt und entsprechen zurzeit lediglich dem Standard von Strafhaftstationen.

Mit der Konzentration auf einen kleineren Versorgungsbereich hat naturgemäß der Anteil der aus der JVA Hannover selbst stammenden Patienten an den auf der Krankenstation behandelten Gefangenen zugenommen. Dieser Effekt wird sich weiter verstärken, wenn wie geplant in der JVA Lingen eine weitere psychiatrische Krankenstation eingerichtet wird, die die im Westen des Landes gelegenen JVAen versorgen soll. Parallel dazu hat es in den letzten Jahren durch veränderte Vollzugszuständigkeiten eine zunehmende Konzentration der JVA Hannover auf tatsächlich aus der Region Hannover stammende Gefangene gegeben. Dabei hat sich gezeigt, dass das Ausmaß der Hilfsbedürftigkeit häufig in umgekehrtem Verhältnis zur Schwere der Straftaten steht und dies insbesondere für die psychiatrische Hilfsbedürftigkeit gilt. Wir haben mehr und mehr mit chronisch psychisch kranken Hannoveranern zu tun, die wegen Beförderungerschleichungen oder Eigentumsdelikten Haftstrafen zu verbüßen haben. In dieser Situation scheint mir die stärkere Vernetzung mit den im Sozialpsychiatrischen Verbund der Region vertretenen Anbietern sinnvoll und notwendig. Es ist nicht nur aus sozialpsychiatrischen, sondern auch aus kriminalpräventiven Überlegungen heraus sinnvoll, die Haft bei psychisch kranken Straftätern zu nutzen, um Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen für die Zeit nach der Haftentlassung zu planen oder zu verändern. Dies kann aber für die in der Region Hannover beheimateten Gefangenen sinnvollerweise nur im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen Sozialpsychiatrischem Verbund der Region und dem Fachbereich Medizin der JVA Hannover gelingen. Notwendig sind dazu aus meiner Sicht gegenseitiger Informationsaustausch, gemeinsame Fallgespräche und Hilfekonferenzen. Als Psychiater, der sich seit mittlerweile fünf Jahren tagtäglich mit dieser „vergessenen“ Gruppe psychisch Kranker auseinandersetzt, habe ich mich über die Bitte, darüber im Sozialpsychiatrischen Plan 2007 zu berichten, sehr gefreut, und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam die Versorgung und die Perspektiven dieser Patienten verbessern können.

Abschnitt 3: Regionale Psychiatrieberaterstattung – Auswertung für das Berichtsjahr 2005

von Hermann Elgeti

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Sozialpsychiatrische Verbund der Region Hannover hat seit 1998 schrittweise eine regionale Psychiatrieberaterstattung aufgebaut. Sie basiert auf den statistischen Jahresberichten der Einrichtungsträger, die sich an diesem Verbund beteiligen. Das Konzept und die bisherigen Ergebnisse zu dieser nicht nur für Niedersachsen beispiellosen Anstrengung sind in den Sozialpsychiatrischen Plänen nachzulesen. Erstmals für das Jahr 2000 und seitdem in jährlichen Abständen wurde vom Fachbereich Gesundheit der Region Hannover ein solcher Plan herausgegeben. Seine Gestaltung liegt in den Händen der Fachgruppe „Dokumentation / Sozialpsychiatrischer Plan“ enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie (AKG), der Vollversammlung des Verbundes.

Die statistischen Jahresberichte der Einrichtungsträger sind nach einheitlichem Muster aufgebaut und gliedern sich in die drei Datenblätter A, B und C. Das Datenblatt A enthält die verschiedenen Hilfsangebote des Einrichtungsträgers mit Adresse und einigen grundsätzlichen Angaben zur Art der Angebote, ihrer Platzzahl, dem vorrangigen Kostenträger und Einzugsgebiet. Im Datenblatt B wird für jedes dieser Hilfsangebote nach den differenzierten Kostensätzen sowie nach Umfang und Qualifikation des dort eingesetzten Personals gefragt. Das Datenblatt C ist eine anonymisierte, kurz gefasste Basis- und Leistungsdokumentation, die für jede Person ausgefüllt werden soll, die das jeweilige Hilfsangebot im Berichtsjahr genutzt hat.

Das Datenblatt A ist seit dem 1998 in Gebrauch, das Datenblatt B seit 1999 und das Datenblatt C seit 2001. Es fällt vielen Einrichtungsträgern aber immer noch schwer, wenigstens die Datenblätter A und B regelmäßig bis Ende März des Folgejahres mit den aktualisierten Daten bei der Geschäftsstelle des Sozialpsychiatrischen Verbundes abzugeben. Durch hartnäckiges Nachfassen konnten für die Berichtsjahre 2001 und 2004 einigermaßen vollständige, auf den neuesten Stand gebrachte Datensätze erhoben und ausgewertet werden. Diese Ergebnisse sind im Auswertungsbericht für das Jahr 2004 beschrieben, veröffentlicht im Sozialpsychiatrischen Plan 2006. Für das Berichtsjahr 2005 waren die Angaben so lückenhaft, dass eine zusammenfassende Darstellung nicht gerechtfertigt erschien.

An der anonymisierten Patientenbezogenen Basis- und Leistungsdokumentation mit Hilfe des Datenblattes C beteiligen sich bisher vor allem ambulante Hilfsangebote. Die Anzahl der abgegebenen Datenblätter C stieg im Verlauf der Jahre kontinuierlich an (Tabelle 1). Mit Ausnahme der Beratungsstelle für den Sektor 11 (Psychiatrische Poliklinik I der MHH) sind inzwischen alle Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen dabei, sie lieferten im Berichtsjahr 2005 69% der Datensätze (4930 von 7109). In der Angebotsform 10 „Sozialpsychiatrische Dienste (SpDi) und Psychiatrische Institutsambulanzen (PIA)“ ist außerdem noch die Institutsambulanz in der Sozialpsychiatrischen Poliklinik der MHH vertreten, die 2005 416 Patienten dokumentierte. Die Beteiligung der Suchtberatungsstellen nahm 2005 gegenüber 2004 von fünf Anbietern mit 987 Patienten auf drei mit 671 Patienten deutlich ab. Im ambulant betreuten Wohnen

waren es 2005 sechs Anbieter mit insgesamt 645 Patienten (2004: neun Anbieter mit 632 Patienten).

Tabelle 1: Anzahl Datenblätter C nach Angebotsform für die Jahre 2001 – 2005

Angebotsform (Code-Nr. / Kurzbezeichnung)	2001	2002	2003	2004	2005
10 Sozialpsychiatrischer Dienst und PIA	1085	929	2907	3727	5346
12 psychosoziale Kontakt- / Beratungsstellen			3		
13 ambulant betreutes Wohnen	197	447	504	632	645
15 ambulante Hilfen zur Arbeit					21
16 Sucht-Beratungsstellen	604	815	879	987	671
18 ambulante gerontopsychiatrische Hilfen					24
19 sonstige ambulante Hilfen	80	1		4	42
23 Tagesstätten (§ 53 SGB XII)	113	98	65	91	65
24 Werkstätten (WfbM)					178
33 Wohnheime (§ 53 SGB XII)	92	160	50	88	65
36 spezielle Heime für Suchtkranke		3			
37 Wohnheime (KJHG)	48	50	44	53	52
Summe aller abgegebenen Datenblätter C	2219	2503	4452	5582	7109

Bei der Auswertung der Daten werden insgesamt 28 Kennzahlen berechnet, die Analysen im Quer- und Längsschnitt der Berichtsjahre erlauben. Vergleichen kann man z. B. Hilfsangebote einer Angebotsform oder verschiedene Angebotsformen, aber auch – im Rahmen regionaler Analysen – Patientengruppen nach dem Sektor ihres Wohnsitzes. Die Angebotsformen (AF) umfassen vergleichbare Hilfsangebote und sind gruppiert in die drei Leistungsarten ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für psychisch Kranke (Tabelle 2). Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse steht und fällt natürlich mit der Vollständigkeit und Richtigkeit der in die Auswertung einbezogenen Daten.

Die Kennzahlen (K1-K28) lassen sich wie folgt unterteilen:

- K1-K8 werden aus den Angaben zu den Datenblättern A und B zur Charakterisierung der Hilfsangebote gebildet.
- K9-K19 betreffen die in den Hilfsangeboten betreuten Patientengruppen und werden nach den Angaben auf dem Datenblatt C berechnet.
- K20-K25 zur Größe der Versorgungssektoren und zur Sozialstruktur ihrer Bevölkerung werden berechnet aus Daten der kleinräumigen Jahresstatistik der Stadt Hannover und – für das ehemalige Landkreis-Gebiet – der Region.
- Die Bevölkerungsbezogenen Kennzahlen zur regionalen Versorgung K26-K28 ermöglichen regionale Vergleiche zwischen Angebotsformen bei der Inanspruchnahme von Hilfen, beim Platzangebot und Fachkräfteeinsatz.

Nicht auswertbar war bisher u.a. die Kennzahl „Versorgungskombinationen“ (K19). Sie soll Aufschluss geben über die Verteilung ggf. weiterer Versorgungsleistungen außerhalb des eigenen Hilfsangebotes, falls vorher die Frage nach der Fallkoordination (K18) bejaht wurde. Hier gab es zwar gelegentlich Angaben, dabei wurde jedoch häufig das eigene Hilfsangebot fälschlicherweise bei den Versorgungskombinationen noch einmal aufgeführt. Ein häufiger anderer Fehler bei der Beantwortung dieser Frage bestand darin, dass statt der Dauer weiterer Versorgungsleistungen diese nur angekreuzt wurden. Hier darf man wohl erst bei einer EDV-gestützten Eingabe der Daten mit auswertbaren Angaben rechnen.

Im Juli 2003 hat die Region Hannover die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) beauftragt, ein EDV-gestütztes Eingabe- und Auswertungsprogramm für die statistischen Jahresberichte der Einrichtungsträger zu entwickeln. Damit sollte nicht nur den beteiligten Hilfsangeboten die Datenerhebung erleichtert werden. Es ging auch darum, die Qualität der Dateneingabe zu verbessern und die Auswertung, die bei steigenden Datenmengen immer aufwändiger wurde, zu rationalisieren. Erstmals für das Berichtsjahr 2005 konnten die Einrichtungsträger des Verbundes für ihre statistischen Jahresberichte das von der MHH entwickelte EDV-Eingabeprogramm nutzen, das ihnen auf einer CD-Rom zugesandt worden war. Gebrauchte wurde es bisher von der MHH-Sozialpsychiatrie (32.03 – 32.06), der Arbeiterwohlfahrt (04.04) und einigen weiteren Anbietern ambulant betreuten Wohnens: SuPA GmbH (50.00), Pro Casa Langenhagen (17.00), Verein zur Förderung sozialer Beziehungen (44.00).

Tabelle 2: Liste der Angebotsformen im Sozialpsychiatrischen Verbund

Code-Nr.	Platzangebot		Kurzbezeichnung der Angebotsform	
	2001	2004		
ambulante Hilfen	10		ambulante Dienste für Erwachsene (PIA/SpDi)	
	11		ambulante Dienste für Kinder und Jugendliche (PIA/SpDi)	
	12		Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen	
	13	457	*	Ambulant betreutes Wohnen gemäß § 53 SGB XII
	14			andere Hilfen zum Wohnen und zur Selbstversorgung
	15	30	*	spezielle Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung
	16			spezielle Hilfen für Suchtkranke
	17			spez. komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche
	18			spezielle komplementäre Hilfen für alte Menschen
	19	355	*	sonstige ambulante Hilfen
teilstationäre Hilfen	20	96	115	tagesklinische Behandlung in der Allgemeinpsychiatrie
	21	8	8	tagesklinische Behandlung in der Kinder-Jugend-Psychiatrie
	22	11	15	tagesklinische Behandlung in der Gerontopsychiatrie
	23	124	136	Tagesstätten gemäß § 53 SGB XII
	24	237	283	Werkstätten für (seelisch) behinderte Menschen (WfbM)
	25	63	63	andere Hilfen zur Arbeit, Ausbildung, Tagesstruktur.
	26	33	22	spezielle tagesklinische Angebote für Suchtkranke
	27			spez. komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche
	28	44	50	spezielle komplementäre Hilfen für alte Menschen
	29			sonstige teilstationäre Leistungen
stationäre Hilfen	30	914	882	Behandlung (SGB V) in einer Klinik für Erwachsene
	31	86	86	Behandlung (SGB V) in der Kinder-Jugend-Psychiatrie
	32	130	150	Behandlung in einer Klinik des Maßregelvollzugs
	33	606	611	(Übergangs-) Wohnheim/Wohngruppe (nur SGB XII)
	34	1120	1111	psychiatrische Pflegeheim/Wohngruppe (SGB XII/PfIV)
	35	229	214	spezielle komplementäre Hilfen für Wohnungslose
	36	57	215	spezielle komplementäre Hilfen für Suchtkranke
	37	43	43	spez. komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche
	38	359	394	spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen
	39	10		sonstige stationäre Leistungen

* Für das Berichtsjahr 2004 haben einige Träger ambulanter Hilfen keine Platzzahlen angegeben. Zur Klientenzahl im ambulant betreuten Wohnen siehe Teil 3 dieses Beitrags

Seit März 2006 stehen die automatisiert erstellten Auswertungstabellen mit allen berechneten Kennzahlen seit 2001 den beteiligten Einrichtungsträgern, Verbundgre-

mien und anderen interessierten Personen im Internet zur Verfügung: <ftp://ftp@ftp.mh-hannover.de/incoming/private/scs.fgt6jk3/region/> . Sobald die Region Hannover auch den Sozialpsychiatrischen Verbund auf ihrer Homepage präsentiert, wird die entsprechende MS-Access-Datenbank auch darüber erreichbar sein. Angezeigt werden die entsprechenden Auswertungstabellen über die Code-Nr. des jeweiligen Einrichtungsträgers. Für die Gremien des Verbundes sind die jeweils relevanten Ergebnisse zu finden unter der Nummer des Versorgungssektors (für die Sektor-Arbeitsgemeinschaften) bzw. der Nummer der Fachgruppe (siehe Tabelle 3). Eine gesonderte Zusammenfassung unter regionalen Gesichtspunkten ist für den Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie (AKG) erstellt worden.

Tabelle 3: Zuordnung der Fachgruppen des AKG zu den Angebotsformen

Fachgruppen des Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie		zugeordnete Versorgungsbereiche	Code-Nr. der entsprechenden Angebotsformen
Nr.	Kurzbezeichnung		
1	legale Suchtmittel	Hilfen für Suchtkranke	16,26,36
2	Runder Drogentisch		
3	soziale Wiedereingliederung	Kontaktstellen und Eingliederungshilfen	12,13-14,23,33-34
4	Gerontopsychiatrie	Hilfen für alte Menschen	18,22,28,38
5	Arbeitstherapie / Rehabilitation	Hilfen zu Arbeit und Ausbildung	15,24-25
6	Kinder und Jugendliche	Hilfen für Kinder / Jugendliche	11,17,21,27,31,37
(7)	Beratungsstellengespräch	ambulant-aufsuchende Dienste, Stationen und Tageskliniken in der Allgemeinpsychiatrie	10,20,30
(8)	Gesprächskreis Klinikleiter		
9	Psychiatrie u. Obdachlosigkeit	Hilfen für Wohnungslose	35
10	Forensik	Hilfen f. psych. kranke Straftäter	32

2. Patientenbezogene Kennzahlen nach Angebotsformen 2001 – 2005

Erstmals gibt es für das Berichtsjahr 2005 Daten von Nutzern einzelner Hilfen zur Arbeit. Es handelt sich hier um den Berufsbildungs- und Arbeitsbereich der Vahrenheider Werkstatt, einer Werkstatt für seelisch behinderte Menschen (AF 24), und der ambulanten Arbeitstherapie in der Sozialpsychiatrischen Poliklinik der MHH (AF 15). Ansonsten haben bisher nur wenige teilstationäre und stationäre Angebote Datenblätter C geliefert: Tagesstätten (AF 23), Wohnheime der Eingliederungshilfe (AF 33) und der Jugendhilfe (AF 37). zu Einzelheiten siehe Tabelle 6 in Abschnitt 3.

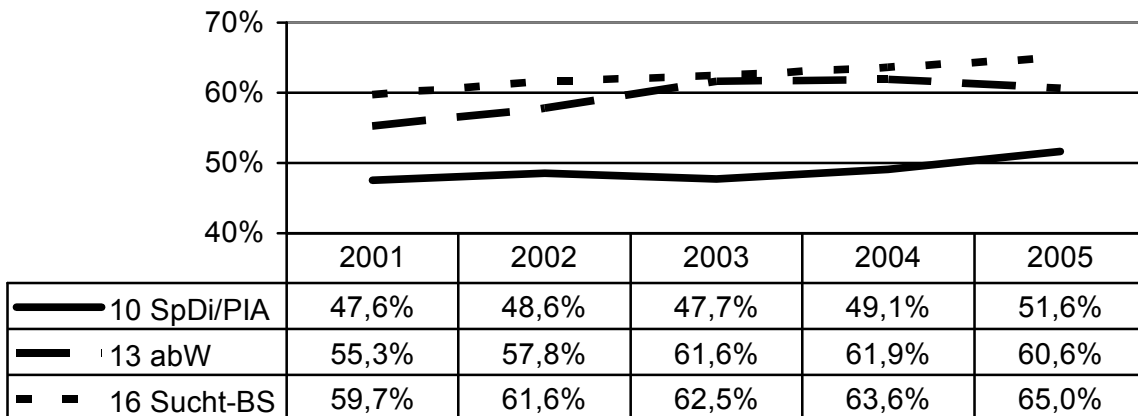
Im Längsschnitt der Jahre 2001 bis 2005 ist insgesamt ein kontinuierlicher Anstieg des Männeranteils bei den Nutzern der großen ambulanten Angebotsformen zu verzeichnen (Abbildung 1). Lediglich beim ambulant betreuten Wohnen ist es von 2004 auf 2005 zu einer leichten Verminderung von 62% auf knapp 61% gekommen. Männer weisen gegenüber Frauen ein höheres psychosoziales Risiko auf: 21,5 gegenüber 20,4. Das betrifft Patienten mit funktionellen Psychosen (22,9 gegenüber 21,9) und organischen psychischen Störungen (22,9 gegenüber 21,2), kaum solche mit neurotischen und psychosomatischen Störungen (18,1 gegenüber 17,7). In der Diagnosegruppe der Persönlichkeitsstörungen und Suchterkrankungen gibt es keine

nennenswerte Differenz des durchschnittlichen Risikoscores zwischen Männern und Frauen (19,9 gegenüber 20,0).

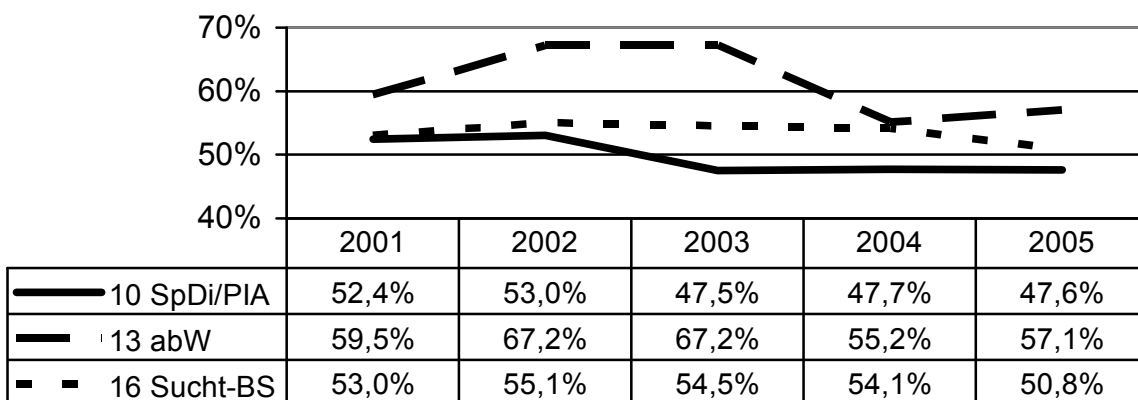
Im Berichtsjahr 2005 waren die Altersgruppen von 25 bis unter 45 Jahren (2976) und von 45 bis unter 65 Jahren (2658) etwa gleich verteilt. Weniger zahlreich sind Personen unter 25 Jahren (576) und ab 65 Jahre (898). Die Altersgruppen ab 18 bis unter 65 Jahre unterscheiden sich relativ wenig beim durchschnittlichen psychosozialen Risiko (20,4 bis 21,2; Range von 7 bis 32), in der Kontinuität der Betreuung (1,9 bis 2,2 Quartale / Jahr) und im Anteil von Klinikaufhalten im Berichtsjahr (29% bis 30%). Der Anteil älterer Personen ab 65 Jahre hat sich im Laufe der Jahre insgesamt nur geringfügig erhöht.

Abbildung 1: Geschlecht und Alter bei den Nutzern ambulanter Hilfen 2001 – 2005

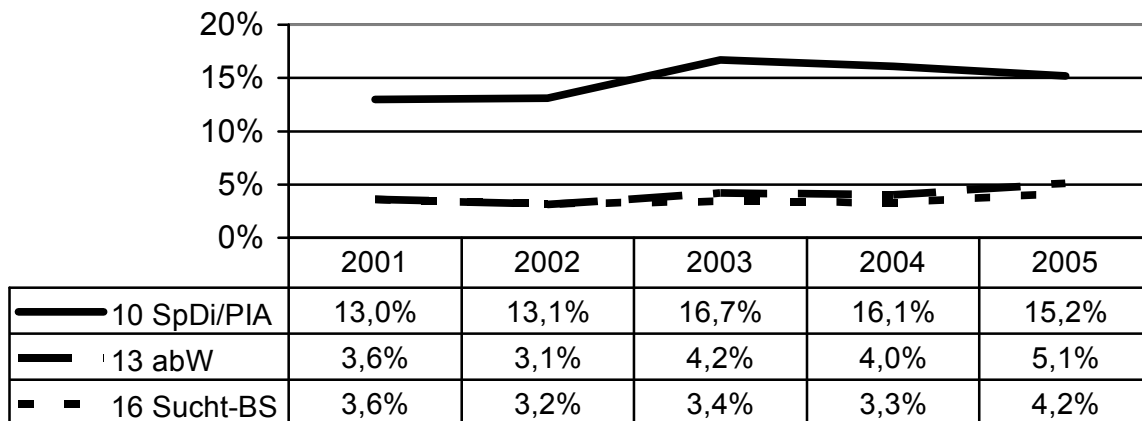
Anteil männlicher Patienten (K9)



Anteil Patienten unter 45 Jahre (K11)



Anteil Patienten ab 65 Jahre (12)



Der Anteil gesetzlich betreuter Patienten ist von 2001 bis 2005 in der Angebotsform 10 (SpDi/PIA) von 27% auf 38% deutlich angestiegen (Abbildung 2). Beim ambulant betreuten Wohnen (AF 13) lag der Anteil 2001 bereits bei 46% und stieg bis 2005 auf 53% an. Da es bei den Nutzern dieser Hilfen im gleichen Zeitraum nicht zu einem Anstieg des durchschnittlichen psychosozialen Risikoscores kam, muss der Grund dafür in veränderten Umfeldbedingungen gesucht werden. Die Unterschiede beim Durchschnittswert des Risikoscores zwischen den Nutzern der drei Angebotsformen 10, 13 und 16 sind im Verlauf der Jahre recht konstant. Im Hinblick auf die Betreuungskontinuität sind dagegen Veränderungen zu registrieren: Beim ambulant betreuten Wohnen stieg die Betreuungsdauer im Jahr von 2,9 auf 3,4 Quartale an, bei den Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen / Institutsambulanzen sank sie von 2,6 auf 1,9 Quartale ab. Diese Abnahme lässt sich erklären durch die gestiegene Anzahl und die vermehrte Dokumentation besonders kurzfristiger Kontakte im Sozialpsychiatrischen Dienst, nicht zuletzt bei der Planung von Eingliederungshilfen gemäß § 53 SGB XII.

Die psychiatrische Erstdiagnose eines Patienten soll auf dem Datenblatt C einer der fünf vorgegebenen Diagnosegruppen zugeordnet werden. Die Gruppe 0 umfasst Störungen mit Beginn in Kindheit und Jugend (F8 in der Codierung nach ICD-10) sowie Entwicklungsstörungen (F9). Die Zuordnung der Patienten zu den übrigen vier Diagnosegruppen über die Berichtsjahre 2001 bis 2005 ist der Abbildung 3 zu entnehmen. Mit zunehmender Anzahl abgegebener Datenblätter C aus der Angebotsform 10 (SpDi/PIA) steigt der Anteil organischer psychischer Störungen an. Dagegen relativiert sich die anfangs beobachtete Dominanz der Diagnosegruppen 2 (Persönlichkeitsstörungen und Suchterkrankung) und 3 (schizophrene und affektive Psychosen). Beim ambulant betreuten Wohnen (AF 13) überwiegen seit 2003 Patienten mit Persönlichkeitsstörungen bzw. Suchterkrankungen gegenüber solchen mit funktionellen Psychosen. Dies ist auch zurückzuführen auf ein spezielles Hilfsangebot gerade für Suchtkranke, das zunehmend in Anspruch genommen wird und dessen Träger sich an der Datenerhebung kontinuierlich beteiligt. Wie zu erwarten, werden bei den Nutzern von Suchtberatungsstellen an erster Stelle fast ausschließlich psychische Erkrankungen aus der Diagnosegruppe 2 dokumentiert.

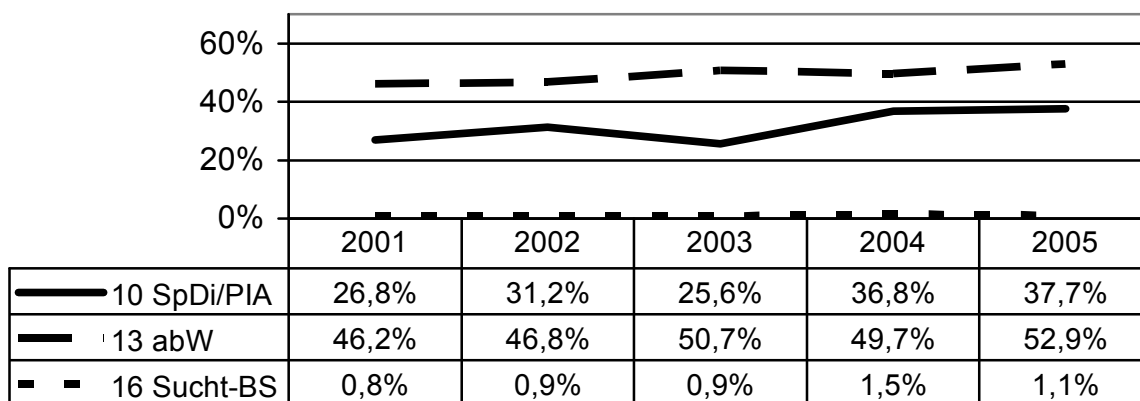
Seit 2004 wird in den Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover über eine Zielvereinbarung zugunsten junger Männer diskutiert, die an einer Psychose erkrankt sind. Diese Patienten unterliegen einem hohen Risiko für einen chronischen und schweren Verlauf ihrer Erkrankung und stellen ihre Helfer oft vor besondere Probleme. Die bisherigen Daten aus der regionalen Psychiatrieberichterstattung weisen aus, dass es sich um eine recht kleine Gruppe (DB C) mit einem deutlichen psychosozialen Risiko (K14) handelt, die vergleichsweise weniger kontinuierlich betreut (K15) und im Berichtsjahr häufiger stationär behandelt (Klinik) wird (Tabelle 4).

Tabelle 4: einige Merkmale Psychosekranker Männer unter 25 Jahren 2001 – 2005

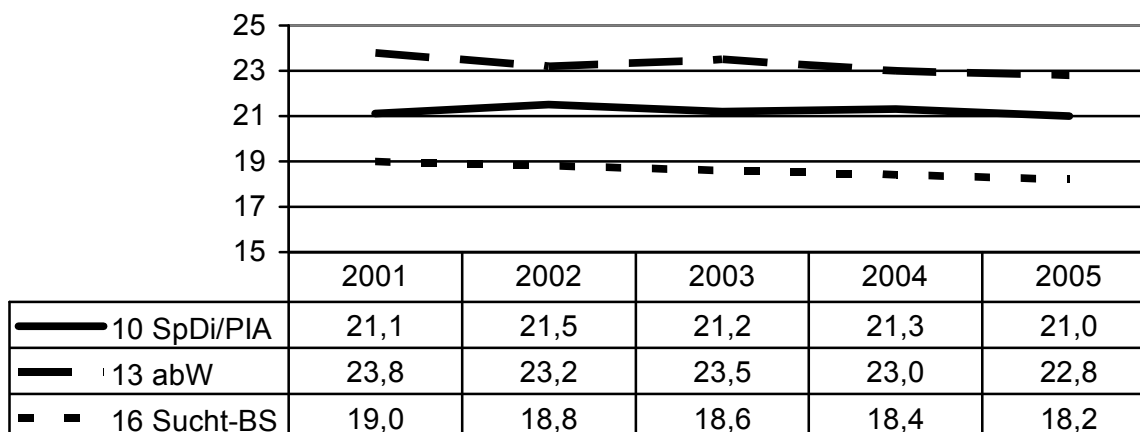
	alle Patienten mit funktioneller Psychose					nur Psychosekranker Männer <25 Jahre				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
DB C	831	917	1458	1728	2416	4%	6%	5%	5%	4%
K14	23,0	23,3	22,8	22,8	22,4	23,8	23,6	23,3	22,8	22,7
K15	3,2	3,1	2,7	3,1	2,4	2,2	2,6	2,0	2,6	2,1
Klinik	30%	38%	37%	35%	32%	61%	75%	56%	59%	49%

Abbildung 2: weitere Kennzahlen zu den Nutzern ambulanter Hilfen 2001 – 2005

Anteil gesetzlich betreuer Patienten (K13)



Durchschnitt des psychosozialen Risikoscores (K14)



Betreuungskontinuität in Quartalen / Jahr (K15)

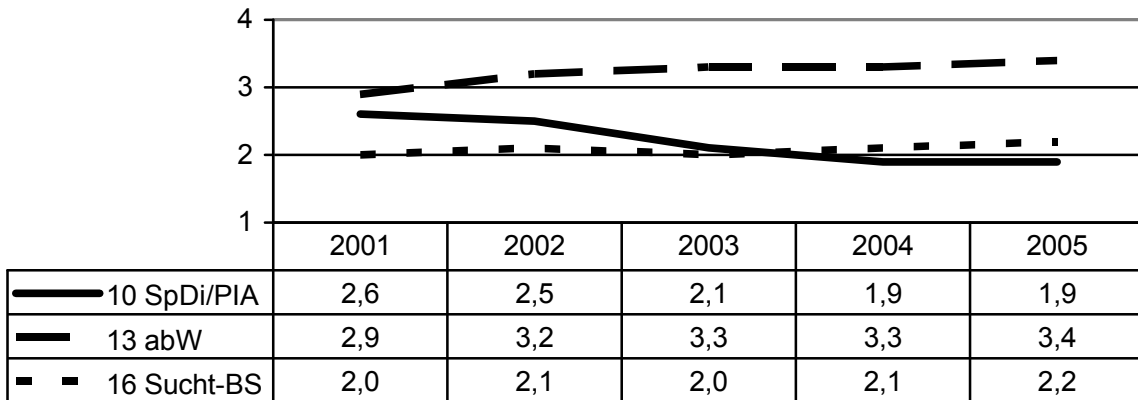
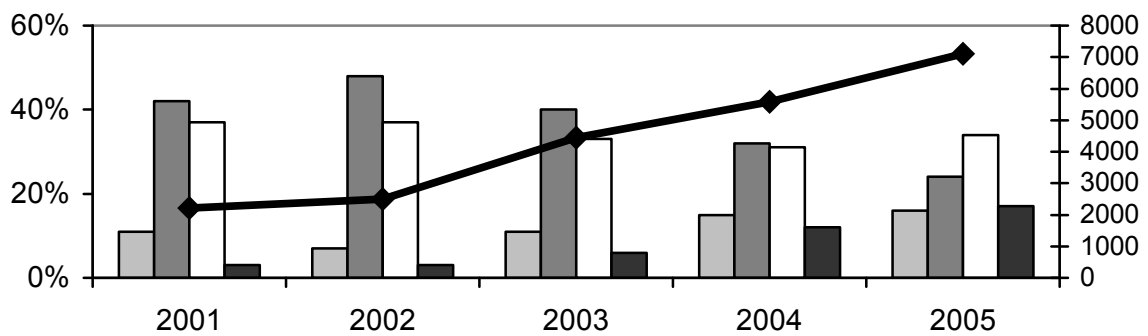
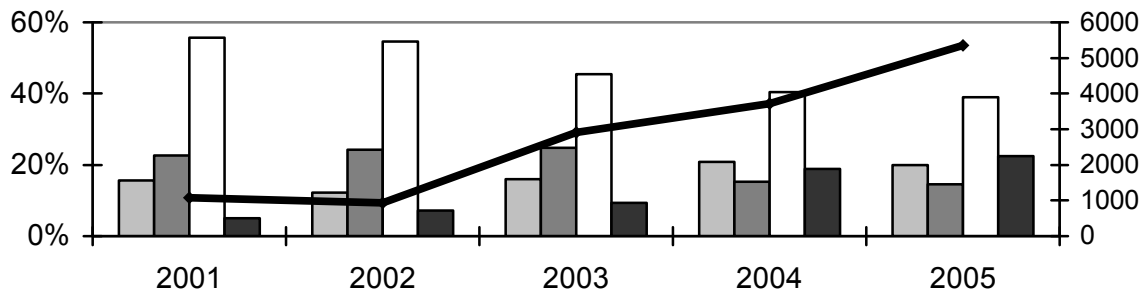


Abbildung 3: Verteilung der Erstdiagnosen (K16) bei den Patienten 2001 – 2005

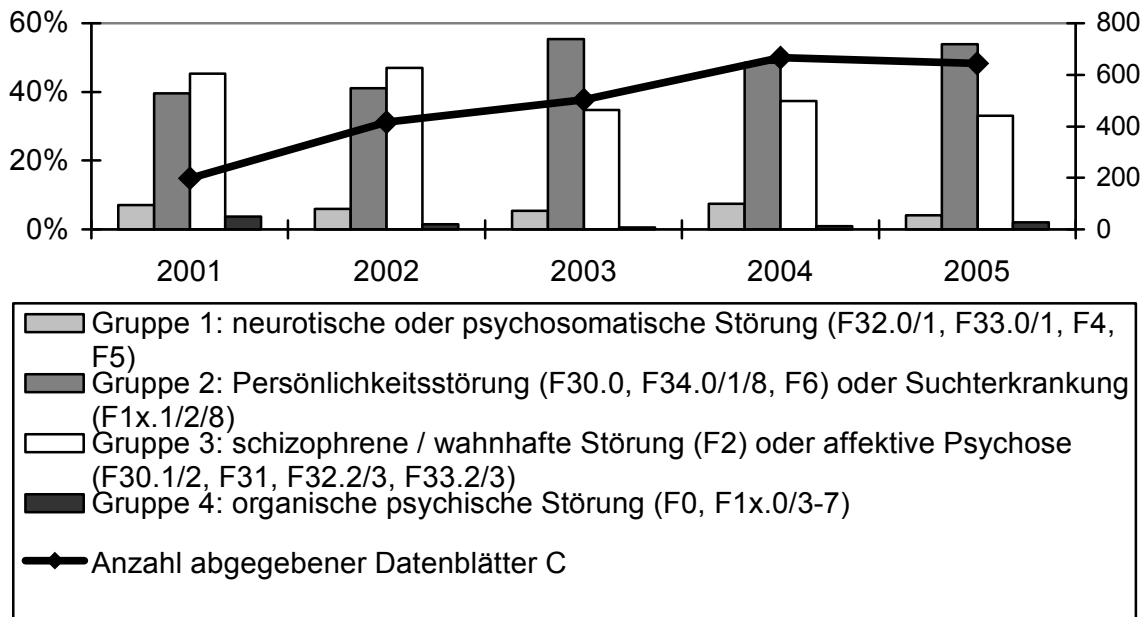
alle mit Datenblatt C dokumentierten Patienten



nur Angebotsform 10: Sozialpsychiatrische Dienste und Psychiatrische Institutsambulanzen



nur Angebotsform 13: ambulant betreutes Wohnen



3. Vergleiche zu den Nutzern von Eingliederungshilfen gemäß § 53 SGB XII

Anhand der Unterlagen aller Hilfeplanverfahren des Jahres 2001 erstellte der Autor dieses Beitrages 2002/2003 im Auftrag der Region Hannover eine Evaluation der Planung von Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Menschen. Nicht eingeschlossen waren dabei Empfehlungen für eine Werkstatt für seelisch behinderte Menschen (WfbM), für die ein gesondertes Planungsverfahren besteht. Mit Hilfe einer Liste aller Hilfeplanverfahren im Regionsgebiet im Jahr 2005 kann nun ermittelt werden, wie sich Umfang und Art der vom Sozialpsychiatrischen Dienst empfohlenen Maßnahmen entwickelt haben (Tabelle 5).

Tabelle 5: Entwicklung der Eingliederungshilfen in der Region Hannover 2001 / 2005

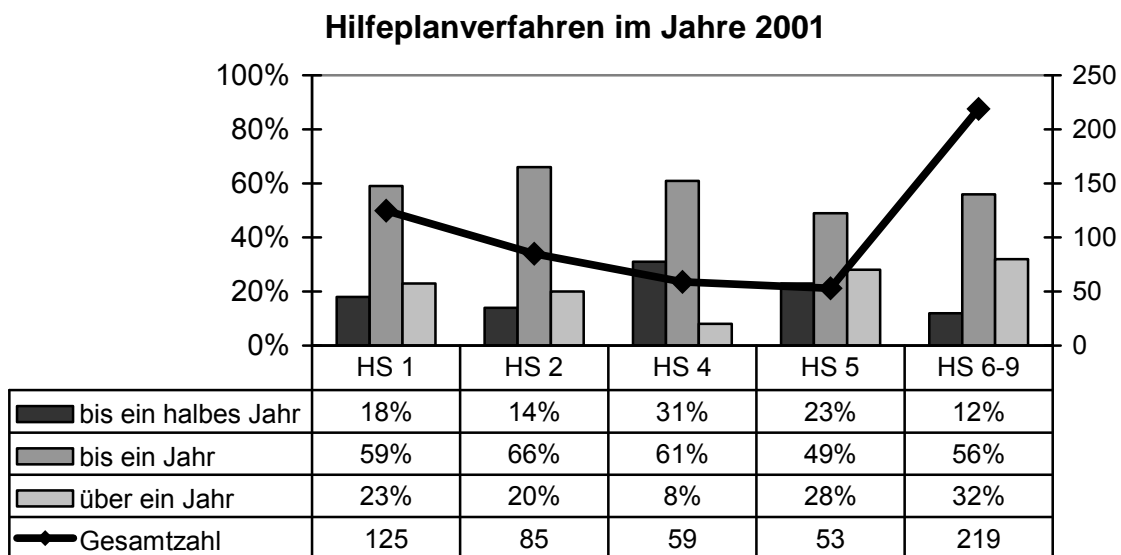
Art der Empfehlung (Neuplanungen und Fortschreibungen)	Hilfestufe	2001		2005	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
keine Empfehlung	0	5	1%	5	0,2%
ambulant 1:12 bzw. ≤1 Fachleistungsstunde	1	130	23%	515	27%
ambulant mindestens 1:8 bzw. >1 FLS	2	86	15%	414	22%
Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)*	3*	7*	1%*	0*	0%*
teilstationär in Tagesstätte	4	60	11%	84	4%
ambulant und teilstationär	5	54	9%	145	8%
stationär 1:6	6	10	2%	13	1%
stationär und teilstationär	7	13	2%	69	4%
stationär 1:4	8	182	32%	562	29%
stationär 1:2	9	23	4%	116	6%
Gesamtzahl der Hilfeplanverfahren		563 = 100%		1923 = 100%	

*) Die Planung von Eingliederungshilfen in einer WfbM erfolgt in einem gesonderten Hilfeplanverfahren. Hier sind nur Kombinationen mit ambulanten bzw. stationären Eingliederungshilfen erfasst sowie für das Jahr 2001 einige „Fehlläufer“.

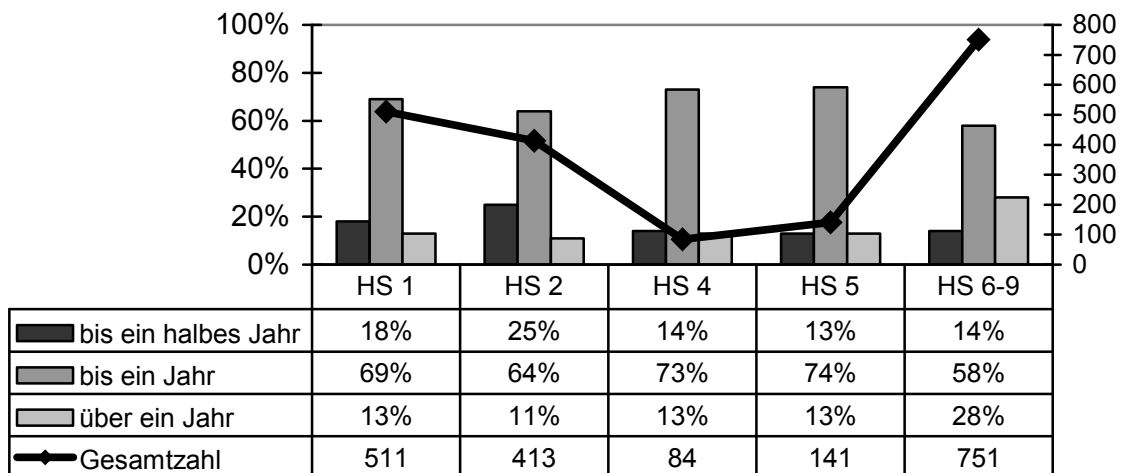
Die 570 Hilfeplanverfahren im Jahre 2001 verteilten sich auf 524 Patienten, für 44 (8%) erfolgten mehrere Hilfeplanungen. Im Jahre 2005 waren es 1710 Patienten, von denen für 204 (12%) mehr als eine Planung stattfand. Es handelt sich hierbei sowohl um Neuplanungen als auch um Fortschreibungen bereits gewährter Eingliederungshilfen, und die Gesamtzahl der Hilfeplanverfahren hat sich von 2001 auf 2005 von 570 auf 1923 mehr als verdreifacht. Lediglich bei den Empfehlungen für eine Tagesstätte gab es nur einen geringen Zuwachs, so dass ihr Anteil an allen Hilfeplanverfahren von 11% auf 4% absank.

Bei der Interpretation der Daten ist es wichtig zu wissen, dass gerade stationäre Hilfen im Laufe der letzten Jahre regelmäßiger überprüft wurden. Eine gegenläufige Auswirkung auf die Zahl der Hilfeplanverfahren haben Unterschiede bei der vorgesehenen Dauer der Maßnahmen bis zur Fortschreibung der Hilfeplanung (Abbildung 4). Ein Vergleich der Jahre 2001 und 2005 zeigt, dass die Eignung stationärer Hilfen (Hilfestufen 6-9) im Durchschnitt relativ seltener überprüft wird. Bei den ambulanteilstationären Hilfen (Hilfestufen 1-5) dominiert inzwischen noch deutlicher die Einjahresfrist. Lediglich bei intensiverem ambulant betreutem Wohnen mit mehr als einer Fachleistungsstunde (Hilfestufe 2) werden vermehrt kürzere Überprüfungszeiträume empfohlen. In der Überlagerung der verschiedenen Einflussfaktoren ist zu konstatieren, dass sich bei den Hilfeplanverfahren das Verhältnis ambulanteilstationärer Hilfen zu stationären Hilfen (60% zu 40%) nicht verändert hat.

Abbildung 4: vorgesehene Dauer bis zur Überprüfung der Hilfen nach Hilfestufe*



Hilfeplanverfahren im Jahre 2005



*) ohne Hilfeplanverfahren ohne Empfehlung einer Hilfestufe oder mit unbekanntem Zeitraum bis zur Überprüfung der vorgesehenen Hilfe

In Bezug auf Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Menschen sind die Auswertungsmöglichkeiten im Hinblick auf das Datenblatt C noch lückenhaft (Tabelle 6). Für das Berichtsjahr 2005 konnten sechs Angebote des ambulant betreuten Wohnens (AF 13), je zwei Tagesstätten (AF 23) und Wohnheime (AF 33) sowie eine Werkstatt für seelisch behinderte Menschen (AF 24) einbezogen werden. Die Klienten wurden meist kontinuierlich betreut, im Durchschnitt waren es im Berichtsjahr 2005 zwischen 3,1 (Tagesstätten) und 3,7 (Wohnheime) Quartale im Jahr. Das psychosoziale Risiko der Klienten lag durchgehend recht hoch, Ausdruck einer hohen Zielgruppenspezifität der beteiligten Hilfsangebote: die Werte schwanken zwischen 22,6 (ambulant betreutes Wohnen) und 24,9 (Wohnheime).

Tabelle 6: Merkmale der Patienten beteiligter Hilfsangebote nach Datenblatt C 2005

Angebotsform	Code-Nr. Angebot	Anzahl DB C	Männer (K9)	<45 J. (K11)	≥65 J. (K12)	mit BtG (K13)	psR-8 (K14)	Quartale/Jahr (K15)
10	39.00	414	61%	62%	4%	70%	23,2	1,3
	39.01	546	46%	46%	18%	31%	22,0	1,8
	39.02	276	49%	40%	20%	29%	21,2	1,9
	39.03	632	56%	53%	11%	42%	21,0	1,9
	39.04	416	49%	56%	11%	36%	20,7	1,6
	39.05	567	50%	44%	20%	26%	19,2	2,0
	39.06	461	52%	36%	22%	40%	21,4	1,6
	39.07	551	55%	45%	14%	41%	20,8	1,6
	39.08	360	54%	46%	16%	37%	20,9	1,9
	39.10	518	54%	43%	18%	40%	20,8	1,9
	32.03	189	37%	56%	13%	24%	18,4	1,3
	32.04	416	46%	49%	14%	35%	21,0	3,2
13	04.04	55	44%	69%	2%	64%	23,3	3,4
	07.02	154	44%	67%	1%	43%	22,2	3,5
	17.00	43	63%	61%	5%	64%	21,6	3,3
	20.02	76	59%	55%	5%	74%	22,8	3,2
	44.00	11	0	0	82%	46%	22,9	3,9

	50.00	306	74%	52%	5%	50%	22,9	3,4
	51.00*	12	75%	43%	0	92%	22,3	2,2
15	32.06	21	52%	86%	0	24%	20,0	2,4
16	09.02	174	75%	42%	3%	1%	18,0	2,0
	09.05	226	69%	63%	3%	2%	18,5	2,0
	11.01	271	55%	46%	6%	0,4%	18,2	2,5
18	08.01	24	17%	0	96%	21%	16,6	1,2
19	21.00	11	64%	82%	0	18%	23,4	2,3
	32.05	31	19%	84%	0	0	12,5	3,1
23	07.05	32	53%	75%	0	59%	22,9	3,0
	16.02	33	49%	67%	0	39%	23,5	3,2
24	43.06	129	68%	58%	0	40%	22,7	3,7
	43.07	49	84%	78%	0	41%	23,1	2,2
33	16.04	10	100%	30%	20%	100%	?	4,0
	16.05	12	50%	67%	0	67%	23,0	3,2
	20.03	8	100%	88%	0	100%	?	4,0
	43.03	35	63%	40%	6%	54%	24,9	3,7
37	41.01	45	38%	100%	0	7%	23,6	3,4
	41.02	7	100%	100%	0	0		3,9

*) Vom Hilfsangebot „Perspektiven GbR“ (Code-Nr. 51.00) erhielten wir die Datenblätter C erst im Herbst 2006, so dass sie nur noch per Hand ausgewertet werden konnten.

Im ambulant betreuten Wohnen kam es im Verlauf der letzten fünf Jahre zwar nicht zu einer absoluten, aber immerhin zu einer relativen Abnahme der betreuten Personen mit einem Risikoscore über 25 (Tabelle 7). Bei dieser Gruppe war die Betreuungskontinuität in den Berichtsjahren 2001 bis 2004 im Durchschnitt höher als bei Personen mit einem niedrigeren Risiko; dieser Unterschied war 2005 nicht mehr zu bemerken. Das sollte in den nächsten Jahren weiter beobachtet werden, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu entdecken und dann auch gegensteuern zu können. Denn nach den Leitprinzipien des Sozialpsychiatrischen Verbundes sollten gerade chronisch und schwer beeinträchtigte psychisch Kranke kontinuierlich in geeigneter Weise außerstationär betreut werden. Im Gegenzug ist bei stabilisierten Patienten verstärkt nach Möglichkeiten sozialer Unterstützung im Umfeld zu suchen, um Eingliederungshilfen dann auch wieder überflüssig zu machen.

Tabelle 7: psychosoziales Risiko & Betreuungsdauer im ambulant betreuten Wohnen

	Score	2001	2002	2003	2004	2005
geringes Risiko	7-13	0	0	1 4,0 Quart.	0	0
mäßiges Risiko	14-19	6% 2,4 Quart.	10% 3,3 Quart.	9% 2,8 Quart.	10% 3,1 Quart.	14% 3,3 Quart.
deutliches Risiko	20-25	67% 3,2 Quart.	69% 3,4 Quart.	69% 3,4 Quart.	73% 3,4 Quart.	73% 3,5 Quart.
hohes Risiko	26-32	28% 2,8 Quart.	22% 3,4 Quart.	22% 3,4 Quart.	18% 3,5 Quart.	13% 3,3 Quart.
Summe Risiko bekannt		120	236	226	383	458
Risikoscore unbekannt		77 (39%)	179 (43%)	278 (55%)	249 (39%)	187 (29%)

4. Regionale Vergleiche und Kontrollen zum Zielgruppenbezug der Hilfen

Regionale Vergleiche sind bisher nur für die Inanspruchnahme der Sozialpsychiatrischen Dienste sinnvoll. Hier gibt es inzwischen für das Berichtsjahr 2005 – mit Aus-

nahme des Sektors 11 – eine wohl weitgehend vollständige Erfassung der Patienten, die mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst bzw. einer seiner dezentralen Beratungsstellen in Kontakt gekommen sind. Die Inanspruchnahmeziffer pro 1.000 Einwohner liegt in der Stadt Hannover (Sektoren 2-6) mit 4,7 höher als im Umland der Region (Sektoren 1, 7-10), wo sich ein Durchschnittswert von 3,6 ergibt (Tabelle 8).

Tabelle 8: Nutzung sozialpsychiatrischer Dienste nach Wohnort der Patienten 2005*

	Sektor der Wohnadresse	Anzahl Datenblätter C	wohnberechtigte Bevölkerung 2004	Datenblätter C pro 1.000 Einwohner
Stadt Hannover	2	505	104.298	4,8
	3	228	58.376	3,9
	4	591	109.756	5,4
	5	518	99.297	5,2
	6	199	62.223	3,2
		2041	433.860	4,7
Umland	1	506	139.585	3,6
	7	451	122.264	3,7
	8	588	156.238	3,8
	9	331	109.009	3,0
	10	486	129.873	3,7
		2362	656.969	3,6
	1-10	4403	1.109.919	4,0

*) ohne Sektor 11 (37 abgegebene Datenblätter C; 76.781 Einwohner)

Besondere Bedingungen bietet der Sektor 6, wo die Sozialpsychiatrische Poliklinik der MHH ihre Beratungsstelle mit einer Institutsambulanz kombiniert hat. Hier führt der leichte Zugang zur Beratungsstelle zu einem niedrigen Risikoscore ihrer Patienten (18,4), die bei Bedarf problemlose Vermittlung in die Institutsambulanz zu einer niedrigen Betreuungskontinuität (1,3 Quartale pro Jahr). In den Beratungsstellen der Region (ohne MHH) wurden 2005 zwischen 7% (BS Neustadt) und 18% (BS Plaueener Straße und BS Deisterstraße) der Patienten über alle 4 Quartale betreut, die durchschnittliche Betreuungskontinuität lag je nach Beratungsstelle zwischen 1,6 und 2,0 Quartalen. Der Durchschnittswert des psychosozialen Risikos der betreuten Patienten schwankte zwischen 19,2 (BS Ronnenberg-Empelde) und 22,0 (BS Freytagstraße), abgesehen von der Zentrale in der Weinstraße mit einem Wert von 23,2 durch die vielen Kontakte im Rahmen der Planung und Fortschreibung von Eingliederungshilfen (siehe dazu Tabelle 6).

Von den ambulanten Behandlungsangeboten der MHH-Sozialpsychiatrie wurden für das Berichtsjahr 2005 erstmals die ambulante Arbeitstherapie (32.06) und die Psychotherapie-Ausbildungsambulanz (32.05) in die Auswertung mit einbezogen. In der Arbeitstherapie wurden alle 21 Patienten erfasst, in der Psychotherapie-Ambulanz waren es 31 der insgesamt 65 dort behandelten Patienten. Für die Funktionen der Poliklinik mit Sozialpsychiatrischem Dienst (32.03) und der Psychiatrischen Institutsambulanz (32.04) für den Sektor 6 der Region Hannover liegen bereits seit 2001 recht vollständig Daten vor, so dass hier inzwischen auch Längsschnitt-Vergleiche möglich sind. Zwischen den Zielgruppen der verschiedenen Angebote gibt es einige markante Unterschiede (Tabelle 9).

Tabelle 9: Patientenmerkmale ambulanter Angebote der MHH-Sozialpsychiatrie 2005

	32.03 (SpDi)	32.04 (PIA)	32.05 (PT)	32.06 (AT)
Anzahl DB C	189	416	31	21
Anteil Männer (K9)	37%	46%	19%	52%
Anteil <45 Jahre (K11)	56%	49%	84%	86%
Anteil ≥65 Jahre (K12)	13%	14%	0%	0%
Anteil mit BtG (K13)	24%	35%	0%	24%
Ø Risikoscore (K14)	18,4	21,0	12,5	20,0
Quartale / Jahr (K15)	1,3	3,2	3,1	2,4
Anteil Klinik 2005	25%	28%	3%	57%
Anteil Sektor 6	89%	77%	26%	52%

Die Poliklinik mit Sozialpsychiatrischem Dienst soll niedrigschwellig psychosoziale Beratungen und kurzfristige Kriseninterventionen ermöglichen. Dagegen ist die Institutsambulanz für kontinuierliche Behandlungen chronisch und schwer psychisch erkrankter Menschen zuständig. Die meist jüngeren Patienten der ambulanten Arbeitstherapie werden – häufig im Anschluss an einen Klinikaufenthalt – bei den ersten schwierigen Schritten in Richtung einer produktiven Tätigkeit gefördert. Bei den Patienten, die für eine Psychotherapie nach den Richtlinien der Krankenkassen in Frage kommen, handelt es sich ganz überwiegend um jüngere Frauen mit geringem psychosozialen Risiko. Dieses Therapieverfahren erfordert eine vergleichsweise hohe Krankheitseinsicht, Therapiemotivation und Toleranz gegenüber Enttäuschungen.

Diese wenigen Beispiele für vergleichende Analysen mit Hilfe der erhobenen Daten sollen zeigen, welche Perspektiven eine regionale Psychiatrieberichterstattung für die Planung und Evaluation von Hilfen für psychisch Kranke eröffnet. Voraussetzung dafür ist, dass die Einrichtungsträger einigermaßen vollständig die Patienten dokumentieren, die entsprechende Hilfen in Anspruch genommen haben. Hier sind weitere Anstrengungen in den nächsten Jahren nötig. Dabei wird es nicht ausreichen, den Nutzen einer regionalen Psychiatrieberichterstattung für die Qualitätsentwicklung im Sozialpsychiatrischen Verbund deutlich zu machen. Vielmehr sind auch die Politik und die Kostenträger aufgerufen, die Auswertungsergebnisse für längerfristige Planungen zu nutzen und wirksame Anreizsysteme für eine Beteiligung der Leistungserbringer zu schaffen.

3.2 Auswertung der ärztlichen Zeugnisse gemäß § 18 NPsychKG in der Region Hannover für die Jahre 2002-2005

von Hermann Elgeti

Die Einweisung eines psychisch Kranken in eine psychiatrische Klinik gegen seinen Willen stellt juristisch eine Freiheitsberaubung dar; sie ist nur in eng umschriebenen Fällen und auf Grundlage eines Gesetzes möglich. Ein richterlicher Beschluss kann nach § 70 FGG im Rahmen des Betreuungsrechtes oder nach § 16 NPsychKG erfolgen. Ist das dazu notwendige Verfahren aufgrund akuter Eigen- oder Fremdgefährdung des Betroffenen zu zeitaufwändig, besteht nach § 18 NPsychKG die Möglichkeit einer vorläufigen Einweisung mit dem Zeugnis eines in der Psychiatrie erfahrenen Arztes. Dieses Zeugnis bedarf der Bestätigung eines rund um die Uhr erreichbaren Vertreters der Ordnungsbehörde aufgrund eigener Urteilsbildung.

In der Stadt Hannover existiert schon lange ein einheitliches Formular, das nach Bildung der Region modifiziert seit 2002 auch im Umland (dem ehemaligen Landkreisgebiet) Verwendung findet. Einen Durchschlag des ärztlichen Zeugnisses mit einer Rechtsmittelbelehrung erhält der Betroffene, ein weiterer Durchschlag geht an die Leitung des Sozialpsychiatrischen Dienstes, wo die Zeugnisse jährlich ausgewertet werden. In den Sozialpsychiatrischen Plänen für die Jahre 2001 und 2002 wurde bereits von den Ergebnissen der Jahre 1998 bis 2000 berichtet. Da die Suchtabteilung des NLK Wunstorf in Bad Rehburg außerhalb des Regionsgebietes liegt, liegen die dort ausgestellten ärztlichen Zeugnisse seit einigen Jahren nicht mehr zur Auswertung vor, auch wenn es sich um Bewohner der Region handelt. Dadurch ergeben sich für das Einzugsgebiet des NLK Wunstorf zu niedrige Zahlen.

Wie anlässlich der Vorberichte bereits betont, müssen die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden. So kann die Rate an Zwangseinweisungen durch eine gut entwickelte ambulante psychiatrische Krisenhilfe sinken, weil die Behandlung häufiger freiwillig stattfindet. Sie kann aber auch steigen, weil Notlagen ins Blickfeld kommen, die sonst ungesehen blieben. Wenn der zuständige Amtsrichter im Notfall sofort erreichbar und schnell zur Stelle ist, um die Notwendigkeit eines Unterbringungsbeschlusses zu prüfen, braucht der § 18 NPsychKG nicht angewandt zu werden. Eine vorübergehend hohe Zahl von Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG in der Psychiatrischen Klinik der MHH im Jahre 2000 beruhte wohl am ehesten auf einer oberärztlich restriktiven Auslegung der Einwilligungsfähigkeit bei Alkohol-Entzugssyndromen, ein Beispiel für den Einfluss einzelner Ärzte auf die Ergebnisse.

Die Auswertung zeigt diskussionsbedürftige Unterschiede zwischen Stadt Hannover und Umland, zwischen den Einzugsgebieten der vier psychiatrischen Kliniken und den elf Sektoren der sozialpsychiatrischen Beratungsstellen. Die Diskussion kann im Beratungsstellengespräch des Team Gemeindepsychiatrie und im Gesprächskreis der Klinikleiter erfolgen, aber auch in den Sektor-Arbeitsgemeinschaften und im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie. Ein Ziel ist, Zwangseinweisungen allgemein möglichst zu vermeiden, besonders aber solche ohne richterliche Prüfung – allerdings nicht um den Preis einer Verzögerung oder Verhinderung unbedingt notwendiger und wirksamer Hilfen. Ein anderes Ziel sollte sein, dass dort, wo eine vorläufige Einweisung gemäß § 18 NPsychKG unvermeidbar ist, nur ein psychiatrisch tätiger Arzt das dafür erforderliche Zeugnis erstellt.

Die Zahl vorläufiger Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG in der Region Hannover lag in den Jahren 2002 bis 2005 zwischen 976 und 1111 pro Jahr. Darunter waren zwischen 862 und 966 Fälle, die Personen mit Wohnsitz in der Region betrafen, das entspricht einem Wert zwischen 74 und 82 pro 100.000 Einwohner mit leicht ansteigender Tendenz im Berichtszeitraum. Pro Tag erfolgten durchschnittlich 2,7 bis 3,0 Einweisungen ohne eindeutige jahreszeitliche Schwankungen; lediglich der Mai zeigt in allen vier Jahren überdurchschnittliche Werte (3,3 bis 3,5). Im Vergleich der Wochentage kommen Einweisungen montags seltener (2,3 bis 2,5) und freitags häufiger (2,8 bis 3,5) vor. Vormittags wurden geringe Häufigkeiten ermittelt, vermutlich bedingt durch die Erreichbarkeit von Ordnungsbehörde und Amtsgericht vormittags an den Werktagen. Danach nehmen die Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG bis in den frühen oder sogar späten Abend hinein zu, um danach bis zu einem Tiefstand am frühen Morgen abzusinken (Tabelle 1).

Tabelle 1: § 18 NPsychKG-Zeugnisse in der Region Hannover nach Tageszeit

Tageszeit	Zeitraum (h)	2002	2003	2004	2005
Vormittag	09.00 – 12.59	99	116	95	117
Nachmittag	13.00 – 16.59	206	234	231	257
früher Abend	17.00 – 20.69	223	253	239	269
später Abend	21.00 – 00.59	176	208	225	274
Nacht	01.00 – 04.59	95	118	131	90
früher Morgen	05.00 – 08.59	29	35	43	48
	ohne Zeitangabe	147	113	64	56
	Summe	975	1077	1028	1111

Der § 10 NPsychKG verlangt eine psychiatrische Qualifikation für die Ärzte, die einen psychisch Kranken mit der Fragestellung einer Zwangseinweisung untersuchen. Dieser Standard wird jedoch mangels entsprechender Notfalldienste weithin nicht eingehalten. Immerhin verfügt die Stadt Hannover seit 1998 über einen psychiatrischen Notdienst der Kassenärztlichen Vereinigung außerhalb der Praxisöffnungszeiten, und innerhalb dieser Zeiten übernimmt der Sozialpsychiatrische Dienst der Region diese Aufgabe. Darüber hinaus gibt es an Wochenenden und Feiertagen tagsüber für das gesamte Regionsgebiet einen – allerdings nicht-ärztlichen – mobilen psychiatrisch-psycho sozialen Krisendienst (PPKD).

Die ärztlichen Zeugnisse werden in der Region Hannover zu etwa 60% von psychiatrisch qualifizierten Ärzten erstellt. Sie arbeiten in abnehmender Häufigkeit in psychiatrischen Kliniken, als niedergelassene Psychiater bzw. Neurologen oder in Sozialpsychiatrischen Diensten (Tabelle 2). Nach den psychiatrischen Kliniken sind es die Allgemeinkrankenhäuser, in denen die meisten Zeugnisse ausgestellt werden, ohne dass dort eine psychiatrische Kompetenz vor Ort verfügbar ist. Einzige Ausnahme ist die Medizinische Hochschule mit ihrer Psychiatrischen Klinik, deren Ärzte in der Regel diese Funktion übernehmen. Der Anteil nicht psychiatrisch tätiger Ärzte in Allgemeinkrankenhäusern und Notfalleinsatzfahrzeugen steigt von 2002 zu 2005 an. Dagegen werden niedergelassene Ärzte anderer Fachgebiete bei vorläufigen Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG seltener in Anspruch genommen.

Tabelle 2: § 18 NPsychKG-Zeugnisse nach Tätigkeitsfeld der Autoren

	2002	2003	2004	2005
Anzahl der Zeugnisse	975	1077	1028	1111
niedergelassene Nervenärzte	157 (16%)	175 (16%)	165 (16%)	162 (14%)
Psychiatrische Kliniken	346 (35%)	372 (35%)	364 (36%)	412 (37%)
Sozialpsychiatrische Dienste	94 (10%)	123 (11%)	106 (10%)	106 (10%)
andere niedergelassene Ärzte	95 (10%)	81 (8%)	86 (8%)	50 (4%)
andere Krankenhäuser	192 (20%)	220 (20%)	210 (20%)	240 (22%)
Noteinsatzfahrzeuge (NEF)	71 (7%)	81 (8%)	82 (8%)	124 (11%)
nicht zuzuordnende Ärzte	20 (2%)	25 (2%)	15 (2%)	17 (2%)

Der Anteil psychiatrisch qualifizierter Ärzte unter den Ausstellern ärztlicher Zeugnisse ist bei einem Durchschnittswert von etwa 60% in den einzelnen Teilgebieten der Region unterschiedlich hoch, wenn man nach der Wohnadresse des Betroffenen geht (Tabelle 3). In den kleinsten Sektoren 3, 6 und 11 ist er am höchsten, im gesamten Stadtgebiet Hannovers (Sektoren 2-6 und 11) liegt er immerhin bei durchschnittlich rund 80%, im Umland (Sektoren 1 und 7-10) dagegen unter 50%. Hier wirken sich wohl die längeren Anfahrtswege für die Ärzte des Sozialpsychiatrischen Dienstes im

ländlich geprägten Umland und das Fehlen eines psychiatrischen Notfalldienstes der Kassenärztlichen Vereinigung nachteilig aus.

Tabelle 3: Anteil psychiatrisch qualifizierter ärztlicher Zeugnisse nach Sektor*

Sektor	Beratungsstelle	2002	2003	2004	2005
1	Ronnenberg-Empelde	24%	39%	31%	33%
2	Freytagstraße	82%	80%	80%	80%
3	Plauener Straße	84%	95%	79%	85%
4	Deisterstraße	72%	78%	76%	70%
5	Königstraße	75%	76%	68%	79%
6	Hannover-List (MHH)	93%	94%	76%	85%
7	Burgdorf	52%	57%	59%	55%
8	Neustadt	38%	36%	31%	32%
9	Laatzen	51%	46%	44%	42%
10	Langenhagen	62%	52%	54%	54%
11	Carl-Neuberg-Straße (MHH)	87%	82%	91%	92%
2-6,11	Stadtgebiet Hannover	81%	82%	77%	80%
1,7-10	Umland	45%	46%	43%	42%
1-11	gesamte Region Hannover	62%	62%	60%	61%

*) nur Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG für Bewohner der Region Hannover

Eine Besonderheit liegt bei den beiden Beratungsstellen der MHH (Sektor 6 und 11) vor, die in Polikliniken mit Psychiatrischer Institutsambulanz integriert sind. Sie stellen durch die bessere Personalausstattung zu ihren Öffnungszeiten eine eigene mobile Notfallbereitschaft. Hinzu kommt für die Bewohner der Sektoren 6 und 11 der kürzere Weg zu der für sie zuständigen Psychiatrischen Klinik der MHH, die einzige der vier Sektorkrankenhäuser, die im Stadtgebiet Hannovers liegt. Aus diesen Faktoren lässt sich dort der hohe Anteil psychiatrisch qualifizierter ärztlicher Zeugnisse erklären.

Gegenläufige Trends ergeben sich bei einer Auswertung der Daten nach den Einzugsgebieten der vier psychiatrischen Kliniken (Tabelle 4). Die Häufigkeit von Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG, gemessen als Bevölkerungsbezogene Einweisungsziffer, steigt im Einzugsgebiet des Klinikum Wahrendorff ebenso wie im Durchschnitt des gesamten Regionsgebietes im Vierjahresverlauf von 2002 bis 2005 eher an. Dagegen nimmt sie im Einzugsgebiet der Psychiatrischen Klinik der MHH deutlich ab. Das liegt nun offenbar nicht an der unterschiedlichen Sozialstruktur der Einzugsgebiete; denn Indikatoren wie Altenanteil, Arbeitslosenanteil und Bevölkerungsdichte sprechen eher für eine erhöhte Häufigkeit schwerer psychischer Störungen mit den entsprechenden Risiken für Zwangseinweisungen im Einzugsgebiet der MHH. Bei dem Versuch einer Erklärung für diese gegenläufigen Trends kommen vielmehr Unterschiede im Entwicklungsgrad der gemeindepsychiatrischen Versorgungsstrukturen in den Blick. Das betrifft wahrscheinlich die wohnortnahe Verfügbarkeit ambulanter und stationärer psychiatrischer Dienste, vielleicht aber auch unterschiedliche Gewohnheiten der Kliniken in der Definition des Behandlungsstatus bei Notfalleinweisungen. Die Werte für das Einzugsgebiet des NLK Wunstorf sind vermutlich zu niedrig angegeben, da hier – wie bereits oben erwähnt – die in der Fachabteilung Bad Rehburg veranlassten Einweisungen nicht in die Auswertung eingingen.

Tabelle 4: Strukturmerkmale und Einweisungsziffer der Einzugsgebiete

Einzugsgebiet	gesamte Region	Psych. Klinik MHH	KfPP Langenhagen	Klinikum Wahren-dorff	NLK Wunstorf	
Einwohnerzahl 2004	1167403	139004	243890	347091	437418	
Bevölkerungsdichte	5,1	21,0	12,6	3,5	4,2	
Personen ab 65 2004	18,6%	20,6%	18,3%	18,2%	18,5%	
Arbeitslose 2004	7,8%	7,9%	9,4%	6,7%	7,9%	
Einweisungs- ziffer pro 100.000 Ein- wohner	2002	74*	83	73	80	64
	2003	80*	74	77	81	78
	2004	76*	71	77	82	67
	2005	(82)*	(68)	(79)	(84)	(80)

*) unter Einschluss einiger Zeugnisse für Bewohner aus Hannover ohne Adresse

Auf den Formularen der ärztlichen Zeugnisse wird auch eine diagnostische Einordnung des Krankheitsbildes der Betroffenen erfragt, die nur in wenigen Fällen fehlte. Für die Auswertung wurden die Angaben der Kategorie „Psychose“, „Suchterkrankung“ oder „andere psychische Störung“ zugeordnet. Mit einem Anteil von etwa 40% überwogen die psychotischen Erkrankungen, Suchterkrankungen und andere psychische Störungen waren jeweils mit rund 30% vertreten. Es ließen sich keine wesentlichen Unterschiede ausmachen, weder in der Abfolge der vier Jahre 2002 bis 2005 noch zwischen dem Stadtgebiet Hannovers und dem Umland in der Region. Allein die Auswertung nach Sektoren zeigte in den Sektoren 2 und 4 durchgehend höhere Anteile psychotischer Erkrankungen zu Lasten der Suchterkrankungen, während es im Sektor 11 umgekehrt war.

Zusammenfassend bringt die Auswertung einige nachdenklich machende Ergebnisse. Die Zahl vorläufiger Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG für Bewohner der Region Hannover steigt in den letzten Jahren insgesamt eher an. Die Forderung des NPsychKG nach einem psychiatrisch qualifizierten ärztlichen Zeugnis als Grundlage solcher Einweisungen wird nur unzureichend erfüllt, besonders dann, wenn Bewohner der Städte und Gemeinden im Umland Hannovers betroffen sind. Vergleichsweise bessere Ergebnisse in den kleineren Sektoren und hier besonders im Einzugsgebiet der Psychiatrischen Klinik der MHH weisen darauf hin, dass wohnortnahe Versorgungsangebote auch bei den hier angesprochenen Problemen Fortschritte bringen können.

Abschnitt 4: Tätigkeitsberichte der Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes

4.1 Tätigkeitsberichte der Fachgruppen

4.1.1 Fachgruppe „Arbeit und Rehabilitation

von Annette Theißing (Sprecherin der Fachgruppe)

Die Fachgruppe ist seit 2001 tätig. Es treffen sich Vertreter der Psychatrieerfahrenen (VPE), Bildungsträger, Rehabilitationseinrichtungen, Vertreter der Leistungsträger, der klinischen und ambulanten Ergotherapie, des Berufsbildungswerkes Annastift, der WfbMs, BfWe, der Integrationsfachdienste und Integrationsbetriebe.

Im Berichtszeitraum hat sich die Fachgruppe zweimal getroffen und schwerpunktmäßig mit niedrigschwelligen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region beschäftigt.

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)– Angebot und Bedarf in der Region

Übereinstimmend wurde in der Fachgruppe festgestellt, dass die WfbMs als Angebot einen wichtigen und nicht verzichtbaren Bestandteil der Rehabilitationslandschaft in Hannover darstellen. Eine Bestandsaufnahme innerhalb der Fachgruppe zeigte, dass sich das WfbM Angebot in der Region durch unterschiedliche Leistungserbringer auszeichnet, was in vielen Bereichen differenzierte Wahlmöglichkeiten für Betroffene bieten kann. Positiv wurde ebenfalls gesehen, dass es eine bedarfsgerechte Flexibilität und kurze Bearbeitungs- und Wartezeiten gibt.

Die Vertreter der Werkstätten berichteten, dass es in vielen Bereichen Bestrebungen gibt, den Bereich der Außenarbeitsplätze noch auszubauen. Dies wurde von der Fachgruppe begrüßt, da besonders im Bereich der psychisch behinderten Menschen ein großer Bedarf an beschützten Arbeitsplätzen in einer möglichst „normalen“ Arbeitsumgebung besteht.

Ein weiterer Entwicklungsbedarf wurde in der Fachgruppe an weiteren - vor allen Dingen flexiblen- Teilzeitarbeitsmöglichkeiten bis hin zu beschützten Zuverdienstmöglichkeiten gesehen. Teilzeitbeschäftigung ist zwar schon jetzt aufgrund der gesetzlichen Möglichkeiten im Einzelfall mit einer ärztlichen Attestierung durchaus möglich. Es fehlen aber die sozialrechtlichen Grundlagen, um diesen Bereich als freie Wahlmöglichkeit der behinderten Mitarbeiter in den Werkstätten auszubauen und entsprechend der allgemeinen gesellschaftlich üblichen Rahmenbedingungen zu handhaben.

Wege jenseits der Erwerbsarbeit

Anlässlich der Neuerscheinung des Buches von Peter Weber „Tätig sein! Jenseits der Erwerbsarbeit“ befasste sich die Fachgruppe mit Möglichkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Die einseitige Aufrechterhaltung des Rehabilitationsziels Erwerbsarbeitsplatz zieht sich trotz wachsender Arbeitslosenzahlen durch die berufliche Reha-

bilitationslandschaft. Stabile strukturell bedingte Arbeitslosigkeit macht aber neue Formen sinnvoller gesellschaftlicher Tätigkeit notwendig - jenseits von Erwerbsarbeit. Es wurden unterschiedliche Möglichkeiten aufgezeigt wie Selbsthilfe, ehrenamtliche Arbeit, Zuverdienst, Bildungsangebote und vieles mehr.

Die Aufforderung des Autors an Rehabilitationsanbieter und Leistungsträger, andere mögliche Rehabilitationsziele stärker mit einzubeziehen, wurde in der Fachgruppe kontrovers diskutiert. Die Rehabilitationseinrichtungen stehen von Seiten der Leistungsträger unter starkem Erfolgsdruck, Vermittlungszahlen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachzuweisen. Andere Rehabilitationsergebnisse, wie die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit, sind im jetzigen System nicht ohne Weiteres vermittelbar. Diskutiert wurde auch, inwieweit es politisch sinnvoll ist, ausgerechnet für die Gruppe der psychisch Kranken den allgemeinen Arbeitsmarkt als Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe aufzugeben. Andererseits kennen alle Beteiligte Beispiele, in denen die einseitige Fokussierung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt rehabilitationschädlich sein kann und Lebensqualität und Teilhabe durchaus mit anderen Mitteln zu erreichen wäre. Hier wurde angeregt, dieses Thema künftig stärker bei Leistungsträgern einzubringen und auf neue Sichtweisen hinzuarbeiten.

4.1.2 Fachgruppe „Dokumentation/Sozialpsychiatrischer Plan“ für den Zeitraum Januar 2005 bis Juni 2006 von Dr. Elgeti (Sprecher der Fachgruppe)

An der Arbeit der Fachgruppe im Berichtszeitraum beteiligten sich regelmäßig Herr Sueße und Herr Schlieckau, Herr Eller und Herr Pohl (alle Region Hannover), Herrn Dr. Elgeti (MHH, Sprecher der Fachgruppe) und Frau Koch (Pflegeheime Dr. Wilkening). Im Jahr 2005 fanden acht Sitzungen statt (Vorjahr: neun), im ersten Halbjahr 2006 waren es fünf.

Schwerpunkt der Arbeit waren vielfältige aktuelle Fragestellungen und zukünftige Entwicklungsperspektiven einer datengestützten Planung und Evaluation der Hilfen für psychisch Kranke im Sozialpsychiatrischen Verbund der Region Hannover. Kristallisationskern dafür ist und bleibt die Gestaltung des jährlich fortzuschreibenden Sozialpsychiatrischen Plans. Interessante Schwerpunktthemen sind zu suchen und dem Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie zur Auswahl vorzustellen, Autoren zu gewinnen und die Abgabe der Tätigkeitsberichte aus den Gremien des Verbundes im Auge zu behalten. In den letzten Jahren hat die Fachgruppe Vorschläge für regionale Zielvereinbarungen entwickelt, deren Erfolg sich mit Daten aus den statistischen Jahresberichten der Einrichtungen überprüfen lässt. Außerdem ging es um die Auswertung und Präsentation der Dokumentation zur Planung von Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Menschen sowie der vorläufigen Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG.

Die Fachgruppe wird sich auch in Zukunft bemühen, die Sozialpsychiatrischen Pläne für die Region Hannover zu verbessern. Dies betrifft einerseits die Erweiterung der immer noch überwiegenden Beschreibung des Ist-Zustandes der gegenwärtigen Hilfsangebote um Ideen zur Soll-Entwicklung zwecks Planung von Projekten zu Ver-

besserung der regionalen Versorgungsqualität. Andererseits wird es weiterhin darauf ankommen, den Sozialpsychiatrischen Plan leichter lesbar zu machen und seinen Nutzen für die Adressaten durch bessere Gestaltung zu erhöhen. Die Fachgruppe ist offen für neue Mitglieder, so weit sie kontinuierlich mitarbeiten wollen. Die Sitzungen, über die ein ausführliches Protokoll zu verfassen ist, finden in der Regel am letzten Donnerstag eines Monats von 8.30 – 10.30 Uhr in den Diensträumen des Teams Gemeindepsychiatrie in der Weinstraße 2-3 statt.

4.1.3 Fachgruppe "Forensische Psychiatrie"

von Dr. Andreas Tänzer (Sprecher der Fachgruppe)

Die Fachgruppe hat seit ihrer Gründung 2003 einen bemerkenswerten Beitrag zur besseren Vernetzung zwischen forensischer Psychiatrie und allgemeinen psychiatrischen Versorgungsanbietern im Verbund, Sozialpsychiatrischen Diensten, rechtlichen Betreuern, der Bewährungshilfe, Psychiatrieerfahrenen, aber auch den regionalen psychiatrischen Versorgungskliniken leisten können.

Auch im Berichtszeitraum fanden Arbeitstreffen in etwa zweimonatigen Abständen bei unterschiedlichen Mitgliedern statt. Es hat sich durchgängig als hilfreich erwiesen, die Problemstellungen aus der Perspektive der beteiligten Institutionen bzw. Anbieter zu diskutieren.

Der Vorschlag, individuelle Forensifizierungs-Karrieren exemplarisch anhand von Fallbeispielen von in den Wunstorfer Maßregelvollzug eingewiesenen Patienten zu analysieren, löste zunächst eine kontroverse Diskussion aus. Um eine rückwärts gewandte kontraproduktive Fehlersuche zu vermeiden, verständigten sich die Mitglieder, 2006 schwerpunktmäßig Einzelfallbesprechungen von Patienten durchzuführen, die kurz vor oder an der Schwelle zur Einweisung in den stationären Maßregelvollzug stehen.

Ein Einstieg in diese Arbeit ist auf hohem fachlichen Niveau und in einer sehr konstruktiven Arbeitsatmosphäre gelungen, die Gruppe hat inzwischen den Charakter eines "**Runden Tisches**" mit Zuständigkeit für alle forensischen Fragestellungen und Problemfälle in der Region Hannover entwickelt. Ein vergleichbares Projekt der regionalen Einbindung des Maßregelvollzuges in einen Sozialpsychiatrischen Verbund ist unseres Wissens bisher nirgendwo sonst in Deutschland entstanden.

Auch bei kritischer Betrachtung bestehen hier Chancen, andernorts unter dem Stichwort "individuelle und strukturelle Forensifizierung" beschriebene Fehlentwicklungen zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken.

Die bisher diskutierten Einzelfälle scheinen folgende **Hypothesen** zu bestätigen:

1. Die seit Jahrzehnten zu verzeichnende und sozialpsychiatrisch wünschenswerte Tendenz der **stationären Versorgungspsychiatrie** zu mehr offener Behandlung, zur Betonung von Freiwilligkeit und der Trend zu immer kürzeren Behandlungsdauern befördern auch unerwünschte **Nebenwirkungen**:

- Fremdgefährdungsaspekte finden weniger Beachtung

- auch wiederholte stationäre Behandlung kann Straffälligkeit nicht immer verhindern
- aus der Allgemeinpsychiatrie entlassene Pat. sind lt. einer internationalen Studie kränker und gefährlicher als bei Entlassung aus dem MRV
- an den Versorgungskliniken fehlen zunehmend organisatorische und baulich-strukturelle Voraussetzungen für eine längerfristige (hochstrukturierte) Behandlung von fremdgefährlichen Risikopatienten
- im Selbstverständnis von Therapeuten und Teams wird die Zuständigkeit für den Umgang mit Gewalt und Zwang zunehmend auf die forensischen Experten verlagert
- Fremdgefährliche Patienten werden mit Hausverboten belegt, Fehlverhalten auf der Station wird zunehmend mit Strafanzeigen sanktioniert
- (oft) erfolgt keine systematische Erfassung früherer Straftaten
- (oft) erfolgt keine systematische Erfassung früherer gewalttätiger Übergriffe
- (oft) erfolgt keine systematische Risikoeinschätzung der Gefährlichkeitsaspekte

2. Der regelhaft sich abbildende freiwillige Kontext in der **ambulanten Versorgungslandschaft**, eine partnerschaftlich definierte therapeutische Beziehungsgestaltung und das Überwiegen einer „Komm-Struktur“ ist ebenfalls mit **Risiken und Nebenwirkungen** verbunden:

- Vorbehalte und Ängste gegenüber ehem. forensischen Patienten nehmen eher zu (doppelte Stigmatisierung als krank und kriminell)
- Vorbehalte gegenüber sozialer Kontrollfunktion und Übernahme autoritärer Rollen(anteile) werden mehr oder weniger deutlich formuliert
- Aggressivität und Non-Compliance als Bestandteil psychischer Störung werden nicht mehr durchgängig akzeptiert
- Es bestehen unzureichende Kenntnisse und Erfahrungen in der spezifischen forensischen Risikobeurteilung, Prognosebildung bzw. Kriminologie

3. Das zur Verfügung stehende Instrumentarium von **Betreuungsrecht und NPsychKG** ist einem Wandel unterworfen

Nebenwirkungen:

- Im NPsychKG werden Behandlungsaufgaben seltener angewandt
- Betreuungen werden häufiger wg. sog. Unbetreubarkeit aufgehoben
- Über die Anwendbarkeit von Zwang bei stationärer Unterbringung bestehen unterschiedliche Rechtsauffassungen

Die begonnene Fallarbeit am "Runden Tisch" soll auch im Jahr 2007 fortgesetzt werden.

Zur **positiven Zwischenbilanz** tragen auch die nachfolgenden Entwicklungen bei:

- Seit April 2006 hat das Land Niedersachsen die von Experten seit langem geforderten materiell und personell adäquat ausgestatteten **Forensischen Institutsambulanzen** eingerichtet, deren Aufgabe eine strukturierte, professionelle und auch aufsuchende ambulante Versorgung ehemaliger Patienten des Maßregelvollzuges gemäß § 63 StGB (für die Dauer der Führungsaufsicht) und § 64 StGB (für die Dauer eines Jahres) ist.

- Zum Leistungsspektrum gehört eine aktive Verlaufsüberwachung sowie ein engmaschiges Risikomanagement.
- Eine verbindlichere rechtliche Regelung zur **Gestaltung der Führungsaufsicht** befindet sich im Gesetzgebungsverfahren.
 - Der BGH hat mit einem Beschluss zur **Legitimation der Zwangsbehandlung** während stationärer betreuungsrechtlicher Unterbringung die nach widersprüchlichen OLG-Urteilen bestehende Rechtsunsicherheit reduziert.
 - Zwischen Bewährungshilfe und der Forensischen Klinik in Wunstorf konnte für den Zeitraum der letzten beiden Jahren eine Fortbildungskooperation hergestellt werden

Die Fachgruppe wird die weitere Entwicklung der Forensischen Psychiatrie in der Region nach dem geplanten Trägerwechsel Anfang 2007 kritisch begleiten.

4.1.4 Tätigkeitsbericht der Fachgruppe Gerontopsychiatrie 2005/2006 von Brigitte Harnau (Sprecherin der Fachgruppe)

Folgende Themen wurden in den Plenumsitzungen bearbeitet:

Frau Gorski-Schmidt (Leitung des gerontopsychiatrischen Pflegebereichs Buchholz der Henriettenstiftung) wird in der Sitzung am 24.6.06 zur **stellvertretenden Sprecherin der Fachgruppe** gewählt, da Herr Wesemann, durch Stellenwechsel nach Berlin, ausgeschieden ist.

Frau Moes (Alzheimergesellschaft Hannover) berichtet über die Besonderheiten der neu eröffneten **Gruppe für Früherkrankte**.

Die **niedersächsische Fachstelle für Wohnberatung (NWF)** hat im Projektauftrag des Landes Niedersachsen Qualitätskriterien und Empfehlungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften erarbeitet, die als Hilfestellung zur Gründung von Wohngemeinschaften (z.B. für Demenzkranke) dienen sollen, sowie zur Orientierung für die Nutzer. Das Arbeitsergebnis soll in einer Broschüre zusammengefasst und in Fachtagungen präsentiert werden.

Die „**AG Wohnen**“ führt ihre Arbeitsergebnisse in die o.g. Projektgruppe über und gewährleistet den Kontakt und Informationstransfer zurück in die Fachgruppe.

In der „**AG Geschlossene Heime**“ konkretisierten Arbeitstreffen mit der Heimaufsichtsbehörde die schwierige Aufgabe „rechtsfreie Räume“ („Beschützende Heimplätze“ - Offiziell existiert dieser Begriff nicht!) einzudämmen.

Durch die Zunahme von Heimen mit einer gerontopsychiatrischen Angebotspalette, deren Fachlichkeit Qualitätsansprüchen häufig nicht genügt, die jedoch Bewohner mit „niedrigen Preisen“ anwerben (bzw. abwerben) entsteht zunehmend ein undurchsichtiger „Heimdschungel“.

Für Angehörige und beratende Dienste wird eine Orientierung bei der Heimsuche immer schwieriger.

Unter der Leitung von Frau Miemietz-Schmolke (Caritas Forum Demenz) hat die „**AG Wohnen**“ **Qualitätsstandards (Checkliste) für den Bereich „Wohnen gerontopsychiatrisch Erkrankter im stationären Bereich erarbeitet.**

Diese Standards sollen als „Kompass“ für Beratungsstellen und Angehörige dienen, sowie als Grundlage für Leistungs- und Entgeltvereinbarungen mit Kostenträgern.

Herr Holler (Geschäftsführer des Landesfachbeirates Niedersachsen) stellt Chancen, Perspektiven und Grenzen der „**Integrierten Versorgung nach SGBV §140a**“ vor.

Frau Harnau (Leitung Caritas Forum Demenz) informiert über Inhalt und Vergütung **ambulanter gerontopsychiatrischer Pflege (SGBV)** auf der Grundlage der Vertragsgestaltung auf Landesebene mit der AOK, IKK, BKK.

Der „**Runde Tisch Weiterbildung**“ hat seine Arbeit wieder aufgenommen, um auf das Anforderungsprofil in der ambulanten psychiatrischen Pflege nach Öffnung der Bundesrahmenrichtlinien angemessen zu reagieren.

Frau Ingrosso (Pflege Info der Region) berichtet über das **Konzept zur Förderung der „Ambulanten gerontopsychiatrischen Versorgung in der Region Hannover“**, mit dem bedarfsorientierte Versorgungsnetze über die Etablierung ambulanter gerontopsychiatrischer Pflege im nahen Umfeld geschaffen werden sollen, um die weiter zunehmende stationäre Unterbringung der zu Pflegenden mit einer rasanten Kostensteigerung für Sozialleistungsträger zu stoppen.

Dr. Gödecke-Koch (Klinikum Wahrenndorff) und Frau Schleef stellen in der Sitzung am 27.1.06 die neue „**Gerontopsychiatrische Tagesklinik des Klinikums Wahrenndorff**“ in der Gartenstraße vor.

Über das alternative **Wohn- und Betreuungskonzept für Menschen mit Demenz** informiert Frau Krauß am 3.11.06 über die neue Senioren-Wohngemeinschaft am Roderbruchmarkt.

4.1.5 Fachgruppe „Illegale Suchtmittel“ (Runder Drogentisch)

von Alfred Lessing, Drogenbeauftragter der Landeshauptstadt Hannover

Im Berichtszeitraum 2005/2006 gab es in den Sitzungen des Runden Drogentisches folgende Diskussionspunkte:

Die zwischen der Polizeidirektion Hannover und der Stadtverwaltung Hannover ab-gesprochene und umgesetzte Verlagerung der Straßenprostitution im Innenstadtbe-reich wurde intensiv diskutiert, da von dieser Maßnahme auch in erheblichem Um-fang drogenabhängige Frauen betroffen waren, die der Beschaffungsprostitution nachgingen. Befürchtet wurde insbesondere von den Betreuungseinrichtungen ein zunehmendes Aggressionspotential unter den Frauen, da die nunmehr zur Verfü-gung gestellten Straßenbereiche eine deutliche Verkleinerung gegenüber der ver-gangenen Regelung bedeuteten.

U.a. durch Ausweitung der die Verlagerung begleitenden sozialen Maßnahmen und durch verstärkte Polizeipräsenz konnten die befürchteten negativen Auswirkungen in Grenzen gehalten werden.

Das Modellprojekt „Aufsuchende Drogenarbeit in Familien“ wurde am Runden Drogentisch vorgestellt; es wurde konzipiert auf der Grundlage der Erkenntnis, dass die Anzahl der Cannabiskonsumenten insgesamt und damit auch die Anzahl der problematischen Konsumenten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Eine frühe Erreichbarkeit der Problemkonsumenten, zur Einleitung weiterführender Drogen- bzw. Jugendhilfeangebote wird hier in der aufsuchenden und unterstützenden Familienarbeit, beginnend mit Hausbesuchen gesehen. Voraussichtlicher Start dieses Projektes soll Anfang 2007 sein.

Die Suchtberatung als ergänzende Leistung der ARGE gemäß § 16 SGB II wurde in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus ARGE, Region Hannover und Stadt Hannover im Rahmen einer Arbeitshilfe verschriftlicht und den Drogenberatungseinrichtungen vorgelegt; allerdings ist von diesem Angebot bis zur Schriftlegung dieses Berichtes nicht übermäßig Gebrauch gemacht worden.

Sachstandsberichte zum „Modellprojekt heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger“ waren in mehreren Sitzungen notwendig, da die Laufzeit des Modellprojektes entgegen der ursprünglichen Planung aus unterschiedlichen Gründen zweimal verlängert werden musste. Im Frühjahr 2006 wurden die Ergebnisse des ersten Studienjahres (Arzneimittelstudie) veröffentlicht und können im Wesentlichen wie folgt zusammengefasst werden:

- In beiden Behandlungsgruppen (Methadon und Heroin) konnte eine deutliche gesundheitliche Verbesserung und ein Rückgang des illegalen Drogenkonsums erreicht werden.
- Die Heroinbehandlung führte bei dieser speziellen Zielgruppe dieses Projektes bezüglich der gesundheitlichen Verbesserung und des Rückgangs des illegalen Drogenkonsums zu signifikant größeren Effekten als die Methadonbehandlung.
- In beiden Behandlungsgruppen konnten sowohl kriminelle Aktivitäten wie auch die Kontakte zur offenen Drogenszene deutlich reduziert werden.
- Allerdings gab es auch hier deutliche Vorteile in der Gruppe der Heroinpatienten gegenüber der Gruppe der Methadonpatienten.

Um eine Überleitung der Behandlung aus der wissenschaftlichen Studie in die Regelbehandlung der Gesetzlichen Krankenversicherungen zu ermöglichen, müsste ein Gesetzänderungsverfahren eingeleitet werden; dieses scheitert bis heute am Widerstand der Unionsfraktion auf Bundesebene.

Die STEP gGmbH stellte am Runden Drogentisch das aktualisierte Konzept der geplanten Fachklinik am Kronsberg sowie ein Konzept über ambulante Jugendhilfeangebote der Drogenberatung zur Diskussion.

In einer Sondersitzung des Runden Drogentisches befassten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Präventionsaktivitäten der Beratungsstellen Drobs, Prisma und Neues Land e. V.; Die Ergebnisse aus dieser Sitzung sollen dem Sozi-

alausschuss des Rates der Stadt Hannover im Rahmen einer Informationsdrucksache vorgelegt werden.

4.1.6 Fachgruppe Kinder und Jugendliche

von Ingeborg Noort-Rabens (Sprecherin der Fachgruppe)

Die Fachgruppe Kinder und Jugendliche besteht seit Mai 2000. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die weitere Entwicklung sozialpsychiatrischer Strukturen kritisch im Auge zu behalten und an einer Verbesserung der Kooperation innerhalb der Systeme der Kinder- und Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu arbeiten. Die ursprüngliche Mitgliederzahl von 16 Institutionen konnte inzwischen auf 33 erhöht werden. 2005 konnten die FAB e.V. (Fachgesellschaft für ambulante Betreuung) und der Janusz-Korczak-Verein als neue Mitglieder begrüßt werden. Einen personellen Wechsel gab es bei den Sozialpädiatern, bei den Vertretern der FEBs der Region und bei den Schulpsychologen. Frau Heydenreich, die langjährig die Schulpsychologen in der Fachgruppe vertreten hat, wurde mit Dank in den Ruhestand verabschiedet. Ihre Aufgabe wird in Zukunft von Frau Schulte-Nikoleyckzik übernommen.

Die Fachgruppe beschäftigt sich mit den Themen :

Abgrenzung zwischen SGB XII und SGB VIII, Konsequenzen des seit Oktober 2005 gültigen KICK, besondere Problematik der Anhebung der Anspruchsschwelle für § 35 a. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Vorstellung des Fachdienstes für Eingliederungshilfe der Region. Die geplante Auseinandersetzung mit der Abgrenzung zwischen SGB XII und SGB VIII musste auf das folgende Jahr verschoben werden. Eine klärende Aussprache zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie, Jugendhilfeträgern und Jugendhilfeeinrichtungen (zum Thema §35a) konnte abgeschlossen werden.

Das Konzept der Notfallpsychologie der Schulpsychologen wurde vorgestellt und in der Folge eine engere Kooperation mit Schulärzten und niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern verabredet.

Über das Thema Migration fand ein intensiver Austausch mit allen Teilnehmern statt. Das Flüchtlingsbüro KARGAH und Mitarbeiter des Frauen- und Kinderschutzhouses berichteten über ihre Erfahrungen und die besorgniserregende Situation insbesondere von Asylantenkindern.

Positiv war im Berichtszeitraum zu berichten, dass in der Region in der Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch eine zweite Stelle neu besetzt werden konnte. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie Hildesheim erfolgte eine Erweiterung der Tagesklinikplätze sowie die Einrichtung regelmäßiger, themenbezogener Treffen zwischen der KJP, den Jugendämtern und Jugendhilfeträgern. Das Sozialpädiatrische Zentrum, das dieses Jahr sein 25jähriges Bestehen feierte, konnte ein interdisziplinäres Team in Kooperation mit der Lebenshilfe zur Früherkennung einrichten. Die Arbeitsgemeinschaft Angehöriger psychisch Kranker konnte über erste Erfahrungen mit einer Selbsthilfegruppe junger Erwachsener psychisch kranker Eltern informieren. In der Kinderklinik auf der Bult wurde eine Traumaspreekstunde installiert und im Rahmen der Pestalozzistiftung eine intensiv-therapeutische Gruppe sowie eine Gruppe für Schulverweigerer. Die Arbeitsgruppe „Kinder psychisch kranker Eltern“ konnte

von den Erfahrungen mit der neu etablierten Interventionsgruppe berichten, die sich einer positiven Resonanz erfreuen konnte..

Im Rahmen der schulärztlichen Arbeit wurde von einem 5jährigen Präventionskonzept gegen Adipositas an den Grundschulen berichtet. Weitere Themenschwerpunkte wie Rauchprävention und Suchtprävention und Früherkennung von Sprachentwicklungsverzögerungen werden weiter vorangetrieben werden.

Grund zur Sorge bereitete während des Berichtszeitraumes die Versorgung mit ambulanter Psychotherapie. Berichtet wurde von langen Wartezeiten und der Schwierigkeit, einen geeigneten Platz zu finden. Der geplante Kontakt mit einem Vertreter der Psychotherapeutenkammer konnte wegen Wechsels der Zuständigkeiten im Vorstand nicht realisiert werden.

Vom SPZ und auch den niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern wurde von einer Zunahme (oder veränderter Wahrnehmung?) von Kindern mit Asperger-Syndrom berichtet. Dies wird in der Zukunft besondere Aufmerksamkeit benötigen. Insbesondere wird zu klären sein, welche Hilfsangebote für diese Kinder zur Verfügung stehen und wie die Zuständigkeiten der Eingliederungshilfe entsprechend SGB XII und SGB VIII in Zukunft gehandhabt werden.

Immer wieder wurde das Thema ausreichender Hilfen für junge Volljährige diskutiert. Die Zuständigkeit insbesondere bei vorliegenden Mehrfachbehinderungen sollen im kommenden Jahr genauer geklärt werden.

Vorhaben:

- Abgrenzung zwischen SGB XII und SGB VIII. Konsequenzen durch Inkrafttreten des KICK unter besonderer Berücksichtigung des § 35 a. Anhebung der Anspruchsschwelle und ihre Auswirkungen auf z.B. Teilleistungsstörungen.
- Besondere Problematik von Migrantenkindern. Möglichkeiten der Integration und Förderung. Erarbeitung eines Kataloges notwendiger Hilfen. Vorstellung des Konzeptes der Rucksackmütter. Welche Sprachförderprogramme sind bekannt und können ggf. übernommen werden.
- Situation der ambulanten Psychotherapie für Kinder und Jugendliche in der Region Hannover, Gespräch mit Vertretern der Psychotherapeutenkammer.
- Gruppentherapeutische Angebote in der Region Hannover.

4.1.7 Fachgruppe "Legale Suchtmittel"

von Lothar Schlieckau (Psychiatriekoordinator)

Die Fachgruppe "Legale Suchtmittel" hat sich in dem Berichtszeitraum 2005/2006 mit folgenden Themen beschäftigt:

- Die Fachgruppe beschäftigte sich weiter mit der Umsetzung der Arbeitshilfen für die Vermittlung von begleitenden sozialen Diensten (gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4 SGB II der Region Hannover beziehungsweise der ARGE/Job-Center). Hier ging es im wesentlichen um Erfahrungen in der Inanspruchnahme. Diese blieb insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Dies

hing sicherlich auch mit den Einarbeitungsproblematiken in den Job-Centern zusammen, sowie möglicherweise den Reaktionen auch der Betroffenen. Für 2007 soll versucht werden, innerhalb der Fachgruppe eine Auswertung zu diesem Thema vorzunehmen.

- Weiterhin war Thema die Finanzierung der laufenden Leistung für die Versorgung von Menschen im Rahmen des SGB XII § 67 (wohnungslose Männer und Frauen in besonderen sozialen Schwierigkeiten). Hier hat es im wesentlichen als Neuerung gegeben, dass die bisher getrennten Einrichtungen Paul Oelkers Haus und Karl Lemmermann Haus nunmehr im Jahr 2006 sich unter einer Trägerschaft zusammengeschlossen haben. Nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Frage der Finanzierung zwischen SGB II und SGB XII hat aber eine Klärung im Laufe des Jahres stattgefunden, so dass die Finanzierung auch von Anfang an bei Aufnahme gesichert ist. Thema in diesem Zusammenhang war aber auch die Möglichkeit der Verbesserung der Kooperation zwischen den stationären Einrichtungen und anderen Institutionen der Suchtkrankenhilfe. Dieses Thema wurde angesprochen, aber noch nicht vertiefend bearbeitet und steht somit noch auf der AGENDA für das Jahr 2007.
- Ansonsten hat es im Laufe des Jahres 2005/2006 doch etliche Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Fachgruppe gegeben. Hierbei ist es nicht zu einer Neubesetzung der Sprecherinnenfunktion gekommen, so dass erst Anfang 2007 die Fachgruppe mit der Wahl einer Sprecherinnenfunktion wieder ordnungsgemäß im Rahmen des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie vertreten ist. Außerdem soll über eine verbesserte inhaltliche Schwerpunktsetzung die Arbeit thematischer strukturiert werden.
- Ein sehr wichtiger Punkt war in dem Berichtszeitraum der Austausch und die Vernetzung der Mitglieder und Einrichtungen untereinander. Hier ist in den Jahren der Arbeit der Fachgruppe doch eine Verbesserung der Kenntnisse der Angebote untereinander eingetreten.
- Die Fachgruppe wird ihre zweimonatliche Sitzungsabfolge auch in dem Jahr 2007 beibehalten. Die Sitzungsabfolgen und Kontakte sind über die Geschäftsstelle des Sozialpsychiatrischen Verbundes zu erfragen.

4.1.8 Fachgruppe Migration und Psychiatrie von Lothar Schlieckau (Psychiatriekoordinator)

Nach intensiver Vordiskussion im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie wurde im Jahr 2006 die Fachgruppe gegründet. Ihre konstituierende Sitzung fand unter Teilnahme des Herrn Dezernenten Jordan am 30. 10. 2006 statt. Diese Fachgruppe wird sich mit speziellen Fragestellungen psychischer Beeinträchtigungen bei Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen. Als erstes wird in 2007 eine umfangreiche Untersuchung über die interkulturellen Kompetenzen bei den Anbietern im Sozialpsychiatrischen Verbund durchgeführt.

4.1.9 Fachgruppe Psychiatrie und Obdachlosigkeit von Uwe Reichertz-Boers (Sprecher der Fachgruppe)

Psychiatrie und Obdachlosigkeit ist uns aufgefallen, dass das erste Protokoll im Juni 1996 datiert ist.

10 Jahre müsste eigentlich ein Grund zum Feiern sein!

Vor 10 Jahren haben sich verschiedene Einrichtungen zu einem Arbeitskreis für Psychiatrie und Obdachlosigkeit in Hannover zusammengeschlossen, um eine Vernetzung herzustellen, interne Fortbildung zu veranstalten, kollegialen Austausch zu führen, Bedarfsermittlung zu betreiben und für die Umsetzung im Verbund einzutreten.

Bis dato sind viele der damaligen VertreterInnen der Einrichtungen immer noch aktiv dabei und die Aufgaben der Fachgruppe werden weiterhin intensiv wahrgenommen. Im vergangenen Berichtszeitraum waren folgende Themen auf der Tagesordnung zu finden:

- Schwerpunktthema der Jahre waren Arbeitsmöglichkeiten, finanzielle Grundlagen durch die ARGE, Zuverdienstprojekte und Wiedereingliederungsmöglichkeiten und Grenzen für unsere Klientel
- Die Folgen der Einsparungen der Krankenkassen – insbesondere im Bereich Fahrtkostenerstattung - wurden erörtert, da hierdurch viele unserer KlientInnen ihre Substitution oder ambulante Maßnahmen nicht mehr adäquat wahrnehmen konnten und sich ihre Situation zum Teil sehr verschlechterte
- Es wurden regelmäßig Fallbesprechungen durchgeführt und die Fachgruppe traf sich in diversen Einrichtungen, um somit der Vernetzung zu dienen.

Für das kommende Jahr hat sich die Fachgruppe wieder einiges vorgenommen.

Wir wollen versuchen, Zahlen und Fakten zu sammeln, um somit besser zu verdeutlichen, wie viele BürgerInnen in der Region von psychiatrischen Erkrankungen in Verbindung mit Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit betroffen sind

Wir wollen uns weiterhin der Thematik widmen, das fast alle teilnehmenden Organisationen in der Gruppe berichten, dass ihre KlientInnen deutlich jünger werden und von multiplen Problematiken betroffen sind.

Wir wollen uns außerdem damit auseinandersetzen, wie die ärztliche, zahnärztliche und stationäre Versorgung (z. B. Entgiftung mit freiem Zugang) für unsere Klientel in der Region verbessert werden kann oder handhabbarer wird.

Wer also Lust hat, sich diesen Themen nicht nur theoretisch zu nähern, sondern auch praktisch aktiv mitzuwirken, ist in der Fachgruppe herzlich willkommen.

Wir treffen uns immer noch –auch nach 10 Jahren – an jedem ersten Mittwoch im Monat zu einer zweistündigen Sitzung der Fachgruppe.

Wir würden uns sehr freuen, wenn auch neue Einrichtungen aus der Region Interesse an einer Mitarbeit zeigen würden.
Für Rückfragen stehen die Leiter der Fachgruppe Uwe Reichertz-Boers und Frank Mehnert
gerne zur Verfügung.

Erreichbar sind diese über die SuPA GmbH unter 0511-3886813 oder die Institutsambulanz in der Königstr. unter 0511-16846028.

4.1.10 Fachgruppe „Soziale Wiedereingliederung“ von Wolfgang Bunde, (Sprecher der Fachgruppe)

In der Fachgruppe sind vertreten MitarbeiterInnen von Leistungsanbietern mit ambulanten Angeboten, teilstationäre Tagsstrukturierungsangebote, stationäre Wohnangebote, Angehörige von psychisch kranken Menschen, Vertreter des Vereins „Psychiatrie-Erfahrene Hannover e. V.“ und weitere Mitglieder des AKG. Die Fachgruppe traf sich in 2005 alle zwei Monate am dritten Mittwoch von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr.

Die Themenschwerpunkte im Jahr 2005/2006 waren:

1. Einführung der Fachleistungsstunde beim Ambulant Betreuten Wohnen
2. Hilfekonferenz als Steuerungsinstrument
3. Landesrahmenvertrag
4. Zusatzqualifikation der MitarbeiterInnen bei Eingliederungsmaßnahmen

Zu 1. Einführung der Fachleistungsstunde:

Ab Januar 2005 hatte nach mehr als zweijährigen zähen Verhandlungen die Region Hannover mit fast allen Anbietern die neuen Leistungs-, Entgelt- und Prüfvereinbarungen für das *Ambulant Betreute Wohnen* abgeschlossen. Nun ging es darum, diese Verträge in die Praxis umzusetzen. Hierbei gibt es im Grunde bis heute (9/06) noch immer Unklarheiten. Zuletzt wurden diese zwischen dem Arbeitskreis der Anbieter für Ambulant Betreutes Wohnen und der Region Hannover im Frühjahr 2006 verhandelt. Hierzu gab es auch eine schriftliche Stellungnahme der Fachgruppe, die *zuvor* versucht hatte, die Fragen mit der Region Hannover zu klären.

Herausragende Themen waren:

- die Fachleistungsstunde bedeutet *eine* Stunde direkten Kontakt mit dem Klienten (und entspricht dem bisherigen Personalschlüssel 1 : 12)
- die mittelbaren Leistungen fließen *nicht* in den direkten Kontakt mit ein
- Kostenverpflichtungen dürfen nicht auf den Anfang des Jahres zurückdatiert werden

- die Anzahl der Kontakte ist als Kontingent zu betrachten und im Bewilligungszeitraum auszugleichen
- die Anzahl der Kontakte soll nicht obligatorisch in den Hilfekonferenzen festgeschrieben werden

Zu 2. Hilfekonferenz als Steuerungsinstrument:

Im Zuge der Umstellung zur Fachleistungsstunde wurde von Teilnehmern der Fachgruppe der Eindruck an Hand von Beispielen geschildert, dass in den Hilfekonferenzen der Hilfebedarf insgesamt auch gelenkt werden soll. Hierzu wurde das Gespräch mit dem Team Gemeindepsychiatrie gesucht, um die Grenzen wieder mal neu zu klären. Von dort kommt die Definition, die Hilfekonferenz sei „ein Gestaltungsinstrument unter fachlichen Aspekten“.

Zu 3. Landesrahmenvertrag:

Wegen der sehr unterschiedlichen Pflegesätze in stationären Einrichtungen wird seit 1997 zwischen den Sozialhilfeträgern und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und der Landesarbeitsgemeinschaft privater Anbieter versucht ein Lösung zu finden, die Pflegesätze nach oben zu begrenzen, bzw. von unten aufzustocken (Korridorlösung).

Der Landesrahmenvertrag nach § 93 d Abs. 2 besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist allgemeiner Natur und gilt als konsensfähig. Der zweite Teil des Vertrages beinhaltet Regelungen, mit deren Hilfe eine Vergleichbarkeit bestehender Marktangebote herbeigeführt werden soll, um dann die bestehenden Vergütungen in die Korridorlösung einzubringen.

Es sind 2003 zwar Verträge zustande gekommen, es läuft jedoch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Hannover darauf, festzustellen, dass diese Verträge nichtig sind. Eine Entscheidung steht noch aus. (Stand 11/05)

Des weiteren ist eine Einstufung der Hilfebedarfe vorgesehen. Es gab zwei Modelle. In Niedersachsen hat man sich auf das sog. Schlichthorster Modell festgelegt, das die Hilfebedarfe in drei Gruppen einteilt. Ab dem Stichtag vom 1. 10. 2004 waren alle Einrichtungen aufgerufen, dieses Modell für ihre Bewohnerschaft anzuwenden. Auf Grundlage dieser Einstufung sollte dann, ähnlich wie in der Hilfe zur Pflege, verschiedene Hilfestufen mit entsprechend unterschiedlichen Vergütungen eingeführt werden. Die Einstufungen werden von den Einrichtungen selbst vorgenommen.

Zu 4. Zusatzqualifikation der MitarbeiterInnen bei der Eingliederungshilfe:

In der Diskussion geht es um eine Zielvereinbarung über die Steigerung des Anteils von Personal mit abgeschlossener Zusatzqualifikation bei Eingliederungsmaßnahmen gemäß § 53, 54 Abs. 1 SGB XII in Verbindung mit § 55 SGB IX.

Hier wurden verschiedenste Anhaltspunkte diskutiert, z. B. welches sind *geeignete* Zusatzausbildungen, Berufserfahrung und Lebenserfahrung sind ebenfalls Kriterien

für Qualifizierung, welchen Stellenwert hat die Grundqualifizierung. Ein schriftlich festgehaltenes Ergebnis gab es hierzu nicht.

Aktuelle Themen 2006:

Die neuen Formulare: „Fachärztliche/sozialpsychiatrische Stellungnahme“ sowie „Empfehlung der Hilfekonferenz“ wurden vom Team Gemeindepsychiatrie vorgestellt. Hier wurde in einer engagierten Diskussion vor allem der Fokus darauf gelenkt, dass die Arbeit mit dem Klientel nicht immer messbare Erfolge oder Entwicklung im klassischen Sinn mit sich bringt. Deshalb wurden die Ziele ergänzt um den Punkt:

Maßnahmen zum Erhalt der vorhandenen Fähigkeiten (!)

Im zweiten Halbjahr hat die Fachgruppe vor allem die *Entwicklung* des Ambulant Betreuten Wohnens diskutiert, besonders vor dem Hintergrund, dass es immer mehr Anbieter gibt. Hierzu ist der aktuelle Stand vom Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie unter folgenden Gesichtspunkten abgefragt worden:

- Entwicklung des Gesamtangebotes in qualitativer und quantitativer Hinsicht
- Entwicklung der Schwerpunkte/Spezialisierung des Ambulant Betreuten Wohnens
- Darstellung von Qualitäts- und Strukturmerkmalen

In der Zukunft, 2007, sollen die Schwerpunkte sein:

Qualität und Transparenz beim Ambulant Betreuten Wohnen

4.10.11 Fachgruppe „Krisen- und Notfalldienst“ von Dr. Thorsten Sueße (Sprecher der Fachgruppe)

Die Fachgruppe traf sich am 13.04.2005 und am 07.09.2005.

Frau Richter Eike (Amtsgericht Hannover) wies am 13.04.2005 darauf hin, dass zur Dienstzeit des Gerichts grundsätzlich die Unterbringung eines gefährdeten Patienten nach dem Verfahren nach §§ 16, 17 NPsychKG zu erfolgen hat. Ausnahmen, in denen tagsüber vorläufige Einweisungen nach § 18 NPsychKG möglich sind, liegen in Gefahrensituationen vor, in denen die Zeit des Wartens auf die richterliche Entscheidung mit erheblichen Gefahren für den Betroffenen oder seine Umgebung verbunden ist und daher eine schnellere Entscheidung durch die Ordnungsbehörde (in diesem Fall durch den A-Dienst der Feuerwehr) notwendig wird.

Am 07.09.2005 kam die Fachgruppe in Abstimmung mit Frau Richter Eike zu folgender Auffassung: Für den Fall, dass in einem Allgemeinkrankenhaus zur Dienstzeit der Gerichte die Notwendigkeit einer sofortigen Zwangsverlegung in ein psychiatrisches Krankenhaus vorliegt, bei der zur eiligen Gefahrenabwehr ausnahmsweise nicht die richterliche Entscheidung abgewartet werden kann, soll parallel zur Einlei-

tung einer vorläufigen Einweisung nach § 18 NPsychKG eine ärztliche Stellungnahme zur Unterbringung nach §§ 16, 17 NPsychKG über die Ordnungsbehörde dem zuständigen Gericht zugeleitet werden, damit das vorrangige rechtsstaatliche Verfahren auf jeden Fall in diese Entscheidungen eingebunden bleibt.

Außerdem wurde am 07.09.2005 thematisiert, ob die niedergelassenen Nervenärzte ihren nervenärztlichen Hintergrunddienst der KVN (der sich bisher nur auf das Gebiet der Landeshauptstadt Hannover und Laatzen erstreckt) auf die gesamte Region Hannover ausdehnen können. Herr Dr. Fromm (Geschäftsführer der KVN) und Herr Dr. Mayer-Amberg (Obmann der niedergelassenen Nervenärzte) teilten mit, dass aus ihrer Sicht eine Ausdehnung des nervenärztlichen Hintergrunddienstes nicht möglich sei, weil dafür im ehemaligen Landkreis Hannover die Zahl der niedergelassenen Nervenärzte zu gering und die zurückzulegenden Entfernungen zu groß seien.

4.1 Sektorarbeitsgemeinschaften (SAG)

Die nachfolgenden Beiträge für die Sektorarbeitsgemeinschaften wurden von den jeweils zuständigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der zuständigen Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen verfasst.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Burgdorf

Die SAG Burgdorf wurde am 5. Mai 2004 ins Leben gerufen.

Eine regelmäßige Mitarbeit im Arbeitskreis Sucht und sporadische Besprechungen mit FIPS, dem Klinikum Wahrenndorff und einzelnen Mitarbeitern kommunaler Verwaltungen hatte es schon seit Jahren gegeben, aber eben noch keine Sektorarbeitsgemeinschaft.

Im Verlauf hat sich eine konstante Teilnahme mehrerer für unsere Alltagsarbeit wichtiger Personen und Institutionen entwickelt, so ein Oberarzt und eine Sozialarbeiterin des Klinikum Wahrenndorff, Richter der Amtsgerichte Burgdorf und Lehrte, Vertreter der Polizei Burgdorf und Lehrte, FIPS und SozialarbeiterInnen aus der Obdachlosenarbeit.

Leider nimmt kein niedergelassener Facharzt, trotz persönlicher Ansprache und anfänglicher Interessenbekundung, an den Treffen teil.

Die Treffen finden nach Absprache mit den Beteiligten alle 2 bis 3 Monate statt.

Oft gibt es Themenschwerpunkte, z.B. Einweisungen nach dem PsychKG., Vorstellung der Arbeit der Gerontopsychiatrischen Abt. in Köthenwald (vor Ort), Arbeit des Krisendienstes, Durchführung von Hilfef Konferenzen, Angebote von FIPS etc.. Zunehmend werden die Treffen auch dazu genutzt, über aktuelle Fragen oder Probleme zu sprechen.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Deisterstrasse 85 A

Die Treffen der Sektorarbeitsgemeinschaft Sektor Süd-West fanden wie auch in den Vorjahren jeweils in der Sozialpsychiatrischen Beratungsstelle in der Deisterstraße statt und dies in ¼-jährlichem Rhythmus jeweils am 1. Mittwoch des 1. Monats des jeweiligen Quartals in der Zeit von 13.30 bis 15.00 Uhr.

Auch in diesem Jahr fanden die Treffen der Sektorarbeitsgemeinschaft reges Interesse der durchschnittlich 12 Teilnehmer aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, die auch im psychiatrischen Rahmen tätig sind: Der Kommunale Sozialdienst der Landhauptstadt Hannover, Vertreter der Polizei, Vertreter des im Sektor befindlichen Alten- und Pflegeheimes und natürlich auch Vertreter des ambulant betreuten Wohnens sowie der Kliniken in Bad Rehburg und in Wunstorf sowie Vertreter des Vereins für Psychiatrieerfahrene e.V.. Darüber hinaus nahm auch ein niedergelassener Nervenarzt sowie die Vertreterin des Interkulturellen Sozialdienstes an den Sitzungen teil. Besonders erfreut war das Team der Beratungsstelle über das Engagement der Teilnehmer im Rahmen der Diskussionen und bei der Vorstellung von verschiedensten Anbietern u.a. aus dem Bereich des ambulant betreuten Wohnens.

Zunehmend wichtig erschien den Teilnehmern offensichtlich auch die Möglichkeit des Austausches über die aktuellen Situationen in den jeweils verschiedenen Einrichtungen.

Unserer Erfahrung nach erscheinen bei den Sektorarbeitsgemeinschaftssitzungen die Bereiche der Vorstellung verschiedener Anbieter und der Berichte aus den einzelnen Einrichtungen mit Diskussion über die aktuelle Situation in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

SAG Beratungsstelle Freytagstrasse

Die Sektorarbeitsgemeinschaft tagte in dem vorgenannten Zeitraum in 8-wöchigem Turnus mit ziemlich konstant 15 Teilnehmern, die sich wie im Vorjahr auch aus Vertretern der behördlichen, psychosozialen und psychiatrischen Versorgung zusammensetzte.

Die Schwerpunktthemen

- Neuvorstellungen in der psychosozialen ambulanten und stationären Versorgung
- Fragestellungen bzgl. der aktuellen Veränderungen des SGB II und SGB XVII
- die Situation gerontopsychiatrischer Patienten
- die Lebenssituation der Kinder psychisch kranker Eltern.
- Fallbesprechungen
- Betreuungsänderungsgesetz
- Zwangsräumungen

Die Vorstellungen

Care Pool, ein Pflegedienst, der sich aus drei etablierten Pflegediensten bildete und über 80 Mitarbeiter verfügt

Intensiv Unterstütztes Wohnen

Hannoversche Wohnassistenz

Ambulantes gerontopsychiatrisches Zentrum der Diakonie

Fachdienst „Krisenintervention bei Menschen ab 60 Jahre und Hilfe zur Pflege“

Stelle für wohnungserhaltende Hilfen aus dem Amt für Wohnungswesen.

Fachgesellschaft für ambulante Betreuungen, die Familien unterstützt in denen einer oder mehrere Angehörige psychisch erkrankt sind.

Diskussionsthemen waren die Versorgung der betroffenen Klienten/Patienten, sich diesbezüglich ergebende positive oder negative Aspekte der Versorgung, die Arbeitssituation der einzelnen Anbieter und Behörden, die Umstrukturierung im FB Soziales, mögliche Auswirkungen des Betreuungsänderungsgesetzes, der anstehende Verkauf der Landeskrankenhäuser, die ersatzlose Streichung des PPS Ende 2005 und die Situation sozial isolierter Menschen in verwahrlosten Wohnungen mit möglicher Folge der Räumungsklage und Zwangsäumung.

Die Strukturierung der Hilfeforenzverfahren im Rahmen der Eingliederungshilfe wurde ebenfalls immer wieder nachgefragt und diskutiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Themen der sozialen Umstrukturierung breiten Raum in der Beratungsstellenarbeit und in der Diskussion in der gesamten psychosozialen Versorgung einnahmen.

Die SAG-Treffen sind inzwischen fester und angenommener Bestandteil der Sektorarbeit, die konstante Teilnahme spiegelt dies deutlich wieder.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Königstrasse

Wie in den Vorjahren für den Einzugsbereich der Beratungsstelle üblich, fanden die Treffen der SAG regelmäßig alle zwei Monate statt.

Die Zusammensetzung der ständig aktiven Teilnehmer hat sich in diesem Berichtsjahr etwas verschoben. Da seit Anfang 2006 das Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit (PPS) zum Bedauern der Teilnehmer der SAG, ausgelaufen ist, musste eine andere Möglichkeit gefunden werden.

Von Seiten der Beratungsstelle, mit Zustimmung der Teilnehmer wurden die Kontaktbeamten der Polizei im Sektor eingeladen.

Die Einladung wurde von den Kontaktbeamten interessiert aufgenommen, diese sind nun in der Arbeit der SAG fest und engagiert integriert.

Darüber konnten im Berichtszeitraum etliche Gäste begrüßt werden. Entweder handelte es sich um neue Anbieter (Sozialpsychiatrischer / -pflegerischer Leistungen) oder geladene Gäste, die interessante Fachvorträge hielten.

Da alle derzeitigen Teilnehmer über eine Elektropostadresse (E-Mail) verfügen, werden Einladungen und Protokolle nur noch elektronisch versandt.

Schwerpunkte, Akzente und behandelte Themen:

Vortrag und Vorstellung der Psychologisch-Therapeutischen Beratung für Studierende.

Vorstellung der Arbeitsweise des Ambulant Betreuten Wohnens durch „Balance“

Information und Hinweise auf Referate zu interessanten Themen und Fortbildungen.

Vortrag zur Eröffnung des gerontopsychiatrischen Zentrums

Möglichkeiten und Grenzen der Behandlungsmöglichkeiten durch die Sozialpsychiatrischen Dienste.

Wohnungslosenarbeit (Obdachlosenarbeit), und Vernetzungen im Bereich der BS Königstraße.

Vorstellung der Arbeitsweise eines neuen Anbieters für Ambulant Betreuten Wohnens (Betreuungspraxis)

Vorstellung der Arbeitsweise eines neuen Anbieters für Ambulant Betreuten Wohnens (Werte e.V.)

Vorstellung der Arbeitsweise für Ambulant psychiatrische Betreuung durch das Klinikum Warendorff

Information und Diskussion: Die Einstellung der Schuldnerberatung durch die Caritas.

Kostenbeteiligung von Angehörigen bei Maßnahmen zur Wiedereingliederungshilfe (Diskussion und Erfahrungsaustausch)

Umfassender Vortrag mit anschließender Diskussion zur Arbeitsweise der ARGE Job-Center

Information über Zuständigkeit und ggf. Vermittlungshemmnisse im ARGE Job-Center, Funktion und Arbeitsweise der Fallmanager / In.

Hilfekonferenzen: Sachstandsberichte bezüglich der neuen Formulare, kontroverse Diskussion, Anmerkungen und Erfahrungsaustausch.

Thema: „Rauchen“ in öffentlichen Einrichtungen, Umsetzungsmöglichkeiten in psychiatrischen Einrichtungen und Akzeptanz der Klienten.

Insgesamt betrachtet kann auf eine gewinnbringende, kooperative Zusammenarbeit im beschriebenen Berichtszeitraum zurückgeblickt werden.

So wurden wichtige Informationen weitergegeben und nötigenfalls aufrichtig diskutiert. Problematische Sachverhalte wurden erkannt und im möglichen Bereich konstruktive Lösungen erarbeitet..

Für das Berichtsjahr 2007 ist geplant, zu einschlägigen Themen vermehrt Fachspezialisten in die SAG einzuladen.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Laatzen

Im Jahr 2005 erfolgten die konstituierenden Sitzungen zur Gründung der Sektorarbeitsgemeinschaften für die Bezirke Laatzen/Hemmingen und Springe/Pattensen. Die Entscheidung zur Durchführung von zwei getrennten Arbeitsgemeinschaften bot sich aufgrund der örtlichen Zuständigkeiten der teilnehmenden Personen an. Die Sektorarbeitsgemeinschaft Laatzen/Hemmingen traf sich aus Platzgründen in den Räumen des Pflegeheims Laatzen, auf dessen Gelände sich unsere Beratungsstelle befindet. Das Treffen der SAG Springe/Pattensen wurde in den Räumen des DRK in Springe durchgeführt. Dort befindet sich auch die wöchentliche Sprechstunde unserer Beratungsstelle.

Die Treffen wurden alternierend zu bereits bestehenden Arbeitskreisen geplant.

Neben der Vorstellung des jeweiligen Aufgabengebietes der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und dem damit verbundenen inhaltlichen Interesse an einem Forum zur kollegialen Vernetzung der Arbeit ging es zunächst um die Definition und Zielsetzungen der Sektorarbeitsgemeinschaften sowie um mögliche Themenbereiche.

Als erster Arbeitsschwerpunkt wurde dann für Laatzen/Hemmingen das Thema ambulante, stationäre und komplementäre Hilfen bei Suchterkrankungen festgelegt. Die Sitzungen fanden in den Räumen der Suchtberatungsstelle der Diakonie in Laatzen und in der stationären Einrichtung für schwer- und mehrfach Suchtkranke der STEP gGmbH, „Schloß Gestorf“, statt.

In der Sektorarbeitsgemeinschaft für Springe und Pattensen wurde ein erster inhaltlicher Schwerpunkt zu betreuungsrechtlichen Fragestellungen bearbeitet und diskutiert. Dazu referierte ein Mitarbeiter aus der Betreuungsstelle der Region Hannover. Das Treffen fand in den Räumen des DRK in Springe statt.

Zum Thema Suchterkrankungen wurde auch ein Termin in den Räumen der Einrichtung „Schloß Gestorf“ durchgeführt. Dabei wurden schwerpunktmäßig die besonderen Herausforderungen und Hilfsmöglichkeiten im Übergang von stationärer Eingliederungshilfe zum Leben in der eigenen Wohnung thematisiert.

Ein nächster Arbeitsschwerpunkt zum Thema „Häusliche Gewalt“ ist in Planung.

SAG Sozialpsychiatrischer Beratungsstelle Langenhagen

Unter dem Gesichtspunkt der personenzentrierten Hilfeleistungen in den verschiedensten Lebensbereichen psychisch kranker bzw. seelische behinderter Menschen, steht die Optimierung eines zielgruppenorientierten Betreuungsangebotes im Mittelpunkt der Arbeit der Sektorarbeitsgemeinschaft in Langenhagen. So konnte unter diesem Aspekt nach Abschluss der Sektorenbildung der Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen des Teams Gemeindepsychiatrie in der Region Hannover auch in der Beratungsstelle Langenhagen, die am 11.11.2003 eröffnet wurde, die Konzipie-

rung einer Sektor-AG für die Versorgungsbereiche Langenhagen, Isernhagen, Wedemark und Burgwedel durchgeführt werden.

Angesprochen auf die Teilnahme an diesem Arbeitskreis wurden diejenigen Institutionen (Behörden, Verbände, Einrichtungen, Vereine etc.) die mit den Bedarfen psychisch kranker Menschen konfrontiert sind. Die Größe des Sektors (Langenhagen, Isernhagen, Wedemark und Burgwedel) implizierte eine Sektor Arbeitsgemeinschaft mit einer großen Teilnehmerzahl, wodurch die inhaltliche Strukturierung bis heute geprägt ist, da sich nach wie vor ca. 30 Personen an der Sektor-AG beteiligen.

Zu den Inhalten:

Erstes Treffen der Sektor-AG, 1. Juni 2005 Tagesordnung

Das erste Treffen stand zunächst schwerpunktmäßig unter dem Gesichtspunkt der Erarbeitung von Vorschlägen zur Prägung einer inneren Struktur, die Sammlung von Fragestellungen, Wünschen und Abgleich der Vorstellungen inhaltlicher Strukturierungen der AG. So gab es zunächst einen kleinen historischen Rückblick, bezogen auf die inhaltliche Arbeit der Sozialpsychiatrischen Beratungsstelle im Kontext zum Fachbereich Gesundheit seit Gründung der Beratungsstelle am 11. September 2003. Im Anschluss folgte eine kurze Vorstellung des Open-Space-Verfahrens und Einteilung in sechs Arbeitsgruppen (Zusammenstellung nach dem Zufallsprinzip und wechselnder Gruppenzusammensetzung) unter vorgegebenen Fragestellungen, wie: „Was erwarte ich von dem Arbeitskreis?“, „Welches sind meine besonderen Interessen?“, „Was bringe ich an konkreter Bereitschaft zur Mitwirkung in die Sektor-AG ein?“. Diskutiert wurden unter diesen Fragestellungen in den Arbeitsgruppen die Punkte

- Sicherung und Verbesserung des Versorgungsangebotes, insbesondere für chronisch psychisch kranke Bewohner des Einzugsgebietes,
- Mitarbeit an der Erkennung und Behebung von ungedecktem Versorgungsbedarf,
- langfristig kontinuierliche einzelfallbezogene und zielgruppenorientierte Versorgungsstruktur und Hilfeplanung zur Gewährleistung der Versorgung,
- wie können Erfahrungen und auch Notlagen der Betroffenen zukünftig schneller und gezielter ausgetauscht und thematisiert werden,
- welche Rahmenbedingungen und strukturellen Möglichkeiten stehen uns zukünftig zur Verfügung,
- welche Veränderung gibt es derzeit im Lebensumfeld psychisch kranker Menschen,
- wie wirken sich die neuen Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebungen aus,
- welche neuen Angebote oder Kooperationsideen können sich ergeben, usw.

Im Rahmen der ersten Sitzung wurde beschlossen, dass die AG sich vierteljährlich in der Beratungsstelle Langenhagen trifft und auch von dort aus eingeladen wird. Die folgenden Treffen orientieren sich an dem hier ausgearbeiteten Ergebnis. Die Inhalte werden daher nur kurz erläutert.

Zweites Treffen Sektor-AG, 07.09.2005:

Das zweite Treffen der Sektor-AG stand unter dem Gesichtspunkt der Auswertung der Arbeitsergebnisse aus den Arbeitsgruppen vom 1. Juni 2005. Im Anschluss wurde die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes, im Speziellen bezogen auf die aktuellen Gegebenheiten der Arbeit in der Beratungsstelle Langenhagen, aber auch bezogen auf die übrigen Beratungsstellen im Umland und Stadtgebiet erläutert. Des Weiteren wurde von den Teilnehmern eine Prioritätenliste der gewünschten Einrichtungsvorstellungen erstellt (s. Anhang).

Dritte Sektor-AG, 14.12.2005

Frau Richterinnen Rodenbostel (Amtsgericht Hannover) und Herrn Schmidt (Team Betreuungen der Region Hannover) stellen die Aufgaben und die Gestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen von Betreuungsrechtsverfahren vor. Eine Anschlussfragerunde wird von den Teilnehmern zur intensiven Diskussion betreffend berufsspezifischer Erfahrungen im Umgang mit dem Betreuungsrecht genutzt. Der Gruppe wurde Arbeitsmaterial über die Aufgaben der Betreuungsbehörde und des Vormundschaftsgerichts im Betreuungsverfahren übergeben.

Sektor-AG, 26.04. 2006

Es stellte sich der Verein ProCasa (Ambulant Betreutes Wohnen), vertreten durch Herrn Meyer und Frau Weber vor. Im Anschluss wurde im Rahmen der Fragerunde u. a. die Abgrenzung zwischen dem Aufgabenbereich einer rechtlichen Betreuung und der inhaltlichen Arbeit des Ambulant Betreuten Wohnens in Sinne der Eingliederungshilfe diskutiert.

Sektor-Arbeitsgemeinschaft, 13.09.2006

Herr Elz-Guennewig vom ARGE Job-Center Langenhagen stellt unter den seit Januar 2005 in Kraft getretenen sogenannten Hartz IV-Gesetzen die inhaltliche und strukturelle Veränderung bezüglich der Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten der ARGE im Zusammenhang mit dem Sozialamt und anderer Institutionen dar. Im Zuge einer sich anschließenden hitzigen Diskussion um „Folgeschäden“ der neuen Gesetzgebung und Richtlinien für den Personenkreis der seelisch behinderten und psychisch kranken Menschen, entwickelte sich der Wunsch der Teilnehmer, eine erste gemeinsame Erklärung an den Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie zu verfassen.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle der Medizinischen Hochschule Hannover (Sozialpsychiatrische Poliklinik I der MHH)

Im Berichtszeitraum gab es für die Tätigkeit der *Sektor-Arbeitsgemeinschaft* innerhalb des Sozialpsychiatrischen Dienstes an der Psychiatrischen Poliklinik I der MHH, zuständig für den Sektor 11 in der Region Hannover, im Vergleich zum Vorjahr keine neuen Gesichtspunkte und Entwicklungen.

Thematisch lag der Schwerpunkt noch einmal in der Erörterung von Aspekten der gerontopsychiatrischen Versorgung. Die Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen der sozialen Dienste im Sektor 11 sowie die Zahl der Hilfekonferenzen blieben ebenfalls unverändert.

Die wirkungsvolle und unkomplizierte Kooperation mit allen an der Behandlung und Begleitung unserer Patienten beteiligten Dienste im Tagesgeschäft werten wir als Zeichen für eine positive Entwicklung der Institution *Sektor-Arbeitsgemeinschaft*.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Plauener Strasse 12 A

Die Regelung bestand weiterhin, dass die Sektor AG sich alle zwei Monate, jeweils am zweiten Dienstag des Monats von 13.00 Uhr bis 14.30 Uhr traf. Insgesamt fanden bis September 2006 sechs Sitzungen statt.

Regelmäßige Teilnehmer der Sektor AG waren neben den Mitarbeitern der Beratungsstelle, Mitarbeiter des Kommunalen Sozialdienstes, der Betreuungsstelle der Region Hannover, Mitarbeiter des ambulant betreuten Wohnens von beta '89 und Pro Casa, Hannoversche WohnAssistenz, Gesellschaft für Integration und INUIT, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen e. V. und des VPE, Mitarbeiter der Institutsambulanz und der Ergotherapie der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Kontaktbeamte der Polizei, eine Mitarbeiterin der Vahrenheider Werkstatt, sowie ein Mitarbeiter des Werkheimes e. V. Eine neue regelmäßige Teilnehmerin konnten wir vom Ambulanten Gerontopsychiatrischen Zentrum des Birkenhofes begrüßen.

Neben den Berichten aus den verschiedenen Einrichtungen kam es auch in zurückliegenden Jahr zur Vorstellung von neuen Anbietern vom ambulant betreuten Wohnen (Werte e.V. und Betreuungspraxis Strohbach-Schönjahn).

Ausführlich beschäftigten wir uns mit teilstationären und ambulanten Beschäftigungsmöglichkeiten, wobei ein Schwerpunkt auf nicht-psychiatrische Angebote gelegt wurde. Hierzu luden wir den FLAIS e.V. (Förderverein Leben und Arbeiten im Stadtteil Vahrenheide), den NaDiLa (NachbarschaftsDienstLaden Sahlkamp) und das Freiwilligen Zentrum jeweils zu einem Termin ein. In der Sektor AG herrscht weitgehender Konsens über die Notwendigkeit solcher Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die für die Betroffenen weit mehr wert wären als „bloße Beschäftigungstherapie“.

Erfreulich war im zurückliegenden Jahr die rege Diskussionsteilnahme der Arbeitsgruppenteilnehmer. Die regelmäßigen Treffen erweisen sich als ein wirkungsvolles Gremium innerhalb unseres Sektors für eine konstruktive Zusammenarbeit der beteiligten Dienste.

SAG Sozialpsychiatrische Poliklinik der Medizinischen Hochschule

An der Sektor-AG Sozialer Dienste im Jahr 2005 nahmen durchschnittlich 10 Personen teil. Sie kamen aus folgenden Einrichtungen und Bereichen: Amtsgericht, Krankenhaussozialdienst, Altenpflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Behindertenhilfe am Sozialamt, Betreuungsstelle, Kommunalen Sozialer Dienst, Soziotherapiestation.

Im Mittelpunkt der Treffen standen Verfahrensfragen im Rahmen einer veränderten Gesetzgebung (Hartz IV, Betreuungsänderungsgesetz). Weiter wurden Fallberichte und sich ergebende Fragen der Kooperation erörtert, dies insbesondere auf dem Hintergrund eines veränderten Aufgabenkreises beim Kommunalen Sozialdienst.

Die Sektor-AG Psychiatrischer Dienste wurde durchschnittlich ebenfalls von 10 Vertretern aus folgenden Bereichen besucht: stationäre und teilstationäre Versorgungsbereiche der MHH (Abteilung Sozialpsychiatrie und Psychotherapie), Träger komplementärer Angebote und Einrichtungen (Wohnheime, Ambulant Betreutes Wohnen, Tageszentrum, Wohnprojekt), VPE, Angehörigenvertretung, Vormundschaftsgericht.

Hier vorgestellte und diskutierte Themen waren u.a.: Fragen des Datenschutzes, rechtliche Situation bei Zwangsbehandlung unter Betreuungsrecht, Problem des Anstiegs der Behandlungszahlen in der Forensik, Finanzierungsfragen engagierter Kleininrichtungen.

Insgesamt bieten die Sektor-Arbeitsgemeinschaften insbesondere für Fragen der Kooperation in Zeiten sich deutlich verändernder Rahmenbedingungen ein wichtiges Forum. Trotz stabiler Teilnehmerzahl hat sich jedoch das Spektrum der Einrichtungen, die die mit einem Besuch verbundenen zeitlichen Belastungen regelmäßig auf sich nahmen, verengt.

SAG Sozialpsychiatrische Beratungsstelle Ronnenberg/Empelde

Im Bereich der Beratungsstelle Ronnenberg-Empelde wurde eine Sektorarbeitsgemeinschaft am 29.06.05 erstmals durchgeführt. Vorher gab es in Barsinghausen und Ronnenberg Arbeitskreise, die den ganzen Bereich der sozialen Arbeit abdeckten und die auch weiter fortgeführt werden. Seit dieser Zeit trifft sich die Sektorarbeitsgemeinschaft regelmäßig in einem dreimonatlichen Rhythmus. Treffen fanden statt am 29.06.05 (Thema: Sinn und Zweck einer Sektorarbeitsgemeinschaft, Vorstellung des Sozialpsychiatrischen Dienstes, sowie Handhabung bei Notfällen außerhalb der Erreichbarkeitszeiten der Beratungsstelle).

Sektorarbeitsgemeinschaft 12.10.05

Vorstellung Balance e.V., Tagesstätte Empelde sowie Vorstellung Balance, betreutes Wohnen durch Herrn Röser.

18.01.2006

Frau Schiller und Frau Zeitz stellten die Arbeit der Jobcenter in Seelze und Barsinghausen vor und informierten zu speziellen Fragestellungen.

19.04.2006

Die Änderungen und Auswirkungen des neuen Betreuungsrechtes. Hierzu erfolgten mehrere Kurzbeiträge (Herr Gniesmer, Region Hannover, Betreuungsbehörde, Herr Nowag, Betreuungsverein Freundeskreis e.V., Frau Franke, Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Herr Türk, Institut für transkulturelle Betreuung.

12.07.2006

Vorstellung der Selbsthilfegruppe, Psychiatrie Erfahrene und ihre Angehörigen in Barsinghausen e.V., Der Steg durch Frau Morscheck.

Der nächste Termin wird am 11.10.2006 stattfinden. Bei diesem werden sich die Suchtberatungsstellen Barsinghausen (Step) und Garbsen-Seelze (Caritas) vorstellen.

An den Treffen der Sektorarbeitsgemeinschaften nahmen in der Regel zwischen 20 und 30 Personen teil. Der Einladungskreis umfasst zurzeit 72 Personen, Institutionen, Organisationen bzw. Verwaltungen. Die Themenauswahl wird von den Teilnehmern am Ende der jeweiligen Sektorarbeitsgemeinschaft für das nächste Treffen bestimmt. Protokolle der Veranstaltungen werden ebenso wie die Einladungen überwiegend per E-Mail versandt.

4.2 Tätigkeitsbericht Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie (AKG) 2005 für den Sozialpsychiatrischen Plan 2007

von Dr. P. Bastiaan

Themen im Jahr 2005

Behandlungsermächtigung für die Fachärzte des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Region Hannover (aktueller Stand) und Versorgungssituation psychisch Kranker in der Region Hannover.

Stellungnahme gegenüber dem Sozialministerium zum Erhalt des Ethno-Medizinischen Zentrums in Hannover.

Integrierte psychiatrische Versorgung nach § 140a SGB 5 / ambulante Komplexleistungsprogramme. Erstellung der Datenblätter A, B und C für das Jahr 2004, EDV-Version.

Gedenken an die psychiatrischen Opfer des Nationalsozialismus.

Prävention und Nachsorge für psychisch Kranke im Maßregelvollzug, insbesondere NLKH-Wunstorf, und Stellungnahme des Psychiatriereferenten der Landesregierung zum Maßregelvollzug. Weiterentwicklung der Arbeit der ambulanten gerontopsychiatrischen Zentren. Vorstellung der Mitglieder der Beschwerdeannahme- und Vermittlungsstelle für Psychiatrie-Erfahrene und ihre Angehörigen, Einrichtung einer Ombudsstelle. Diskussion der Stellungnahme der Fachgruppe legale Suchtmittel zur Arbeitshilfe für die Vermittlung von begleitenden Diensten der Region Hannover/ARGE nach § 16 Abs. 2 SGB II

Diskussion über mögliche Veränderung des jährlichen sozialpsychiatrischen Planes.

Aufnahme des Anbieters SuPA GmbH Ambulant Betreutes Wohnen als stimmberechtigtes Mitglied im AKG.

Bericht des Psychiatriekoordinators zum Gründungstreffen der Aktion psychisch Kranke zur Einrichtung einer Bundesarbeitsgemeinschaft gemeindepsychiatrischer Leistungsverbände.

Stellungnahme gegenüber der Nds. Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zur Privatisierung der Nieders. Landeskrankenhäuser.
Bericht zur Umsetzung der regionalen Zielvereinbarungen des Sozialpsychiatrischen Verbundes zur Verbesserung der Betreuungskontinuität bei psychosekranken Männern unter 25 Jahren.
Integrierte Behandlung gemäß § 140 SGB 5 insbesondere für gerontopsychiatrische Patientinnen und Patienten.
Aufnahme des ambulant Betreuten Wohnens der Betreuungspraxis Strohbach-Schönjahn als stimmberechtigtes Mitglied im AKG.
Präventionsarbeit im stationären Bereich der Allgemein-Psychiatrie zur Vermeidung forensischer Karrieren der Akutkranken.
Privatisierung der Landeskrankenhäuser.
Vorstellung der neuen Formulare für die fachärztliche/sozialpsychiatrische Stellungnahme als Grundlage für die Beratung der Hilfekonferenz und zur Vorlage beim Träger der Sozialhilfe.
Kurzauswertung der Datenblätter A, B und C.
Aufnahme der Heuberg GmbH in Neustadt (Ambulant Betreutes Wohnen) als stimmberechtigtes Mitglied im AKG.
Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die Fortführung der Behandlungsermächtigung für die Ärzte in den Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen des Verbundes.
Erneute Diskussion über Privatisierung der Nieders. Landeskrankenhäuser, erneute Stellungnahme gegenüber dem Ministerium.
Benehmensherstellung zum sozialpsychiatrischen Plan 2006.
Vorstellung der Ergebnisse der Rundreise einer vom AKG eingesetzten Besuchsgruppe in den Aufnahmestationen der 4 psychiatrischen Fachkliniken in der Region.

4.4 Der Regionale Fachbeirat Psychiatrie: Seine Rolle, seine Arbeit von Dr. Bernhard Behrends

Berichtszeitraum Anfang 2005 bis Mitte 2006

Gewachsen ist dieses Gremium aus der Arbeit des Psychiatrie Fachbeirates der Landeshauptstadt Hannover, der ursprünglich darauf ausgelegt war, die Umsetzung des NPsychKG in der Stadt mit einer breiten Beteiligung von Trägern und Einrichtungen (wie u.a. das Arbeitsamt) zu begleiten. Vor 10 Jahren erfolgte eine erfahrungsbasierte Neugliederung mit Einschränkung der Teilnehmerzahl auf 7 VertreterInnen der psychiatrienahen Versorgung. Dabei wurden 3 Personen vom Gesundheitsdezernenten der Landeshauptstadt berufen sowie 4 weitere Mitglieder vom Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie, aus der Mitte der Psychiatrieerfahrenen bzw. der Angehörigen.

Mit der Bildung der Region Hannover ging die Zuständigkeit für die Aufgabenerfüllung gemäß NPsychKG vom Landkreis Hannover und der Landeshauptstadt Hannover auf die Region Hannover über. Der nunmehr zuständige Gesundheitsdezernent behielt dieses Konzept bei und der nunmehr „Regionale Fachbeirat Psychiatrie“ (RFP) setzte seine Arbeit in strukturell unveränderter Besetzung fort. Vertreten sind neben den 3 vorgenannten Vereinigungen die Medizinische Hochschule, ein psychi-

atrisches Krankenhaus der Regelversorgung wie ein Anbieter ambulanter und teilstationärer Leistungen.

Einen ersten - allerdings vordergründigen - Eindruck über die Arbeit vermitteln die Themen mit den sich RFP von Anfang 2005 bis Mitte 2006 in seinen monatlichen Sitzungen befasst hat.

Themen:

1. Beratung über den Zuwendungsantrag einer Selbsthilfegruppe im Bereich nicht stoffgebundener Sucht.
2. Beratung über den Antrag einer neuen Werkstatt für Behinderte.
3. Beratung des Antrags auf Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Fachbereich Soziales der Region Hannover über die Nachsorge / ambulante Nachbetreuung ehemals Drogenabhängiger.
4. Beratung über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung zur Einrichtung eines ambulant betreuten Wohnens durch eine Betreuungspraxis.
5. Vorbereitung einer Diskussion im Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie über die „Initiative zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinde psychiatrische Versorgung durch die „Aktion psychisch Kranker“.
6. Beratung über den Antrag auf Einrichtung eines ambulant betreuten Wohnens durch einen Verein.
7. Erneute Anhörung einer Vertreterin des zuvor genannten Vereins, mit Anregung zur Überarbeitung der Konzeption.
8. Erörterung des Briefentwurfes des Gesundheitsdezernenten an die „Aktion psychisch Kranker“ bezüglich der Aufnahme in die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinde psychiatrischer Verbände.
9. Beratung auf Bitten des Nds. Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie sowie des Fachbereichs Soziales der Region Hannover bezüglich der Erweiterung des stationären Betreuungsangebotes sowie die Schaffung einer Tagesstätte für seelisch behinderte Menschen durch einen örtlichen Anbieter.
10. Beratung über das Konzept zur Einrichtung einer Tagesstätte für seelisch behinderte Menschen.
11. Vorstellung einer Wohngruppe „Ambulant betreutes Wohnen“ (u.a. auch für forensische Patienten).
12. Vorstellung der Konzeption des Trägers A für den Abschluss einer Leistungsvereinbarung ambulant betreutes Wohnen auf Anfrage des Fachbereich Soziales.
13. Vorstellung der Konzeption des Trägers B für den Abschluss einer Leistungsvereinbarung ambulant betreutes Wohnen auf Anfrage des Fachbereich Soziales.
14. Vorstellung der Konzeption des Trägers C für ambulant betreutes Wohnen/betreute Gruppen.
15. Einführung eines „Krisenpasses“ im Rahmen des Sozialpsychiatrischen Verbundes.
16. Betreuungssituation von forensischen Patienten in einer Wohngemeinschaft mit nicht forensischen Patienten.

Liest man diese Tagesordnungspunkte, so erscheint der Regionale Fachbeirat eher als ein Gremium, das sich darauf beschränkt, den Abschluss von Leistungsvereinbarungen zu begleiten.

Auf diese Rolle reduziert würde sich die Frage stellen, ob dies nicht auch vom Team Gemeindepsychiatrie des Fachbereichs Gesundheit der Region Hannover durch verwaltungsinterne Beratung ebenso gut geleistet werden könnte. Man müsste sie wohl bejahen, da der Sozialpsychiatrische Dienst der Region Hannover tief in der jeweils erörterten Materie steckt.

Die Rolle des Regionalen Fachbeirates Psychiatrie ist aber viel breiter angelegt, als es die zitierten Tagesordnungspunkte aufzeigen. Sie geben eher ein Stichwort und sind auch nicht der einzige Anlass zur Erörterung dessen, was seine Hauptaufgabe im wesentlichen ausmacht, die psychiatriepolitische Beratung des Gesundheitsdezernats der Region Hannover.

Es werden in diesem Kontext weitere zahlreiche Aspekte der (sozial-) psychiatrischen Versorgung betrachtet, wie etwa die Teilnahme der psychiatrischen Kliniken in der Region an der regionalen Psychiatrieberichterstattung, die Einrichtung von Krisenstationen in Allgemeinkrankenhäusern, die Verbesserung der Aufnahmesituation für Patienten der Akutstationen, die Versorgungssituation an Aufenthaltsorten ausgegrenzter psychiatrisch Kranker, die Dezentralität von Kontaktstellen, die Weiterentwicklung der Hilfeplanung, Aspekte der Qualitätssicherung, der Status therapeutischer Wohngemeinschaften wie auch die Verknüpfung der Hilfen für allgemeinpsychiatrische und forensische Patienten.

Die Erörterung dieser teils grundsätzlichen Fragen nimmt einen breiten Raum ein. Die Bewertung von Konzepten im Vorfeld von Leistungsvereinbarungen sind so Teil der Betrachtung des Versorgungsgeschehens in der Region Hannover.

Der Regionale Fachbeirat Psychiatrie versteht sich als vertrauliches Gremiums mit Berichtspflicht gegenüber dem Gesundheitsdezernat der Region Hannover. Durch seine oben skizzierte Zusammensetzung ist er jedoch kein „Geheimzirkel“, sondern eine offene Plattform für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in der Region Hannover und somit über die eingangs erwähnte Erörterung von Leistungsvereinbarungen weit hinaus eine wichtige Ergänzung und Klammer zwischen Gesundheitsdezernat, Sozialpsychiatrischen Dienst und Sozialpsychiatrischen Verbund.

Abschnitt 5: Sonderteil

Hilfen für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und deren Familien

Wir erstellen den Sozialpsychiatrischen Plan auf Grundlage des NPsychKG zum dritten Mal und besuchen seitdem regelmäßig die Fachgruppe Dokumentation des Sozialpsychiatrischen Verbundes. Wir sind bestrebt, den Plan weiterzuentwickeln und haben bereits Veränderungsideen für den kommenden Plan 2008. Um den Text aussagekräftiger gestalten zu können, regen wir an, den Schwerpunkt auf die inhaltliche Berichtserstattung (weniger Gewicht auf die Zahlen, mehr Raum für Berichte) der jeweiligen Anbieter zu legen. Darüber hinaus möchten wir den historisch gewachsenen Kreis der Anbieter überprüfen und ggf. erweitern.

Wir regen für den SPP 2008 wiederum an, in der Fachgruppe „Kinder und Jugendliche“ oder mit uns persönlich verstärkt zu diskutieren, welche aktuellen Themen innerhalb der Kinder- und Jugendpsychiatrien bzw. -psychotherapeutischer Versorgung im Sozialpsychiatrischen Verbund für das Berichtsjahr 2006 relevant gewesen sind und im Plan entsprechend dokumentiert werden sollten.

Stefan Pohl
Matthias Eller

Inhalt:

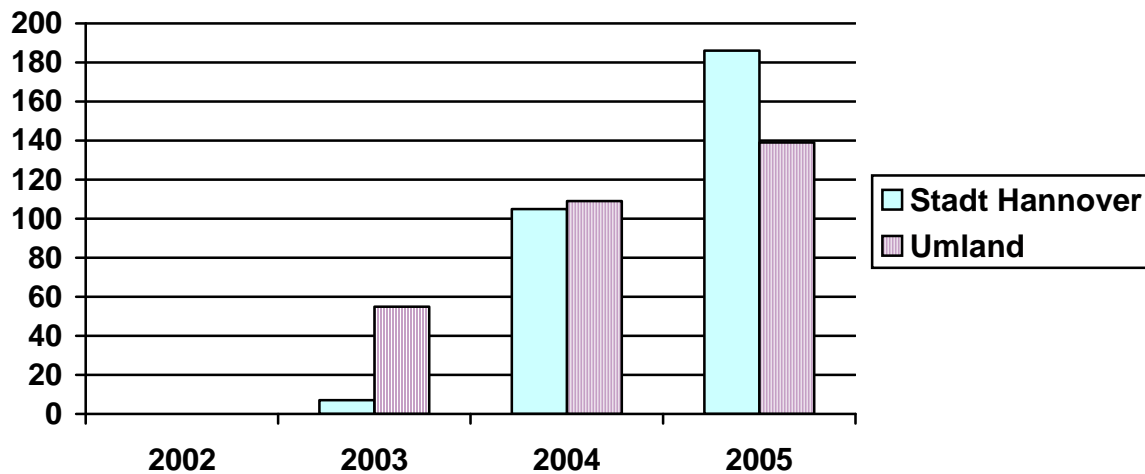
- 5.1 Ambulante Versorgung
 - 5.1.2 Ambulante Versorgung durch Einrichtungen im Überschneidungsbereich von Kinder- und Jugendpsychiatrie, Pädiatrie und Erziehungsberatung
- 5.2 Stationäre Versorgung
 - 5.3 Eingliederungshilfen
 - 5.3.1 Ambulante Eingliederungshilfen im Jugendhilfesystem für seelisch behinderte und von seelischer Behinderung bedrohte Minderjährige
 - 5.3.2 Teilstationäre und stationäre Eingliederungshilfe

5.1 Ambulante Versorgung

Ärztliche Begutachtungsstelle bzw. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Fachdienst des Jugendamtes der Stadt Hannover

Die Fallzahlen für die ehemalige Sozialpsychiatrische Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche der Stadt Hannover sind seit dem ersten Sozialpsychiatrischen Plan an dieser Stelle abgedruckt worden. Ehemalige Mitarbeiter wie Hr. Dr. Link, Fr. Dr. Gerasch und Hr. Engelmann waren aktiv beteiligt an der Mitarbeit im Verbund und an den Sozialpsychiatrischen Plänen. Wie bekannt ist, haben sich die Aufgaben und die Mitarbeiterinnen in der Beratungsstelle sowie in der Leitung geändert. In diesem Jahr haben wir leider keine Berichte oder Zahlenmaterial zugeschickt bekommen.

Sozialpsychiatrische Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Familien der Region Hannover (SPBKJ)

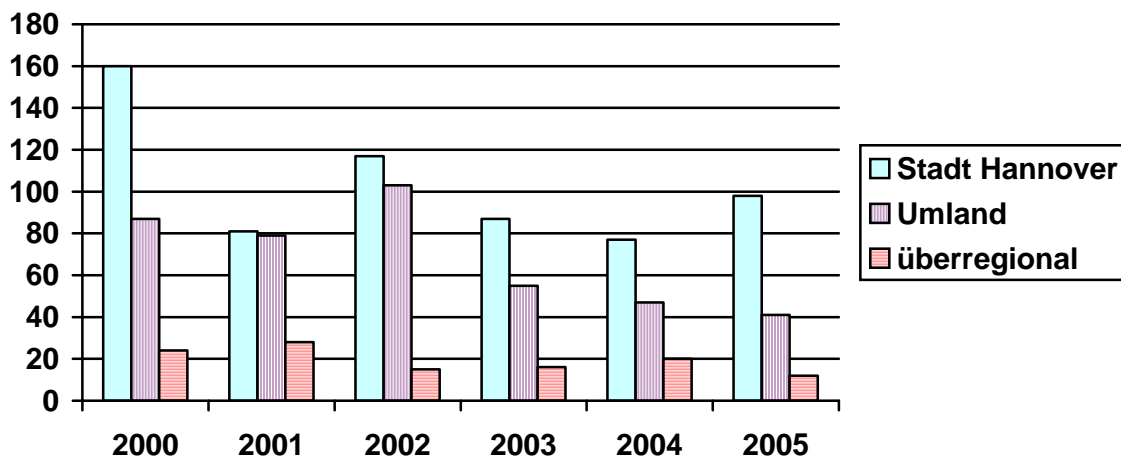


Die Zahlen sind wie erwartet deutlich angestiegen. Die ärztlichen Vollzeit-Stellen sind erstmals über das gesamte Jahr besetzt gewesen. Im Jahr 2005 wurden 325 Kinder und Jugendliche gezählt, die mindestens einen persönlichen Kontakt in der Beratungsstelle wahrgenommen haben. Hinzu kommen 222 Erstkontakte, die lediglich auf einem Telefongespräch oder einem schriftlichen Kontakt basieren. Insgesamt also 547 Erstkontakte. Es sind jedoch nur die o.g. 325 Index - KlientInnen in der Statistik ausgewertet, die direkten, persönlichen Kontakt zur Beratungsstelle (oder die Eltern bzw. andere Bezugspersonen) aufgenommen haben oder bei denen ein Hausbesuch stattfand.

Einige interessante Informationen, die sich aus unserer Statistik ergeben:

- Geschlechterverhältnis liegt ungefähr bei 1/3 Weiblich, 2/3 Männlich
- „Multikulti“: Es kamen Eltern mit 25 verschiedenen Nationalitäten
- Bei fast 200 Familien (62 %), die zu uns kamen, leben die Eltern getrennt
- 38 % der Eltern sind Hartz IV – Empfänger
- Bei 54 % der Kinder und Jugendlichen ist mind. ein Elternteil psychisch erkrankt (inkl. Suchterkrankungen)
- Folgende ICD 10 - Diagnosen sind am häufigsten bei den Kindern und Jugendlichen: Schwere Anpassungsstörungen (mit PTBS) und Kombinierte Störung des Sozialverhaltens und der Emotionen
- Es fanden im Jahr 2005 insgesamt 55 Hausbesuche statt

Winnicott – Institut



Für das Stadtgebiet Hannover sind die Fallzahlen leicht angestiegen, ansonsten sind die Zahlen eher rückläufig. Das wird von Seiten des Winnicott-Institutes auf erzwungenen Personalabbau und ausbildungsbedingter Nachfrage der Studierenden zurückgeführt. Die Wartezeit hat sich deutlich verlängert und beträgt im Sommer 2006 ca. 10 Monate zwischen Indikationsstellung nach der Diagnostik und Beginn der therapeutischen Behandlung. Auf der Warteliste für die Diagnostik stehen ca. 80 Patientinnen und Patienten.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung bekräftigt das Winnicott-Institut seine Forderung an die Kassenärztliche Vereinigung den Ermächtigungsumfang zu erhöhen, z.B. indem man eine Versorgungsambulanz einrichtet.

Versorgung durch Praxen niedergelassener Ärzte- und Kinder- und Jugendpsychiater /-psychotherapeuten

Hr. Janitzek:

Aus Sicht des BKJPP (Berufsverband der niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiater) hat sich die sozialpsychiatrische Versorgung von Kinder und Jugendlichen in der Region Hannover durch niedergelassene Kolleginnen und Kollegen weiter verbessert.

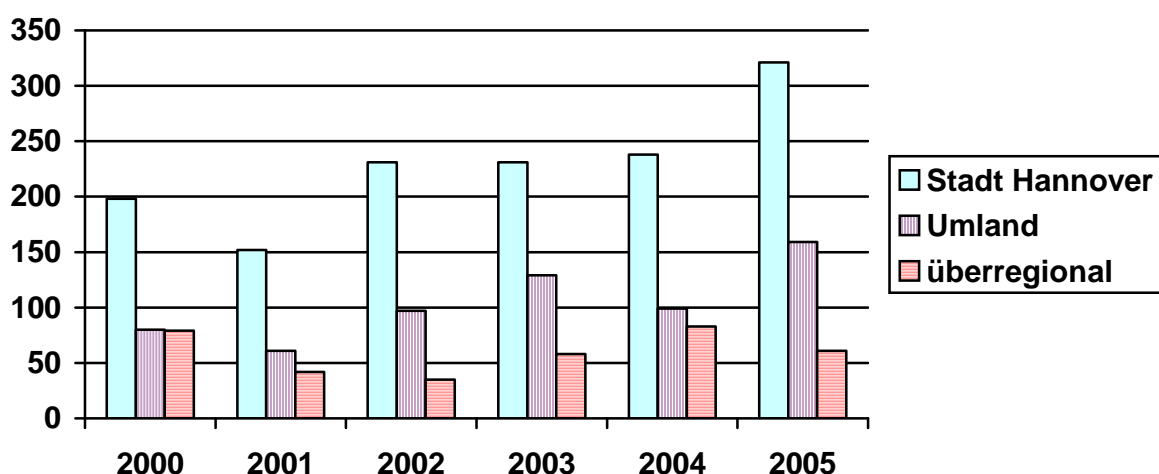
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen Bezirksstelle Hannover 12 Praxen mit einer Vereinbarung über besondere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen (SPV) niedergelassen. Hinzu kommen 5 kinder- und jugendpsychiatrische Fachärzte ohne SPV, wovon 3 rein psychotherapeutisch arbeiten. Geschätzt (ohne Zahlenmaterial) versorgen die SPV-Praxen mit dem entsprechenden Personal aus ÄrztInnen, PsychologInnen, SozialpädagogInnen, HeilpädagogInnen und anderen Berufsgruppen im Quartal ca. knapp 10 000 Patienten im Alter zwischen 2-21 Jahren, der Altersschwerpunkt wird bei der Altersgruppe der 5-17 jährigen Kinder liegen. Dies sind geschätzte Zahlen ohne Gewähr für die Richtigkeit. Wie hoch die Zahl der Patienten ist, die durch die beiden in der Region Hannover befindlichen Institutsambulanzen des Kinderkrankenhauses auf der Bult und des Landeskrankenhauses Wunstorf versorgt werden, ist mir nicht bekannt. Die relativ gute Versorgung mit niedergelassenen SPV-Praxen hat allgemein auch die Wartezeiten (informelle Anfrage bei der Obfrau des BKJPP, Fr. Dr. Schimansky) deutlich gesenkt.

Im Allgemeinen liegen die Wartezeiten für eine Erstvorstellung zwischen 2 und 3 Wochen. Diesem Versorgungsangebot stehen strukturelle Versorgungsengpässe für bestimmte Patientengruppen, d.h. bestimmten Kassenzugehörigkeiten entgegen. Während in fast allen Bundesländern sämtliche Kassen, bis auf die Privatversicherungen, die SPV unterzeichnet haben, steht dieses Versorgungskonzept in Niedersachsen und 2 weiteren Bundesländern für die AOK weiter in Frage. Zwar gibt es eine vorläufige Regelung in Niedersachsen bis zum Ende diesen Jahres, die eine Behandlung im Rahmen der SPV auch für AOK und BKK-Patienten ermöglicht, ein Vertragsabschluss konnte bisher mit den Kassenvertretern nicht erreicht werden, so dass ab Jahresbeginn 2007, wie schon die Jahre zuvor, damit zu rechnen ist, dass Patienten dieser Kassen, nicht sozialpsychiatrisch versorgt werden können. Ein Umstand, der 2005/2006 zu vermehrten Kassenwechseln führte.

Ein weiteres Problem ist erst in den letzten Wochen aktuell geworden:

Die Anspruchsvoraussetzungen für Maßnahmen nach dem KJHG (z.B. bei Beeinträchtigungen der seelischen Entwicklung aufgrund von umschriebenen Entwicklungsstörungen i.e. Legasthenie, Dyskalkulie) haben sich aufgrund des KICK (Jugendhilfeverbesserungsgesetz) verändert. Zusammen mit dem sog. Legasthenieerlass des Kultusministeriums Niedersachsen, der die Schulen vorrangig bei der Vermittlung und Verbesserung von Lesen, Schreiben und Rechnen sieht, hat dies in den letzten Wochen zu Verunsicherung geführt, wer denn nun die fachliche Aussage zum Vorliegen einer Teilleistungsschwäche trifft und ob diese dann, wie eigentlich vom Gesetz vorgeschrieben, Grundlage der Einleitung von entsprechenden Maßnahmen (Therapie o.ä.) ist oder ob die Jugendämter als Kostenträger selber diese Begutachtung durchführen. Schon jetzt hat sich durch diese unklare Lage die Einleitung aber auch die Weiterführung begonnener Maßnahmen erheblich verzögert mit entsprechenden Auswirkungen auf die betroffenen Kinder. Eine Klärung dieser Situation erscheint uns dringlich.

Institutsambulanz der KJPP Hannover des Kinderkrankenhauses a. d. Bult

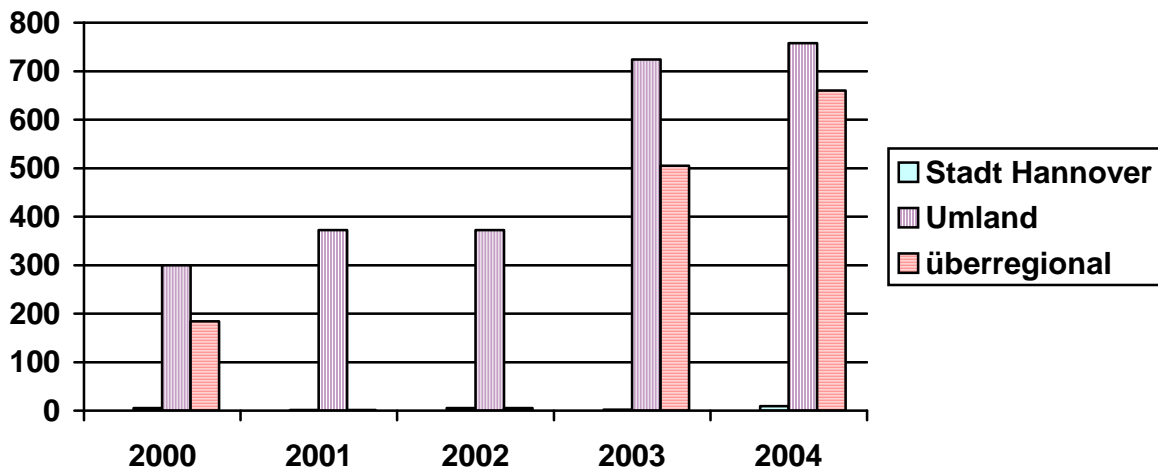


Die Fallzahlen für die Institutsambulanz sind 2005 für die Region Hannover deutlich angestiegen. Zudem ist ein weiterer Anstieg von Notfällen zu bemerken, die oft sofort

aufgenommen werden mussten. Die überregionale Versorgung zeigt sich leicht rückläufig.

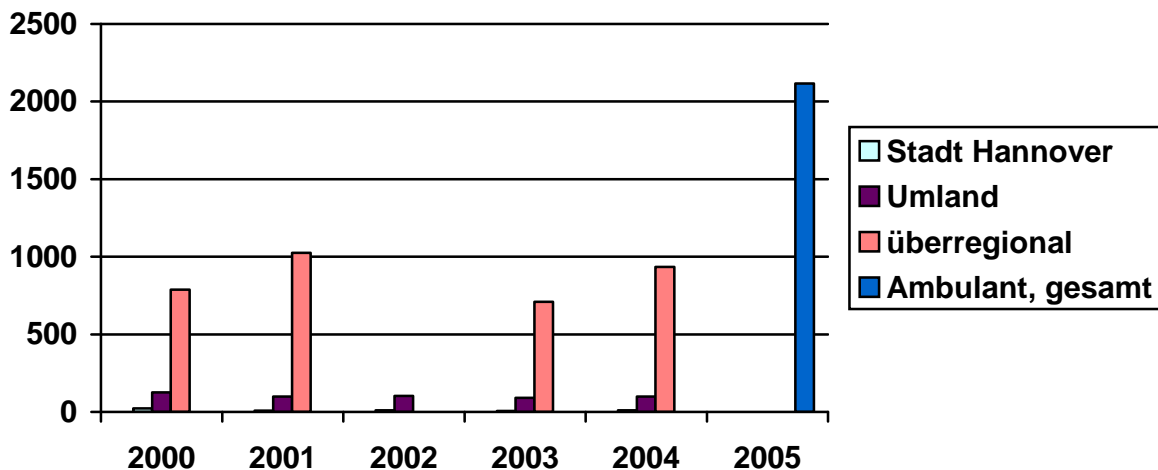
Es wurde eine aktuelle Entwicklung für die gesamte psychiatrische Versorgung im Kinderkrankenhaus auf der Bult bemerkt: Das „Komasaufen“ mit heftigen Intoxikationen, die pädiatrisch versorgt und psychiatrisch mitbetreut wurden, nahmen enorm zu.

Institutsambulanz der KJPP Wunstorf



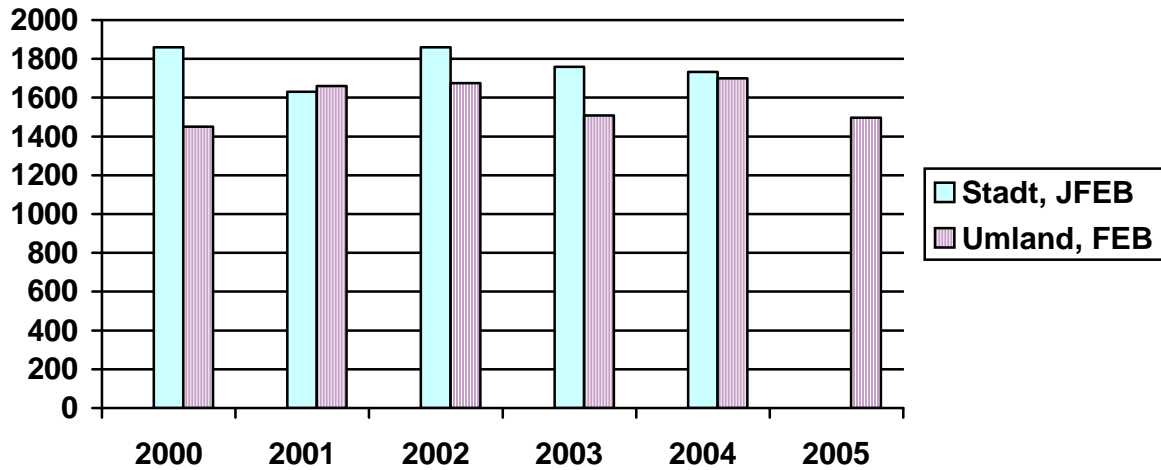
Für die Institutsambulanz der KJPP Wunstorf sind uns keine aktuellen Zahlen oder Berichte zugesandt worden.

Institutsambulanz der KJPP Hildesheim



Mit 2117 ambulanten Behandlungsfällen insgesamt ist eine deutliche Steigerung der Fallzahlen im ambulanten Bereich zu verzeichnen. Die Zahlen sind allerdings nicht mehr nach Stadtgebiet, Umland und Überregional zuzuordnen.

5.1.2 Ambulante Versorgung durch Einrichtungen im Überschneidungsbereich von Kinder- und Jugendpsychiatrie, Pädiatrie- sowie Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung



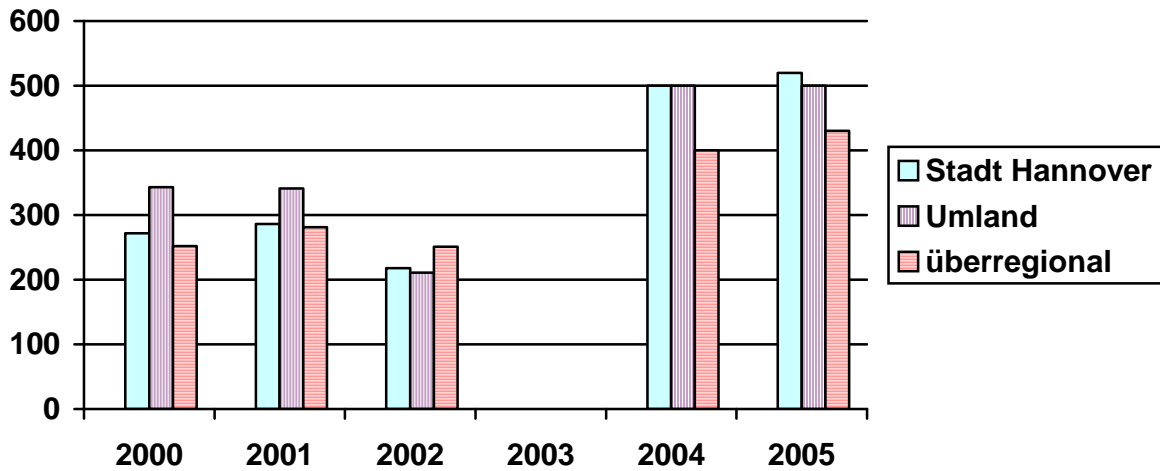
Das Jugendamt der Region Hannover hält 3 Familien- und Erziehungsberatungsstellen (FEB) in Neustadt, Burgdorf und Barsinghausen mit der Außenstelle in Springe vor.

Unter den Anmeldegründen bei den FEB der Region werden Aggressionen häufiger genannt (Aggression in der Familie und der Schule). Die Eltern reagieren sensibler auf den Druck von außen (z. B. Schule) und wählen dann den Weg in die Beratungsstelle.

Das Jugendamt der Stadt Hannover hat sechs Jugend-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen (JFEB) in verschiedenen Stadtteilen der LHH. Für diesen Bereich liegen uns keine Zahlen vor. Differenzierte Auskunft über die Tätigkeit der kommunalen Beratungsstellen, die Alters- und soziale Struktur der Inanspruchnahme geben die vorliegenden Jahresberichte der einzelnen Einrichtungen (FEB und JFEB).

An der Versorgung der Bevölkerung der Region Hannover mit Leistungen gemäß § 28 KJHG beteiligen sich auch mehrere Beratungsstellen in freier Trägerschaft in nicht unerheblichem Umfang. Deren Tätigkeit wird teilweise von Stadt und Region Hannover mitfinanziert. Die Zahl der durch diese Beratungsstellen betreuten Kinder, Jugendlichen und Familien ist hier nicht erfasst.

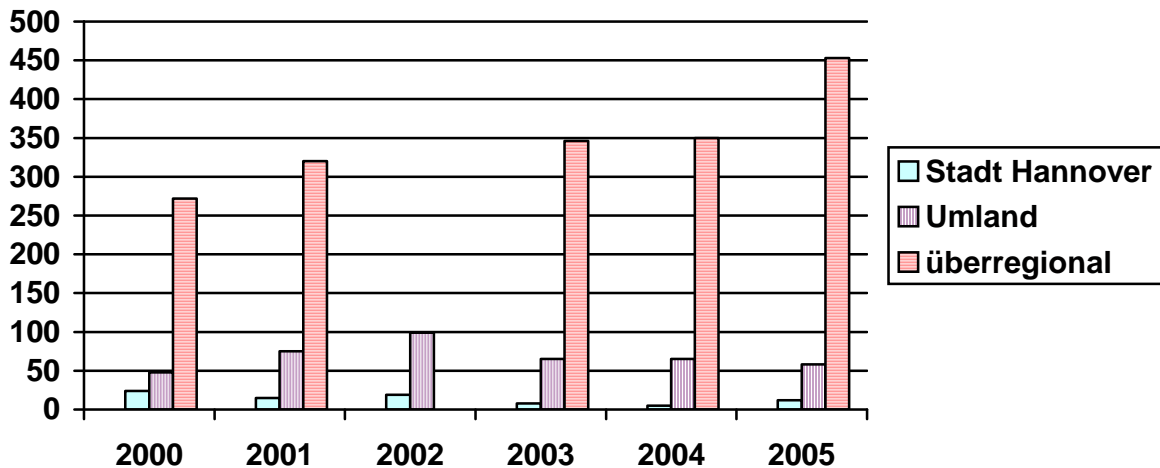
SPZ
Arbeitsbereich Psychologie / Psychotherapie



Eine leichte Steigerung der Fallzahlen im SPZ im Vergleich zum hohem Niveau des Berichtszeitraumes 2004 wird auf das verbesserte Qualitätsmanagements zurückgeführt. Ansonsten werden keine nennenswerten Veränderungen wahrgenommen.

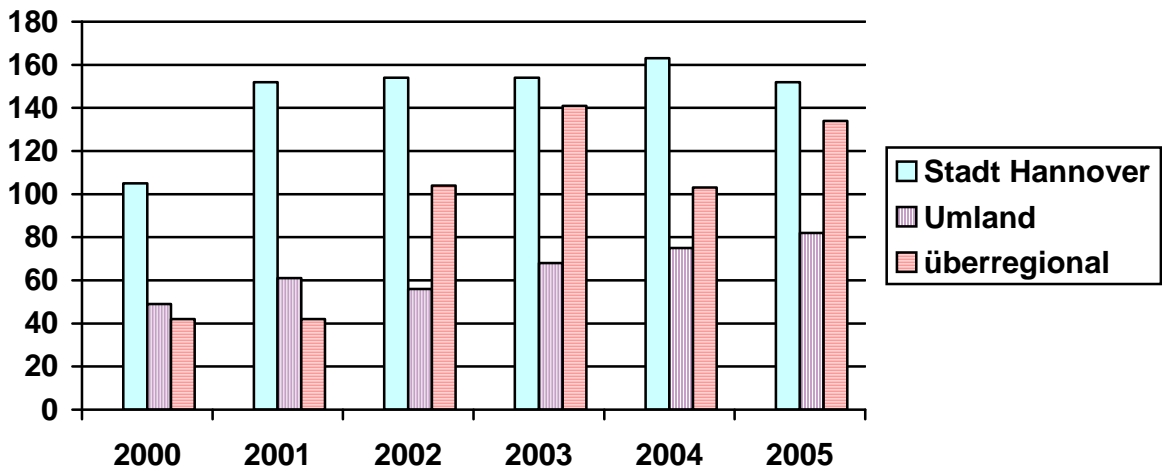
5.2 Stationäre Versorgung durch Fachkliniken und KJPP

KJPP Hildesheim - Stationärer Bereich



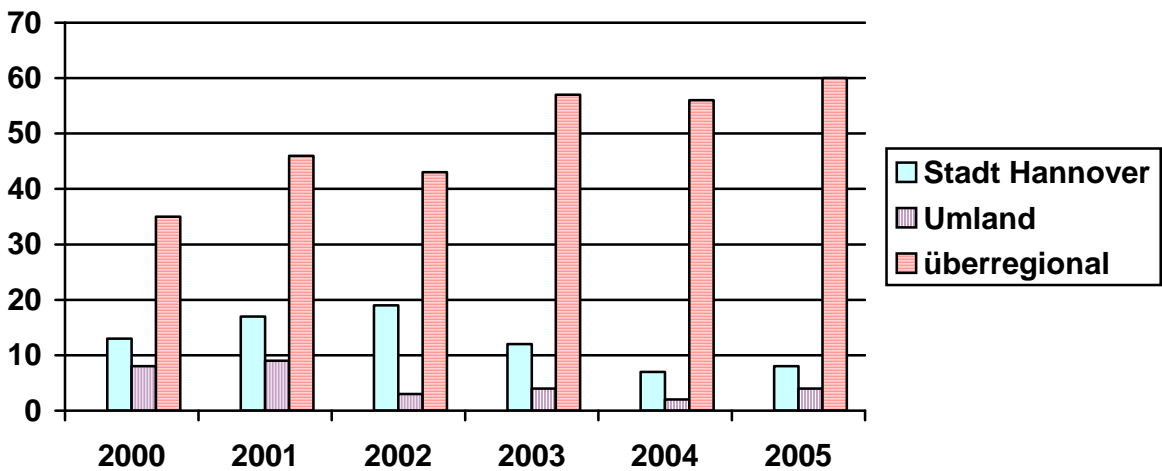
Die aktuellen Zahlen sind im Bereich der überregionalen Versorgung von 350 auf 453 Behandlungsfälle deutlich angestiegen. Für den Versorgungsbereich der Region Hannover gab es lediglich geringe Veränderungen. Dabei liegt die mittlere Verweildauer für den gesamten stationären Bereich bei 49 Tagen pro Klinikaufenthalt.

**Stationärer Bereich der
KJPP Hannover des Kinderkrankenhauses auf der Bult**



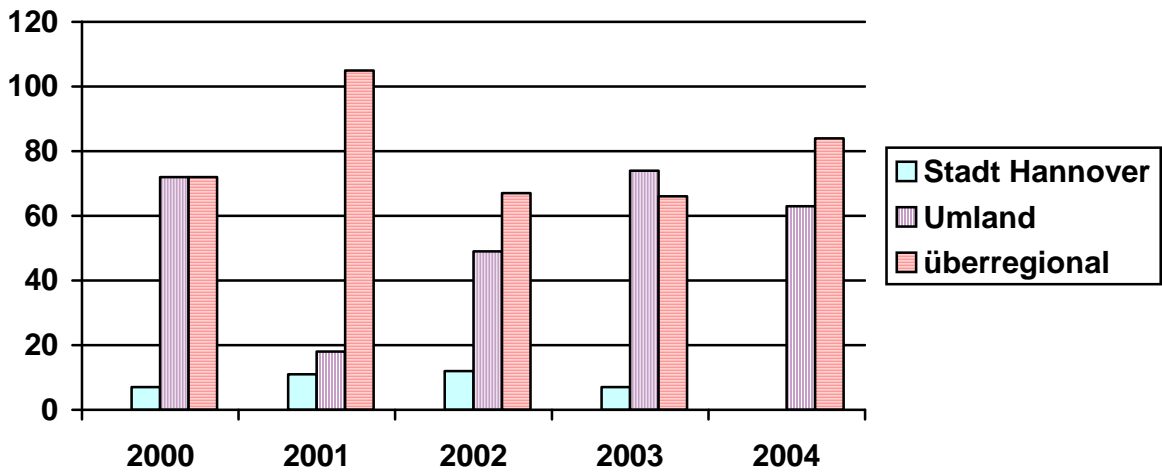
Die Fallzahlen für das Stadtgebiet Hannover und Umland sind nach dem erneuten Anstieg in 2004 leicht rückläufig. Die überregionale Versorgung dagegen hat wieder zugenommen. Die mittlere Verweildauer liegt bei 63,5 Tagen pro Klinikaufenthalt.

**KJPP Hannover
Teen Spirit Island**



Bei Teen Spirit Island sind keine signifikante Veränderungen in der Jahresstatistik 2005 gegenüber dem Vorjahr zu bemerken. Die mittlere Verweildauer lag hier bei 56,4 Tagen.

**Stationärer Bereich
KJPP Wunstorf**

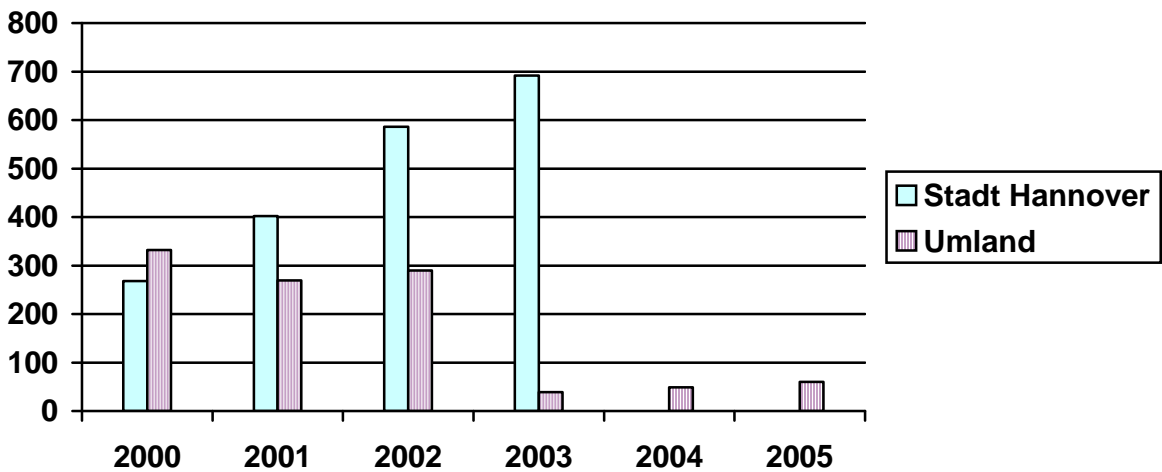


Für die stationäre Versorgung der KJPP Wunstorf sind uns keine aktuellen Zahlen oder Berichte zugesandt worden.

5.3 Eingliederungshilfen

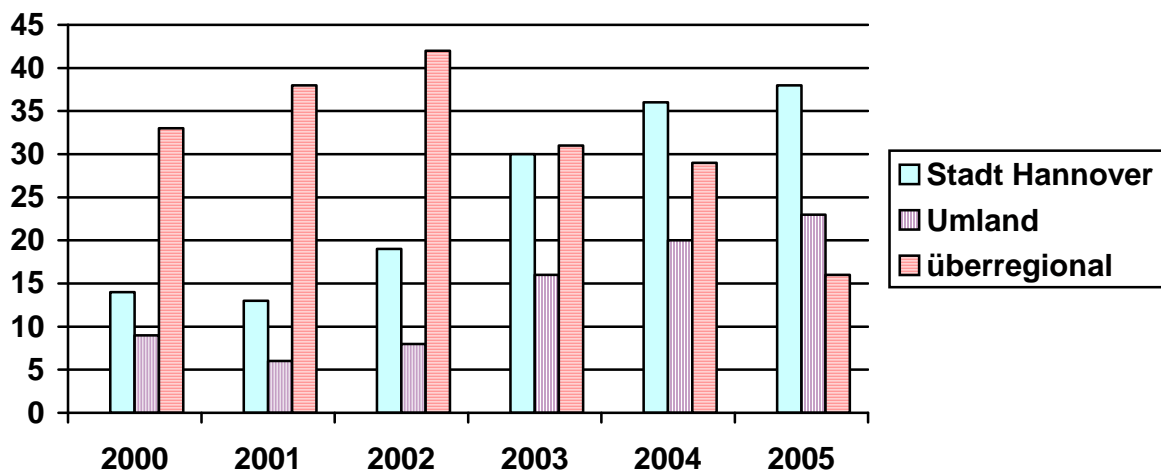
5.3.1

**Ambulante Eingliederungshilfe im Jugendhilfesystem für seelisch behinderte und von seelischer Behinderung bedrohte Minderjährige
Eingliederungshilfe § 35a KJHG – ambulant**



Für die Stadt Hannover liegen keine Daten für Jahr 2005 vor. Für die Region Hannover gab es einen leichten Anstieg von ambulanten Eingliederungshilfen im Vergleich zu 2004.

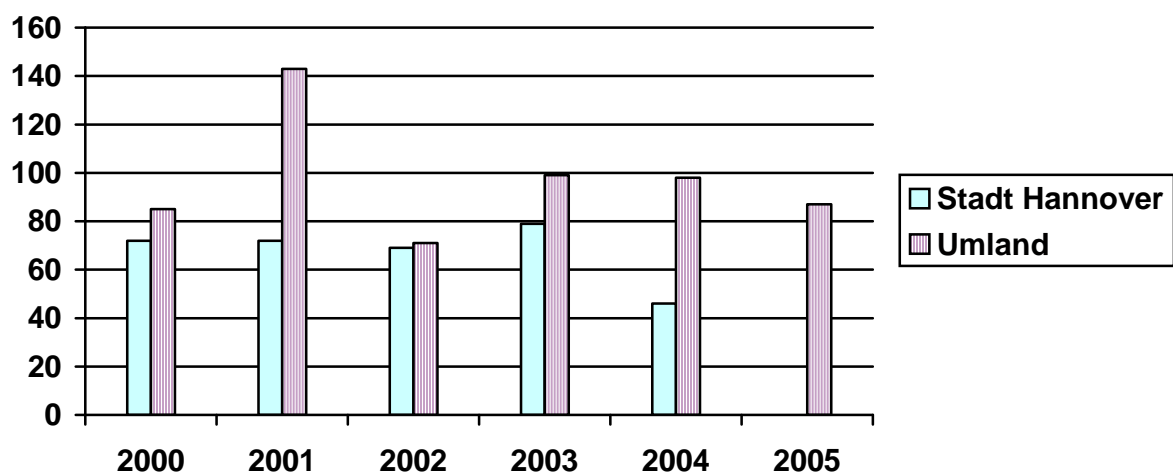
**Ambulanz am Therapiezentrum des Vereins zur Förderung autistischer Kinder e.V. (THZ)
Inanspruchnahme SGB XII §53 - ambulant**



Für das Therapiezentrum zur Förderung autistischer Kinder sind keine Veränderungen in der Jahresstatistik 2005 gegenüber dem Vorjahr mitgeteilt worden. Die regionalen Fallzahlen sind angestiegen, die überregionalen hingegen rückläufig.

5.3.2 Stationäre / teilstationäre Eingliederungshilfe im Jugendhilfesystem für seelisch behinderte und von seelischer Behinderung bedrohte Minderjährige

Eingliederungshilfe nach § 35a des KJHG bzw. KICK (seit 1. Oktober 2005) , SGB VIII, teilstationär / stationär



Die dargestellte Zahl der Eingliederungshilfe § 35a KJHG (KICK) - teilstationär / stationär bezieht sich nicht auf die Eingliederungshilfen Legasthenie / Dyskalkulie. Für das Stadtgebiet lagen uns keine Zahlen vor. Der Fachbereich Jugend der Region Hannover stellt fest:

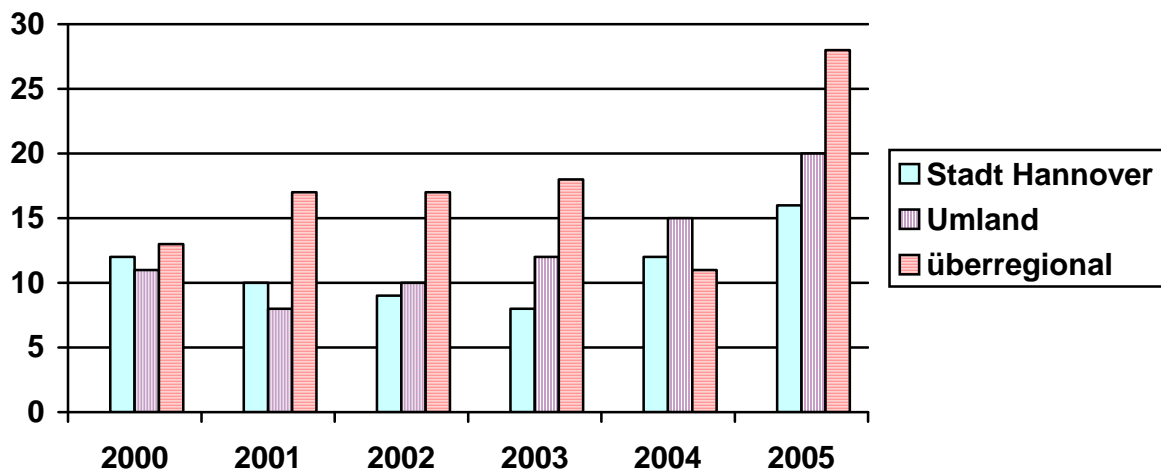
Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant geblieben. Die

stationären Maßnahmen sind um 11% gesunken, die ambulanten Maßnahmen sind um 25% gestiegen.

Es ist eine Steigerung der Neuanträge um 19% festzustellen. Wobei 37% der Neuanträge abgelehnt oder an andere Institutionen weiterverwiesen wurden.

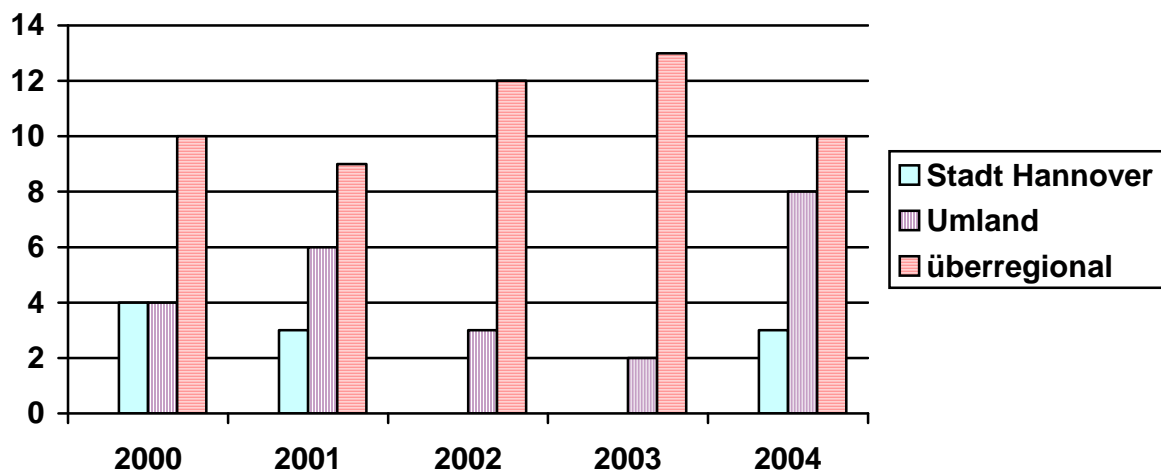
Auffallend gestiegen sind die Anträge auf Schulbegleitung (Diagnose: „Asperger Syndrom“), von 1 Antrag im Jahr 2003 auf 15 Anträge im Jahr 2005.

**Teilstationäre Hilfen (Sonderkindergarten, 5 - Tagesgruppe) für Kinder und Jugendliche mit autistischen Entwicklungsstörungen
Therapiezentrum des Vereins zur Förderung autistischer Kinder e. V. (THZ)**



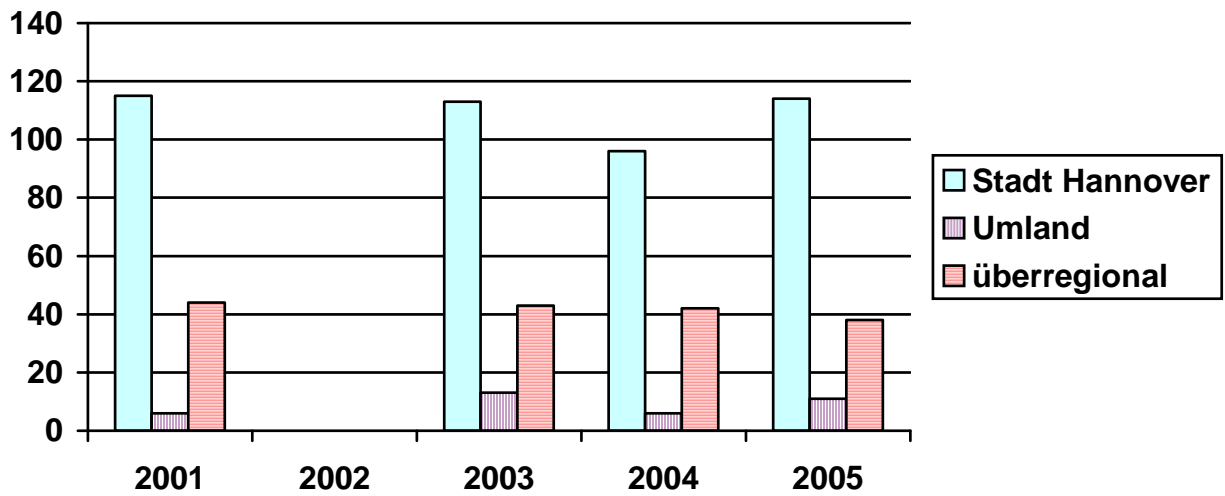
Die Fallzahlen für teilstationäre Hilfen im THZ sind insgesamt deutlich angestiegen – insbesondere im überregionalen Bereich.

Stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche mit autistischen Entwicklungsstörungen, Therapiezentrum des Vereins zur Förderung autistischer Kinder e. V. (THZ)



Hier liegen uns keine aktuellen Zahlen oder Berichte vor.

Clearingstelle der LHH - stationär



Inobhutnahme:

Die Clearingsstelle hat keine wesentlichen Veränderungen der Zahlen im Vergleich zum Vorjahr feststellen können. Es wurden – wie im Vorjahr – mehr Mädchen als Jungen in Obhut genommen.

Abschnitt 6: Konzeption des Sozialpsychiatrischen Verbundes

1. Zielperspektiven des Sozialpsychiatrischen Verbundes:

Der Sozialpsychiatrische Verbund nach § 8 NPsychKG arbeitet für das Gebiet der Region Hannover.

Er dient der Erfüllung der in § 6 Abs. 7 NPsychKG beschriebenen Aufgabe, auf gemeindenaher Hilfeleistungen hinzuwirken. Seine Arbeit richtet sich an folgenden Zielperspektiven aus:

- Die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Verbundes konzentriert sich auf Personen mit schweren psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen. Sie laufen Gefahr, unter unzureichenden Versorgungsbedingungen entweder in stationären Langzeiteinrichtungen untergebracht, mangels geeigneter außerstationärer Hilfen häufiger als notwendig klinisch behandelt zu werden oder ganz ohne Hilfe zu bleiben. Für sie werden vor allem ambulante Behandlungs- und Unterstützungsangebote benötigt, die flexibel nach dem jeweiligen Bedarf einsetzbar sind.
- Therapieerfolg, Krankheitsverlauf und Lebensqualität des Betroffenen hängen eng miteinander zusammen und sind von der Mitwirkung der Betroffenen abhängig. Der Sozialpsychiatrische Verbund dient der Förderung einer partnerschaftlichen und wirkungsvollen Zusammenarbeit zwischen dem psychisch Kranken, seinen Angehörigen und den verschiedenen professionellen oder ehrenamtlichen Helfern. Dabei geht es darum, sowohl die Fähigkeiten der betroffenen Personen zur Selbstorganisation ihres Alltags zu fördern als auch die Ressourcen zur Unterstützung in ihrem Lebensumfeld zu aktivieren.
- Der Sozialpsychiatrische Verbund koordiniert die Zusammenarbeit der Anbieter von Hilfen auf der Grundlage der Sektorisierung der gemeinde-psychiatrischen Versorgung (siehe hierzu auch Punkt 5). Im Rahmen der Möglichkeiten sind die Hilfen wohnortnah und integriert zu leisten.
- Der Sozialpsychiatrische Verbund setzt sich ein für eine verbindliche, bei Bedarf auch langfristige, kontinuierliche und qualifizierte Hilfe für chronisch psychisch Kranke. Wenn sinnvoll und möglich, soll die Betreuung durch einen ambulant tätigen Bezugstherapeuten erfolgen, der gegebenenfalls auch für die fallbezogene Koordination und Planung weiterer Hilfen verantwortlich ist (Case-Management). Multidisziplinäre Teamarbeit ist für schwierige, aufwendige und langfristige Betreuungen eine wesentliche Erweiterung der Hilfsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wird auch ein regionales Psychriebudget der zuständigen Kostenträger angestrebt.

2. Zusammensetzung, Mitgliedschaft und Gremien:

2.1. Der Sozialpsychiatrische Verbund setzt sich zusammen aus den Anbietern von Hilfen im Sinne des § 6 NPsychKG, insbesondere den Trägern von Einrichtungen zur Therapie und Rehabilitation chronisch psychisch Kranker und seelisch Behinderter.

2.2. Die Region Hannover lädt alle in der Region aktiven Einrichtungsträger von Hilfen nach § 6 NPsychKG zur Beteiligung am Sozialpsychiatrischen Verbund ein.

2.3. Zur Erfüllung der Aufgabe des Sozialpsychiatrischen Verbundes sind folgende Gremien vorgesehen:

- Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie (AKG),
- Regionale Fachbeirat Psychiatrie (RFP),
- Sektor-Arbeitsgemeinschaften (SAG).

3. Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie

3.1. Aufgaben:

Der AKG dient der Vernetzung der in der Region Hannover tätigen sozialpsychiatrischen Initiativen und Einrichtungen.

Er fungiert als Delegiertenversammlung der am Sozialpsychiatrischen Verbund beteiligten Anbieter von Hilfen nach § 6 NPsychKG unter Mitwirkung der durch ihn gebildeten Fachgruppen und anerkannten Zusammenschlüssen von Selbsthilfegruppen und Berufsverbänden, soweit sie sich am Sozialpsychiatrischen Verbund beteiligen.

Der AKG wählt jährlich aus der Mitte seiner stimmberechtigten Mitglieder eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden, unter deren Versammlungsleitung der AKG fachöffentlich in monatlichen Abständen tagt.

3.2. Zusammensetzung:

Der Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie setzt sich aus stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern sowie ständigen Gästen zusammen. Über den Status als stimmberechtigtes oder beratendes Mitglied sowie als ständiger Gast (mit beratender Stimme) des Sozialpsychiatrischen Verbundes entscheidet auf Vorschlag des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie der zuständige Dezernent für soziale Infrastruktur der Region Hannover. Bei einem Sitz außerhalb der Region Hannover ist ausschlaggebend, in welcher Kommune die größere Zahl an Plätzen für psychisch Kranke vorgehalten wird.

Stimmberechtigt sollen sein:

- Der Vertreter des Teams Gemeindepsychiatrie der Region Hannover.
- Die jeweiligen Vertreter der am Sozialpsychiatrischen Verbund beteiligten und bei der Erstellung des sozialpsychiatrischen Planes nach § 4 der Vereinbarung vom 25.06.1998 mitwirkenden wesentlichen Einrichtungsträger sozialpsychiatrischer Hilfsangebote,
 - Die gewählten Sprecher der vom Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie gebildeter Fachgruppen,
 - Die Vertreter der am gemeinsamen Sozialpsychiatrischen Verbund beteiligten Selbsthilfegruppen und Berufsverbände.

Beratende Mitglieder sollen sein:

Einrichtungsträger oder Zusammenschlüsse von Einrichtungsträgern, die sich nicht oder noch nicht an den unter in § 4 der Vereinbarung vom 25.06.1998 genannten Formen der Ermittlung von Bedarf und Angebot an Hilfen beteiligen.

Ständige Gäste mit beratender Stimme sollen sein:

- Vertreter des Landes Niedersachsen (Psychiatriereferat im Sozialministerium),
- Vertreter der verschiedenen Kostenträger von Hilfen für psychisch Kranke,
- Vertreter der zuständigen kommunalen Behörden und Leistungserbringer im Rahmen des Betreuungsgesetzes.

4. Regionaler Fachbeirat Psychiatrie

4.1. Zusammensetzung:

Es obliegt der Region Hannover einen regionalen Fachbeirat einzurichten.

4.2. Aufgaben:

Der RFP berät den Dezernenten für soziale Infrastruktur der Region Hannover in allen sich aus dem NPsychKG in der jeweils geltenden Fassung ergebenden Fragen.

Insbesondere wirkt er mit bei der Erstellung und Fortschreibung des Sozialpsychiatrischen Planes über den Bedarf an Hilfen und das vorhandene Angebot gemäß § 9 NPsychKG.

5. Sektor-Arbeitsgemeinschaften

5.1. Aufgaben:

- Einzelfallbezogene Koordination der bestehenden sektorbezogen arbeitenden ambulanten, stationären und komplementären Hilfen,
- Mitarbeit an der Erkennung und Behebung von ungedecktem Versorgungsbedarf,
- Sicherung und Verbesserung des Versorgungsangebotes insbesondere für chronisch psychisch kranke Bewohner ihres Einzugsgebietes.

5.2. Zusammensetzung:

Für jeden Versorgungssektor bildet die jeweils zuständige dezentrale Beratungsstelle des Teams Gemeindepsychiatrie mit den übrigen Anbietern dezentraler Hilfsangebote für psychisch Kranke Sektor-Arbeitsgemeinschaften.

Die zuständige Beratungsstelle übernimmt den Vorsitz und die Geschäftsführung in den gebildeten SAG, lädt zu den möglichst monatlich stattfindenden Sitzungen ein, fertigt die Sitzungsprotokolle und leitet sie den Teilnehmern der SAG und der Geschäftsstelle des Sozialpsychiatrischen Verbundes zu.

6. Geschäftsstelle des Sozialpsychiatrischen Verbundes

6.1. Aufgaben allgemein:

- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Konzeptionen und Unterstützung der unter Ziffer 2.3 genannten Gremien in der organisatorischen Umsetzung,
- Erstellung von Vorgaben zur Abfassung der statistischen Jahresberichte,
- Sammlung, Auswertung und Weitergabe der statistischen Jahresberichte,
- Teilnahme an den Sitzungen des Arbeitskreises Gemeindepsychiatrie, Erstellung der Sitzungsprotokolle und Versendung der Sitzungsprotokolle an die Mitglieder des AKG spätestens eine Woche vor der nächsten Sitzung unter Angabe der Tagesordnung.

6.2. Aufgaben im Zusammenhang mit der Erstellung des Sozialpsychiatrischen Planes:

Die Einrichtungsträger im Sozialpsychiatrischen Verbund stellen ihre statistischen Jahresberichte bis zum 31.03. des Folgejahres der Geschäftsstelle zur Verfügung. Die Geschäftsstelle wertet die Ergebnisse bis zum 30.06. des laufenden Jahres aus und leitet diese an die Gremien des Sozialpsychiatrischen Verbundes weiter.

Im AKG, seinen Fachgruppen und in den SAG erfolgt anschließend auf der Grundlage dieser Daten bis zum 30.09. des laufenden Jahres die Erarbeitung der Beiträge für ihren Zuständigkeitsbereich.

Die Beiträge laufen bei dem Team Gemeindepsychiatrie der Region Hannover zusammen, die gemäß § 4 der Vereinbarung vom 25.06.1998 bis zum Ende des laufenden Jahres die Sozialpsychiatrischen Pläne erstellt.

Sodann wird die Sozialpsychiatrischen Plan mit einer Stellungnahme des RFP der Region Hannover vorgelegt.

Gesetzliche Grundlage zur Bildung des SPV ist § 8 NPsychKG.

Die Gremien "Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie (AKG)" sowie der "Regionale Fachbeirat Psychiatrie (RFP)" haben sich als Arbeitsgrundlage eine Geschäftsordnung gegeben.

Der Sozialpsychiatrische Verbund (SPV) besteht aus folgenden Gremien:

**Arbeitskreis
Gemeindepsychiatrie
(AKG)**

Aufgaben:

- Vernetzung der in der Region Hannover tätigen Initiativen und Einrichtungen
- Delegiertenversammlung des SPV
- Jährliche Wahl der/s Vorsitzenden
- Beteiligung bei der Erstellung und Fortschreibung des Sozialpsychiatrischen Planes (§ 9 NPsychKG)

Zusammensetzung:

- Anbieter von Hilfen gemäß § 6 NPsychKG
- Vertreter der Sozialpsychiatrischen Dienste der Region Hannover
- Gewählte Sprecher der vom AKG gebildeten Fachgruppen
- Vertreter der am SPV beteiligten Selbsthilfegruppen und Berufsverbände
- Gäste mit beratender Stimme

**Regionaler Fachbeirat
Psychiatrie (RFP)**

Aufgaben:

- Der RFP berät den Dezernenten für soziale Infrastruktur der Region Hannover in allen sich aus dem NPsychKG ergebenden Fragen

Zusammensetzung:

- Fachdezernent der Region Hannover als Vorsitzender
- 3 vom Fachdezernat benannte Mitglieder (z.Zt. Oberärztin des NLKH Wunstorf, Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Fachbereiches Gesundheit und Leiter der Sozialpsychiatrischen Poliklinik der MHH)
- 4 vom AKG zur Berufung durch den Fachdezernenten/die Fachdezernentin vorgeschlagene Mitglieder (z.Zt. 2 Vertreter von Selbsthilfegruppen Betroffener und ihrer Angehörigen, 1 Sprecher des AKG, 1 Vertreter der freien und gemeinnützigen Träger)

**Sektor-Arbeits-
gemeinschaften (SAG)**

Aufgaben:

- Einzelfallbezogene Koordination der bestehenden sektorbezogenen ambulanten, stationären und komplementären Hilfen
- Mitarbeit an der Erkennung und Behebung von ungedecktem Versorgungsbedarf
- Sicherung und Verbesserung des Versorgungsangebotes, insbesondere für chronisch psychisch kranke Bewohner des Einzugsgebietes

Zusammensetzung:

- Dezentrale Beratungsstelle der Sozialpsychiatrischen Dienste (für den Vorsitz und die Geschäftsführung) und die übrigen Anbieter dezentraler Hilfen

Fachgruppen (FG)

Aufgaben:

- Die Fachgruppen beteiligen sich mit ihren spezifischen Themenstellungen am Sozialpsychiatrischen Verbund und erarbeiten hierzu Lösungsvorschläge
- Wahl eines Sprechers für die jeweilige Fachgruppe mit Stimmberechtigung im AKG
- Turnusmäßige Vorstellung ihrer Arbeit im AKG

Zusammensetzung:

- Der AKG setzt Fachgruppen ein, deren personelle Zusammensetzung von den Fachgruppen selbst festgelegt wird. Siehe hierzu die Regelungen der Geschäftsordnung des AKG

Codierungsliste

Legende zu den Datenblättern A:			
Code Kostenträger:	01 = Krankenversicherung		
	02 = Rentenversicherung		
	03 = Arbeitsverwaltung		
	04 = Überörtlicher Sozialhilfeträger		
	05 = Kommune/ örtlicher Sozialhilfeträger		
	06 = Pflegeversicherung		
	07 = Eigenmittel des Einrichtungsträgers (einschl. Spenden)		
	08 = Eigenmittel des Patienten/Klienten		
	09 = Hauptfürsorgestelle		
	10 = Nds. Wissenschaftsministerium		
	11 = Nds. Sozialministerium (einschl. Beihilfen der Bezirksregierung)		
	12 = Nds. Justizministerium		
	13 = Bundesministerium für Frauen, Arbeit und Soziales		
	88 = Sonstige Kostenträger; Bitte Klartext angeben:		
	99 = Unbekannt/Unklar		
Code Einzugsgebiet:	01 = BS Ronnenberg/Empelde		Versorgungsarten:
	02 = BS Freytagstraße		1 = ambulant
	03 = BS Plauenerstraße		2 = teilstationär
	04 = BS Deisterstraße		3 = stationär
	05 = BS Königstraße		
	06 = BS List /MHH		
	07 = BS Burgdorf		
	08 = BS Neustadt		
	09 = BS Laatzen		
	10 = BS Langenhagen		
	11 = BS Poliklinik/MHH		
	12 = Andere Teilgebiete der Region		
	13 = Gesamtes Gebiet der Region Hannover		
	14 = Gesamtes Stadtgebiet Hannover		
	15 = Andere Teilgebiete der Stadt Hannover		
	16 = Gesamtes Umland in der Region		
	17 = Andere Teilgebietes des Umlandes		
	19 = Kein definiertes Einzugsgebiet		
Angebotsformen:	Code-Nr.		
Ambulante Hilfen	10	Ambulante Dienst für Erwachsene (PIA/SpDi)	
	11	Ambulante Dienst für Kinder (PIA/SpDi)	
	12	Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen	
	13	Ambulant betreutes Wohnen gemäß § 39	
	14	Andere Hilfen zum Wohnen und zur Selbstversorgung	
	15	Spezielle Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung	
	16	Spezielle Hilfen für Suchtkranke	
	17	Spezielle komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche	
	18	Spezielle komplementäre Hilfen für alle Menschen	
	19	Sonstige ambulante Hilfen	
Teilstationäre Hilfen	20	Tagesklinische Behandlung in der Allgemeinpsychiatrie	
	21	Tagesklinische Behandlung in der Kinder-Jugend-Psychiatrie	
	22	Tagesklinische Behandlung in der gerontopsychiatrie	
	23	Tagesstätten gemäß § 39 BSHG	
	24	Werkstätten für seelisch behinderte Menschen (WfBM)	
	25	Andere Hilfen zur Arbeit, Ausbildung, Tagesstrukturierung	
	26	Spezielle tagesklinische Angebote für Suchtkranke	
	27	Spezielle komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche	
	28	Spezielle komplementäre Hilfen für alle Menschen	
	29	Sonstige teilstationäre Leistungen	
Stationäre Hilfen	30	Behandlung (SGB V) in einer Klinik für Erwachsene	
	31	Behandlung (SGB V) in der Kinder und Jugendpsychiatrie	
	32	Behandlung in einer Klinik des Maßregelvollzugs	
	33	(Übergangs-) Wohnheim/Wohngruppe (§ 39 BSHG)	
	34	Psychiatrisches Pflegeheim/Wohngruppe (§ 39 BSHG/PIIV)	
	35	Spezielle komplementäre Hilfen für Wohnungslose	
	36	Spezielle komplementäre Hilfen für Suchtkranke	

Codierungsliste

		37	Spezielle komplementäre Hilfen für Kinder und Jugendliche			
		38	Spezielle komplementäre Angebote für alle Menschen			
		39	Sonstige stationäre Leistungen			
<u>Legende zu den Datenblättern B:</u>						
Kostensätze 1 bis 5: "Code Zeitraum":						
			1 = Pro Stunde			
			2 = Am Tag			
			3 = Im Monat			
			4 = Im Quartal			
			5 = Im Jahr			
Grundqualifikationen:						
			1 = Medizin, Psychologie, Pädagogik u. ä.			
			2 = Sozialpädagogik, Krankenpflege, Ergotherapie, Heilerziehungspflege, Meister u. ä.			
			3 = Hauswirtschaft, Heilhilfeberufe, Facharbeiter			
			4 = Verwaltungspersonal			
Zusatzqualifikationen:						
			1 = Psychotherapeutische Qualifizierung (Zusatztitel, Facharzt-Anerkennung, Abschluss einer PT-Ausbildung)			
			2 = Sozialpsychiatrische/Sozialtherapeutische Zusatzausbildung			
			3 = Sonstiges:			

Codierungsliste

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
01.00	Arbeitsgemeinschaft Angehöriger psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen (AANB) e.V., Wedekindplatz 3, 30161 Hannover	Selbsthilfezentrale für Angehörige psychisch Kranker Tel.: 0511/622676, FAX: 0511/624977	5	7										1		11	13	15	9
02.00	AANB - Angehörigengruppe Wunstorf e.V., Uferplatz 5, 30890 Barsinghausen	Selbsthilfegruppe Tel: 05105/2115, FAX: 05105/64628	7											1		7	9	11	9
03.00	Arbeitskreis der freiberuflichen Betreuer/innen im Amtsgerichtsbezirk Hann. (AfB), Vordere Schöneworth 13, 30167 Hannover	Berufsbetreuer/innen Tel.: 0511/1690418, FAX: 0511/1690419	4	8										1	870	13			9
04.00	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Hannover-Stadt e. V., Königstraße 19, 30175 Hannover	Berufsbegleitender Dienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleben, Tel.: 0511/345906, FAX: 0511/314360	9											1		12			7
04.01	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Übergangwohnheim Nordfelder Reihe 25, 30159 Hannover	Übergangwohnheim Tel.: 0511/1316917, FAX: 0511/17625	4											3	21	16			8
04.02	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Betreuungsverein Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Gesetzliche Betreuungen Tel.: 0511/12978198, FAX: 0511/21978149	8	12										1	60	11			9
04.03	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Ambulant Betreutes Wohnen Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen Tel.: 0511/21978-187, FAX: 0511/21978-149	5											1	48	11			8
04.04	AWO, Betreuungsverein für den Landkreis Hannover e. V. Schwarzer Bär 4, 30449 Hannover	Gesetzliche Betreuungen	8	12										1	70	12			9
05.00	Balance e.V. - Soziale Rehabilitation für psychisch Kranke-Hermann-Löns-Str. 2a, 30827 Garbsen	Tel.: 05131/91760, FAX: 05131/973881																	
05.01	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Garbsen	4											2	22	16			6
05.02	Balance e.V.	Kontaktstelle Garbsen	5											1		14			5
05.03	Balance e.V.	Ambulant Betreutes Einzelwohnen Garbsen	5											1	40	9	10		8
05.04	Balance e.V.	Kontaktstelle Hannover, Goethestr. 23, 30169 Hannover Tel.: 0511/1611933, FAX: 1319434	5											1		3	4		5
05.05	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Hannover Goethestr. 23, 30169 Hannover	4											2	22	16			6
05.06	Balance e.V.	Tagesstätte, Am Rathaus 9, 30952 Ronnenberg-Empelde Tel.: 0511/461099, FAX: 0511/2610176	4											2	20	16			6
06.00	Behindertenhilfe Berkhöpen/Burgdorf, Am Berkhöpen 3, 31234 Edemissen	Werkstatt für Behinderte Rehatec Peine (Arbeitstherapie- und Arbeitsbereich) Tel.: 05136/809500, FAX:	2	3	4									2	58	13			7

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
07.00	beta 89 e.V., Verein für betreuendes Wohnen und Tagesstrukturierung psychisch Gesundender, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover	Tel.: 0511/34925-0, FAX: 0511/34925-24																	
07.01	beta 89 e.V.	beta-REHA, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover Tel.: 0511/349250, FAX: 0511/3492524	1	2	3	4							2	33	11				7
07.02	beta 89 e.V.	Betreutes Wohnen, Rotermundstr. 27, 30165 Hannover Tel.: 0511/16748860, FAX: 0511/16748877	5										1	138	11				8
07.03	beta 89 e.V.	beta-SuPA, Königstraße 6, 30175 Hannover Tel.: 0511/3886813, FAX: 0511/3886826	5										1	80	11				8
07.04	beta 89 e.V.	Kioskbetriebe, Rohdehof 3, 30853 Langenhagen Tel.: 0511/7300-863, FAX: ./.	5	7									1	22	11				7
07.05	beta 89 e.V.	Tagesstätte, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover Tel.: 0511/16748880, FAX: 0511/16748877	4	7	8								2	18	11				6
07.06	beta 89 e.V.	Kontaktstelle, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover Tel.: 0511/16748880, FAX: 0511/16748877	5	7	11								1	30	11				5
08.00	Birkenhof e.V., Bleekstraße 20, 30559 Hannover	Tel.: 0511/5109-210, FAX: 0511/5109-126																	
08.01	Birkenhof e.V.	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Herrenhausen/Burg, Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover	7	13									1		12				8
08.02	Birkenhof e.V.	Tagespflege Anna-Meyberg-Haus, Bleekstr. 20, 30559 Hann. Tel.: 0511/5109-185, FAX: 0511/5109-239	5	6	8								2	8	11				6
08.03	Birkenhof e.V.	Tagespflege Waldhausen, Grazer Str. 5, 30519 Hannover Tel.: 0511/831698, FAX: 0511/8425612	5	6	8								2	12	11				6
08.04	Birkenhof e.V.	Tagespflege Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover Tel.: 0511/75009815, FAX: 0511/75009812	5	6	8								2	12	11				6
08.05	Birkenhof e.V.	Tagespflege Anna-Schaumann-Stift, Ilseweg 9-11, 30853 Lgh Tel.: 0511/77091, FAX: 0511/7709245	5	6	8								2	12	11	13			6
08.06	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Schaumann-Stift, Ilseweg 9-11, 30853 Lgh. Tel.: 0511/7209-243, FAX: 0511/7709245	5	6	8								3	145	11	13			8
08.07	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Wichernstift, Grazer Str. 5, 30519 Hannover Tel.: 0511/8425610, FAX: 0511/8425633	5	6	8								3	62	11				8
08.08	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Friedrich-Wasmuth-Haus, Eichsfelder Str. 54 A, 30419 Hannover Tel.: 0511/271880, FAX: 0511/757236	5	6	8								3	83	11				8

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			11	12	13		14
08.09	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Meyberg-Haus, Bleekstr. 20, 30559 Hann. Tel.: 0511/5109/5109-212, FAX: 5109/239	5	6	8									3	115	11	13		8
09.00	Caritasverband Hannover e.V., Posthornstr. 17, 30449 Hannover	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Linden Tel.: 0511/4504249, FAX: 0511/454250	7	13									1		12			8	
09.01	Caritasverband Hannover e.V., Grupenstr. 8 (im K - Punkt) , 30159 Hannover	Psychosoziale Beratungsstelle (Suchtberatung und -therapie) Tel.: 0511/270739-80, FAX: 0511/270739-88	1	2	5	7	11						1		11	13		1	
09.02	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Altenbegegnungs- und Beratungsstelle Lindenbaum Tel.: 0511/2104372, FAX: 0511/2123830	6										1		3			9	
09.03	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Gerontopsychiatrische Fachberatung Tel.: 0511/2104371, FAX: 0511/2123830	88										1		3			9	
09.04	Caritasverband e.V., Am Osterberge 1, 30823 Garbsen	Psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle Garbsen/Seelze Tel.: 05137/78859, FAX: 05137/875746	1	2	5	7	8	11					1		9	10	12	14	1
10.00	Der Steg e.V., Selbsthilfegruppe Psychiatrieerfahrener und ihrer Angehörigen in Barsinghausen, Altenhofstraße 17, 30890 Barsinghausen	Tel.: 05105/2115, FAX: 05105/64628																	
10.01	Der Steg e.V.	Kontaktstelle	5										1	30	11	13		5	
10.02	Der Steg e.V.	Psychosozialer/psychiatrischer Krisendienst (PPKD)	5										1		11	13		9	
11.00	Diakonische Werke in der Stadt und im Landkreis Hannover	Tel.: 0511/3687-148, FAX: 0511/3687180																	
11.01	Diakonisches Werk, Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke Burgstraße 8 und 10, 30159 Hannover	Ambulante Therapie, Beratung, Schulungen Tel.: 0511/3687-148, FAX: 0511/ 3687180	1	2	5	7	8	11					1		11			1	
11.02	Diakonisches Werk Zentrale Beratungsstelle, Hagenstraße 36, 30161 Hannover	Kontaktladen "Mecki", Streetwork Tel.:0511/3480264, FAX: 0511/9904036	4	5	7								1		16			9	
11.03	Diakonisches Werk -Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke - Schillerslager Straße 9, 31303 Burgdorf mit Nebenst. Laatzen u. Springe	Beratung/Ambulante Rehabilitation Tel.: 05136/897330, FAX: 05136/897373	1	2	4	5	7	8	11	12			1		8	10	7	1	
11.04	Diakonisches Werk Treffpunkt am Park, An der Masch 32, 30880 Laatzen	Kontaktstelle Tel.: 0511/869211, FAX:	5	7									1		10			5	
12.00	DROBEL, Große Moorstraße 5, 31275 Lehrte	Drogenberatung und Substitution Tel.: 05132/825629, FAX: 836371	7	11	88								1	180	11	13		1	
13.00	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark OT Gailhof	Wohnheim und Arbeitstherapie Haus Mohmühle/Haus Schwanenwik - Tel.: 05130/92930, FAX: 05130/929393	4	5	8								3	106	11	13	15	8	

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																		
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																		
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger								Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet				Angebotsformen	
14.00	Ethnomedizinisches Zentrum e.V., Königstraße 6, 30175 Hannover	Beratung und Therapie für Migranten Tel.: 0511/168-41020, FAX: 0511/457215	1	5	7							1	60	11	16			9
15.00	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V., Hindenburgstraße 34 31515 Wunstorf	Tel.: 05031/95530, FAX: 05031/915361																
15.01	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Wohnheim	4	8	12							3	47	9	11	13	15	8
15.02	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Berufsbegleitender Dienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleben	9									1		9	12	13		7
15.03	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Betreutes Wohnen	4	5	8							1	52	14				8
15.04	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Ergotherapie-Praxis	1									1		14				7
15.05	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Integrationsfirma (Modellprojekt)	7	88								1	8	11	13	15		7
15.06	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Rehabilitation psychisch Kranker (RPK)	1	2	3	4	5					2	30	11	13	15		7
15.07	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Integrationsfachdienst	2	3								1	28	14	15			7
16.00	FIPS GmbH, Gesellschaft zur Förderung und Integration psychisch Kranker e.V., Bahnhofstraße 17 A, 31275 Lehrte	Tel.: 05132/825150, FAX: 05132/825724																
16.01	FIPS GmbH	Betreutes Wohnen	5									1	30	8				8
16.02	FIPS GmbH	Tagesstätte	4									2	25	8				6
16.03	FIPS e.V.	Kontaktstelle	5	7	88							1	60	8				5
16.04	FIPS GmbH	Wohnheim Heidhof, 31311 Uetze, OT Hänigsen, Rählingser Str. 14	4									3	10	8	13	15		8
16.05	FIPS GmbH	Trainings-Wohngemeinschaft Lehrte	4									3	10	8	13	15		8
17.00	Gemeinnützige Gesellschaft für Behindertenarbeit mbH Liebigstr. 6, 30851 Langenhagen	Ambulant betreutes Wohnen Tel.: 0511/966990, FAX: 0511/9669936	5	8								1	65	7	12	14		8

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
18.00	Gerontopsychiatrisches Alten- und Pflegeheim "Am Seelberg" GmbH Denickeweg 5 / Wittinger Straße 47, 30629 Hannover	Tel.: 0511/95898-0, FAX: 0511/591748																	
18.01	Gerontopsychiatrisches Alten- und Pflegeheim "Am Seelberg" GmbH	Wohnheim für chronisch mehrfachgeschädigte suchtkranke Menschen	2	4										3	41	11	13		8
18.02	Gerontopsychiatrisches Alten- und Pflegeheim "Am Seelberg" GmbH	Pflegeheim (Sucht-, Psychose- und andere chronisch-psychische Erkrankungen)	2	5	6									3	123	11	13		8
19.00	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V., Große Düwelstraße 48, 30171 Hannover	Kontaktstelle Tel.: 0511/813993, FAX: 0511/813894	5	7										1	75	11			5
19.01	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V., Große Düwelstraße 48, 30171 Hannover	Gruppenangebot	11	7										1	36	16			5
20.00	Hannoversche Werkstätten gGmbH, Lathusenstraße 20, 30625 Hannover	Tel.: 0511/5305-450, FAX: 0511/5305-100																	
20.01	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Werkstätten für Behinderte (WfB), (Arbeitstherapie- und Arbeitsbereich)	2	3	4									2	65	11	13	15	7
20.02	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Ambulant betreutes Wohnen	5											1	12	12			8
20.03	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Wohngruppe für autistische Menschen	2	3	4									3	7	11	13		8
21.00	Gesellschaft für Integration, Verwaltung: Am Sudfelde 1, 31592 Stolzenau	Regionale Wohnnetz-Assistenz Tel.: 0511/750098-6, FAX: 0511/750098-88	5	8										1	100	11	13		9
22.00	Heimbetriebe Schneeren gGmbH, Steinhorstweg 16, 31535 Neustadt	Wohnheime § 39 BSHG Tel: 05036/980-0, FAX: 05036/980-44	4											3	196	11	13	15	8
23.00	Henriettenstiftung, Schwemannstr. 21, 30559 Hannover	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Tel.: 0511/2893473, FAX: 0511/2893475	7	13										1		6			
24.00	Winnicott Institut zur Förderung der Psychoanalyse bei Kindern u. Jugendlichen e.V.	Geibelstr. 104, 30173 Hannover Tel.: 0511/800497-0, FAX: 0511/800497-42	1	5	7	10								1		11	13		10
25.00	Institut für Transkulturelle Betreuung e.V.	Königstr. 6, 30175 Hannover Tel.: 0511/4583028, FAX: 0511/2152854																	
26.00	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie Janusz-Korczak-Allee 10, 30173 Hannover	Tel.: 0511/8115-520, FAX: 0511/8115-190																	
26.01	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Institutsambulanz	1											1		11	14	15	10

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger							Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
26.02	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Stationen	1	5	8						3	56	11	14	15	10
27.00	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen	Tel.: 0511/7300-501, FAX: 0511/7300-519														
27.01	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Stationen	1							3	161	2	4	7		4
27.02	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Drogentherapiestation	1	4						3	8	11	13			4
27.03	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Niederschwellige Drogentherapiestation	1	4						3	12	11	13			4
27.04	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Tagesklinik Königstr. 6 A	1	4						2	43	11	13			3
27.05	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz I, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen	1	4						1		2	7			2
27.06	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz II, Königstraße 6, 30175 Hannover	1	4						1		4				2
28.00	Klinikum Wahrenndorf, Rudolf-Wahrenndorf-Str. 22, 31319 Sehnde/Ortsteil Ilten	Tel.: 05132/902288, FAX: 05132/902266														
28.01	Klinikum Wahrenndorf	Klinik für Gerontopsychiatrie	1	4	7	8	11			3	52	12	14	15		4
28.02	Klinikum Wahrenndorf	Klinik für Suchtbehandlungen	1	4	7	8	11			3	53	12	14	15		4
28.03	Klinikum Wahrenndorf	Klinik für Allgemeine Psychiatrie	1	4	7	8	11			3	117	12	14	15		4
28.04	Klinikum Wahrenndorf	Tagesklinik Sehnde/Ilten	1	4	7	8	11			2	15	12	14	15		3
28.05	Klinikum Wahrenndorf	Tagesklinik Lehrte	1	4	7	8	11			2	15	12	14	15		3
28.06	Klinikum Wahrenndorf	Tagesklinik Hannover	1	4	7	8	11			2	10	12	14	15		3
28.07	Klinikum Wahrenndorf	Psychiatrische Pflegeheime: Tel.: 05132/902200, FAX: 05132/902266														

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																	
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																	
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger							Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
28.08	Klinikum Wahrenndorff	Wohnbereich Sehnde	2	4	5	6	8	9	7	3	27	16				8	
28.09	Klinikum Wahrenndorff	Wohnbereich Ilten Rudolf Wahrenndorff Haus	2	4	5	6	8	9	7	3	131	16				8	
28.10	Klinikum Wahrenndorff	Wohnbereich Köthenwald Wahre Dorff Str. 8	Tel.: 05132/902200 FAX: 05132/902266		2	4	5	6	8	9	7	3	67	16			8
28.11	Klinikum Wahrenndorff	Wahre Dorff Str. 10	2	4	5	6	8	9	7	3	99	16				8	
28.12	Klinikum Wahrenndorff	Wahre Dorff Str. 12	2	4	5	6	8	9	7	3	36	16				8	
28.13	Klinikum Wahrenndorff	Alter Landweg	2	4	5	6	8	9	7	3	66	16				8	
28.14	Klinikum Wahrenndorff	Wollschlägers Weg 2	2	4	5	6	8	9	7	3	70	16				8	
28.15	Klinikum Wahrenndorff	Parkstr. 1	2	4	5	6	8	9	7	3	33	16				8	
28.16	Klinikum Wahrenndorff	Zum Kreisel 2	2	4	5	6	8	9	7	3	155	16				8	
28.17	Klinikum Wahrenndorff	Kontaktstelle Voßstraße	1	7	8					2		11	13			5	
29.00	Künstlerhaus AuE gGmbH, Bultstr. 9, 30159 Hannover	Tagesstätte Tel.: 0511/813292, FAX: 0511/2881825	4							2	15	11	13			6	
30.00	Landwehrpark - Betreutes Wohnen, Landwehr 93-99, 31535 Neustadt	Ambulant Betreutes Wohnen Tel.: 05032/949979, FAX:05032/94371	5							1	12	9				8	
31.00	Medizinische Hochschule Hannover (MHH) - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -, Carl-Neuberg-Straße 1, 30625 Hannover	Tel.: 0511/532-6571/72, FAX: 0511/532-2415															
31.01	Medizinische Hochschule Hannover (MHH)	Stationen	1	5	8	10				3	76	6	16			4	
31.02	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5						1		6				2	

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
31.03	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Institutsambulanz	1	5	8									1	250	6				2
31.04	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Abhängigenambulanz/ABAM	1	5	8									1		6	16			1
31.05	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie-	Spezialsprechstunden der Poliklinik	1	5	10									1	20-50	6	16			2
31.06	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Psychotherapieambulanz	1	5										1		6	16			2
32.00	Medizinische Hochschule Hannover (MHH) - Abt. Sozialpsychiatrie -, Carl-Neuberg-Str. 1, 30625 Hannover	Tel.: 0511/532-3185, FAX: 0511/532-2415																		
32.01	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Stationen	1											3	40	5				4
32.02	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Tagesklinik	1											2	20	5	6			3
32.03	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Poliklinik/Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5	10									1	50	5				2
32.04	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Institutsambulanz	1											1	331	5				2
32.05	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Psychotherapie-Ermächtigungsambulanz	1											1	30	16				2
33.00	Nds. Landesverband für Elternkreise Drogenabhängiger e.V., Jakobistraße 43, 30163 Hannover	Angehörigenberatung/Seminare/Tagungen Tel.: 0511/393030, FAX: 0511/629783	11											1		16				9
34.00	Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen	Offener Maßregelvollzug, Außenstelle 30629 Hannover, Anderter Str. 22, Tel.: 0511/586385, FAX: 0511/	11											3	10	16				8
35.00	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Südstraße 25, 31501 Wunstorf	Tel.: 05031/930, FAX: 05031/931207																		
35.01	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Allgemeinpsychiatrie	1	5										3	189	3	14	15		4
35.02	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Allgemeinpsychiatrie	1	5										2	14	3	14	15		3
35.03	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Gerontopsychiatrische Klinik	1	5										3	91	3	14	15		4

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
35.04	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Abteilung für Kinder- u. Jugendpsychiatrie Tel.: 05031/930, FAX: 05031/1683	1	5										3	30	14	15		10	
35.05	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Kinder- u. Jugendpsychiatrie ab Mai 2001	1	5										2	8	14	15		3	
35.06	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 63 StGB	11											3	63	11	14		4	
35.07	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz	1	5										1		3	14	15	2	
35.08	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie Tel.: 05031/931684	1	5										1		3	14	15	10	
35.09	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Gerontopsychiatrie	1	5										2	11	3	14	15	3	
35.10	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Fachabteilung Bad Rehburg Tel.: 05037/900, FAX: 05037/902000	1	5										3	117	3	14	15	4	
35.11	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Institutsamb. f. Suchtkranke der Fachabteilung Bad Rehburg	1	5										1		3	14	15	2	
35.12	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 64 StGB	11											3	75	11	13	15	4	
36.00	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH Wolfstraße 36, 30519 Hannover	Tel.: 0511/8409-429, FAX: 0511/8409-540																		
36.01	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Pflegeheim Wolfstraße 36	2	4	5	6	8							3	239	1	11	13	15	8
36.02	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG - Unterstütztes Wohnen	2	4	8									3	21	1	11	13	15	8
36.03	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG - Intensiv Unterstütztes Wohnen	2	4	8									3	38	1	11	13	15	8
36.04	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Pflegeheim-Dependancen	2	4	5	6	8							3	65	1	11	13	15	8
37.00	Psychiatrisches Wohnheim "Gut Mönchehof" Wunstorfer Straße 19, 31515 Wunstorf/OT Kolenfeld	Wohnheim und Arbeitstherapie Tel.: 05031/3420, FAX: 05031/67999	4											3	31	11	12	13		8
38.00	Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Goethestr. 31, 30169 Hannover	Beratung von Angehörigen Tel.: 0511/1640560, FAX: 0511/1640566	5											1		14				9

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
38.01	Sozialdienst katholischer Frauen e.V.	Gesetzliche Betreuungen	8	12										1	65	12				9
39.00	Sozialpsychiatrischer Dienst - Team Gemeindepsychiatrie - der Region Hannover, Weinstr. 2, 30171 Hannover	Tel.: 0511/616-43284, FAX: 0511/168-43817																		
39.01	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.02 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Freytagstraße 12 A Tel.: 0511/168-43837, FAX: 0511/168-42571	1	5										1		1				2
39.02	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.03 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Plauener Straße 12 Tel.: 0511/168-48405, FAX: 0511/168-48406	1	5										1		2				2
39.03	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.04 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Deisterstr. 85 A Tel.: 0511/168-44443, FAX: 0511/168-42289	1	5										1		3				2
39.04	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.05 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Königstraße 6, Außenst. Hornemannweg 7, Tel.: 0511/168-42598, FAX: -44029	1	5										1		4				2
39.05	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.01 -	Beratungsstelle für Erwachsene Arnswaldtstr. 19, 30159 Hannover, Tel.: 0511/616-23271																		
39.06	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.07 -	Beratungsstelle für Erwachsene 31303 Burgdorf, Schillerslager Straße 40, Tel.: 05136/887127	5											1		8				2
39.07	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.08 -	Beratungsstelle für Erwachsene 31535 Neustadt, Goethestraße 15 A, Tel.: 05032/980431	5											1		9				2
39.08	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.09 -	Beratungsstelle für Erwachsene Sudewiesenstr. 4, Laatzen, Tel.: 0511/983869-0	5																	
39.09	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.20 -	Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche Arnswaldtstr. 19, 30159 Hannover, Tel.: 0511/616-23272	5																	
39.10	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover	Beratungsstelle für Erwachsene, Arnswaldtstr. 19 mit Außenstellen (Sprechstunde 1 x wöchentlich)	5											1		7	10			2
		Außenstellen: 30890 Barsinghausen, Deisterplatz 2																		2
		30989 Gehrden, Kirchstr. 2																		2
		30966 Hemmingen-Westerfeld, Rathausplatz 6 A																		2
		30916 Isernhagen-Altwarmbüchen, Bothfelder Straße 33																		2

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
		30880 Laatzen, Marktstraße 13																2	
		30851 Langenhagen, Stadtparkallee 1																2	
		30982 Pattensen, Marienstr. 2																2	
		30952 Ronnenberg-Empelde, Am Rathaus 17																2	
		30926 Seelze, Schillerstraße 2																2	
		31832 Springe, An der Bleiche 6																2	
40.00	STEP, gemeinnützige Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH, Lemförder Straße 2-4, 30057 Hannover	Tel.: 0511/98931-0, FAX: 0511/98931-42																	
40.01	STEP gGmbH	Fachamb. für Alkohol- und Medikamentenabhängige (FAM) Betreuung, Beratung u. amb. Rehabilitation Suchtkranker	1	2	8	11							1			11		1	
40.02	STEP gGmbH	Entwöhnungstherapie für Abhängige von illegalen Drogen	1	2	4								3	117	11	13	15	8	
40.03	STEP gGmbH	Wohnheim Gestorf, Langzeiteinrichtung für chronisch Abhängigkeitskranke, Tel.: 05045/98097, FAX: 05045/98099	4	8									3	33	16			8	
40.04	STEP gGmbH	Jugend- und Drogenberatungszentrum (DROBS) Odeonstr. 14, 30159 Hannover, Tel.: 0511/701460, FAX: 0511/7014639	1	2	4	5	7	8	11	13			1		11	12	13	1	
40.05	STEP gGmbH	Suchtberatung Barsinghausen und Umgebung, Deisterplatz 2, 30890 Barsinghausen, Tel.: 05105/515855, FAX: -/515836	1	2	5	7	8	11	88				1		7	9	10	15	1
40.06	STEP gGmbH	Step-IN Tagesklinik, Grazer Straße 20, 30519 Hannover, Tel.: 0511/9845960, FAX: 98459620	1	2	4								2	12	11	13		3	
41.00	Stephansstift, Kirchröder Straße 43c, 30625 Hannover	Tel.: 0511/5353-275, FAX: 0511/5353-553																	
41.01	Stephansstift	Wohngruppen für Jugendliche	4	88									3	35	11	13		10	
41.02	Stephansstift	Wohngruppe für Kinder	4	88									3	8	11	13		10	

**11. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 9. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
42.00	Verein Psychiatrie-Erfahrener e.V. (VPE), Rückertstraße 17, 30169 Hann.	Selbsthilfverein Tel.: 0511/1318852, FAX: ./.	5											1		11	13		9	
43.00	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Tel.: 0511/663060, FAX: 0511/625616																		
43.01	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Übergangswohnheim § 39 BSHG Arbeitstherapie / Beschäftigungstherapie	4											3	57	5	6	11	13	8
43.02	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Ambulant Betreutes Wohnen	5	8										1	21	5	6	11		8
43.03	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Rühmkorfstr. 2, 30163 Hannover	Wohnheim § 39 BSHG Arbeitstherapie / Beschäftigungstherapie	4											3	44	5	6	11	13	8
43.04	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V., Walderseestr. 1, 30163 Hannover	Kontaktstelle Treffpunkt List Walderseestr. 1, 30163 Hannover	5	7										2		5	6			5
43.05	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V., Walderseestr. 1, 30163 Hannover	Tageszentrum (Tagesstättenfunktion § 39 BSHG)	5											2	10	5	6			6
43.06	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Werkstatt für Behinderte - Arbeitsbereich - Tel.: 0511/635292, FAX: 0511/635353	4											2	144	11				7
43.07	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Berufsbildungs - Bereich Tel.: 0511/635292, FAX: 0511/635353	2	3											12	11				7
44.00	Verein zur Förderung sozialer Beziehungen, Drostestr. 22 G, 30161 Hann.	Wohnprojekt "Getrennt wohnen - Gemeinsam frühstücken" Tel.: 0511/9655816, FAX: 0511/9655816	5											1	12	5				8
45.00	Werkheim e.V., Büttnerstraße 9, 30165 Hannover	Tel.: 0511/35856-40, FAX: 0511/3501673																		
45.01	Werkheim e.V.	Heim für ältere Männer gem. § 11 BSHG	5											3	50	11				8
45.02	Werkheim e.V.	Heim für Wohnungslose gem. § 72 BSHG	4											3	164	16				8
45.03	Werkheim e.V.	Nachgehende Hilfen gem. § 72 BSHG	4											1		16				8
46.00	Diakonischer Betreuungsverein Hannover e.V. Herrenhäuser Str. 62, 30419 Hannover	Tel.: 0511/795156, FAX: 0511/795157	8	12										1	85	11				9

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																	
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																	
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger								Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet				Angebotsformen
			1	2	5	7	8	11	12	13			14	15			
09.01	Caritasverband Hannover e.V., Grupenstr. 8 (im K - Punkt), 30159 Hannover	Psychosoziale Beratungsstelle (Suchtberatung und -therapie) Tel.: 0511/270739-80, FAX: 0511/270739-88	1	2	5	7	11				1		11	13		1	
09.04	Caritasverband e.V., Am Osterberge 1, 30823 Garbsen	Psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle Garbsen/Seelze Tel.: 05137/78859, FAX: 05137/875746	1	2	5	7	8	11			1		9	10	12	14	1
11.01	Diakonisches Werk, Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke Burgstraße 8 und 10, 30159 Hannover	Ambulante Therapie, Beratung, Schulungen Tel.: 0511/3687-148, FAX: 0511/ 3687180	1	2	5	7	8	11			1		11				1
11.03	Diakonisches Werk -Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke - Schillerslager Straße 9, 31303 Burgdorf mit Nebenst. Laatzen u. Springe	Beratung/Ambulante Rehabilitation Tel.: 05136/897330, FAX: 05136/897373	1	2	4	5	7	8	11	12	1		8	10	7		1
12.00	DROBEL, Große Moorstraße 5, 31275 Lehrte	Drogenberatung und Substitution Tel.: 05132/825629, FAX: 836371	7	11	88						1	180	11	13			1
31.04	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Abhängigenambulanz/ABAM	1	5	8						1		6	16			1
40.01	STEP gGmbH	Fachamb. für Alkohol- und Medikamentenabhängige (FAM) Betreuung, Beratung u. amb. Rehabilitation Suchtkranker	1	2	8	11					1		11				1
40.04	STEP gGmbH	Jugend- und Drogenberatungszentrum (DROBS) Odeonstr. 14, 30159 Hannover, Tel.: 0511/701460, FAX: 0511/7014639	1	2	4	5	7	8	11	13	1		11	12	13		1
40.05	STEP gGmbH	Suchtberatung Barsinghausen und Umgebung, Deisterplatz 2, 30890 Barsinghausen, Tel.: 05105/515855, FAX: -/515836	1	2	5	7	8	11	88		1		7	9	10	15	1

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
27.05	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz I, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen	1	4										1		2	7			2
27.06	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz II, Königstraße 6, 30175 Hannover	1	4										1		4				2
31.02	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5										1		6				2
31.03	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Institutsambulanz	1	5	8									1	250	6				2
31.05	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie-	Spezialsprechstunden der Poliklinik	1	5	10									1	20-50	6	16			2
31.06	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Psychotherapieambulanz	1	5										1		6	16			2
32.03	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Poliklinik/Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5	10									1	50	5				2
32.04	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Institutsambulanz	1											1	331	5				2
32.05	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Psychotherapie-Ermächtigungsambulanz	1											1	30	16				2
27.05	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz I, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen	1	4										1		2	7			2
27.06	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz II, Königstraße 6, 30175 Hannover	1	4										1		4				2
31.02	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5										1		6				2
31.03	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Institutsambulanz	1	5	8									1	250	6				2
31.05	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie-	Spezialsprechstunden der Poliklinik	1	5	10									1	20-50	6	16			2
31.06	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Psychotherapieambulanz	1	5										1		6	16			2
32.03	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Poliklinik/Sozialpsychiatrischer Dienst	1	5	10									1	50	5				2

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
32.04	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Institutsambulanz	1											1	331	5				2
32.05	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Psychotherapie-Ermächtigungsambulanz	1											1	30	16				2
35.07	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz	1	5										1		3	14	15		2
35.11	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Institutsamb. f. Suchtkranke der Fachabteilung Bad Rehburg	1	5										1		3	14	15		2
39.01	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.02 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Freytagstraße 12 A Tel.: 0511/168-43837, FAX: 0511/168-42571	1	5										1		1				2
39.02	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.03 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Plauener Straße 12 Tel.: 0511/168-48405, FAX: 0511/168-48406	1	5										1		2				2
39.03	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.04 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Deisterstr. 85 A Tel.: 0511/168-44443, FAX: 0511/168-42289	1	5										1		3				2
39.04	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.05 -	Beratungsstelle für Erwachsene, Königstraße 6, Außenst. Hornemannweg 7, Tel.: 0511/168-42598, FAX: -	1	5										1		4				2
39.06	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.07 -	Beratungsstelle für Erwachsene 31303 Burgdorf, Schillerslager Straße 40, Tel.: 05136/887127	5											1		8				2
39.07	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.08 -	Beratungsstelle für Erwachsene 31535 Neustadt, Goethestraße 15 A, Tel.: 05032/980431	5											1		9				2
39.10	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover	Beratungsstelle für Erwachsene, Arnswaldtstr. 19 mit Außenstellen (Sprechstunde 1 x wöchentlich)	5											1		7	10			2

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
27.04	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Tagesklinik Königstr. 6 A	1	4										2	43	11	13			3
28.04	Klinikum Warendorff	Tagesklinik Sehnde/Iiten	1	4	7	8	11							2	15	12	14	15		3
28.05	Klinikum Warendorff	Tagesklinik Lehrte	1	4	7	8	11							2	15	12	14	15		3
28.06	Klinikum Warendorff	Tagesklinik Hannover	1	4	7	8	11							2	10	12	14	15		3
32.02	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Tagesklinik	1											2	20	5	6			3
35.02	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Allgemeinpsychiatrie	1	5										2	14	3	14	15		3
35.05	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Kinder- u. Jugendpsychiatrie ab Mai 2001	1	5										2	8	14	15			3
35.09	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Gerontopsychiatrie	1	5										2	11	3	14	15		3
40.06	STEP gGmbH	Step-IN Tagesklinik, Grazer Straße 20, 30519 Hannover, Tel.: 0511/9845960, FAX: 98459620	1	2	4									2	12	11	13			3

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
27.01	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Stationen	1											3	161	2	4	7	4
27.02	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Drogentherapiestation	1	4										3	8	11	13		4
27.03	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Niederschwellige Drogentherapiestation	1	4										3	12	11	13		4
27.01	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Stationen	1											3	161	2	4	7	4
27.02	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Drogentherapiestation	1	4										3	8	11	13		4
27.03	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Niederschwellige Drogentherapiestation	1	4										3	12	11	13		4
28.01	Klinikum Warendorff	Klinik für Gerontopsychiatrie	1	4	7	8	11							3	52	12	14	15	4
28.02	Klinikum Warendorff	Klinik für Suchtbehandlungen	1	4	7	8	11							3	53	12	14	15	4
28.03	Klinikum Warendorff	Klinik für Allgemeine Psychiatrie	1	4	7	8	11							3	117	12	14	15	4
31.01	Medizinische Hochschule Hannover (MHH)	Stationen	1	5	8	10								3	76	6	16		4
32.01	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Stationen	1											3	40	5			4
35.01	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Allgemeinpsychiatrie	1	5										3	189	3	14	15	4
35.03	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Gerontopsychiatrische Klinik	1	5										3	91	3	14	15	4
35.06	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 63 StGB	11											3	63	11	14		4
35.10	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5,	Fachabteilung Bad Rehburg Tel.: 05037/900, FAX: 05037/902000	1	5										3	117	3	14	15	4
35.12	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 64 StGB	11											3	75	11	13	15	4

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
05.02	Balance e.V.	Kontaktstelle Garbsen	5											1		14			5
05.04	Balance e.V.	Kontaktstelle Hannover, Goethestr. 23, 30169 Hannover Tel.: 0511/1611933, FAX: 1319434	5											1		3	4		5
07.06	beta 89 e.V.	Kontaktstelle, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover Tel.: 0511/16748880, FAX: 0511/16748877	5	7	11									1	30	11			5
10.01	Der Steg e.V.	Kontaktstelle	5											1	30	11	13		5
11.04	Diakonisches Werk Treffpunkt am Park, An der Masch 32, 30880 Laatzen	Kontaktstelle Tel.: 0511/869211, FAX:	5	7										1		10			5
16.03	FIPS e.V.	Kontaktstelle	5	7	88									1	60	8			5
19.00	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V., Große Düwelstraße 48, 30171 Hannover	Kontaktstelle Tel.: 0511/813993, FAX: 0511/813894	5	7										1	75	11			5
19.01	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V., Große Düwelstraße 48, 30171 Hannover	Gruppenangebot	11	7										1	36	16			5
28.17	Klinikum Wahrenndorff	Kontaktstelle Voßstraße	1	7	8									2		11	13		5
43.04	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V., Walderseestr. 1, 30163 Hannover	Kontaktstelle Treffpunkt List Walderseestr. 1, 30163 Hannover	5	7										2		5	6		5

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
05.01	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Garbsen	4											2	22	16				6
05.05	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Hannover Goethestr. 23, 30169 Hannover	4											2	22	16				6
05.06	Balance e.V.	Tagesstätte, Am Rathaus 9, 30952 Ronnenberg-Empelde Tel.: 0511/461099, FAX: 0511/2610176	4											2	20	16				6
07.05	beta 89 e.V.	Tagesstätte, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover Tel.: 0511/16748880, FAX: 0511/16748877	4	7	8									2	18	11				6
08.02	Birkenhof e.V.	Tagespflege Anna-Meyberg-Haus, Bleekstr. 20, 30559 Hann. Tel.: 0511/5109-185, FAX: 0511/5109-239	5	6	8									2	8	11				6
08.03	Birkenhof e.V.	Tagespflege Waldhausen, Grazer Str. 5, 30519 Hannover Tel.: 0511/831698, FAX: 0511/8425612	5	6	8									2	12	11				6
08.04	Birkenhof e.V.	Tagespflege Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover Tel.: 0511/75009815, FAX: 0511/75009812	5	6	8									2	12	11				6
08.05	Birkenhof e.V.	Tagespflege Anna-Schaumann-Stift, Ilseweg 9-11, 30853 Lgh Tel.: 0511/77091, FAX: 0511/7709245	5	6	8									2	12	11	13			6
16.02	FIPS GmbH	Tagesstätte	4											2	25	8				6
29.00	Künstlerhaus AuE gGmbH, Bultstr. 9, 30159 Hannover	Tagesstätte Tel.: 0511/813292, FAX: 0511/2881825	4											2	15	11	13			6
43.05	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V., Walderseestr. 1, 30163 Hannover	Tageszentrum (Tagesstättenfunktion § 39 BSHG)	5											2	10	5	6			6

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
04.00	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Hannover-Stadt e. V., Königstraße 19, 30175 Hannover	Berufsbegleitender Dienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleben, Tel.: 0511/345906, FAX: 0511/314360	9											1		12				7
06.00	Behindertenhilfe Berkhöpen/Burgdorf, Am Berkhöpen 3, 31234 Edemissen	Werkstatt für Behinderte Rehatec Peine (Arbeitstherapie- und Arbeitsbereich) Tel.: 05136/809500, FAX:	2	3	4								2		58	8	12	13		7
07.01	beta 89 e.V.	beta-REHA, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover	1	2	3	4							2		33	11				7
04.00	Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Hannover-Stadt e. V.,	Berufsbegleitender Dienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleben, Tel.: 0511/345906, FAX: 0511/314360	9										1			12				7
06.00	Behindertenhilfe Berkhöpen/Burgdorf, Am Berkhöpen 3, 31234 Edemissen	Werkstatt für Behinderte Rehatec Peine (Arbeitstherapie- und Arbeitsbereich) Tel.: 05136/809500, FAX:	2	3	4								2		58	13				7
07.01	beta 89 e.V.	beta-REHA, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover Tel.: 0511/3	1	2	3	4							2		33	11				7
07.04	beta 89 e.V.	Kioskbetriebe, Rohdehof 3, 30853 Langenhagen Te	5	7									1		22	11				7
15.02	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Berufsbegleitender Dienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleb	9										1			9	12	13		7
15.04	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Ergotherapie-Praxis	1										1			14				7
15.05	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Integrationsfirma (Modellprojekt)	7	88									1		8	11	13	15		7
15.06	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Rehabilitation psychisch Kranker (RPK)	1	2	3	4	5						2		30	11	13	15		7
15.07	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Integrationsfachdienst	2	3									1		28	14	15			7
20.01	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Werkstätten für Behinderte (WfB), (Arbeitstherapie- und Arbeit	2	3	4								2		65	11	13	15		7
43.06	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Werkstatt für Behinderte - Arbeitsbereich - Tel.: 0511/635292, FAX: 0511/635353	4										2		144	11				7
43.07	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Berufsbildungs - Bereich Tel.: 0511/635292, FAX: 0511/635353	2	3											12	11				7

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
04.01	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Übergangwohnheim Nordfelder Reihe 25, 30159 Hannover	Übergangwohnheim Tel.: 0511/1316917, FAX: 0511/17625	4											3	21	16			8	
04.03	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Ambulant Betreutes Wohnen Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen Tel.: 0511/21978-187, FAX: 0511/21978-149	5											1	48	11			8	
05.03	Balance e.V.	Ambulant Betreutes Einzelwohnen Garbsen	5											1	40	9	10		8	
07.02	beta 89 e.V.	Betreutes Wohnen, Rotermundstr. 27, 30165 Hannover Tel.: 0511/16748860, FAX: 0511/16748877	5											1	138	11			8	
07.03	beta 89 e.V.	beta-SuPA, Königstraße 6, 30175 Hannover Tel.: 0511/3886813, FAX: 0511/3886826	5											1	80	11			8	
08.01	Birkenhof e.V.	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Herrenhausen/Burg, Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover	7	13										1		12			8	
08.06	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Schaumann-Stift, Ilseweg 9-11, 30853 Lgh. Tel.: 0511/7209-243, FAX: 0511/7709245	5	6	8									3	145	11	13		8	
08.07	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Wichernstift, Grazer Str. 5, 30519 Hannover Tel.: 0511/8425610, FAX: 0511/8425633	5	6	8									3	62	11			8	
08.08	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Friedrich-Wasmuth-Haus, Eichsfelder Str. 54 A, 30419 Hannover Tel.: 0511/271880, FAX: 0511/757236	5	6	8									3	83	11			8	
08.09	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Meyberg-Haus, Bleekstr. 20, 30559 Hann. Tel.: 0511/5109/5109-212, FAX: 5109/239	5	6	8									3	115	11	13		8	
09.00	Caritasverband Hannover e.V., Posthornstr. 17, 30449 Hannover	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Linden Tel.: 0511/4504249, FAX: 0511/454250	7	13										1		12			8	
13.00	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark OT Gailhof	Wohnheim und Arbeitstherapie Haus Mohmühle/Haus Schwanenwik - Tel.: 05130/92930, FAX: 05130/929393	4	5	8									3	106	11	13	15	8	
15.01	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Wohnheim	4	8	12									3	47	9	11	13	15	8
15.03	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Betreutes Wohnen	4	5	8									1	52	14				8
16.01	FIPS GmbH	Betreutes Wohnen	5											1	30	8				8
16.04	FIPS GmbH	Wohnheim Heidhof, 31311 Uetze, OT Hänigsen, Rählingser S	4											3	10	8	13	15		8

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger							Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
16.05	FIPS GmbH	Trainings-Wohngemeinschaft Lehrte	4								3	10	8	13	15	8
17.00	Gemeinnützige Gesellschaft für Behindertenarbeit mbH Liebigstr. 6, 30851 La	Ambulant betreutes Wohnen Tel.: 0511/966990, FAX: 0511/9669936	5	8							1	65	7	12	14	8
18.01	Gerontopsychiatrisches Alten- und Pflegeheim "Am Seelberg" GmbH	Wohnheim für chronisch mehrfachgeschädigte suchtkranke M	2	4							3	41	11	13		8
18.02	Gerontopsychiatrisches Alten- und Pflegeheim "Am Seelberg" GmbH	Pflegeheim (Sucht-, Psychose- und andere chronisch-psychische Erkrankungen)	2	5	6						3	123	11	13		8
20.02	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Ambulant betreutes Wohnen	5								1	12	12			8
20.03	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Wohngruppe für autistische Menschen	2	3	4						3	7	11	13		8
22.00	Heimbetriebe Schneeren gGmbH, Steinhorstweg 16, 31535 Neustadt	Wohnheime § 39 BSHG Tel: 05036/980-0, FAX: 05036/980-44	4								3	196	11	13	15	8
28.08	Klinikum Warendorff	Wohnbereich Sehnde	2	4	5	6	8	9		7	3	27	16			8
28.09	Klinikum Warendorff	Wohnbereich Ilten Rudolf Warendorff Haus	2	4	5	6	8	9		7	3	131	16			8
28.10	Klinikum Warendorff	Wohnbereich Köthenwald Tel.: 05132/902200 Wahre Dorff Str. 8 FAX: 05132/902266	2	4	5	6	8	9		7	3	67	16			8
28.11	Klinikum Warendorff	Wahre Dorff Str. 10	2	4	5	6	8	9		7	3	99	16			8
28.12	Klinikum Warendorff	Wahre Dorff Str. 12	2	4	5	6	8	9		7	3	36	16			8
28.13	Klinikum Warendorff	Alter Landweg	2	4	5	6	8	9		7	3	66	16			8
28.14	Klinikum Warendorff	Wollschlägers Weg 2	2	4	5	6	8	9		7	3	70	16			8
28.15	Klinikum Warendorff	Parkstr. 1	2	4	5	6	8	9		7	3	33	16			8
28.16	Klinikum Warendorff	Zum Kreisel 2	2	4	5	6	8	9		7	3	155	16			8

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																		
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																		
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger								Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet				Angebotsformen	
30.00	Landwehrpark - Betreutes Wohnen, Landwehr 93-99, 31535 Neustadt	Ambulant Betreutes Wohnen Tel.: 05032/949979, FAX:05032/94371	5									1	12	9			8	
34.00	Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen	Offener Maßregelvollzug, Außenstelle 30629 Hannover, Anderter Str. 22, Tel.: 0511/586385, FAX: 0511/	11									3	10	16			8	
36.01	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Pflegeheim Wolfstraße 36	2	4	5	6	8					3	239	1	11	13	15	8
36.02	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG - Unterstütztes Wohnen	2	4	8							3	21	1	11	13	15	8
36.03	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG - Intensiv Unterstütztes Wohnen	2	4	8							3	38	1	11	13	15	8
36.04	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Pflegeheim-Dependancen	2	4	5	6	8					3	65	1	11	13	15	8
37.00	Psychiatrisches Wohnheim "Gut Mönchehof" Wunstorfer Straße 19, 31515 Wunstorf/OT Kolenfeld	Wohnheim und Arbeitstherapie Tel.: 05031/3420, FAX: 05031/67999	4									3	31	11	12	13		8
40.02	STEP gGmbH	Entwöhnungstherapie für Abhängige von illegalen Drogen	1	2	4							3	117	11	13	15		8
40.03	STEP gGmbH	Wohnheim Gestorft, Langzeiteinrichtung für chronisch Abhängigkeitskranke, Tel.: 05045/98097, FAX: 05045/98099	4	8								3	33	16				8
43.01	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Übergangswohnheim § 39 BSHG Arbeitstherapie / Beschäftigung	4									3	57	5	6	11	13	8
43.02	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Ambulant Betreutes Wohnen	5	8								1	21	5	6	11		8
43.03	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Rühmkorfstr. 2, 30163 Hannover	Wohnheim § 39 BSHG Arbeitstherapie / Beschäftigungstherapie	4									3	44	5	6	11	13	8
44.00	Verein zur Förderung sozialer Beziehungen, Drostr. 22 G, 30161 Hann.	Wohnprojekt "Getrennt wohnen - Gemeinsam frühstücken" Tel.: 0511/9655816, FAX: 0511/9655816	5									1	12	5				8
45.01	Werkheim e.V.	Heim für ältere Männer gem. § 11 BSHG	5									3	50	11				8
45.02	Werkheim e.V.	Heim für Wohnungslose gem. § 72 BSHG	4									3	164	16				8
45.03	Werkheim e.V.	Nachgehende Hilfen gem. § 72 BSHG	4									1		16				8

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																			
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																			
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen	
01.00	Arbeitsgemeinschaft Angehöriger psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen (AANB) e.V., Wedekindplatz 3, 30161 Hannover	Selbsthilfezentrale für Angehörige psychisch Kranker Tel.: 0511/622676, FAX: 0511/624977	5	7										1		11	13	15	9
02.00	AANB - Angehörigengruppe Wunstorf e.V., Uferplatz 5, 30890 Barsinghausen	Selbsthilfegruppe Tel: 05105/2115, FAX: 05105/64628	7										1		7	9	11	9	
03.00	Arbeitskreis der freiberuflichen Betreuer/innen im Amtsgerichtsbezirk Hann. (A	Berufsbetreuer/innen Tel.: 0511/1690418, FAX: 0511/1690419	4	8									1	870	13			9	
04.02	AWO, Kreisverband Hannover-Stadt e. V. Betreuungsverein Deisterstr. 85 A,	Gesetzliche Betreuungen Tel.: 0511/12978198, FAX: 0511/21978149	8	12									1	60	11			9	
04.04	AWO, Betreuungsverein für den Landkreis Hannover e. V. Schwarzer Bär 4, 3	Gesetzliche Betreuungen	8	12									1	70	12			9	
09.02	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Altenbegegnungs- und Beratungsstelle Lindenbaum Tel.: 0511/2104372, FAX: 0511/2123830	6										1		3			9	
09.03	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Gerontopsychiatrische Fachberatung Tel.: 0511/2104371, FAX: 0511/2123830	88										1		3			9	
10.02	Der Steg e.V.	Psychozialer/psychiatrischer Krisendienst (PPKD)	5										1		11	13		9	
11.02	Diakonisches Werk Zentrale Beratungsstelle, Hagenstraße 36, 30161 Hannover	Kontaktladen "Mecki", Streetwork Tel.:0511/3480264, FAX: 0511/9904036	4	5	7								1		16			9	
14.00	Ethnomedizinisches Zentrum e.V., Königstraße 6, 30175 Hannover	Beratung und Therapie für Migranten Tel.: 0511/168-41020, FAX: 0511/457215	1	5	7								1	60	11	16		9	
21.00	Gesellschaft für Integration, Verwaltung: Am Sudfelde 1, 31592 Stolzenau	Regionale Wohnnetz-Assistenz Tel.: 0511/750098-6, FAX: 051	5	8									1	100	11	13		9	
33.00	Nds. Landesverband für Elternkreise Drogenabhängiger e.V., Jakobstraße 43	Angehörigenberatung/Seminare/Tagungen Tel.: 0511/393030,	11										1		16			9	
38.00	Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Goethestr. 31, 30169 Hannover	Beratung von Angehörigen Tel.: 0511/1640560, FAX: 0511/164	5										1		14			9	
38.01	Sozialdienst katholischer Frauen e.V.	Gesetzliche Betreuungen	8	12									1	65	12			9	
42.00	Verein Psychiatrie-Erfahrener e.V. (VPE), Rückertstraße 17, 30169 Hann.	Selbsthilfeverein Tel.: 0511/1318852, FAX: ./.	5										1		11	13		9	
46.00	Diakonischer Betreuungsverein Hannover e.V. Herrenhäuser Str. 62, 30419 Hannover	Tel.: 0511/795156, FAX: 0511/795157	8	12									1	85	11			9	

**12. Statistische Jahresberichte der Versorgungseinrichtungen für das Berichtsjahr 2002
des Sozialpsychiatrischen Verbundes der Region Hannover**

Datenblatt A: Statistische Angaben der Einrichtungsträger sortiert in alphabetischer Reihenfolge																				
Legende zu den Datenblättern A und B: Siehe Ziffer 8. Codierungsliste																				
Nr.	Träger	Angebot	Code Kostenträger										Versorgungsart	Plätze	Code Einzugsgebiet			Angebotsformen		
24.00	Winnicott Institut zur Förderung der Psychoanalyse bei Kindern u. Jugendlichen e.V.	Geibelstr. 104, 30173 Hannover Tel.: 0511/800497-0, FAX: 0511/800497-42	1	5	7	10								1		11	13			10
26.01	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Institutsambulanz	1											1		11	14	15		10
26.02	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Stationen	1	5	8									3	56	11	14	15		10
35.04	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Abteilung für Kinder- u. Jugendpsychiatrie Tel.: 05031/930, FAX: 05031/1683	1	5										3	30	14	15			10
35.08	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie Tel.: 05031/931684	1	5										1		3	14	15		10
41.01	Stephansstift	Wohngruppen für Jugendliche	4	88										3	35	11	13			10
41.02	Stephansstift	Wohngruppe für Kinder	4	88										3	8	11	13			10

A) Datenblatt für Einrichtungsträger

Berichtsjahr:

1. Name und Adresse des Einrichtungsträgers

	(Code-Nr.)

2. Angaben zu den verschiedenen Angeboten der Einrichtung

Erläuterung: Angebote nach vorrangigem Kostenträger und Definition (ambulant, teilstationär, stationär) differenzieren, jeweils planmäßige und tatsächlich belegte Platzzahlen (jeweils zum 31.12. des Berichtsjahres) sowie hauptsächliches Einzugsgebiet (regionale Versorgungszuständigkeit) angeben.

Bei mehreren Kostenträgern bitte nur den vorrangigen angeben, ebenso bei Zuständigkeit für mehrere Versorgungssektoren das hauptsächliche Einzugsgebiet aus der Codierungsliste auswählen!

Code-Nr. des Hilfsangebotes	vorrangiger Kostenträger	Leistungsart	Platzzahl (am 31.12.) nach Plan belegt		hauptsächliches Einzugsgebiet

Code vorrangiger Kostenträger

- 1 = Krankenversicherung; 2 = Rentenversicherung; 3 = Arbeitsverwaltung; 4 = überörtlicher Sozialhilfeträger; 5 = Kommune / örtlicher Sozialhilfeträger; 6 = Pflegeversicherung; 7 = Eigenmittel des Einrichtungsträgers (einschl. Spenden); 8 = Eigenmittel des Patienten / Klienten; 9 = Integrationsamt; 10 = nds. Wissenschaftsministerium; 11 = nds. Sozialministerium (einschl. freiwillige Beihilfen); 12 = nds. Justizministerium; 13 = Bundesministerien; 88 = sonstige Kostenträger, bitte Klartext angeben: _____; 99 = unbekannt / unklar

Code Leistungsart

- 1 = ambulante Leistungen; 2 = teilstationäre Leistungen; 3 = stationäre Leistungen

Code hauptsächliches Einzugsgebiet (regionale Versorgungszuständigkeit)

- 1 = BS Ronnenberg / Empelde; 2 = BS Freytagstr.; 3 = BS Plauener Str.; 4 = BS Deisterstraße; 5 = BS Königstr.; 6 = Sozialpsychiatrische Poliklinik Podbielskistr. / MHH; 7 = BS Burgdorf; 8 = BS Neustadt; 9 = BS Laatzen; 10 = BS Langenhagen; 11 = Psychiatrische Poliklinik I / MHH; 12 = andere Teilgebiete der Region; 13 = gesamtes Gebiet der Region; 14 = gesamtes Gebiet der Stadt Hannover; 15 = andere Teilgebiete der Stadt Hannover; 16 = gesamtes Gebiet des Umlandes; 17 = andere Teilgebiete des Umlandes; 18 = Einzugsgebiete außerhalb der Region Hannover; 19 = kein definiertes vorrangiges Einzugsgebiet

**B) Datenblatt für einzelne Angebote
eines Einrichtungsträgers**

Berichtsjahr:

1. Kurzbezeichnung Angebot und Einrichtungsträger

	(Code-Nr.)

- Dieses Angebot ist Maßnahmefinanziert (wenn ja, bitte Abschnitt 2. ausfüllen)
- Dieses Angebot ist Pauschalfinanziert (d.h. unabhängig von der Zahl der belegten Plätze)
(zutreffendes ankreuzen)

2. Zahl und Kosten der belegten Plätze bei Maßnahmefinanziertem Angebot (Stichtag 31.12.)

Erläuterung: Bei einer internen Differenzierung des Hilfsangebotes mit unterschiedlichen Kostensätzen bitte für jede Kostenstufe eine Zeile verwenden und die zutreffende Zeiteinheit ankreuzen. Gilt der Kostensatz pro (Fachleistungs-) Stunde, zusätzlich bitte die durchschnittlich geleistete Anzahl der (Fachleistungs-) Stunden pro Monat angeben. Relevant sind alle kostenwirksamen (auch Fremdvergebene) Leistungen.

Ifd. Nr.	Kosten pro Platz (€)	Zeiteinheit des Kostensatzes					Zahl der Plätze
		Stunde	Stunden / Monat	Tag	Monat	Quartal	
2.1							
2.2							
2.3							
2.4							
2.5							

3. Angaben zu Umfang und Qualifikation des eingesetzten Personals (Stichtag 31.12.)

Erläuterung: Anzahl der Vollkräfte immer mit 1-2 Stellen hinter dem Komma angeben (z.B. 4,6 bzw. 3,25).

Grundqualifikation	Vollkräfte insgesamt	Vollkräfte mit Zusatzqualifikation	Art der Zusatzqualifikation		
			1	2	3
1 Medizin, Psychologie, Pädagogik u.ä.					
2 Sozialpäd., Krankenpfl., ET, Heilerziehungspfl., Meister u.ä.					
3 Hauswirtschaft, Heilhilfeberufe, Facharbeiter					
4 Verwaltungspersonal					

Code Zusatzqualifikationen: 1 = psychotherapeutische Qualifizierung (Zusatztitel, Facharztanerkennung, Abschluss Psychotherapie-Ausbildung); 2 = sozialpsychiatrische Zusatzausbildung; 3 = Sonstiges

4. Bitte Zahl der im Berichtsjahr behandelten bzw. betreuten Patienten angeben:
(Möglichst für jeden Patienten dann ein ausgefülltes Datenblatt C beilegen)

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

**B) Datenblatt für einzelne Angebote
eines Einrichtungsträgers**

Berichtsjahr:

1. Kurzbezeichnung Angebot und Einrichtungsträger

	(Code-Nr.)

- Dieses Angebot ist Maßnahmefinanziert (wenn ja, bitte Abschnitt 2. ausfüllen)
- Dieses Angebot ist Pauschalfinanziert (d.h. unabhängig von der Zahl der belegten Plätze)
(zutreffendes ankreuzen)

2. Zahl und Kosten der belegten Plätze bei Maßnahmefinanziertem Angebot (Stichtag 31.12.)

Erläuterung: Bei einer internen Differenzierung des Hilfsangebotes mit unterschiedlichen Kostensätzen bitte für jede Kostenstufe eine Zeile verwenden und die zutreffende Zeiteinheit ankreuzen. Gilt der Kostensatz pro (Fachleistungs-) Stunde, zusätzlich bitte die durchschnittlich geleistete Anzahl der (Fachleistungs-) Stunden pro Monat angeben. Relevant sind alle kostenwirksamen (auch Fremdvergebene) Leistungen.

lfde. Nr.	Kosten pro Platz (€)	Zeiteinheit des Kostensatzes					Zahl der Plätze
		Stunde	Stunden / Monat	Tag	Monat	Quartal	
2.1							
2.2							
2.3							
2.4							
2.5							

3. Angaben zu Umfang und Qualifikation des eingesetzten Personals (Stichtag 31.12.)

Erläuterung: Anzahl der Vollkräfte immer mit 1-2 Stellen hinter dem Komma angeben (z.B. 4,6 bzw. 3,25).

Grundqualifikation	Vollkräfte insgesamt	Vollkräfte mit Zusatzqualifikation	Art der Zusatzqualifikation		
			1	2	3
1 Medizin, Psychologie, Pädagogik u.ä.					
2 Sozialpäd., Krankenpfl., ET, Heilerziehungspfl., Meister u.ä.					
3 Hauswirtschaft, Heilhilfeberufe, Facharbeiter					
4 Verwaltungspersonal					

Code Zusatzqualifikationen: 1 = psychotherapeutische Qualifizierung (Zusattitel, Facharztanerkennung, Abschluss Psychotherapie-Ausbildung); 2 = sozialpsychiatrische Zusatzausbildung; 3 = Sonstiges

4. Bitte Zahl der im Berichtsjahr behandelten bzw. betreuten Patienten angeben:
(Möglichst für jeden Patienten dann ein ausgefülltes Datenblatt C beilegen)

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

**C) Datenblatt für die Patientenbezogene
Basis- und Leistungsdokumentation**

Berichtsjahr:

Erläuterung: Grundlage dieses Datenblattes ist der minimale Merkmalskatalog nach den Empfehlungen des Landesfachbeirates Psychiatrie, wie er vom Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten für die Erstellung Sozialpsychiatrischer Pläne nach § 9 NPsychKG gebilligt worden ist. In die vorgesehenen Felder bitte nur die Ziffer eintragen, die nach der Legende für den jeweiligen Patienten die am ehesten zutreffende Merkmalsausprägung bezeichnet. **Es soll der Stand bei Ende des Berichtsjahres bzw. bei Ende der letzten Behandlung/Betreuung im Berichtsjahr dokumentiert werden.**

1. Angaben zum Ort der Hilfe und zur eigenen psychiatrischen Versorgungsleistung

**1.1 Code-Nr.
des eigenen Hilfsangebotes**

**1.2 Dauer der Behandlung/Betreuung
im eigenen Hilfsangebot im Berichtsjahr**

Anzahl der Tage angeben bei teil- oder vollstationärer psychiatrisch-psychotherapeutischer Behandlung bzw. Rehabilitation in der Klinik; bei unbekannter Dauer: 999 eintragen

Anzahl der Quartale angeben bei allen übrigen Hilfsangeboten; bei unbekannter Dauer: 9 eintragen

2. Angaben zur Person des Patienten und zur Zuständigkeit bei Versorgungsleistungen

2.1 Geschlecht

1 = männlich; 2 = weiblich; 9 = Geschlecht unbekannt/unklar

2.2 Alter

0 = unter 18 Jahre; 1 = 18 bis unter 25 Jahre; 2 = 25 bis unter 45 J.; 3 = 45 bis unter 65 J.;

4 = 65 und mehr Jahre; 9 = Alter unbekannt / unklar

2.3 Einzugsgebiet des (letzten) Wohnortes, gegebenenfalls unabhängig von einem gegenwärtigen Klinik- oder Heimaufenthalt

1 = BS Ronnenberg / Empelde; 2 = BS Freytagstr.; 3 = BS Plauener Str.; 4 = BS Deisterstraße;

5 = BS Königstr.; 6 = Sozialpsychiatrische Poliklinik Podbielskistr. / MHH; 7 = BS Burgdorf;

8 = BS Neustadt; 9 = BS Laatzen; 10 = BS Langenhagen; 11 = Psychiatrische Poliklinik I / MHH;

20 = Wohnort innerhalb Niedersachsens, aber außerhalb der Region Hannover;

30 = Wohnort außerhalb von Niedersachsen; 40 = wohnungslos; 90 = Wohnadresse unbekannt/unklar

2.4 juristische Flankierung der Hilfen

0 = trifft nicht zu (keine juristische Flankierung oder minderjährig); 1 =

Bevollmächtigung einer (nahe stehenden) Person; 2 = gesetzliche Betreuung; 3 = Behandlung gemäß NPsychKG;

4 = Maßregelvollzug; 9 = juristische Flankierung unbekannt/unklar

2.5 Zuständigkeit für Fallkoordination (Clinical Casemanagement)

0 = nein; 1 = ja (siehe auch Abschnitt 4.); 9 = unbekannt/unklar

Erläuterung: "ja" bedeutet, dass der Bezugstherapeut des hiesigen Angebotes federführend (in Absprache mit dem Patienten und ggf. anderen Beteiligten) auch weitere Hilfen, falls erforderlich, plant und koordiniert. **Dann bitte zusätzlich Abschnitt 4. ausfüllen!**

(Fortsetzung auf der Rückseite)

3.1. psychiatrische Erstdiagnose

0 = Störungen mit Beginn in Kindheit / Jugend, Entwicklungsstörungen (F8, F9); 1 = neurotische / psychosomatische Störung (F32.0/1, F33.0/1, F4, F5); 2 = Suchterkrankung (F1x.1/2/8) oder Persönlichkeitsstörung (F30.0, F34.0/1/8, F6); 3 = schizophrene / wahnhaftige Störung (F2) oder affektive Psychose (F30.1/2, F31, F32.2/3, F33.2/3); 4 = organische psychische Störung (F0, F1x.0/3/4/5/6/7); 8= keine psychische Störung; 9 = psychiatrische Diagnose unbekannt / unklar

3.2. Alter bei Ersterkrankung

0= trifft nicht zu (keine psychische Störung); 1= 65 und mehr Jahre; 2= 45 bis unter 65 Jahre; 3= 25 bis unter 45 Jahre; 4= unter 25 Jahre; 9= Alter bei Ersterkrankung unbekannt / unklar

3.3. Dauer seit Ersterkrankung

0 = trifft nicht zu (keine psychische Störung oder Jahr der Ersterkrankung unbekannt / unklar); 1 = unter 1 Jahr; 2 = 1 bis unter 5 Jahre; 3 = 5 bis unter 10 Jahre; 4 = 10 und mehr Jahre

3.4. Dauer seit letztem Klinikaufenthalt / gegenwärtiger Klinikaufenthalt

0= trifft nicht zu (bisher kein Klinikaufenthalt); 1= 10 und mehr Jahre; 2= 5 bis unter 10 J.; 3= 1 bis unter 5 J.; 4= unter 1 Jahr / gegenwärtig in der Klinik; 9= Jahr des letzten Klinikaufenthaltes unbekannt/unklar

3.5. Wohnsituation

0 = minderjährig in (Teil-, Pflege-)Familie; 1 = eigenständiges Wohnen von Erwachsenen mit Partner bzw. Angehörigen einschl. Wohngemeinschaft; 2 = Alleinwohnen in eigener Wohnung; 3 = Wohnen im Heim bzw. in Wohnung des Rehabilitationsträgers; 4 = ohne festen Wohnsitz (einschließlich Wohnungsloseneinrichtung); 9 = Wohnsituation unbekannt/unklar

3.6. Arbeitssituation (einschließlich schulische oder berufliche Ausbildung)

0 = trifft nicht zu, da noch nicht schulpflichtig; 1 = Vollzeitstätigkeit in Beruf oder Familie, Schul- oder Berufsausbildung in Regeleinrichtung; 2 = Teilzeitstätigkeit, auch unterhalb der Versicherungspflichtgrenze; 3 = beschützte Arbeit (z.B. WfB, Arbeitstherapie), med.-berufl. Rehabilitation (z.B. RPK), Sonderschule o.ä.; 4 = ohne Arbeits- oder Ausbildungstätigkeit; 9= Arbeitssituation unbekannt/unklar

3.7. Häufigkeit sozialer Kontakte

Erläuterung: Gemeint sind soziale Freizeitkontakte außerhalb therapeutischer Interventionen und Routinekontakten am Arbeitsplatz oder beim gemeinsamen Wohnen.

0 = entfällt bei Minderjährigen; 1 = in der Regel täglich; 2 = mindestens wöchentlich; 3 = mindestens monatlich; 4 = sporadisch oder nie; 9 = Häufigkeit sozialer Kontakte unbekannt/unklar

3.8. vorrangiger Lebensunterhalt

0 = entfällt bei Minderjährigen; 1 = eigenes Einkommen aus Arbeit/Vermögen (auch Krankengeld und Zahlungen gem. BAföG); 2 = Alters-, BU-, EU-Rente, Pension, Arbeitslosengeld (ALG) 1; 3 = durch Partner, Angehörige oder sonstige Bezugspersonen; 4 = Grundsicherung/ALG 2/Sozialhilfe zum lauf. Lebensunterhalt, im Rahmen stat. Jugend-/ Eingliederungshilfe; 9 = Lebensunterhalt unbekannt/unklar

4. weitere psychiatrische Versorgungsleistungen im Berichtsjahr (ohne eigenes Hilfsangebot!)

		4.0 keine weiteren psychiatrischen Versorgungsleistungen im Berichtsjahr (ankreuzen)
med. Behandlung	amb.	4.1 <u>Quartale</u> in ärztlich-psychotherapeutischer Praxis (z.B. niedergel. Psychiater / Psychotherapeut)
		4.2 <u>Quartale</u> in ärztlich geleiteten Institutionen (z.B. Institutsambulanz / Sozialpsychiatrischer Dienst)
		4.3 <u>Quartale</u> in sonst. Behandlungs- / Rehabilitationseinrichtungen (z.B. amb. Reha., Sozio-, Ergother.)
klinisch		4.4.0 <u>Tage</u> in teilstationärer psychiatrisch-psychotherapeutischer Behandlung (gemäß SGB V)
		4.4.1 <u>Tage</u> in vollstationärer psychiatrisch-psychotherapeutischer Behandlung (gemäß SGB V)
		4.5.0 <u>Tage</u> in teilstationärer psychotherapeutisch-psychosomatischer Rehabilitation (gemäß SGB VI)
		4.5.1 <u>Tage</u> in vollstationärer psychotherapeutisch-psychosomatischer Rehabilitation (gemäß SGB VI)
kompl. Versorgung	Wohnen	4.6 <u>Quartale</u> in ambul. Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII (z.B. als ambulant betreutes Wohnen)
		4.7 <u>Quartale</u> in stationärer Eingliederungshilfe nach § 53 SGB XII (z.B. in therapeutischem Wohnheim)
		4.8 <u>Quartale</u> in ambulanter Hilfe zur Pflege nach PflVersG bzw. SGB XII (z.B. als häusliche Pflege)
		4.9 <u>Quartale</u> in stationärer Hilfe zur Pflege nach PflVersG bzw. SGB XII (z.B. in Alten-/ Pflegeheim)
		4.10 <u>Quartale</u> Betreuung durch Integrationsfachdienst für Schwerbehinderte im Arbeitsleben
Arbeit		4.11 <u>Quartale</u> in beruflicher Rehabilitation (z.B. in RPK-Einrichtungen, BTZ, BFW oder ähnliches)
		4.12 <u>Quartale</u> in Werkstatt für behinderte Menschen oder anderer beschützter Arbeit
		4.13 <u>Quartale</u> in ambulanter Arbeitstherapie, Tagesstätte oder ähnliches

Kommunikationsadressen der Einrichtungsträger/Angebote

01.00	Arbeitsgemeinschaft Angehöriger psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen (AANB) e.V., Wedekindplatz 3, 30161 Hannover	Selbsthilfezentrale für Angehörige psychisch Kranker	Tel.: 0511/622676 Fax: 0511/624977	RM-SL@t-online.de
02.00	AGW - Angehörigengruppe Wunstorf e.V., Uferplatz 5, 30890 Barsinghausen	Selbsthilfegruppe	Tel: 05105/2115 Fax:05105/64628	RM-SL@t-online.de
03.00	AfB e.V. Arbeitskreis der freiberuflichen rechtlichen Betreuer/innen, Herr Homeyer-Broßat	Berufsbetreuer/Innen, Gretchenstr. 30, 30161 Hannover	Tel.: 0511/3480663 Fax: 0511/6005560	Homeyerbrossat@htp-tel.de
04.00	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Region Hannover e.V., Geschäftsstelle, Wilhelmstr. 7, 30171 Hannover	Fachbereichsleitung Sozialpsychiatrische Dienste	Tel.: 0511/8114-216 Fax: 0511/8114-250	susanne.passing-rohlfs@awo-hannover.de
04.01	AWO, Region Hannover e.V., Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Integrationsfachdienst für Schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben,	Tel.: 0511/21978-282/139 Fax: 0511/21978-150	ifd@awo-hannover.de bbd@awo-hannover.de
04.02	AWO, Region Hannover e. V. Übergangwohnheim, Nordfelder Reihe 25, 30159 Hannover	Wohnheim für seelisch behinderte Menschen	Tel.: 0511/1316917 Fax: 0511/17625	wohnheim.nordfelderreihe@awo-hannover.de
04.03	AWO, Region Hannover e. V. Betreuungsverein BeVor, Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Gesetzliche Betreuungen, in der Landeshauptstadt Hannover	Tel.: 0511/21978196 Fax: 0511/21978149	birgit.prekel@awo-hannover.de
04.04	AWO, Region Hannover e.V. Ambulant Betreutes Wohnen Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen für seelisch behinderte Menschen	Tel.: 0511/21978-187 Fax: 0511/21978-149	abw@awo-hannover.de
04.05	BTV-Betreuungsverein der AWO Region, Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Gesetzliche Betreuungen, in der Region Hannover (ehem. Landkreisgebiet)	Tel.: 0511/21978-153 Fax: 0511/21978-149	nadja.bartoszak@awo-hannover.de
05.00	Balance e.V. Hermann-Löns-Str. 2a, 30827 Garbsen	Soziale Rehabilitation für psychisch Kranke	Tel.: 05131/90863-40 Fax: 05131/90863-39	info@balance-ev.com
05.01	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Garbsen	Tel.: 05131/90863-34 Fax: 05131/476835	ts.garbsen@balance-ev.com
05.02	Balance e.V.	Kontaktstelle Garbsen	Tel.: 05131/90863-34 Fax: 05131/476835	ts.garbsen@balance-ev.com
05.03	Balance Wohnen gGmbH	Ambulant Betreutes Einzelwohnen Garbsen	Tel.: 05131/90863-31 Fax: 05131/90863-39	abw@balance.wohnen.com
05.04	Balance e.V.	Amb. betreutes Einzelwohnen Springe, Fünfhausenstr. 2, 31832 Springe,	Tel.: 05041/802444 Fax: 05041/802445	abw.springe@balance-wohnen.com
05.05	Balance e.V.	Kontaktstelle Hannover, Goethestr. 23, 30169 Hannover	Tel.: 0511/1611933 Fax: 0511/1319434	ts.hannover@balance-ev.com
05.06	Balance e.V.	Tagesstätte einschl. Ergotherapie Hannover Goethestr. 23, 30169 Hannover	Tel.: 0511/1611933 Fax: 0511/1319434	ts.hannover@balance-ev.com
05.07	Balance e.V.	Tagesstätte, Empelder Str. 96 30455 Hannover	Tel.: 0511/461099 Fax: 0511/2610176	ts.badenstedt@balance-ev.com
06.00	Behindertenhilfe Berkhöpen/Burgdorf, Am Berkhöpen 3, 31234 Edemissen	Werkstatt für Behinderte Rehatec Peine, (Arbeits-therapie- und Arbeitsbereich)	Tel.: 05171/585824 Fax: 05171/585811	ronald.kuhn@bbbweb.de
07.00	beta 89 e.V., Calenberger Str. 34, 30169 Hannover	Verein für betreuendes Wohnen und Tagesstrukturierung psychisch Gesunder	Tel.: 0511/34925-0, Fax: 0511/34925-24	info@beta89.de
07.01	beta 89 e.V.	beta-REHA, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover	Tel.: 0511/34925-0 Fax 0511/34925-24	beta-REHA@beta89.de
07.02	beta 89 e.V.	Betreutes Wohnen,	Tel.: 0511/16748860	betreutes-wohnen@beta89.de

		Rotermundstr. 27, 30165 Hannover	Fax: 0511/16748877	
07.04	beta 89 e.V.	Zuverdienstbetrieb, Rohdehof 3, 30853 Langenhagen	Tel.: 0511/7300-530 Fax: 0511/34925-24	info@beta89.de
07.05	beta 89 e.V.	Tagesstätte, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover	Tel.: 0511/16748880 Fax: 0511/16748899	tagesstaette@beta89.de
07.06	beta 89 e.V.	Kontaktstelle, Engelbosteler Damm 22, 30167 Hannover	Tel.: 0511/16748880, Fax: 0511/16748899	kontaktstelle@beta89.de
07.07	beta 89 e.V.	beta-REHA-Nachsorge, Calenberger Str. 34, 30169 Hannover	Tel.: 0511/349250, Fax: 0511/3492524	beta-REHA@beta89.de
08.00	Birkenhof e.V.,	Bleekstraße 20, 30559 Hannover	Tel.: 0511/5109-210 Fax: 0511/5109-126	eweber@birkenhof.de
08.01	Birkenhof e.V.	Birkenhof ambulante Pflege- dienste gGmbH Herrenhausen/Burg, Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover	Tel.: 0511/750098-26 Fax: 0511/750098-22	bap-info@birkenhof.de
08.03	Birkenhof e.V.	Tagespflege Waldhausen, Waldhausenstr. 4, 30519 Hannover	Tel.: 0511/8425611 Fax: 0511/8425612	tpw-info@birkenhof.de
08.04	Birkenhof e.V.	Tagespflege Wernigeroder Weg 26, 30419 Hannover	Tel.: 0511/75009815 Fax: 0511/75009812	tpb-info@birkenhof.de
08.05	Birkenhof e.V.	Tagespflege Anna-Schaumann -Stift, Ilseweg 9-11, 30851 Langenhagen	Tel.: 0511/77099-243 Fax: 0511/77099-245	tpa-info@birkenhof.de
08.06	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Schaumann- Stift, Ilseweg 9-11, 30851 Langenhagen	Tel.: 0511/7709-1 Fax: 0511/7709-245	ass-info@birkenhof.de
08.07	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Wichernstift, Grazer Str. 5, 30519 Hannover	Tel.: 0511/8425610 Fax: 0511/8425633	wis-info@birkenhof.de
08.08	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Friedrich- Wasmuth-Haus, Eichsfelder Str. 54 A, 30419 Hannover	Tel.: 0511/271880 Fax: 0511/757236	fwh-info@birkenhof.de
08.09	Birkenhof e.V.	Pflegeheim Anna-Meyberg- Haus, Bleekstr. 20, 30559 Hannover	Tel.: 0511/5109-212 Fax: 0511/5109-239	amh-info@birkenhof.de
09.00	Caritasverband Hannover e.V., Geschäftsstelle	Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover	Tel.: 0511/12600-0 Fax: 0511/131174	info@caritas-hannover.de
09.01	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Ambulantes Gerontopsychiatrisches Zentrum Linden	Tel.: 0511/4504249, Fax: 0511/454250	agz-linden@caritas-hannover.de
09.02	Caritasverband Hannover e.V., Gruppenstr. 8 (im K - Punkt), 30159 Hannover	Psychosoziale Beratungsstelle (Suchtberatung und -therapie)	Tel.: 0511/270739-80 Fax: 0511/270739-88	Suchtberatung-Hannover@ caritas-hannover.de
09.03	Caritasverband Hannover e.V., Ungerstr. 4, 30451 Hannover	Altenbegegnungs- und Beratungsstelle Lindenbaum	Tel.: 0511/2104372 Fax: 0511/2123830	lindenbaum@caritas-hannover.de
09.04	Caritasverband Hannover e.V., Bohlendamm 4, 30159 Hannover	Caritas Forum Demenz	Tel.: 0511/2208142 Fax: 0511/2208144	ForumDemenz@caritas- hannover.de
09.05	Caritasverband Hannover e.V., Am Osterberge 1, 30823 Garbsen	Sucht beratungs- und Behandlungsstelle Garbsen/Seelze	Tel.: 05137/78859 Fax: 05137/875746	Suchtberatung-Garbsen@caritas- hannover.de
10.00	Der Steg e.V., Altenhofstraße 17, 30890 Barsinghausen	Selbsthilfegruppe Psychi- atrieerfahrener und ihrer Ange- hörigen in Barsinghausen	Tel.: 05105/2938 Tel: 05105/515052	steg-barsinghausen@t-online.de
10.01	Der Steg e.V., Selbsthilfegruppe	Kontaktstelle	Tel.: 05105/515052 Tel.: 05105/2938	steg-barsinghausen@t-online.de
11.00	Diakonisches Werk, Stadtverband Hannover Burgstr. 8-10, 30159 Hannover		Tel.: 0511/3687-0 Fax: 0511/3687200	walter.lampe@evlka.de
11.01	Diakonisches Werk, Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Burgstraße 8 und 10, 30159 Hannover	Ambulante Therapie, Beratung, Schulungen	Tel.: 0511/3687-148 Fax: 0511/ 3687180	suchtberatung.dw.hannover@evlka .de
11.02	Diakonisches Werk e.V. Zentrale Beratungsstelle, Hagenstraße 36, 30161 Hannover	Kontaktladen "Mecki", Streetwork	Tel.: 0511/3480264 Fax: 0511/9904036	leitung@zbs-hannover.de
12.00	DROBEL,	Drogenberatung und	Tel.: 05132/825629	drobel.drogenberatung@htp-tel.de

	Große Moorstraße 5, 31275 Lehrte	Substitution	Fax: 05132 /836371	
13.00	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark OT Gailhof	Wohnheim und Arbeitstherapie	Tel.: 05130/92930 Fax: 05130/929393	haus.mohmuehle@t-online.de
13.01	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark OT Gailhof	Haus Mohmühle	Tel.: 05130/92930 Fax: 05130/929393	haus.mohmuehle@t-online.de
13.02	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark Kaltenweider Str. 45/47	Haus Schwanenwik	Tel.: 05130/3032 Fax: 05130/60147	schwanenwik@web.de
13.03	Einrichtung für psychisch Genesende 30900 Wedemark OT Gailhof	Ambulant Betreutes Wohnen, Wedemark	Tel.: 05130/92930 Fax: 05130/929393	haus.mohmuehle@t-online.de
14.00	Ethnomedizinisches Zentrum e.V., Königstraße 6, 30175 Hannover	Beratung und Therapie für Migranten	Tel.: 0511/168-41020 Fax: 0511/457215	ethno@onlinehome.de
15.00	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V., Hindenburgstraße 29 b 31515 Wunstorf		Tel.: 05031/9553-0, Fax: 05031/9553-10	info@exundjob.de
15.01	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Wohnheim	Tel.: 05031/6322	info@exundjob.de
15.02	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Berufsbegleitender Integrationsfachdienst	Tel.: 05031/9553-23	info@exundjob.de
15.03	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Betreutes Wohnen	Tel.: 05031/2983 Fax: 05031/915359	info@exundjob.de
15.04	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Ergotherapie-Praxis	Tel.: 05031/9553-15	ergotherapie@exundjob.de
15.05	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Arbeit und Freizeit GmbH / Integrationsprojekt	Tel.: 05031/9554-0, Fax: 05031/955410	
15.06	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Rehabilitation psychisch Kranker (RPK)	Tel.: 05031/95530 Fax: 05031/9553-10	gerhard.haeberle@exundjob.de
15.07	Ex & Job Soziale Dienstleistungen e.V.	Arbeit und Freizeit GmbH	Tel.: 05031/9554-0, Fax: 05031/955410	
16.00	FIPS GmbH Bahnhofstraße 17 A, 31275 Lehrte	Gesellschaft zur Förderung und Integration psychisch Kranker e.V.	Tel.: 05132/825150 Fax: 05132/825724	info@fips-ev.de
16.01	FIPS GmbH	Betreutes Wohnen	Tel.: 05132/825744 Fax: 05132/825724	wohnen@fips-ev.de
16.02	FIPS GmbH	Tagesstätte	Tel.: 05132/825743	ts-Lehrte@fips-ev.de
16.03	FIPS e.V.	Kontaktstelle	Tel.: 05132/585352	ks-Lehrte@fips-ev.de
16.04	FIPS GmbH	Wohnheim Heidhof, 31311 Uetze, OT Hänigsen, Rählingser Str. 14	Tel.: 05147/263	wh-heidhof@fips-ev.de
16.05	FIPS GmbH	Trainings-Wohngemeinschaft Lehrte	Tel.: 05132/585203	twg-Lehrte@fips-ev.de
16.06	FIPS GmbH	Tagesstätte Laatzen, Sudewiesenstr. 4, 30880 Laatzen,	Tel.: 0511/8765562 Fax: 0511/8765647	ts-laatzen@fips-ev.de
17.00	Pro Casa Gemeinnützige Gesellschaft für Behindertenarbeit mbH, Liebigstr. 4, 30851 Langenhagen	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 0511/2609190 Fax: 0511/9669936	pro.casa@htp-tel.de
18.00	Betreuungskette Am Seelberg GmbH, Denickeweg 5, 30629 Hannover		Tel.: 0511/95898-0 Fax: 0511/591748	info@seelberg-hannover.de
18.01	Betreuungskette Am Seelberg GmbH	Wohnheim für chronisch mehrfachgeschädigte suchtkranke Menschen	Tel.: 0511/95898-0 Fax: 0511/591748	info@seelberg-hannover.de
18.02	Betreuungskette Am Seelberg GmbH	Pflegeheim (Sucht-, Psychose- und andere chronisch- psychische Erkrankungen)	Tel.: 0511/95898-0 Fax: 0511/591748	info@seelberg-hannover.de
18.03	Sozialpsychiatrisches Zentrum Seelberg GmbH Denickeweg 5, 30629 Hannover	Tagesstätte Anderter Str. 65 e, 30629 Hannover	Tel.: 0511/5421748 Fax: 0511/5421749	jessica.reichstein@seelberg- hannover.de
18.04	Sozialpsychiatrisches Zentrum	Ambulant Betreutes Wohnen	Tel.: 0511/5865874	ursula.bockskopf@seelberg-

	Seelberg GmbH	Anderter Str. 65 b	Fax: 0511/56359768	hannover.de
18.05	Sozialpsychiatrisches Zentrum Seelberg GmbH	Psychiatrische Fachkrankenpflege, Anderter Str. 65b	Tel.: 0511/5865874 Fa.: 0511/56359768	ursula.bockskopf@seelberg-hannover.de
19.00	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V., Große Düwelstraße 48, 30171 Hannover	Kontaktstelle	Tel.: 0511/813993 Fax: 0511/813894	gssev_projekte@yahoo.de
19.01	Gruppe Soziale Selbsthilfe e.V.,	Gruppenangebot	Tel.: 0511/813993 Fax: 0511/813894	gssev_projekte@yahoo.de
20.00	Hannoversche Werkstätten gGmbH, Lathusenstraße 20, 30625 Hannover		Tel.: 0511/5305-450, FAX: 0511/5305-100	info@hw-hannover.de
20.01	Hannoversche Werkstätten gGmbH	Werkstätten für Behinderte (WfB), Berufsbildungsbereich- und Arbeitsbereich)	Tel.: 0511/5305-0 Fax: 0511/5305-100	info@hw-hannover.de
20.02	Hannoversche Werkstätten gGmbH, Hannoversche Wohnassistenten, Emil-Meyer-Str. 2, 30165 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen	Tel: 0511/35814-10 Tel.: 0511/35814-30	hwa@hw-hannover.de
20.03	Hannoversche Werkstätten gGmbH, Wohn- u. Arbeitsbereich Lüdersen, Hiddesdorferstr. 2, 31832 Springe	Wohngruppe für autistische Menschen	Tel.: 05045-4802030 Fax: 05045-7067	info@hw-hannover.de
21.00	Gesellschaft für Integration, Verwaltung: Bgmstr.-Heuvelmann-Str. 8, 31592 Stolzenau	Regionale Wohnnetz-Assistenz, Hohestr. 9, 30449 Hannover	Tel.: 0511/924001815 Fax: 0511/92400199	gfi-hannover-stolzenau@t-online.de
22.00	Heimbetriebe Schneeren gGmbH, Steinhorstweg 16, und Rötzburg 27, 31535 Neustadt	Wohnheime f. seel. Behinderte u. suchtkranke Menschen	Tel.: 05036/980-0 Fax: 05036/980-44	heimbetriebe.schneeren@t-online.de
24.00	Winnicott Institut zur Förderung der Psychoanalyse bei Kindern u. Jugendlichen e.V., Geibelstr. 54, 30173 Hannover		Tel.: 0511/800497-0 Fax: 0511/800497-42	Info@winnicott-institut.de
25.00	Institut für Transkulturelle Betreuung e.V.	Am Listholze 31 A, 30177 Hannover	Tel.: 0511/5909200 Fax: 0511/59092010	info@itb-ev.de
26.00	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Janusz-Korczak-Allee 10, 30173 Hannover	Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Tel.: 0511/8115-/541, Fax: 0511/8115-559	schnetzer@hka.de
26.01	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Institutsambulanz	Tel.: 0511/8115-521, Fax: 0511/8115-559	schnetzer@hka.de
26.02	Kinderkrankenhaus Auf der Bult, Abt. für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Stationen	Tel.: 0511/8115521 Fax: 0511/8115-559	schnetzer@hka.de
27.00	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen		Tel.: 0511/730003 Fax: 0511/7300-519	kfpp.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.01	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Aufnahmestationen	Tel.: 0511/7300610	station1.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.02	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Drogentherapiestation	Tel.: 0511/7300660 Fax: 0511/7300662	station6.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.03	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Niederschwellige Drogentherapiestation	Tel.: 0511/7300680 Fax: 0511/7300685	station11.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.04	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Tagesklinik Königstr. 6 A	Tel.: 0511/16845187 Fax: 0511/3884871	Hannelore.Rybar.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.05	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz I, Rhodehof 5, 30853 Langenhagen	Tel.: 0511/7300590 Fax: 0511/7300589	Gabriele.Witte.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.06	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Institutsambulanz II, Königstraße 6, 30175 Hannover	Tel.: 0511/16846030 Fax: 0511/16840788	martina.tiffert.langenhagen@klinikum-hannover.de
27.07	Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie	Ambulante Ergotherapie	Tel.: 0511/7300548	ergotherapeutische.ambulanz@klinikum.hannover.de
28.00	Klinikum Wahrenndorff, Rudolf-Wahrenndorff-Str. 22, 31319 Sehnde/Ortsteil Ilten		Tel.: 05132/902288 Fax: 05132/902208	dr.becker@wahrenndorff.de
28.01	Klinikum Wahrenndorff	Klinik für Gerontopsychiatrie	Tel.: 05132/90-2516 Fax: 05132/90-2560	aif-sekretariat@wahrenndorff.de
28.02	Klinikum Wahrenndorff	Klinik für Suchtbehandlungen	Tel: 05132/90-2465 Fax: 05132/90-2459	sucht-sekretariat1@wahrenndorff.de
28.03	Klinikum Wahrenndorff	Klinik für Allgemeine	Tel.: 05132/90-2286	michaelis@wahrenndorff.de

		Psychiatrie	Fax: 05132/90-2208	
28.04	Klinikum Wahrenndorff	Tagesklinik Sehnde/Ilten	Tel.: 05132/90-2286 Fax: 05132/90-2208	michaelis@wahrenndorff.de
28.05	Klinikum Wahrenndorff	Tagesklinik Lehrte	Tel.: 05132/8560-52 Fax: 05132/8560-53	tk-lehrte@wahrenndorff.de
28.06	Klinikum Wahrenndorff	Tagesklinik Hannover	Tel.: 0511/848953-34 Fax: 0511/848953-36	guscharski@wahrenndorff.de
28.07	Klinikum Wahrenndorff	Tagesklinik im Park - Sucht	Tel.: 05132/90-2465 Fax: 05132/90-2469	suchtsekretariat1@wahrenndorff.de
28.10	Klinikum Wahrenndorff	Psychiatrische Pflegeheime: 31 Wohngruppen in den Orten Ilten, Köthenwald, Sehnde, Hannover	Tel.: 05132/90-2200, Fax: 05132/90-2266	zuege@wahrenndorff.de
28.17	Klinikum Wahrenndorff	Cafe Artig, Vossstrasse, 30161 Hannover	Tel.: 0511/3943496 Fax: 0511/3943498	cafe-artig@wahrenndorff.de
28.18	Klinikum Wahrenndorff	Institutsambulanz Sehnde/Ilten	Tel.: 05132/90-2474 Fax: 05132/90-2111	lippert@wahrenndorff.de
28.19	Klinikum Wahrenndorff	Tagesklinik Hannover Gartenstr. 19, 30161 Hannover	Tel.: 0511/169331-0 Fax: 0511/169331-11	tk-sucht@wahrenndorff.de
28.20	Klinikum Wahrenndorff	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 0511/83895310 Fax: 0511/83895311	froehlich@wahrenndorff.de
29.00	Künstlerhaus AuE gGmbH, Bultstr. 9, 30159 Hannover	Tagesstätte	Tel.: 0511/813292 Fax: 0511/2881825	post@kuenstlerhaus-aue.de
30.00	Landwehrpark - Betreutes Wohnen, Landwehr 93-99, 31535 Neustadt	Ambulant Betreutes Wohnen	Tel.: 05032/947779 Fax: 05032/958775	herwardladewig@arcor.de
31.00	Medizinische Hochschule Hannover (MHH) -Carl-Neuberg-Straße 1, 30625 Hannover	Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie	Tel.: 0511/532-6571/72, Fax: 0511/532-2415	
31.01	Medizinische Hochschule Hannover (MHH)	Psychiatrische Klinik einschließlich Psycho- therapiestation (12 Plätze)	Tel.: 0511/532-3167 Fax: 0511/532-3187	
31.02	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Sozialpsychiatrischer Dienst	Tel.: 0511/ 532-3167 Fax: 0511/532-3187	SpDi@mh-hannover.de
31.03	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Institutsambulanz	Tel.: 0511/532-3167 Fax: 0511/532-3187	
31.04	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Abhängigenambulanz/ABAM	Tel.: 0511/532-3167 Fax: 0511/532-3187	
31.05	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie-	Spezialsprechstunden der Poliklinik	Tel.: 0511/532-3167 Fax: 0511/532-3187	
31.06	MHH - Abt. Klinische Psychiatrie und Psychotherapie -	Psychotherapieambulanz	Tel.: 0511/532-3167 Fax: 0511/532-3187	
32.00	Medizinische Hochschule Hannover (MHH) Carl-Neuberg- Str. 1, 30625 Hannover	Abt. Sozialpsychiatrie	Tel.: 0511/532-6616 Fax: 0511/532-2408	
32.01	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Stationen:	50 A Tel.: 0511/532-3512 50 B Tel.: 0511/532-3514 51 A Tel.: 0511/532-4154 Fax: 0511/532-2408	Station.50a@mh-hannover.de Station.50b@mh-hannover.de Station.51a@mh-hannover.de
32.02	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Tagesklinik	Tel.: 0511/532-3527 Fax: 0511/532-2408	Station.51b@mh-hannover.de
32.03	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Poliklinik/Sozialpsychiatrischer Dienst	Tel.: 0511/532962900 Fax: 0511/96290-2	sozpsychpk@mh-hannover.de
32.04	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie	Institutsambulanz	Tel.: 0511/962900 Fax: 0511/96293-23	sozpsychpk@mh-hannover.de
32.05	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	IPAW	Tel.: 0511/532-5168 Fax: 0511/532-2408	Bartschies.Detlef@mh-hannover.de
32.06	MHH - Abt. Sozialpsychiatrie -	Ergotherapie	Tel.: 0511/532-3519 Fax: 0511/532-2408	arbeitstherapie@mh-hannover.de sozpsychpk@mh-hannover.de
34.00	Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen	Offener Maßregelvollzug, Außenstelle 30629 Hannover, Anderter Str. 22,	Tel.: 0511/586385 Fax: 0511/5865575	Thomas.Berger@nlk- moringen.niedersachsen.de
35.00	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Südstraße 25, 31515 Wunstorf		Tel.: 05031/930 Fax: 05031/931207	poststelle@nlkhwunstorf. niedersachsen.de
35.01	Nds. Landeskrankenhaus	Allgemeinpsychiatrie	Tel.: 05031/930	poststelle@nlkhwunstorf.

	Wunstorf		Fax: 05031931207	niedersachsen.de
35.02	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Allgemeinpsychiatrie	Tel.: 05031/930 Fax: 05031/931207	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.03	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Gerontopsychiatrische Klinik	Tel.: 05031/930 Fax: 05031/931207	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.04	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Abteilung für Kinder- u. Jugendpsychiatrie	Tel.: 05031/931661 Fax: 05031/931683	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.05	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Kinder- u. Jugendpsychiatrie ab Mai 2001	Tel.: 05031/931700 Fax: 05031/931683	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.06	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 63 StGB	Tel.: 05031/931590 Fax: 05031/931691	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.07	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz	Tel.: 05031/931590 Fax: 05031/931591	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.08	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Institutsambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie	Tel.: 05031/931684 Fax: 05031/931683	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.09	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf	Tagesklinik für Gerontopsychiatrie	Tel.: 05031/931730 Fax: 05031/931207	poststelle@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.10	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum,	Fachabteilung Bad Rehburg	Tel.: 05037/900 Fax: 05037/902000	poststelle-sabr@nlkhwunstorf.niedersachsen
35.11	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum,	Institutsamb. f. Suchtkranke der Fachabteilung Bad Rehburg	Tel.: 05037/902054 Fax: 05037/902009	ambulanz.rehburg@nlkhwunstorf.niedersachsen.de
35.12	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Maßregelvollzugseinrichtung gem. § 64 StGB	Tel.: 05037/900 Fax.: 05037/902000	
35.13	Nds. Landeskrankenhaus Wunstorf, Friedrich-Stolberg-Allee 5, 31547 Rehburg-Loccum	Forensische Institutsambulanzen	Tel.: 05037/900 Fax.: 05037/902000	
36.00	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH Wolfstraße 36, 30519 Hannover		Tel.: 0511/8409-0 Fax: 0511/8409-509	info@dr-wilkening.de
36.01	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Pflegeheim einschließlich Dependancen	Tel.: 0511/8409-0 Fax: 0511/8409-509	info@dr-wilkening.de
36.02	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG - Unterstütztes Wohnen	Tel.: 0511/8409573 Fax: 0511/8409-559	info@dr-wilkening.de
36.03	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkening GmbH	Außenwohnungen § 39 BSHG Intensiv Unterstütztes Wohnen	Tel.: 0511/8409573 Fax: 0511/8409-559	info@dr-wilkening.de
36.04	Psychiatrische Pflegeheime Dr. med. E.-A. Wilkenining GMBH	Ambulant Betreutes Wohnen	Tel.: 0511/8409573 Fax: 0511/8409-559	info@dr-wilkening.de
37.00	Psychiatrisches Wohnheim "Gut Mönchehof" Wunstorfer Straße 19, 31515 Wunstorf/OT Kolenfeld	Wohnheim und Arbeitstherapie	Tel.: 05031/3420 Fax: 05031/67999	philipps-moenchehof@t-online.de
38.00	Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Goethestr. 31, 30169 Hannover	Beratung von Angehörigen	Tel.: 0511/1640560 Fax: 0511/1640566	brinkmann@skf-hannover.de
38.01	Sozialdienst katholischer Frauen e.V.	Gesetzliche Betreuungen	Tel.: 0511/1640560 Fax: 0511/1640566	brinkmann@skf-hannover.de
39.00	Sozialpsychiatrischer Dienst - Team Gemeindepsychiatrie - der Region Hannover,	Weinstr. 2, 30171 Hannover	Tel.: 0511/616-43284 Fax: 0511/168-43817	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.01	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.02	Beratungsstelle für Erwachsene, Freytagstraße 12 A, 30169 Hannover	Tel.: 0511/168-43837 Fax: 0511/168-42571	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.02	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.03	Beratungsstelle für Erwachsene, Plauener Straße 12, 30179 Hannover	Tel.: 0511/168-48405 FAX: 0511/168-48406	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.03	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.04	Beratungsstelle für Erwachs., Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover	Tel.: 0511/168-44443 Fax: 0511/168-42289	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.04	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.05	Beratungsstelle für Erwachsene, Königstraße 6, 30175 Hannover	Tel.: 0511/168-42598 Fax: 0511/168-44029	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.05	Sozialpsychiatrischer Dienst der	Beratungsstelle für	Tel.: 0511/4600-230,	sozialpsychiatrie@region-

	Region Hannover - OE 53.10.01	Erwachsene, Hansastr. 38, 30952 Ronnenberg	Fax: 0511/4600-231	hannover.de
39.06	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.07	Beratungsstelle für Erwachsene, 31303 Burgdorf, Schillerslager Straße 40	Tel.: 05136/887127 Fax: 05136/887111	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.07	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.08	Beratungsstelle für Erwachsene, 31535 Neustadt, Goethestraße 15 A	Tel.: 05032/980431 Fax: 05032/980440	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.08	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.09	Beratungsstelle für Erwachsene, Sudewiesenstr. 4, 30880 Laatzen	Tel.: 0511/983869-0, Fax: 0511/98386-99	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
39.09	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.20	Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche, Arnswaldtstr. 19, 30159 Hannover	Tel.: 0511/616-23272 Fax: 0511/61623448	beratungsstellekjp@region-hannover.de
39.10	Sozialpsychiatrischer Dienst der Region Hannover - OE 53.10.10	Beratungsstelle für Erwachsene, Ostpassage 7, 30853 Langenhagen	Tel.: 0511/590940-0 Fax: 0511/590940-49	sozialpsychiatrie@region-hannover.de
40.00	STEP gGmbH, gemeinnützige Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH	Lemförder Straße 2-4, 30169 Hannover	Tel.: 0511/98931-0 Fax: 0511/98931-42	info@step-hannover.de
40.01	STEP gGmbH	Fachamb. für Alkohol- und Medikamentenabhängige (FAM) Betreuung, Beratung u. amb. Rehabilitation Suchtkranker	Tel.: 0511/9893125 Fax: 0511/9893141	fam.buero@step-hannover.de
40.02	STEP gGmbH	Anlaufstelle f. Drogenabhängige, körperliche Grundversorgung Cafe Connection, Tivolistr. 7, 30161 Hannover	Tel.: 0511/3360412 Fax: 3481214	connection@step-hannover.de
40.03	STEP gGmbH	Wohnheim Gestorf, Langzeiteinrichtung für chronisch Abhängigkeitskranke, Tel.:	Tel.: 05045/98097 Fax: 05045/98099	schloss-gestorf@step-hannover.de
40.04	STEP gGmbH	Jugend- und Drogenberatungszentrum (DROBS) Odeonstr. 14, 30159 Hannover,	Tel.: 0511/701460 Fax: 0511/7014639	drobs.hannover@step-hannover.de
40.05	STEP gGmbH	Suchtberatung Barsinghausen und Umgebung, Deisterplatz 2, 30890 Barsinghausen, Tel.:	Tel.: 05105/515855 Fax: 05105/515836	ssb@step-hannover.de
40.06	STEP gGmbH	Step-IN Tagesklinik, Grazer Straße 20, 30519 Hannover,	Tel.: 0511/9845960 Fax: 0511/98459620	tagesklinik@step-hannover.de
40.07	STEP gGMBH	Niederschwellige Kotakteinrichtung f. Drogenabhängige, Fixpunkt, Hamburger Allee 75, 30161 Hannover	Tel.: 0511/3886465 Fax: 0511/3886466	fixpunkt@step-hannover.de
40.08	STEP gGmbH	Wohnheim für obdachlose Drogenabhängige, Übergangseinrichtung Bachstasse, Bachstr. 12, 30167 Hannover	Tel.: 0511/911069 Fax: 0511/9110631	ue-bachstrasse@step-hannover.de
40.09	STEP gGmbH	Pädgo.-therap. Gemeinschaft f. drogenabh. Kinder Jugendliche STEPKIDS, Schulenburger Landstr. 270, 30419 Hannover	Tel.: 0511/74019860 Fax: 0511/740198670	stepkids@step-hannover.de
40.10	STEP gGmbH	Bundesmodell zur heroingestützten Behandlung Schwerstabhängiger, Drogenambulanz. Spichernstr. 11, 30167 Hannover	Tel.: 0511/12356990 Fax: 0511/123569988	drogenambulanz@step-hannover.de
40.11	STEP gGmbH	Medizinische modulare Kurzzeittherapie f. Drogenkranke, Therapiezentrum ShortStep, Pappelallee 2, 30900 Wedemark	Tel.: 05130/58030 Fax: 05130/580319	shortstep@step-hannover.de
40.12	STEP gGmbH	Medizinische Rehabilitation drogenabhängiger Männer u. Frauen v. ca. 17-35 Jahren, Therapeut. Gemeinschaft, Sonnenweg 1, 31832 Springe	Tel.: 05041/98510 Fax: 05041/985150	voelksen@step-hannover.de
40.13	STEP gGmbH	Adaption/Ambulante Nachbetreuung, Walter-Gieseking-Str. 5, 30159 Hannover	Tel.: 0511/45000760 Fax: 0511/45000766	lfi.hannover@step-hannover.de
40.14	STEP gGmbH	Arbeitsprojekt "Sprungbrett" Deb-beroder Str. 61, 30539 Hannover	Tel.: 0511/701460 Fax: 0511/7014639	sprungbrett@step-hannover.de
40.15	STEP gGmbH	Beschäftigungsmöglichk. für Lang-	Tel.: 0511/3539640	fahrradstation@step-hannover.de

		zeitarbeitslose, Fahrradstation, Fennroderstr. 2 30159 Hannover	Fax: 0511/35396410	
40.16	STEP gGmbH	Teilstat. Therapie gefährdeter u. abhängiger Suchtkranke mit der Möglichkeit schulischer Qualifikation, Therapie-Schule, Odeonstr. 4, 30159 Hannover	Tel.: 0511/7014655 Fax: 0511/7014657	therapieschule@step-hannover.de
41.00	Stephansstift, Kirchröder Straße 43c, 30625 Hannover		Tel.: 0511/5353-0, Fax: 0511/5353-553	info@stephansstift.de
41.01	Stephansstift	Wohngruppen für Jugendliche	Tel.: 0511/5353-275 Fax.: 0511/5353-553	info@stephansstift.de
41.02	Stephansstift	Wohngruppe für Kinder	Tel.: 0511/5353-275 Fax: 0511/5353-553	info@stephansstift.de
41.03	Stephansstift	Intensiv therapeutische Wohngruppe für Jugendliche und junge Erwachsene	Tel.: 0511/5353-275 Fax: 0511/5353-553	info@stephansstift.de
42.00	Verein Psychiatrie-Erfahrener e.V. (VPE), Rückertstraße 17, 30169 Hannover	Selbsthilfeverein	Tel.: 0511/1318852 Fax: ./.	vpehannover@arcor.de
43.00	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover		Tel.: 0511/663060, FAX: 0511/625616	Foerderverein.seel.Behinderter@ t-online.de
43.01	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Übergangswohnheim SGB XII Arbeitstherapie / Beschäftigungstherapie	Tel.: 0511/663060 Fax: 0511/625616	Foerderverein.seel.Behinderter@ t-online.de
43.02	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Ferdinand-Wallbrecht-Straße 28, 30163 Hannover	Ambulant Betreutes Wohnen	Tel.: 0511/3949291 Fax: 0511/625616	Foerderverein.seel.Behinderter@ t-online.de
43.05	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V., Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Tageszentrum (Tagesstättenfunktion)	Tel.: 0511/635292 Fax: 0511/635353	www.psychosozialekompetenz.de
43.06	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Werkstatt für Behinderte - Arbeitsbereich -	Tel.: 0511/635292, Fax: 0511/635353	www.psychosozialekompetenz.de
43.07	Verein zur Förderung seelisch Behinderter e.V. Dornierstr. 10, 30179 Hannover	Berufsbildungsbereich	Tel.: 0511/635292, Fax: 0511/635353	www.psychosozialekompetenz.de
44.00	Gemeinnütziger Verein z. Förderung sozialer Beziehungen Drostestr. 22 G, 30161 Hannover	FaBel Wohnprojekt	Tel.: 0511/2607371 Fax: 0511/2607372	wohnprojekt@htp-tel.de
45.00	Werkheim e.V., Büttnerstraße 9, 30165 Hannover		Tel.: 0511/35856-0 Fax: 0511/3501673	info@werkheim.de
45.01	Werkheim e.V.	Heim für ältere Männer gem. §§ 19/35 u. 73 SGB XII	Tel.: 0511/35856-0 Fax: 0511/3501673	info@werkheim.de
45.02	Werkheim e.V.	Heim für Wohnungslose gem. § 67 ff SGB XII	Tel.: 0511/35856-0 Fax: 0511/3501673	info@werkheim.de
45.03	Werkheim e.V.	Nachgehende Hilfen gem. § 67 ff SGB XII in Zuständigkeit des Landes	Tel.: 0511/35856-0 Fax: 0511/3501673	info@werkheim.de
45.04	Werkheim e.V.	Nachgehende Hilfen gem. § 67 ff SGB XII in Zuständig- keit der Region Hannover	Tel.: 0511/35856-0 Fax: 0511/3501673	info@werkheim.de
46.00	Diakonischer Betreuungsverein Hannover e.V. , Herrenhäuser Str. 62, 30419 Hannover		Tel.: 0511/795156, Fax: 0511/795157	diakonischer.betreuungsverein@t- online.de
47.00	Seelhorst Stiftung, Uferplatz 5, 30890 Barsinghausen	Krisendienst	Tel.: 05105/2115 Fax: 05105/64628	RM-SL@t-online.de
48.00	Diakonieverband Hannover Land, Am Kirchhof 4 E, 30952 Ronnenberg		Tel.: 05109/519542 Fax: 5109/519578	diakonieverband.hannover- land@evlka.de
48.01	Diakonisches Werk -Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke - Schillerslager Straße 9, 31303 Burgdorf mit Nebenstelle Laatzen u. Springe	Beratung/Ambulante Rehabilitation	Tel.: 05136/897330 Fax: 05136/897373	suchtberatung.burgdorf@evlka.de
48.02	Diakonieverband Hannover-	Kontaktstelle	Tel.: 0511/869211	carsten.mente@gmx.de

	Land, Treffpunkt am Park, An der Masch 32, 30880 Laatzen			
49.00	Jugendwerksiedlung e.V., Bollnäserstr. 18, 30629 Hannover	Heim für Wohnungslose gemäß §67 SGB XII	Tel.: 0511/95939-0 Fax: 0511/9593939	christian.katterle@jugendwerksiedlung.de
49.01	Jugendwerksiedlung e.V., Bollnäserstr. 18, 30629 Hannover	Ambulante nachgehende Hilfen gemäß § 67 ff SGB XII	Tel.: 0511/9539-14 Fax: 0511/9539-30	christian.katterle@jugendwerksiedlung.de
50.00	SuPA GmbH, Königstr. 6, 30175 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 0511/3886813 Fax: 0511/3886826	mail@supa-gmbh.de
51.00	Perspektiven GbR Küsterstr. 3, 31515 Wunstorf	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 05031/690767 Fax: 05031/176068	post@perspektiven-gbr.de
52.00	Heuberg GmbH, 31535 Neustadt, Steinhorstweg 16	Ambulant betreutes Wohnen Mittelstr. 2, 31535 Neustadt	Tel.: 05032/894774 Fax: 05032/894859	m.brockhage@t-online.de
53.00	Betreuungspraxis Strohbach Schoenian, An der Tiefenriede 22, 30173 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 0511/8608378 Fax: 0511/8068371	DStrohbach@htp-tel.de
54.00	Kontaktstelle Treffpunkt List Walderseeestr. 1, 30163 Hannover	Laienhelferkreis Sozialpsychiatrie Hannover e.V.	Tel.: 017665821745 Fax: 0511/96290-23	Sozpsychat@mh-hannover.de
55.00	Kompass Plus, Runderel 1, 31535 Neustadt	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 05032/801497 Fax: 05032/949376	Kontakt@kompass-plus.de
56.00	Werte e.V. Hesestr. 2 A, 30449 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: 0511/443325 Fax: 0511/456850	schellworth@werte-hannover.de
57.00	Charlottenhof Am Höllenkamp 3, 31515 Wunstorf	Wohnheime für psychisch Behinderte	Tel.: 05033/8041, Fax: 05033/2064	info@charlottenhof-heime.de
57.01	Charlottenhof	Haus Wunstorf, Nordreh 14, 31515 Wunstorf	Tel.: 05031/3161	haus1@charlottenhof.de
57.02	Charlottenhof	Haus Steinhude, Schlesierweg 77, 31515 Wunstorf/Steinhude	Tel.: 05033/1585	haus2@charlottenhof.de
58.00	Tagewerk e.V., Königstr. 6, 30175 Hannover		Tel.: 0511/3886813 Fax: 0511/16748877	mail@supa-gmbh.de
59.00	Ambulante Hilfen für Menschen mit Behinderung e.V. Königstr. 6, 30175 Hannover	Ambulant betreutes Wohnen	Tel.: Handy: 01781429525 Fax: 0511/59092020	AHMB-ev@web.de
60.00	Diakoniestationen Hannover gGmbH, Sallstr. 57, 30171 Hannover	Ambulantes gerontopsychiatrisches Zentrum	Tel.: 0511/9092733 Fax: 0511/9092744	s.schroeder@diakoniestation-hannover.de

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

Code-Nr.	Kurzbezeichnung	Plätze	vorrangiges Einzugsgebiet
Kinder-Jugend-Psychiatrie			
11 ambulant-aufsuchender Dienst für Kinder und Jugendliche			
26.01	Kinder-Krankenhaus Auf der Bult PIA KJP		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
35.08	NLK Wunstorf PIA KJP Wunstorf		12 andere Teilgebiete der Region
39.09	Region Hannover SpDi BS KJP		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
17 andere ambulante Angebote für Kinder und Jugendliche			
24.00	Winicott Inst. PT-Amb. Kinder / Jugendliche		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
21 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Kinder-Jugend-Psychiatrie			
35.05	NLK Wunstorf TK KJP Wunstorf	8	17 andere Teilgebiete des Umlandes
31 vollstationäre Behandlung (SGB V) in der Kinder-Jugend-Psychiatrie			
26.02	Kinderkrankenhaus Auf der Bult Stationen	56	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
35.04	NLK Wunstorf Klinik KJP	30	17 andere Teilgebiete des Umlandes
37 spezielle komplementäre stationäre Angebote für Kinder und Jugendliche			
41.01	Stephansstift Wohngruppen für Jugendliche	28	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
41.02	Stephansstift Wohngruppe für Kinder	8	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
41.03	Stephansstift Intensiv-therap. Wohngruppe	7	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
Suchtkrankenversorgung			
16 spezielle ambulante Angebote für Suchtkranke			
09.02	Caritas Sucht-BS Gruppenstraße		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
09.05	Caritas Sucht-BS Garbsen		8 BS Neustadt
11.01	Diakonisches Werk Sucht-BS Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
12.00	DROBEL Sucht-BS Lehrte		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
31.04	MHH Psychiatrie Sucht-BS / ABAM		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
40.01	STEP Sucht-BS / FAM Lemförderstr.		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
40.04	STEP Sucht-BS / DROBS		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
40.05	STEP Sucht-BS Barsinghausen		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
48.01	Diakonie H-Land Sucht-BS Burgdorf		12 andere Teilgebiete der Region
26 spezielle teilstationäre Angebote für Suchtkranke			
28.07	Klinikum Warendorf TK Sucht Sehnde	3	13 andere Teilgebiete der Region
40.06	STEP Step-IN Tagesklinik H-Kronsberg	22	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
36 spezielle stationäre Angebote für Suchtkranke			
18.01	Haus Am Seelberg WH für Suchtkranke	41	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
27.02	KfPP Langenhagen Drogentherapie-Station	8	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
27.03	KfPP Langenhagen niederschw. Drogenther.	12	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
40.02	STEP stationäre Entwöhnungstherapie	122	19 kein definiertes Einzugsgebiet
40.03	STEP Wohnheim Gestorf	32	19 kein definiertes Einzugsgebiet
Gerontopsychiatrie			
18 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.01	Birkenhof AGZ H-Herrenhausen		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
09.01	Caritas AGZ Linden		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
09.03	Caritas Alten-BS Lindenbaum		4 BS Deisterstraße
09.04	Caritas Forum Demenz		4 BS Deisterstraße
23.00	Henriettenstiftung AGZ H-Kirchrode		11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
60.00	Diakoniestation AGZ H-Sallstr.		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
22 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Gerontopsychiatrie			
28.21	Klinikum Warendorf TK Gartenstraße		12 andere Teilgebiete der Region
35.09	NLK Wunstorf TK Gerontopsychiatrie	15	12 andere Teilgebiete der Region
28 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.02	Birkenhof Tagespflege Anna-Meyberg-Haus	8	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.03	Birkenhof Tagespflege H-Waldhausen	15	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.04	Birkenhof Tagespflege H-Wernigeroder Weg	12	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.05	Birkenhof Tagespflege Anna-Schaumann-Stift	15	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
38 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.06	Birkenhof PflH Anna-Schaumann-Stift	136	10 BS Langenhagen
08.07	Birkenhof PflH Wichernstift	62	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
08.08	Birkenhof PflH Friedrich-Wasmuth-Haus	83	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.09	Birkenhof PflH Anna-Meyberg-Haus	113	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

Code-Nr.	Kurzbezeichnung	Plätze	vorrangiges Einzugsgebiet
Erwachsenen Psychiatrie und Maßregelvollzug			
10 ambulant-aufsuchender Dienst für Erwachsene			
27.05	KfPP Langenhagen PIA Langenhagen		12 andere Teilgebiete der Region
27.06	KfPP Langenhagen PIA H-Königstr.		5 BS Königstraße
28.18	Klinikum Wahrenndorff PIA Sehnde		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.19	Klinikum Wahrenndorff PIA Südstadt		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
31.02	MHH Psychiatrie SpDi H-Carl-Neuberg-Str.		11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
31.03	MHH Psychiatrie PIA H-Carl-Neuberg-Str.	300	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
32.03	MHH Sozialpsychiatrie SpDi H-List	50	6 BS List / MHH
32.04	MHH Sozialpsychiatrie PIA H-List	350	6 BS List / MHH
35.07	NLK Wunstorf PIA Wunstorf		12 andere Teilgebiete der Region
35.11	NLK Wunstorf PIA Bad Rehburg		12 andere Teilgebiete der Region
35.13	NLK Wunstorf PIA Forensik		12 andere Teilgebiete der Region
39.00	Region Hannover SpDi Zentrale H-Weinstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
39.01	Region Hannover SpDi BS H-Freytagstr.		2 BS Freytagstraße
39.02	Region Hannover SpDi BS H-Plauener Str.		3 BS Plauener Straße
39.03	Region Hannover SpDi BS H-Deisterstr.		4 BS Deisterstraße
39.04	Region Hannover SpDi BS H-Königstr.		5 BS Königstraße
39.05	Region Hannover SpDi BS Ron.-Empelde		1 BS Ronnenberg-Empelde
39.06	Region Hannover SpDi BS Burgdorf		7 BS Burgdorf
39.07	Region Hannover SpDi BS Neustadt		8 BS Neustadt
39.08	Region Hannover SpDi BS Laatzen		9 BS Laatzen
39.10	Region Hannover SpDi BS Langenhagen		10 BS Langenhagen
19 sonstige ambulante Leistungen			
31.05	MHH Spezialsprechstunden der Poliklinik		19 kein definiertes Einzugsgebiet
31.06	MHH Klinische Psychiatrie PT-Ambulanz	30	19 kein definiertes Einzugsgebiet
32.05	MHH Sozialpsychiatrie PT-Ambulanz	40	19 kein definiertes Einzugsgebiet
47.00	Seelhorst Stiftung Krisendienst PPKD		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
20 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Allgemeinpsychiatrie			
27.04	KfPP Langenhagen TK H-Königstraße	43	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.04	Klinikum Wahrenndorff TK Sehnde/Ilten	15	12 andere Teilgebiete der Region
28.05	Klinikum Wahrenndorff TK Lehrte	15	12 andere Teilgebiete der Region
28.06	Klinikum Wahrenndorff TK H-Südstadt	10	12 andere Teilgebiete der Region
32.02	MHH Sozialpsychiatrie TK H-Buchholz	20	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
35.02	NLK Wunstorf TK Allgemeinpsychiatrie	12	12 andere Teilgebiete der Region
30 vollstationäre Behandlung (SGB V) in einer Klinik für Erwachsene			
27.01	KfPP Langenhagen Stationen	161	12 andere Teilgebiete der Region
28.01	Klinikum Wahrenndorff Gerontopsychiatrie	52	12 andere Teilgebiete der Region
28.02	Klinikum Wahrenndorff Suchtbehandlungen	53	12 andere Teilgebiete der Region
28.03	Klinikum Wahrenndorff Allgemeinpsychiatrie	117	12 andere Teilgebiete der Region
31.01	MHH Klinische Psychiatrie Stationen	76	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
32.01	MHH Sozialpsychiatrie Stationen	40	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
35.01	NLK Wunstorf Klinik Allgemeinpsychiatrie	174	12 andere Teilgebiete der Region
35.03	NLK Wunstorf Klinik Gerontopsychiatrie	92	12 andere Teilgebiete der Region
35.10	NLK Wunstorf Klinik Suchtbehandlungen	117	12 andere Teilgebiete der Region
32 vollstationäre Behandlung (SGB V) in einer Klinik des Maßregelvollzuges			
35.06	NLK Wunstorf Maßregelvollzug § 63 StGB	75	12 andere Teilgebiete der Region
35.12	NLK Wunstorf Maßregelvollzug § 64 StGB	75	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

Code-Nr.	Kurzbezeichnung Wohnen und Selbstversorgung	Plätze	vorrangiges Einzugsgebiet
13 soziale Eingliederung gemäß § 53 SGB XII durch ambulant betreutes Wohnen			
04.04	AWO abW Hannover	48	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
05.03	Balance abW Garbsen		17 andere Teilgebiete des Umlandes
05.04	Balance abW Springe		17 andere Teilgebiete des Umlandes
07.02	Beta89 abW Hannover	150	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
13.01	GfpG abW Wedemark		17 andere Teilgebiete des Umlandes
15.03	Ex+Job abW Wunstorf	50	17 andere Teilgebiete des Umlandes
16.01	FIPS abW Lehrte	40	7 BS Burgdorf
17.00	Pro Casa abW Langenhagen	65	10 BS Langenhagen
20.02	Hann. Werkstätten abW Hannover	12	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
21.00	Gfl Regionale Wohnnetzassistenz Stolzenau		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.20	Klinikum Wahrenndorff abW Hannover		12 andere Teilgebiete der Region
30.00	Landwehrpark abW Neustadt	12	8 BS Neustadt
36.04	PfIH Wilkening abW		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.02	Förderverein abW Hannover	27	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
44.00	Wohnprojekt abW H-List	12	6 BS Walderseestraße / MHH
50.00	SuPA abW Hannover	207	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
51.00	Perspektiven abW Wunstorf	3	17 andere Teilgebiete des Umlandes
52.00	Heuberg abW Neustadt		17 andere Teilgebiete des Umlandes
53.00	Strobach-Schoenian abW Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
55.00	Kompass abW Neustadt		8 BS Neustadt
56.00	Werte abW Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
59.00	Amb. Hilfen f. Menschen m. Behinderung, Hannover		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
14 andere spezielle Hilfen zum Wohnen und zur Selbstversorgung			
11.02	Diakonisches Werk ZBS H-Hagenstraße		19 kein definiertes Einzugsgebiet
45.03	Werkheim nachgehende Hilfen (durch Land)		19 kein definiertes Einzugsgebiet
45.04	Werkheim nachgehende Hilfen (durch Region)		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
49.01	Jugendwerksiedlung nachgehende Hilfen	6	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
33 stationäre Eingliederung gemäß § 53 SGB XII (Übergangs-) Wohnheim/Wohngruppe			
04.02	AWO Ü-Wohnheim H-Nordfelder Reihe	21	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
13.00	GfpG Wohnheime Wedemark	106	19 kein definiertes Einzugsgebiet
15.01	Ex+Job Wohnheim Wunstorf	47	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.04	FIPS Wohnheim Heidhof Uetze-Hänigsen	10	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.05	FIPS Trainings-WG Lehrte	10	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
20.03	Hann. Werkstätten WG für autist. Menschen	7	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
22.00	Heimbetriebe Schneeren Neustadt	196	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
34.00	NLK Moringen Offener Maßregelvollzug	10	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.02	PfIH Wilkening Außenwohnungen UW	21	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.03	PfIH Wilkening Außenwohnungen IUW	41	19 kein definiertes Einzugsgebiet
37.00	Gut Mönchhof Wohnheim Wu.-Kolenfeld	40	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
43.01	Förderverein Ü-Wohnheim H-Ferd.-Wallbr.-Str.	57	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
57.00	Charlottenhof, Wohnheim Wunstorf		19 kein definiertes Einzugsgebiet
34 stationäre Eingliederung gemäß § 53 SGB XII oder Pflege in psychiatrischem Pflegeheim/Wohngruppe			
18.02	Haus Am Seelberg Pflegeheim H-Misburg	123	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.10	Klinikum Wahrenndorff PfIH Wohngruppen	801	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.01	PfIH Wilkening Heim H-Wolfstr./Dependancen	304	19 kein definiertes Einzugsgebiet
35 spezielle komplementäre stationäre Angebote für wohnungslose Menschen			
45.01	Werkheim Heim für ältere Männer	50	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
45.02	Werkheim Heim für Wohnungslose	164	19 kein definiertes Einzugsgebiet
49.00	Jugendwerksiedlung Heim für Wohnungslose	64	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

Code-Nr.	Kurzbezeichnung Kontakt - Tagesstruktur - Arbeit	Plätze	vorrangiges Einzugsgebiet
12 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle			
05.02	Balance Kontaktstelle Garbsen		17 andere Teilgebiete des Umlandes
05.05	Balance Kontaktstelle H-Goethestr.		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
07.06	Beta89 Kontaktstelle H-Nordstadt		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
10.00	Der Steg Kontaktstelle Barsinghausen		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.03	FIPS Kontaktstelle Lehrte		7 BS Burgdorf
19.00	Soziale Selbsthilfe Kontaktstelle H-Südstadt		2 BS Freytagstraße
19.01	Soziale Selbsthilfe Gruppenangebote		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
28.17	Klinikum Wahrenndorff Kontaktstelle H-Voßstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
48.02	Diakonie H-Land Kontaktstelle Laatzen		9 BS Laatzen
54.00	Laienhelferkreis Kontaktstelle H-List		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
15 spezielle Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung			
04.01	AWO Integrationsfachdienst		12 andere Teilgebiete der Region
07.04	Beta89 Kioskbetriebe	13	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
07.07	Beta89 beta-REHA-Nachsorge	3	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
15.02	Ex+Job Integrationsfachdienst	23	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
15.04	Ex+Job Ergotherapie-Praxis		17 andere Teilgebiete des Umlandes
15.05	Ex+Job Integrationsfirma	15	19 kein definiertes Einzugsgebiet
15.07	Ex+Job Arbeit und Freizeit GmbH	28	8 BS Neustadt
27.07	KfPP Langenhagen Ambulante Ergotherapie		3 BS Plauener Straße
32.06	MHH Ambulante Ergotherapie	10	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
58.00	Tagewerk e.V. Arbeitsangebote		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
19 sonstige ambulante Leistungen			
01.00	AANB Selbsthilfezentrale Wedekindplatz		19 kein definiertes Einzugsgebiet
02.00	AANB Selbsthilfegruppe Wunstorf		19 kein definiertes Einzugsgebiet
03.00	Arbeitskreis BerufsbetreuerInnen Hannover		16 gesamtes Umland in der Region
04.03	AWO Betreuungsverein Hannover-Stadt	60	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
04.05	AWO Betreuungsverein Region Hannover	91	12 andere Teilgebiete der Region
14.00	Ethnomed. Zentrum Beratung für Migranten	60	19 kein definiertes Einzugsgebiet
25.00	Inst. für transkult. Betreuung H-Am Lischholze	325	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
38.00	Sozialdienst kath. Frauen Angehörigenber.		17 andere Teilgebiete des Umlandes
38.01	Sozialdienst kath. Frauen Betreuungsverein		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
42.00	VPE Selbsthilfeverein H-Rückertstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
46.00	Diakonischer Betreuungsverein Hannover	154	17 andere Teilgebiete des Umlandes
23 soziale Eingliederung gemäß § 53 SGB XII in einer Tagesstätte			
05.01	Balance Tagesstätte Garbsen	22	19 kein definiertes Einzugsgebiet
05.06	Balance Tagesstätte H-Goethestr.	20	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
05.07	Balance Tagesstätte Ronnenberg-Empelde	27	19 kein definiertes Einzugsgebiet
07.05	Beta89 Tagesstätte H-Nordstadt	22	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
16.02	FIPS Tagesstätte Lehrte	25	7 BS Burgdorf
16.06	FIPS Tagesstätte Laatzen	15	9 BS Laatzen
18.03	Haus Am Seelberg Tagesstätte H-Misburg	15	11 BS MHH
29.00	Künstlerhaus AuE Tagesstätte Südstadt	15	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.05	Tageszentrum Dornierstrasse	10	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
24 Werkstatt für (seelisch) behinderte Menschen (WfbM)			
06.00	Behindertenhilfe WfbM Rehatec Peine	62	16 gesamtes Umland in der Region
20.01	Hann. Werkstätten WfbM	65	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
43.06	Förderverein WfbM Arbeitsbereich	144	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.07	Förderverein WfbM Berufsbildungsbereich	18	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
25 andere spezielle Hilfen zur Arbeit, Ausbildung und Tagesstrukturierung			
07.01	Beta89 RPK beta-REHA H-Calenberger Str.	33	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
15.06	Ex+Job RPK Wunstorf	30	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

Code-Nr.	Kurzbezeichnung	Plätze	vorrangiges Einzugsgebiet
10 ambulant-aufsuchender Dienst für Erwachsene			
27.05	KfPP Langenhagen PIA Langenhagen		12 andere Teilgebiete der Region
27.06	KfPP Langenhagen PIA H-Königstr.		5 BS Königstraße
28.18	Klinikum Wahrenndorff PIA Sehnde		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.19	Klinikum Wahrenndorff PIA Südstadt		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
31.02	MHH Psychiatrie SpDi H-Carl-Neuberg-Str.		11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
31.03	MHH Psychiatrie PIA H-Carl-Neuberg-Str.	300	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
32.03	MHH Sozialpsychiatrie SpDi H-List	58	6 BS Walderseestraße / MHH
32.04	MHH Sozialpsychiatrie PIA H-List	258	6 BS Walderseestraße / MHH
35.07	NLK Wunstorf PIA Wunstorf		12 andere Teilgebiete der Region
35.11	NLK Wunstorf PIA Bad Rehburg		12 andere Teilgebiete der Region
35.13	NLK Wunstorf PIA Forensik		12 andere Teilgebiete der Region
39.00	Region Hannover SpDi Zentrale H-Weinstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
39.01	Region Hannover SpDi BS H-Freytagstr.		2 BS Freytagstraße
39.02	Region Hannover SpDi BS H-Plauener Str.		3 BS Plauener Straße
39.03	Region Hannover SpDi BS H-Deisterstr.		4 BS Deisterstraße
39.04	Region Hannover SpDi BS H-Königstr.		5 BS Königstraße
39.05	Region Hannover SpDi BS Ron.-Empelde		1 BS Ronnenberg-Empelde
39.06	Region Hannover SpDi BS Burgdorf		7 BS Burgdorf
39.07	Region Hannover SpDi BS Neustadt		8 BS Neustadt
39.08	Region Hannover SpDi BS Laatzen		9 BS Laatzen
39.10	Region Hannover SpDi BS Langenhager		17 andere Teilgebiete des Umlandes
11 ambulant-aufsuchender Dienst für Kinder und Jugendliche			
26.01	Kinder-Krankenhaus Auf der Bult PIA KJP		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
35.08	NLK Wunstorf PIA KJP Wunstorf		12 andere Teilgebiete der Region
39.09	Region Hannover SpDi BS KJP		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
12 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle			
05.02	Balance Kontaktstelle Garbsen		17 andere Teilgebiete des Umlandes
05.05	Balance Kontaktstelle H-Goethestr.	22	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
07.06	Beta89 Kontaktstelle H-Nordstadt		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
10.00	Der Steg Kontaktstelle Barsinghausen		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.03	FIPS Kontaktstelle Lehrte	60	7 BS Burgdorf
19.00	Soziale Selbsthilfe Kontaktstelle H-Südstadt	75	2 BS Freytagstraße
19.01	Soziale Selbsthilfe Gruppenangebote	36	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
28.17	Klinikum Wahrenndorff Kontaktstelle H-Voßstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
48.02	Diakonie H-Land Kontaktstelle Laatzen		9 BS Laatzen
54.00	Laien Helferkreis Kontaktstelle H-List		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
13 soziale Eingliederung gemäß § 53 SGB XII durch ambulant betreutes Wohnen			
04.04	AWO abW Hannover	48	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
05.03	Balance abW Garbsen		17 andere Teilgebiete des Umlandes
05.04	Balance abW Springe		17 andere Teilgebiete des Umlandes
07.02	Beta89 abW Hannover	150	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
13.01	GfG abW Wedemark		17 andere Teilgebiete des Umlandes
15.03	Ex+Job abW Wunstorf	50	17 andere Teilgebiete des Umlandes
16.01	FIPS abW Lehrte	40	7 BS Burgdorf
17.00	Pro Casa abW Langenhagen	65	10 BS Langenhagen
20.02	Hann. Werkstätten abW Hannover	12	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
28.20	Klinikum Wahrenndorff abW Hannover		12 andere Teilgebiete der Region
30.00	Landwehrpark abW Neustadt	12	8 BS Neustadt
36.04	PfH Wilkening abW		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.02	Förderverein abW Hannover	27	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
44.00	Wohnprojekt abW H-List	12	6 BS Walderseestraße / MHH
50.00	SuPA abW Hannover	207	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
51.00	Perspektiven abW Wunstorf	3	17 andere Teilgebiete des Umlandes
52.00	Heuberg abW Neustadt		17 andere Teilgebiete des Umlandes
53.00	Strobach-Schoenian abW Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
55.00	Kompass abW Neustadt		8 BS Neustadt
56.00	Werte abW Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
14 andere spezielle Hilfen zum Wohnen und zur Selbstversorgung			
11.02	Diakonisches Werk ZBS H-Hagenstraße		19 kein definiertes Einzugsgebiet
45.03	Werkheim nachgehende Hilfen (durch Land)		19 kein definiertes Einzugsgebiet
45.04	Werkheim nachgehende Hilfen (durch Region)		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
49.01	Jugendwerksiedlung nachgehende Hilfe	6	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
15 spezielle Hilfen zur Arbeit und zur Ausbildung			
04.01	AWO Integrationsfachdienst		12 andere Teilgebiete der Region
07.04	Beta89 Kioskbetriebe	13	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
07.07	Beta89 beta-REHA-Nachsorge	3	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
15.02	Ex+Job Integrationsfachdienst	23	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
15.04	Ex+Job Ergotherapie-Praxis		17 andere Teilgebiete des Umlandes
15.05	Ex+Job Integrationsfirma	15	19 kein definiertes Einzugsgebiet
15.07	Ex+Job Arbeit und Freizeit GmbH	28	8 BS Neustadt
27.07	KfPP Langenhagen Ambulante Ergotherapie		3 BS Plauener Straße
32.06	MHH Ambulante Ergotherapie	10	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
16 spezielle Angebote für Suchtkranke			
09.02	Caritas Sucht-BS Gruppenstraße		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
09.05	Caritas Sucht-BS Garbsen		8 BS Neustadt
11.01	Diakonisches Werk Sucht-BS Hannover		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
12.00	DROBEL Sucht-BS Lehrte	180	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
31.04	MHH Psychiatrie Sucht-BS / ABAM		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
40.01	STEP Sucht-BS / FAM Lemförderstr.		14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
40.04	STEP Sucht-BS / DROBS		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
40.05	STEP Sucht-BS Barsinghausen		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
48.01	Diakonie H-Land Sucht-BS Burgdorf		10 BS Langenhagen
17 spezielle komplementäre Angebote für Kinder und Jugendliche			
24.00	Winicott Inst. PT-Amb. Kinder / Jugendliche		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
18 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.01	Birkenhof AGZ H-Herrenhausen		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
09.01	Caritas AGZ Linden		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
09.03	Caritas Alten-BS Lindenbaum		4 BS Deisterstraße
09.04	Caritas Forum Demenz		4 BS Deisterstraße
11.03	Diakonisches Werk AGZ H-Sallstraße		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
23.00	Henriettenstiftung AGZ H-Kirchrode		11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
19 sonstige ambulante Leistungen			
01.00	AANB Selbsthilfzentrale Wedekindplatz		19 kein definiertes Einzugsgebiet
02.00	AANB Selbsthilfegruppe Wunstorf		19 kein definiertes Einzugsgebiet
03.00	Arbeitskreis BerufsbetreuerInnen Hannover		16 gesamtes Umland in der Region
04.03	AWO Betreuungsverein Hannover-Stadt	60	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
04.05	AWO Betreuungsverein Region Hannover	91	12 andere Teilgebiete der Region
14.00	Ethnomed. Zentrum Beratung für Migranten	60	19 kein definiertes Einzugsgebiet
21.00	GfI Regionale Wohnnetzassistenz Stolzenau		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
25.00	Inst. für transkult. Betreuung H-Am Listholz	325	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
31.05	MHH Spezialsprechstunden der Poliklinik		19 kein definiertes Einzugsgebiet
31.06	MHH Klinische Psychiatrie PT-Ambulanz	30	19 kein definiertes Einzugsgebiet

Liste der Hilfsangebote nach Angebotsform

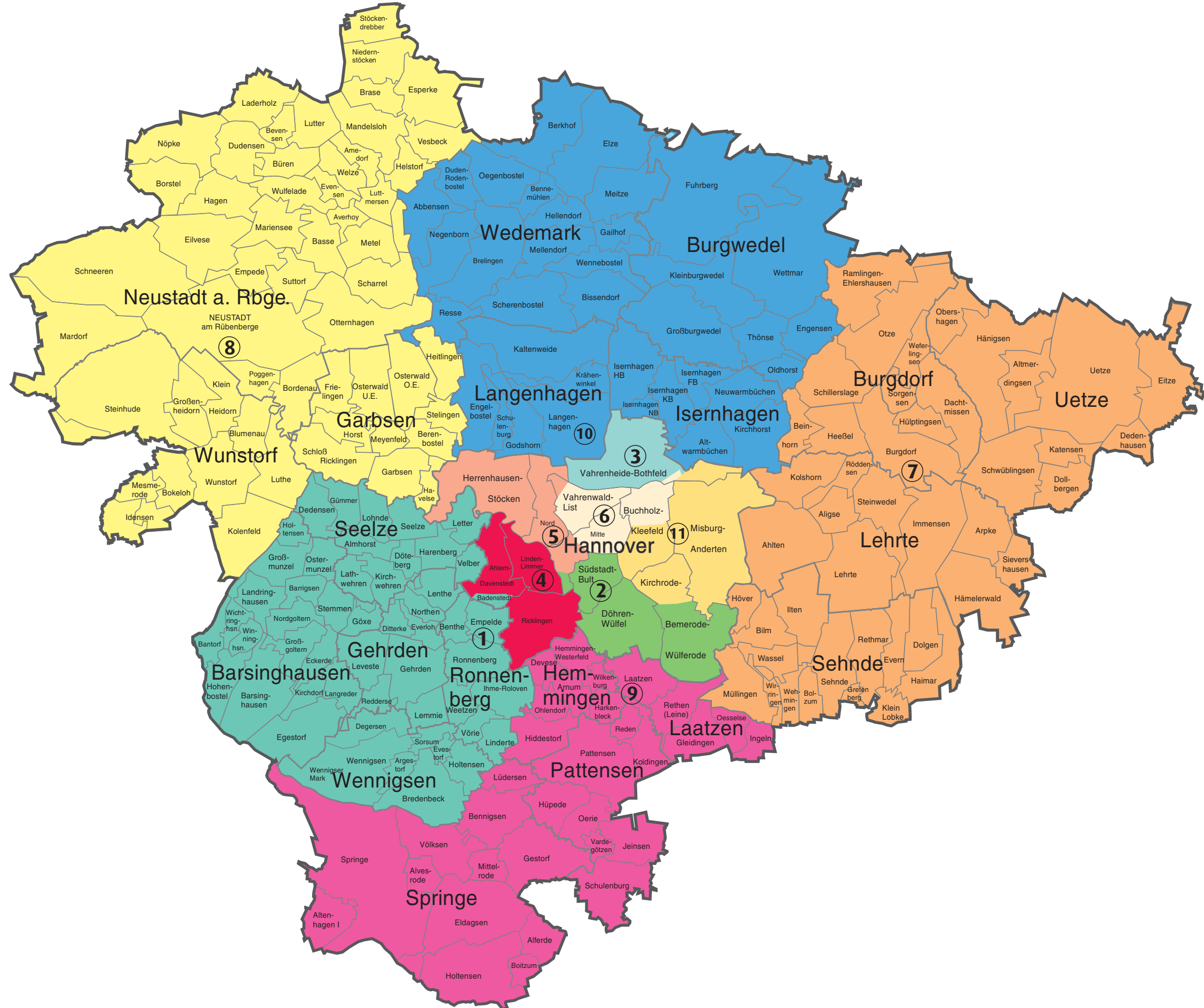
32.05	MHH Sozialpsychiatrie PT-Ambulanz	30	19 kein definiertes Einzugsgebiet
38.00	Sozialdienst kath. Frauen Angehörigenber.		17 andere Teilgebiete des Umlandes
38.01	Sozialdienst kath. Frauen Betreuungsverein		15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
42.00	VPE Selbsthilfverein H-Rückertstr.		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
46.00	Diakonischer Betreuungsverein Hannover	154	17 andere Teilgebiete des Umlandes
47.00	Seelhorst Stiftung Krisendienst PPKD		13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
20 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Allgemeinspsychiatrie			
27.04	KfPP Langenhagen TK H-Königsstraße	43	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.04	Klinikum Wahrenndorf TK Sehnde/Iten	15	12 andere Teilgebiete der Region
28.05	Klinikum Wahrenndorf TK Lehrte	15	12 andere Teilgebiete der Region
28.06	Klinikum Wahrenndorf TK Hannover	10	12 andere Teilgebiete der Region
32.02	MHH Sozialpsychiatrie Tagesklinik	20	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
35.02	NLK Wunstorf TK Allgemeinspsychiatrie	12	12 andere Teilgebiete der Region
21 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Kinder-Jugend-Psychiatrie			
35.05	NLK Wunstorf TK KJP Wunstorf	8	17 andere Teilgebiete des Umlandes
22 teilstationäre Behandlung in einer Tagesklinik der Gerontopsychiatrie			
28.21	Klinikum Wahrenndorf TK Gartenstraße		12 andere Teilgebiete der Region
35.09	NLK Wunstorf TK Gerontopsychiatrie	15	12 andere Teilgebiete der Region
23 soziale Eingliederung gemäß § 53 SGB XII in einer Tagesstätte			
05.01	Balance Tagesstätte Garbsen	22	19 kein definiertes Einzugsgebiet
05.06	Balance Tagesstätte H-Goethestr.	20	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
05.07	Balance Tagesstätte Ronnenberg-Empelde		19 kein definiertes Einzugsgebiet
07.05	Beta89 Tagesstätte H-Nordstadt	22	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
16.02	FIPS Tagesstätte Lehrte	25	7 BS Burgdorf
16.06	FIPS Tagesstätte Laatzen	15	9 BS Laatzen
18.03	Haus Am Seelberg Tagesstätte H-Misburg	15	11 Psychiatrische Poliklinik / MHH
29.00	Künstlerhaus AuE Tagesstätte Südstadt	15	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.05	Förderverein Tageszentrum List	10	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
24 Werkstatt für (seelisch) behinderte Menschen (WfBM)			
06.00	Behindertenhilfe WfBM Rehatec Peine	62	16 gesamtes Umland in der Region
20.01	Hann. Werkstätten WfBM	65	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
43.06	Förderverein WfBM Arbeitsbereich	144	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
43.07	Förderverein WfBM Berufsbildungsbereich	18	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
25 andere spezielle Hilfen zur Arbeit, Ausbildung und Tagesstrukturierung			
07.01	Beta89 RPK beta-REHA H-Calenberger Str.	33	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
15.06	Ex+Job RPK Wunstorf	30	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
26 spezielle teilstationäre Angebote für Suchtkranke			
28.07	Klinikum Wahrenndorf TK Sucht Sehnde	3	13 andere Teilgebiete der Region
40.06	STEP Step-IN Tagesklinik H-Kronsberg	22	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.02	Birkenhof Tagespflege Anna-Meyberg-Haus	8	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.03	Birkenhof Tagespflege H-Waldhausen	15	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.04	Birkenhof Tagespflege H-Wernigeroder Weg	12	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.05	Birkenhof Tagespflege Anna-Schaumann-Stif	15	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
30 vollstationäre Behandlung (SGB V) in einer Klinik für Erwachsene			
27.01	KfPP Langenhagen Stationen	161	12 andere Teilgebiete der Region
28.01	Klinikum Wahrenndorf Gerontopsychiatrie	52	12 andere Teilgebiete der Region
28.02	Klinikum Wahrenndorf Suchtbehandlungen	53	12 andere Teilgebiete der Region
28.03	Klinikum Wahrenndorf Allgemeinspsychiatrie	117	12 andere Teilgebiete der Region
31.01	MHH Klinische Psychiatrie Stationen	76	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
32.01	MHH Sozialpsychiatrie Stationen	40	15 andere Teilgebiete der Stadt Hannover
35.01	NLK Wunstorf Klinik Allgemeinspsychiatrie	174	12 andere Teilgebiete der Region
35.03	NLK Wunstorf Klinik Gerontopsychiatrie	92	12 andere Teilgebiete der Region
35.10	NLK Wunstorf Klinik Suchtbehandlungen	117	12 andere Teilgebiete der Region
31 vollstationäre Behandlung (SGB V) in der Kinder-Jugend-Psychiatrie			
26.02	Kinderkrankenhaus Auf der Bult Stationen	56	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
35.04	NLK Wunstorf Klinik KJP	30	17 andere Teilgebiete des Umlandes
32 vollstationäre Behandlung (SGB V) in einer Klinik des Maßregelvollzuges			
35.06	NLK Wunstorf Maßregelvollzug § 63 StGB	75	12 andere Teilgebiete der Region
35.12	NLK Wunstorf Maßregelvollzug § 64 StGB	75	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
33 Eingliederung gemäß § 53 SGB XII in speziellem Wohnheim oder entsprechender Wohngruppe			
04.02	AWO Ü-Wohnheim H-Nordfelder Reihe	21	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
13.00	GpG Wohnheime Wedemark	106	19 kein definiertes Einzugsgebiet
15.01	Ex+Job Wohnheim Wunstorf	47	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.04	FIPS Wohnheim Heidhof Uetze-Hänigsen	10	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
16.05	FIPS Trainings-WG Lehrte	10	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
20.03	Hann. Werkstätten WG für autist. Menschen	7	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
22.00	Heimbetriebe Schneeren Neustadt	196	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
34.00	NLK Moringen Offener Maßregelvollzug	10	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.02	PfH Wilkening Außenwohnungen UW	21	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.03	PfH Wilkening Außenwohnungen IUW	41	19 kein definiertes Einzugsgebiet
37.00	Gut Mönchehof Wohnheim Wu.-Kolenfeld	40	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
43.01	Förderverein Ü-Wohnheim H-Ferd.-Wallbr.-Str.	57	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
43.03	Förderverein Wohnheim H-Rühmkorfstr	45	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
34 soziale Eingliederung gemäß § 53 SGB XII oder stationäre Pflege in einem psychiatrischen Pflegeheim oder			
18.02	Haus Am Seelberg Pflegeheim H-Misburg	123	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
28.10	Klinikum Wahrenndorf PfH Wohngruppen	801	19 kein definiertes Einzugsgebiet
36.01	PfH Wilkening Heim H-Wolfstr./Dependancer	304	19 kein definiertes Einzugsgebiet
35 spezielle komplementäre stationäre Angebote für wohnungslose Menschen			
45.01	Werkheim Heim für ältere Männer	50	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
45.02	Werkheim Heim für Wohnungslose	164	19 kein definiertes Einzugsgebiet
49.00	Jugendwerksiedlung Heim für Wohnungslos	64	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
36 spezielle stationäre Angebote für Suchtkranke			
18.01	Haus Am Seelberg WH für Suchtkranke	41	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
27.02	KfPP Langenhagen Drogentherapie-Station	8	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
27.03	KfPP Langenhagen niederschw. Drogenther.	12	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
40.02	STEP stationäre Entwöhnungstherapie	122	19 kein definiertes Einzugsgebiet
40.03	STEP Wohnheim Gestorf	32	19 kein definiertes Einzugsgebiet
37 spezielle komplementäre stationäre Angebote für Kinder und Jugendliche			
41.01	Stephansstift Wohngruppen für Jugendliche	28	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
41.02	Stephansstift Wohngruppe für Kinder	8	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
41.03	Stephansstift Intensiv-therap. Wohngruppe	7	13 gesamtes Gebiet der Region Hannover
38 spezielle komplementäre Angebote für alte Menschen			
08.06	Birkenhof PfH Anna-Schaumann-Stift	136	10 BS Langenhagen
08.07	Birkenhof PfH Wichernstift	62	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH
08.08	Birkenhof PfH Friedrich-Wasmuth-Haus	83	14 gesamtes Stadtgebiet Hannovers
08.09	Birkenhof PfH Anna-Meyberg-Haus	113	11 Psychiatrische Poliklinik I / MHH



Einteilung der Versorgungssektoren des Teams Gemeindepsychiatrie

Legende:

- 1 OE 53.10.01
Beratungsstelle Ronnenberg/Empelde
- 2 OE 53.10.02
Beratungsstelle Freytagstraße
- 3 OE 53.10.03
Beratungsstelle Plauener Straße
- 4 OE 53.10.04
Beratungsstelle Deisterstraße
- 5 OE 53.10.05
Beratungsstelle Königstraße
- 6 OE 53.10.06
Beratungsstelle Walderseestraße der MHH
- 7 OE 53.10.07
Beratungsstelle Burgdorf
- 8 OE 53.10.08
Beratungsstelle Neustadt a. Rgbe.
- 9 OE 53.10.09
Beratungsstelle Laatzen
- 10 OE 53.10.10
Beratungsstelle Langenhagen
- 11 OE 53.10.11
Beratungsstelle Poliklinik I der MHH









Region Hannover

Einteilung der Versorgungssektoren der vier psychiatrischen Kliniken

Legende:

-  Niedersächsisches Landeskrankenhaus Wunstorf (NLKW)
-  Psychiatrische Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH)
-  Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Langenhagen der Region Hannover (KfPP)
-  Psychiatrisches Fachkrankenhaus Klinikum Wahrendorff GmbH Sehnde/Ilten

- 1 Beratungsstelle Ronnenberg/Empelde
- 2 Beratungsstelle Freytagstraße
- 3 Beratungsstelle Langenhagen Außenstelle Plauener Straße
- 4 Beratungsstelle Deisterstraße
- 5 Beratungsstelle Königstraße
- 6 Beratungsstelle Walderseestraße der MHH
- 7 Beratungsstelle Burgdorf
- 8 Beratungsstelle Neustadt a. Rgbe.
- 9 Beratungsstelle Laatzen
- 10 Beratungsstelle Langenhagen
- 11 Beratungsstelle Poliklinik I der MHH

Stand: April 2007

